

Schader-Jahrbuch 2024

Bleibt alles anders

Dokumentation des Großen Konvents 2024
und Beiträge aus dem Jahr der Schader-Stiftung

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Schader-Jahrbuch 2024

Bleibt alles anders

Dokumentation des Großen Konvents 2024
und Beiträge aus dem Jahr der Schader-Stiftung

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Herausgeberin

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion

Alexander Gemeinhardt (verantwortlich),
Dr. Stella Lorenz

Texte

Valeria Elsesser, Özlem Zahra Eren, Matthias Freise, Jana Friedrichsen, Gösta Gantner,
Alexander Gemeinhardt, Anselm Hager, Roger Häußling, Thomas Hörber, Otfried Jarren,
Stella Lorenz, Kirsten Mensch, Luca Müller, Jessica Nuske, Ulrike Röttger, Rolf Schnauffer,
Uwe Schneidewind, Nora Simon, Luise Spieker, Benjamin Stehl, Ursula Stein,
Peter F. Titzmann, Kirill Uschatov, Caroline Walter, Dennis Weis, Manon Westphal

Fotografie

Christoph Rau, Jens Steingässer (Schader-Preis und GrKo24), Julia Wisswesser,
Schader-Stiftung, privat (Thomas Bellmer, Uta-Micaela Dürig, Susanne Ebert,
Alexander Gemeinhardt, Christoph Kehr-von Plettenberg, Michael Kolmer,
Déborah B. Maehler, Claus Seibt, Joachim Valentin, Anke Vehmeier)

Satz

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Gestaltung und Herstellung

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-62-9



Dezember 2024



Inhaltsverzeichnis

1

9 Einleitung

- 9 Bleibt alles anders
Alexander Gemeinhardt

2

15 Schader-Preis

- 16 Laudatio auf Prof. Dr. Silja Häusermann
Dres. h. c. Roger de Weck

- 24 Mumifizierung von Politik
Prof. Dr. Silja Häusermann

3

31 Impulse

- 32 Demokratie, Kompromiss und demokratische Innovationen
Prof. Dr. Matthias Freise und Dr. Manon Westphal

- 38 Drei Tage in Sachsen. Ein Reisebericht vor der Landtagswahl 2024
Alexander Gemeinhardt

- 52 Aufbruch der Versäumten
Dr. Stella Lorenz

- 55 In guter Gesellschaft: Warum wir am Kiosk kontextualisieren lernen
Prof. Dr. Otfried Jarren im Gespräch mit Dr. Stella Lorenz und Dennis Weis

- 60 Die ewige Suche nach der Praxis. Gesellschaftswissenschaften
und ihre Rolle in Politik und Gesellschaft
Jessica Nuske

- 64 Soziale Konstruktionen (der Wissenschaften) des Weltalls
Benjamin Stehl

68 Zielgruppen: Dialog mit Hindernissen

Dr. Kirsten Mensch

72 Krieg und Frieden im Weltraum. Über die Zukunft der Menschheit im All

Prof. Thomas Hörber

74 Die Magie der Kultur

Dennis Weis

77 Schader-Update

Özlem Eren

4

79 **Großer Konvent**

80 Prolog

Bleibt alles anders

81 Keynote: Zehn Akupunkturpunkte für eine transformative
Zukunftskunst

Prof. Dr. Uwe Schneidewind

92 Dialog-Café 1: Sozial-ökologisch transformiert

Dr. Gösta Gantner und Rolf Schnauffer

96 Dialog-Café 2: Lokal informiert

Dr. Stella Lorenz und Valeria Elsesser

100 Dialog-Café 3: Persönlich verändert

Dr. Kirsten Mensch und Caroline Walter

104 Dialog-Café 4: Kommunal transformiert

Luise Spieker und Luca Müller

108 Dialog-Café 5: Wissenschaftlich reformiert

Benjamin Stehl und Kristin Sieverdingbeck

112 Dialog-Café 6: Kulturell repräsentiert

Dennis Weis und Nora Simon

117 **5**
Biogramme der Teilnehmenden

147 **6**
Kooperationen

153 **7**
Veranstaltungen

Bleibt alles anders. Bereits die 48 Stunden vor dem Zwölften Großen Konvent am 8. November 2024 mögen als Beispiel dienen für die stetige Notwendigkeit der Antizipationsfähigkeit und -willigkeit. Denn die Wiederwahl des 45. und bald 47. US-Präsidenten sowie das fast zeitgleiche Ampel-Aus im Bund haben die politische Welt und mit ihr Gesellschaft, Wissenschaft und mediale Kommunikation gehörig auf den Kopf gestellt. Ist das nun gutes oder schlechtes Timing? Hat die Aufnahme solch kurzfristiger Entwicklungen einen Einfluss zu haben auf ein von langer Hand geplantes und auf lange Sicht ausgelegtes Symposium wie den Großen Konvent der Schader-Stiftung oder hat manch Aktuelles auch gerade nicht überall seine Zeit? Dazu später mehr.

Ein neues Jahrbuch und versäumte Bilder

Elfmal hat die Schader-Stiftung ausführlich ihre Konventsarbeit mit einem eigenen Band dokumentiert und in ihre Verteiler in den Gesellschaftswissenschaften und in der Praxis aus Zivilgesellschaft und Initiativen, Wirtschaft und Verbänden, Politik und Verwaltung getragen. Das soll auch weiter so sein, der intensive Tag mit gut 150 Teilnehmenden, die im Anhang dieses Bandes mit Biogrammen vorgestellt werden, verdient diese Aufmerksamkeit und insbesondere die Reflexionsfähigkeit des eigenen Teams aus Kollegium und Kleinem Konvent, dem Wissenschaftlichen Beirat. Die Dokumentation berichtet ja nicht nur, sondern stellt gerade auch die möglichen und notwendigen und manche unwahrscheinlichen Anknüpfungspunkte, Aufforderungen und Perspektiven für die Stiftungsarbeit im kommenden Jahr und darüber hinaus dar. Insofern ist sie ein wesentliches Element in der seismographischen Funktion des Konvents, den die Stiftung sich und ihren Kooperationspartner*innen gönnt, um jährlich in intensiven Gesprächen und Begegnungen zu erkunden und zu benennen, was denn ein Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis leisten kann und was – oder ob – Wissenschaft wirklich beiträgt zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und zur Entwicklung des Gemeinwesens. Die Stiftung wirkt allerdings nicht nur durch den GrKo, und so wollen wir die Breite der Stiftungsarbeit und auch manche vielleicht unerwartete Vertiefung mit dem neuen Jahrbuch abbilden. Das ist gleichzeitig auch eine Einladung an die Beteiligten unserer Projekte, selbst dazu beizutragen.

So finden sich im vorliegenden Jahrbuch Beiträge aus der Stiftungsarbeit durch eigene Kolleg*innen – zur Nutzung gemeinschaftlicher Güter, der Commons, zur Herausforderung, nicht nur Menschen, sondern auch deren biographisch-kulturellen Narrativen Heimat und Bühne zu geben. Oder grundlegende Erwägungen zu gesellschaftswissenschaftlichen Fragen der Weltraumfahrt, die unser Studentischer Mitarbeiter Benjamin Stehl bearbeitet und sich damit auf eine vielfältige Tradition der Space-Themen in der Schader-Stiftung in den letzten knapp zehn Jahren stützen kann. Zuletzt war die Stiftung Gastgeberin eines Sounding Boards zur ESA Space Experience am European Space Operations Centre in Darmstadt.

Dort, im Weltraumkontrollzentrum ESOC, hängen nun auch zwei „Versäumte Bilder“. Gleich siebzehn davon waren im Laufe des Jahres 2024 in der Schader-Stiftung zu Gast. Frauen, denen zu Lebzeiten nicht die Anerkennung widerfuhr, die sie verdient gehabt hätten. Denen Männer den Weg versperrten wie im Falle von Lise Meitner, die achtundvierzigmal für den Nobelpreis nominiert war, ihn aber nie bekam – und im

Blockbuster „Oppenheimer“ nicht einmal erwähnt wird. Die Berliner Fotografin Gesine Born hat diese Porträts mittels Künstlicher Intelligenz entwickelt und zusammen mit der Schader-Stiftung einen Satz regionaler Persönlichkeiten geschaffen, die wir gemeinsam mit Institutionen der Region identifizieren konnten. Die Bilder hängen mittlerweile an verschiedenen Orten; an der Europäischen Akademie der Arbeit / University of Labour in Frankfurt, im Archiv der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, in der Darmstädter Akademie für Tonkunst, bei Hessian.AI, im Präsidialbereich der Technischen Universität Darmstadt und eben auch im Satellitenkontrollzentrum. Und natürlich hängt das Bild von Erika Spiegel, der ersten Schader-Preisträgerin, im Foyer des Schader-Forums.

Austausch auf allen Ebenen

Nicht nur die Teilnehmendenzahl deutet auf den nicht nachlassenden Bedarf an Austausch hin. Mit der Frage danach, wie denn Wandel geschieht, wie Veränderung aussieht und wer sie treibt oder verhindert, haben wir Partner*innen gefunden, die ebenso wegweisend wie wegbegleitend für uns sind. Dass diese immer wieder präsent sind und sich bereit zeigen, im Horizont der Schader-Stiftung zu denken, Zeit und Gedanken in die Stiftungsarbeit einzubringen, ist ein großes Geschenk, das wir dankbar annehmen. Die Kolleg*innen zahlen es mit ihrer Arbeit, ihren Ideen, mit Sorgfalt, Offenheit und Haltung über das Jahr zurück.

Mit Prof. Dr. Uwe Schneidewind hat ein Gast etwas ganz Besonderes mitgebracht: Erfahrungen aus mindestens drei Leben. In seiner Keynote kann nachgespürt werden, weshalb es für die Schader-Stiftung eine besondere Freude war, dass Uwe Schneidewind diesen Großen Konvent eröffnet hat. Mit dem Erleben und Gestalten von Hochschullehre und Hochschulleitung als Präsident der Universität Oldenburg (die gerade als offenkundig weiter junges Reformprojekt ihr 50. Jubiläum feiern konnte) sowie von außeruniversitärer, anwendungsorientierter und gesellschaftsnaher Forschung als Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie bringt er relevante Erfahrungen mit. Mit dem Wechsel in die praktische politische Verantwortung als Oberbürgermeister von Wuppertal, mitten hinein in große Würfe, kleinteilige Konflikte, Bundesgartenschau und Schwebebahn, und mehr weiß er transformatives Geschehen sehr authentisch einzuordnen. Exakt vor zehn Jahren hat er schon einmal einen Großen Konvent eröffnet, der GrKo14 stand unter dem Leitwort „Nachhaltigkeit im Dialog“ und gemeinsam mit der Schader-Preisträgerin Prof. Dr. Gesine Schwan zeigte Schneidewind für die Schader-Stiftung einen neuen Zugang zu Themen nachhaltiger Entwicklung auf, der einerseits an die lange Tradition aus dem Baubereich anknüpfen und gleichzeitig den Weg in transformative Projekte ebnen konnte. Daran zu erinnern ist heute wichtiger denn je, wo die ökologischen Fragen von der Spitze der politischen Agenda verdrängt und als Nischenthemen abgetan werden.

Umso wichtiger der GrKo24 als Format des Dialogs auf allen Ebenen, durch gesellschaftliche Sektoren, Disziplinen und Generationen. Die Konventsmitglieder eint die Erfahrung oder Bereitschaft zu Kooperation und Kollaboration mit und in der Schader-Stiftung. Darüber hinaus treffen unterschiedliche Welten, Erfahrungen und Wissensbestände aufeinander. Um dies von Anfang an zu fördern, wurde auch der diesjährige Konvent mit Multilogen eröffnet – thematische Einstiegrunden, in denen die Teilnehmenden nicht ganz zufällig zusammengebracht wurden, um in kleiner Runde hierarchiefrei und selbstorganisiert Perspektiven auf das Konventsthema auszutauschen. Dies bewährt sich gerade für Akteur*innen aus kleineren Gruppen oder Initiativen und wissenschaftsferneren Bereichen, die direkt ins Gespräch einsteigen können. Nicht zuletzt können schon damit aus diesem Tag auch persönliche Begegnungen mitgenommen werden, die von Offenheit, von wechselseitigem Interesse und Wertschätzung geprägt sind.



Haltung einüben

Offenheit, Interesse und Wertschätzung sind eigentlich basale Voraussetzungen der Begegnung und doch große Wünsche im Alltag. Eine solche Haltung zu wahren, ist stetige Herausforderung der Schader-Stiftung, denn auch hier bleibt alles anders. Im vergangenen Jahr haben wir uns im Kollegium, aber auch den Gremien der Stiftung, immer wieder damit beschäftigt und neu definiert, wie wir umgehen mit Haltungen, die in einer bürgerlichen Stiftung keinen Raum finden und finden sollen. Wie bleibt man wach auf die wirklichen Zukunftsfragen, die Gefahr laufen, neben Trumpisten und Koalitionsränken aus dem Blick zu geraten: die Klimakatastrophe, Sicherheit und Frieden, Armut und Ungleichheit, Rassismus und Antisemitismus auch in Deutschland.

Aber konkret: Wie macht man das, wie vor Kurzem beim Wahlabend zur Europawahl und demnächst wieder beim Public Screening zur Bundestagswahl unter unserem Label #transitachtzehnuhr, ohne mögliche AfD-Wähler*innen an der Tür quasi abzufangen, weil die freie, gleiche und geheime Wahl das höhere Gut ist und wir keine Bekenntnisse an der Eingangstür abnehmen? Und wie gewährleistet man gleichzeitig einen Safe Space für diejenigen, die aus guten Gründen Furcht haben, in einem Raum zu sein mit jenen, die eine gesichert oder in Teilen erst mutmaßlich rechtsextremistische Partei wählen, die zumindest billigend in Kauf nehmen, Neo-Nazis, rassistische und demokratiefeindliche Personen in die Parlamente zu schicken? Wir werden den Schader-Campus weiter als Ort ausweisen, in dem gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit keinen Raum hat, in dem Rassismus, Chauvinismus und Nationalismus keine Bühne bekommt und Antisemitismus in welcher Form auch immer indiskutabel bleibt.

In derzeit drei Prozessen beschäftigen wir uns intensiv damit – in einer Stiftungskonferenz Demokratie haben wir Ende November mit Kolleg*innen aus rund einem Dutzend anderer Stiftungen und Verbände sowie wissenschaftlicher Begleitung nach guter Praxis und ehrlicher Ratlosigkeit in der Zivilgesellschaft gefragt. Auch auf dem Deutschen Stiftungstag 2025 in Wiesbaden wird die Schader-Stiftung mit dafür sorgen, dass sich der Dritte Sektor auf seine Haltung zu Menschenrechten, Demokratie und Toleranz verständigt und sich gegenseitig Beistand erklärt, wo Akteur*innen unter Druck geraten. Gleichzeitig sind wir in der Federführung für den Runden Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt, den ständigen Dialog der Leitungen der Hochschulen sowie der wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen in der Wissenschaftsstadt Darmstadt, in der Vorbereitung für das kollegiale Gespräch: Wie umgehen auch in den eigenen Einrichtungen und in den diversen Publika, in privatrechtlich bürgerlichen wie öffentlichen Einrichtungen?

Menschen und ein Preis

Das „Wir“ der Schader-Stiftung meint natürlich zunächst das ganze Team der Stiftung, die gleichzeitig mit höchstem Engagement Gastgeber*innen des GrKo waren und sind. Aber auch den Kleinen Konvent, der in direkter Abstimmung mit dem Wissenschaftlichen Kollegium den Großen Konvent vorbereitet und das Programm begleitet, so wie der Stiftungsrat die wirtschaftliche und strukturelle Stabilität der Stiftung im Blick hat. Und damit ist der Konvent selbst unser großes „Wir“, immer anders und bleibend aktiv und solidarisch mit dem Auftrag, den Alois M. Schader seiner Stiftung gegeben hat und an dessen Umsetzung unser Stifter nach wie vor Anteil nimmt. Von der Begleitung unserer Kooperationspartner*innen, aber auch der Teilnehmenden an Dutzenden Veranstaltungen pro Jahr leben wir; von ihren Ideen und der reflektierten Loyalität. Wir brauchen diese Resonanz unserer „Critical Friends“.

Auch bei den Menschen, die die Schader-Stiftung begleiten, „bleibt alles anders“. So sind wir dankbar für die Mitarbeit von Prof. Dr. Roger Häußling (Aachen) im Kleinen Konvent seit 2020, ihm folgt nun mit der Wahl durch den Großen Konvent Prof. Dr. Nils Zurawski (Hamburg). Mit Roger Häußling verbinden uns viele Jahre der Netzwerkforschung und 2025 werden wir eine Konferenz zur Transformationssoziologie gemeinsam ausrichten. Nils Zurawski wiederum war bereits Begleiter unseres Sommercamps und vertritt nun das Fach Soziologie im Beirat.

Das erfreulich stabile Team hat sich durch Dr. Gösta Gantner erweitert, der in der Nachfolge von Tatiana Soto Bermudez federführend für die Darmstädter Tage der Transformation ist. Verantwortlich für den GrKo war bereits zum zweiten Mal Özlem Eren als Studentische Mitarbeiterin der Konvente und für Vorstandsprojekte, die gemeinsam mit Leonie Herdel, Justus Heinecker, Alexander Hinz, Simone Munding und Kirill Uschatov maßgeblich zum Gelingen dieses wesentlichen Ereignisses des Stiftungsjahres beitragen konnte.

Erstmals präsentieren wir Ihnen in diesem neuen Jahrbuch auch die Dokumentation des Schader-Preises. So wird die Rede der Preisträgerin Prof. Dr. Silja Häusermann sowie die Laudatio durch Dres. h.c. Roger de Weck abgedruckt. Der Sprecher des Senats des laufenden Jahres, Prof. Dr. Otfried Jarren wird dieses Amt im kommenden Jahr niederlegen und damit Platz machen für die Preisträgerin 2025 und neue Senatorin Prof. Dr. Martina Löw, die mit der Schader-Stiftung bereits vor Jahren zum Thema „Eigenlogik der Städte“ intensiv kooperierte.

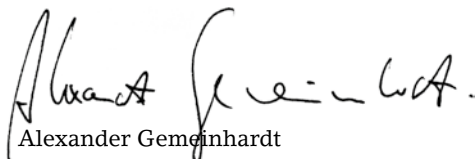
Weil nicht alles seine Zeit hat

So hat manches einen neuen Ort und manches seine gute Zeit. Und manches nicht. Schlechtes Timing hatte der Unterzeichnete bei der Vorbereitung der Einführung in den Großen Konvent – wie zu Beginn erwähnt – angesichts der rasanten Änderung der politischen Lage. Vieles kommt auf das rechte Timing an. Man kennt das rechte Timing im privaten Leben, erlebt es beglückt oder auch kopfschüttelnd, nicht immer gewollt und geplant. Aber wir sehen auch schaudernd, wie die Welt sich verändert durch das Nutzen der rechten und schlechten Zeit. Wie Diktatoren den Zeitpunkt finden für unmenschliches Handeln, für völkerrechtswidrige Angriffskriege, für den Terror gegen ein Land, unaussprechliche Gewalt gegen Menschen, die ein Festival zum Blutbad machen und ohne Rücksicht auf die eigene Bevölkerung eine ganze Region in den Krieg stürzen.

Aber auch jenseits der Weltbühne kommt es auf die rechte Zeit an. Deshalb setzen wir im kommenden Konventsjahr einen besonderen Fokus und fragen, wie es denn ist mit dem Momentum, dem Kairos, den Windows of Opportunities. Oder, mit Cpt. Jack Sparrow gesprochen: „Ich liebe diese Momente. Ich sehe ihnen gerne zu, wenn sie

vorbeisegeln.“ – „Alles hat seine Zeit“, meint der Psalmist. Wirklich? Hat denn wirklich alles seine Zeit– oder manches eben auch nicht? Deshalb wird der 13. Große Konvent 2025 und das Konventsjahr 2025 unter dem Leitwort stehen: „Timing. Weil nicht alles seine Zeit hat.“ Wir freuen uns bereits auf die Keynote des Schader-Preisträgers 2023, Prof. Dr. Steffen Mau (HU Berlin).

Wir wünschen uns, dass Sie ein wenig Zeit haben mögen für einen Blick in dieses Jahrbuch der Schader-Stiftung 2024. Und was auch anders wird – bleiben Sie uns gewogen.

A handwritten signature in black ink, reading "Alexander Gemeinhardt". The signature is fluid and cursive, with the first name "Alexander" written in a larger, more prominent script than the last name "Gemeinhardt".

Alexander Gemeinhardt
Geschäftsführender Vorstand
Direktor der Schader-Stiftung

2

Schader-Preis

16 **Laudatio auf Prof. Dr. Silja Häusermann**

Dres. h. c. Roger de Weck

24 **Mumifizierung von Politik**

Prof. Dr. Silja Häusermann





Dres. h. c. Roger de Weck

Laudatio auf Prof. Dr. Silja Häusermann

Liebe Silja Häusermann,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Benz, sehr geehrte Herr Schader und
Frau Schader,
lieber Herr Gemeinhardt, lieber Otfried Jarren,
sehr geehrte Mitglieder des Stiftungsrats, des Großen und Kleinen Konvents der
Schader-Stiftung,
meine Damen und Herren!

Es herrscht Krieg in Europa. Seit dem 24. Februar 2022 ist unser Kontinent abermals einer der Blutbäder. Und die Herausforderung ist eine militärische, aber gewiss nicht *nur* eine militärische. In der Öffentlichkeit, gerade in Deutschland, findet der Angreifer etliche Freunde. Groß die Zahl der Versteher von Wladimir Putin, die den russischen Imperialismus legitimieren, während sie den amerikanischen Imperialismus verdammen. Ja, neben der militärischen muss sich der Westen auch einer gesellschaftlichen Herausforderung stellen. Die Demokratien werden sich nur dann nachhaltig behaupten, wenn sie für mehr Zusammenhalt der Gesellschaft sorgen, für eine bessere Integration.

Es herrscht Krieg in Europa. Seit dem 24. Februar 2022 ist unser Kontinent abermals einer der Blutbäder.

Soziale Marktwirtschaft und die Sicherheitslage

Da lohnt sich ein kurzer Rückblick in die Zeit des Kalten Kriegs mit der Sowjetunion. Den damals in Bonn regierenden Liberal-Konservativen schien der Zusammenhalt der Gesellschaft absolut vorrangig, durchaus aufgrund der Erfahrungen von Weimar – und auch, um in der Bundesrepublik keine Unzufriedenheit aufkommen zu lassen, denn das wäre Wasser auf die Mühlen des Kommunismus gewesen. Also errichtete Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft, die mehr Fairness und Interessenausgleich in die Gesellschaft trug

Diese soziale Marktwirtschaft, meine Damen und Herren – Ludwig Erhard erfand sie keineswegs aus dem Nichts. Es stützte sich auf Vordenker, auf Wissenschaftler wie Alfred Müller-Armack in Köln oder Wilhelm Röpke in Genf beim Graduate Institute of

International Studies. Und wie damals ist es heute vorrangig in dem neuen kriegesischen Umfeld, die soziale Marktwirtschaft zu stärken, sie auf die Höhe der Zeit zu bringen, sie zu erneuern, sie weiter zu denken – sonst dürfte sich die Gesellschaft zusehends verspannen und es könnte bald noch mehr Putin-Freunde geben.

Und zu denen, die für eine zeitgemäße soziale Marktwirtschaft wissenschaftliche Vorarbeiten und Grundlagen legen, zählt die Trägerin des Schader-Preises 2024 Silja Häusermann.

Häusermanns Forschung schafft Voraussetzungen einer klügeren Politik

Silja Häusermann verkörpert eine neue Generation und ein wohltuend neues Denken. Und ein Umdenken ist bitter nötig, meine Damen und Herren. In den vergangenen Jahrzehnten sind die Reichen reicher geworden, die Superreichen superreicher, die Unterschichten ärmer, vor allem erodierte die Mittelschicht: jene Schicht, von der schon Aristoteles sagte, sie sei die Tragsäule der Demokratie. Genau darum wirft sich zum Beispiel rund die Hälfte der Amerikanerinnen und Amerikaner in die Arme eines Donald Trump, der ihnen sagt: In der liberalen Demokratie werden eure Interessen schlecht repräsentiert, ja ignoriert – ich Sorge dafür, dass ihr endlich wieder zum Zuge kommt; mit mir dürft ihr wieder stolz sein, mit mir habt ihr bessere Aussichten; ich bin der Repräsentant der kleinen Leute.

Silja Häusermann verkörpert eine neue Generation und ein wohltuend neues Denken.

Und in Europa, nicht zuletzt in der Bundesrepublik, hat der Aufmarsch des Populismus ebenfalls damit zu tun, dass sich ein Teil der Bevölkerung zusehends schlecht repräsentiert fühlt. Was ist dagegen zu tun?

Hier kommt Silja Häusermann ins Spiel: nicht, dass sie als Wissenschaftlerin konkrete Handlungsanweisungen gäbe, ganz und gar nicht; aber indem ihre Forschung Voraussetzungen einer klügeren Politik des gesellschaftlichen Gleichgewichts ermittelt. Gestatten Sie mir die folgende Interpretation ihrer Arbeit, meine Lesart, in der Kürze der Zeit allzu schematisch und vereinfacht, denn Silja Häusermann geht jeweils ins Detail.

Erstens sagt uns die Preisträgerin: Soziale Marktwirtschaft heute ist nicht nur eine Frage eines Wohlfahrtsstaats, der niemanden fallen lässt. Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts bedeutet, möglichst vielen Menschen Aussichten zu eröffnen. Denn wer keine Perspektive sieht, für sich selbst oder für seine Kinder oder für seine Enkel keine Perspektive, der neigt zu Parteien rechtsaußen oder linksaußen. Der Populismus floriert in reichen und armen Staaten, in Ländern mit großer Ungleichheit wie in egalitären Ländern. Es zählen weniger das jeweilige Wohlstandsniveau des Landes und der ganz persönliche Wohlstand als vielmehr die Aussichten.

Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts bedeutet, möglichst vielen Menschen Aussichten zu eröffnen.

Eine Studie, die Silja Häusermann im *British Journal of Political Sciences* veröffentlichte, zeigt in acht westeuropäischen Staaten und darunter Deutschland auf: Wählerinnen und Wähler mit besseren Aussichten für sich und ihre Familie entscheiden sich eher für herkömmliche demokratische Parteien, egal, ob diese an der Regierung oder in der Opposition sind. Und bemerkenswert ist: Auch in eher benachteiligten Schichten be-

vorzuzug zuversichtliche Menschen die demokratischen Parteien, erst recht die 18- bis 35-Jährigen sowie jene Beschäftigten, die im Bereich der Dienstleistungen arbeiten oder handwerklich keine öden repetitiven Aufgaben verrichten müssen.

Anders und in meinen Worten gesagt: Eine soziale Marktwirtschaft wie die Bundesrepublik, die mit den Arbeitsmarktreformen den größten Niedriglohnsektor von ganz Europa schuf, sichert auf kleinem Niveau zwar Existenzen, sie eröffnet aber viel zu wenig Aussichten. Eine solche soziale Marktwirtschaft trägt dazu bei, die Links- und Rechtspopulisten zu stärken. Menschen an der Peripherie der Gesellschaft bedürfen der *recognition* und nicht nur der *redistribution*, so Silja Häusermann. In der Umverteilung liegt noch keine eigentliche Anerkennung.

Was Soziale Investitionen mit Menschen machen

Der Gedanke der Arbeitsmarktreformen war ja das Fordern *und* Fördern. Doch da sagt uns *zweitens* Silja Häusermann: Soziale Investitionen – also Investitionen in Ausbildung und Weiterbildung, soziale Investitionen in die Betreuung der Kinder und gerade derer mit Migrationshintergrund – sind bitter nötig, sie wirken aber nicht unbedingt so, wie man es sich ausgedacht hat. Sie bergen auch Nachteile.

- a) Soziale Investitionen kosten *jetzt* Geld, sie rentieren aber erst morgen oder übermorgen – und das ist angesichts der begreiflichen Verhaltensmuster in der Politik eine Art Investitionsbremse. Denn man gibt lieber Geld aus, das schnell wirkt.
- b) Menschen aus der Mittelschicht nutzen Soziale Investitionen, etwa in die Weiterbildung, deutlich lieber und intensiver als Menschen aus den Unterschichten. Mit anderen Worten erreichen Soziale Investitionen nicht unbedingt das Zielpublikum.
- c) Soziale Investitionen sind nicht die Sozialpolitik, die benachteiligte Menschen bevorzugen, zumal wenn ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt sowieso ziemlich schlecht sind und sie der Politik nicht länger vertrauen. Kurzum, Soziale Investitionen erfordern viel Vertrauen gerade in soziologischen Milieus, wo wenig Vertrauen herrscht. Ist das Vertrauen in Wirtschaft und Politik abhandengekommen, werden die Angebote weniger genutzt.

Die Preisträgerin fragt mit aller Empathie erst „Was machen die Maßnahmen mit den Leuten, was wollen die Leute?“, damit sie daraufhin die Frage beantworten kann „Welche Maßnahmen wirken, welche nicht?“ In dieser Hinsicht ist diese Wissenschaftlerin weniger obrigkeitlich als heutzutage so manche Marktwirtschaftler, die von oben herab Sozialreformen planen, ohne vom Menschen auszugehen.

Meine Damen und Herren, es waren Liberal-Konservative, die einst die Soziale Marktwirtschaft errichteten. Mittlerweile jedoch findet sie ihre resoluteren Verfechter bei Parteien links der Mitte. Trotzdem ist die Sozialdemokratie fast überall im Sinkflug. Heißt das, die Sozialdemokraten haben versagt? Die Feuilleton-Soziologen, mit denen Silja Häusermann nichts am Hut hat, wiederholen gebetsmühlenartig seit Jahren: Die Sozialdemokratie habe sich von den kleinen Leuten entfernt, indem sie „woke“ geworden sei; sie solle sich um die realen Anliegen ihrer Wählerschaft kümmern, statt Identitätspolitik zu betreiben.

Wandel von Gesellschaft und Wahlverhalten

Doch da entgegnet *drittens* Silja Häusermann, „dass der Verlust von Wähleranteilen zum größten Teil strukturellen Gründen geschuldet ist, also tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verschiebungen (d. h. nicht strategischen Fehlern), dass sozialdemokratische Parteien nur in ganz geringem Ausmaß Wählerstimmen an rechtsextremistische Parteien verloren haben“. Abgesehen davon, erwähnt Silja Häusermann den Schwund auch christdemokratischer, konservativer und liberaler Parteien insgesamt.

Sowohl links als auch rechts der Mitte sind alle traditionellen Parteifamilien des 20. Jahrhunderts in einer offenen oder latenten Krise.

Der Niedergang ist „strukturellen Gründen geschuldet“: Damit meint die Politologin zunächst einmal den Wandel „zur postindustriellen, zur Dienstleistungsgesellschaft. In den letzten dreißig bis vierzig Jahren hat sich die Beschäftigung in der Industrie in etwa halbiert. Die verbleibenden Industriebetriebe sind zwar sehr produktiv geblieben, aber sie beschäftigen weniger Menschen. Viele Arbeitsplätze sind verloren gegangen. (...) [M]it Ausnahme von Südeuropa sind in ganz Europa etwa die Hälfte der Jobs in der produzierenden Industrie verschwunden.“ Das hat Wählerinnen und Wähler gekostet.

Aber ebenso relevant scheint, dass mit dem Boom der Dienstleistungen die sogenannte „Bildungsrendite“ stieg. Menschen mit einem Bildungsabschluss an einer Universität oder Hochschule erhalten im Berufsleben gleichsam eine Prämie, und die ist in den vergangenen Jahrzehnten massiv gestiegen: In den USA verdienen Beschäftigte mit höherem Bildungsabschluss 60 bis 70 Prozent mehr als ohne, in Europa 30 Prozent mehr als ohne. Dieses Gefälle trifft frontal das Selbstbewusstsein jener Europäerinnen und Europäer, die heruntergestuft wurden, die *relativ* nun viel weniger verdienen. Dank des Wohlfahrtsstaats ist „das zentrale Problem der unteren Wählerschichten nicht [mehr] die materielle Not, sondern ein subjektives Gefühl von Bedrohung und Bedeutungsverlust. Das kann man mit Sozialleistungen nicht kompensieren.“ Und davon profitieren Protestparteien.

Alle herkömmlichen, uns seit dem 19. Jahrhundert vertrauten kollektiven Identitäten sind im Rückzug.

Diese Diagnose ist für alle höchst unbequem, für den verknöcherten Teil der Sozialdemokraten wie für jenen Teil der Christdemokraten und Liberalen, der im Gedanken- gut des 20. Jahrhunderts steckenbleibt. Alle wissen nicht mehr so recht, wie sie sich langfristig positionieren sollen. Alle schieben einander die Schuld am Aufstieg der Populisten zu. Doch das greift viel zu kurz. Denn im Rückzug sind alle herkömmlichen, uns seit dem 19. Jahrhundert vertrauten kollektiven Identitäten, alle Instanzen, die in der Politik die maßgeblichen waren: Parteien, Gewerkschaften, Kirchen als Massenorganisationen.

It's the democracy, stupid! It's the society, stupid!

In den Worten des belgischen Zeithistorikers Anton Jäger ist die Epoche der „Massenpolitik“ vorbei und nunmehr auch die wirtschaftsliberale Epoche der „Postpolitik“, in welcher der Primat des Ökonomischen vor dem Politischen galt, wie es in Großbritannien Margaret Thatcher und Tony Blair verkörperten, in Deutschland der „Genosse der Bosse“ Gerhard Schröder, in den USA Ronald Reagan und Bill Clinton – Clinton, dessen Wahlkampfspruch die Priorität setzte: *It's the economy, stupid!* Und nicht etwa: *It's the democracy, stupid! It's the society, stupid!*

Und das rächt sich jetzt an der Demokratie, so wie nun auch ein Teil der Gesellschaft aufbegehrt. Wir sehen dieser Tage massive Transformationen der politischen Landkarte in Deutschland und seinen neun Nachbarstaaten, am stärksten gerade in Frankreich, den Niederlanden und in der Tschechischen Republik, zuvor in Polen, aber auch im belgischen Flandern, in Österreich, der Schweiz, ganz zu schweigen von Italien weiter südlich.



Silja Häusermann hat diese Verschiebungen nicht direkt vorausgesagt, denn die Wissenschaftlerin interessiert sich für langfristige Entwicklungen und nicht für tagesaktuelle Ereignisse, die Schlagzeilen machen – sie bevorzugt die nüchterne und „langweilige“ Perspektive, wie sie nicht ohne Schalk vermerkt. Doch wer Häusermann seit längerem liest, der wusste, dass sich der Umbruch weiter beschleunigen würde.

Ein *viertes* allerdings lehrt uns die Lektüre der Arbeiten der Preisträgerin: Die Parteienlandschaft ist zwar im Umbruch, aber nicht im Chaos. Es herrscht nämlich, wie sie formuliert, „begrenzte Volatilität“. Denn nach wie vor stehen sich zwei Lager gegenüber, allerdings je länger, desto weniger entlang der alten Scheidelinien: anstelle des Klassenkampfes tritt eine Art Kulturkampf zwischen eher universalistisch denkenden Menschen zur Linken, und zur Rechten Menschen, die sich stärker an Partikularinteressen ausrichten. Die Wählerinnen und Wähler wechseln nicht von einer ideologischen „Familie“ zu der anderen; sie wechseln selten das Lager, wohl aber innerhalb ihres Lagers. Die treuesten Wählerinnen und Wähler von Parteien links der Mitte sind diejenigen, die für Integration, Inklusion, Kosmopolitismus und Ablehnung des autoritären Populismus eintreten, stellt sie fest. Alle gut- oder schlechtgemeinten Ratschläge, sich zurückzubesinnen auf längst verstrichene Zeiten der klassischen Arbeiterbewegung, sind aus ihrer Sicht – aber in meinen Worten – Unsinn.

Kulturkämpfe im Wandel

Denn Silja Häusermanns Studien zeigen, dass im 21. Jahrhundert Werthaltungen und Identitäten – zum Beispiel Offenheit versus Ausgrenzung, Weltbürgertum versus Nation – das Wahlverhalten tendenziell stärker beeinflussen als die rein materielle Stellung in der Gesellschaft. Trotzdem verbleiben sehr wohl materielle, strukturelle Merkmale hinter den beiden ideologischen Familien. Bildungsstand, Beschäftigungsart und die städtischen bzw. ländlichen Lebensverhältnisse bestimmen ja auch über das Einkommen.

Die entscheidende Kluft jedoch ist zwischen denen, die alles in allem den Wandel begrüßen, und denen, die ihn ablehnen. Dieser Riss wird bleiben, „*the divide is here to stay*“, schreibt die Preisträgerin. Namentlich die Globalisierung hat insgesamt Wohlstandsgewinne gebracht, aber gleichzeitig etliche Verlierer und etliche Verlustgefühle erzeugt. Solche bedrängten Bürgerinnen und Bürger empfinden außerordentlich ihre relative Deklassierung in Sachen Einkommen, Aussichten, Status und Macht in der Gesellschaft.

Und wer sich entwertet fühlt, meine Damen und Herren, der entwertet umso schneller andere Zeitgenossen, er wertet die sogenannten Ausländerinnen und Ausländer ab

(die genau besehen Inländerinnen und Inländer sind ohne deutschen Pass). Die Polarisierung werde zunehmen, so die Einschätzung der Sozialwissenschaftlerin, die auch eine Geisteswissenschaftlerin ist: eine Empirikerin, die über den bloßen Empirismus hinaus einordnet – so wenn sie daran erinnert, heutige Kulturkämpfe würden keineswegs heftiger ausgetragen als einst die Kulturkämpfe für oder gegen die identitätsstiftende Arbeiterbewegung mit ihrer Musik, Literatur, ihren Symbolen und ihrem Bildungshunger.

Was Häusermann schreibt, will sie belegen und nochmals belegen, und noch ein bisschen stärker fundieren – im Gegensatz zu anderen Exponenten in ihrer Fächerfamilie, die nur sporadisch oder gar nicht empirisch arbeiten, obwohl in den vergangenen zwei Jahrzehnten dank der Digitalisierung sowohl die Daten und deren Verarbeitung als auch die statistischen Methoden wesentlich solider geworden sind. Trotzdem werden in der öffentlichen Debatte unverdrossen Diagnosen kolportiert, die längst widerlegt sind – etwa wenn SPD-Basher oder Merkel-Hasser an der Oberfläche mit dem angeblich „historischen“ Versagen der Sozialdemokratie bzw. der Christdemokratie opportunistisch abrechnen, statt den Langzeittrends auf den Grund zu gehen.

Geländegängige Meinungen haben bei dieser Professorin keinen Vorteil. Auf ihre unaufdringliche Art ist Silja Häusermann die wandelnde Widerlegung von vielem, was man so in Zeitungen liest, die personifizierte Falsifizierung von *conventional wisdom*, von vorgefassten Meinungen.

Geländegängige Meinungen haben bei dieser Professorin keinen Vorteil.

Sehr wohl geht es ihr nach wie vor auch um Umverteilung, zumal bei der Einkommens- und Vermögensschere – aber Umverteilung reicht nicht. Es geht nach wie vor um Sozialpolitik, jedoch um andere Schwerpunkte und Instrumente – es geht ihr um den richtigen Zuschnitt der verschiedenen Aspekte von Sozialpolitik.

Vor allem gibt sie uns auf den Weg, und das schrieb sie längst vor den Krisen der „Ampelkoalition“: Es kommt auf die Bereitschaft an, in demokratischen Institutionen – in Regierungen und Parlamenten – Kompromisse zu schließen. Und darauf, in der Öffentlichkeit Konflikte auf demokratische Weise lösen zu wollen, sie jedenfalls nicht eskalieren zu lassen. Die Preisträgerin hat auch deshalb den Preis verdient, weil ihre Forschung buchstäblich grundlegend ist. Frei nach Ernst-Wolfgang Böckenförde arbeitet diese Politologin an den Voraussetzungen von Demokratie: jenen Voraussetzungen, welche die Demokratie selbst nicht herstellen kann, sondern die wir Bürgerinnen und Bürger alle herstellen sollen, müssen, dürfen. Häusermann arbeitet, gemäß dem Grundgedanken des Preises, an der „Früherkennung von gesellschaftlichen Problemstellungen“ und leistet „im Dialog mit der Praxis einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme“.

Understatement statt Allüren

Von einer besonderen Gabe der Vermittlung von Wissenschaft zeugt auch der legendäre Zuspruch ihrer Studentinnen und Studenten, die sie zu begeistern weiß. Die jungen Leute haben ihr den *Teaching Award*, den Lehrpreis der Universität Zürich verliehen, an die sie 2012 mit 35 Jahren zur Ordinaria berufen wurde, nach Studien auch in Lausanne und Genf, Aufthalten in Harvard und an der Hochschule der EU, dem European University Institute in Florenz; später war sie beim Wissenschaftskolleg in Berlin zu Gast. Ihre steile Laufbahn übrigens begann in diesem Land, an der Universität Konstanz.

Die gebürtige Luzernerin ist eine in der Eidgenossenschaft verhaftete Kosmopolitin, und ich benutze die Gelegenheit, hier in Darmstadt ihren Luzerner Vater zu grüßen, der auf seine auch in akademischer Hinsicht großgewordene Tochter mehr als stolz sein dürfte, zumal wenn sie sich selbst treu bleibt: Understatement statt Allüren. Schweizerinnen und Schweizer stehen im Ruf des Pragmatismus, einer Tugend, die sie freilich immer öfter vernachlässigen. Nicht so Silja Häusermann, deren nächste Forschungsstufe sich abzeichnet. Mir scheint, sie wird stärker auch leicht normativ sich über Lösungen beugen, solchen, die funktionieren, und solchen, die sich nicht bewähren. Sie ist daran, stärker die Chancen, Opportunitäten in den forschenden Blick zu nehmen: also nicht nur was der Strukturwandel politisch anrichtet, sondern auch, wie er politisch besser bewältigt werden könnte. Insofern ist der Schader-Preis auch eine weitere Ermutigung: an sie und an ihr vorzügliches Team, denn sie ist eine arbeitsame, starke und zugleich lockere Team-Playerin, dank einerseits einer gemeinsamen kohärenten Forschungsagenda, statt von Publikation zu Publikation zu hoppen; andererseits mit einem sehr bewussten Team-Building. So sind nicht wenige Persönlichkeiten in ihrer engsten Umgebung ebenfalls Professorinnen und Professoren geworden.

Orientierung an Chancen, an Möglichkeiten, an Spielräumen – diese Haltung brauchen wir alle, meine Damen und Herren. Zuversicht ist heute ein knappes Gut und geradezu ein politisches Statement. Die Rechtsautoritären nämlich bewirtschaften die um sich greifende Angst vor Kontroll- und Dominanzverlust. Ihr Diskurs lässt sich vielleicht folgendermaßen zusammenfassen: „Der Westen beherrscht nicht länger die Welt; ›Brüssel‹ und ›Globalisten‹ steuern die Nation; das ›christliche Abendland‹ vermag Islam und Migration schwerlich einzudämmen; wegen der Grünen gilt nicht länger das biblische ›Macht euch die Erde untertan‹; der Mann büßt seinen archaischen Vorrang vor der Frau ein; Heterosexualität ist nicht länger die unhinterfragte Norm; Gutbürgerliches weicht dem sogenannten ›Woken‹“. Und obendrein, Künstliche Intelligenz übertrumpft den Menschen.

Lauter angebliche oder graduelle Herrschaftsverluste, die von den Feinden der liberalen Demokratie bewirtschaftet werden. Und das verfängt.

Eine überparteiliche Aufgabe

Es ist ja leider das ewige Verhängnis in der jüngeren Geschichte Europas, dass in Krisenzeiten und zumal in der Polykrise viele Konservative reaktionär werden und viele internationalistische Linke ihrerseits ins Linksnationale driften. Es waren Liberal-Konservative, die 1922 Mussolini zum italienischen Ministerpräsidenten wählten; Liberal-Konservative, die 1933 Hitler ermächtigten. Es sind nicht wenige Konservative, die heute in Frankreich den Rassemblement National oder in Italien die Fratelli d'Italia für weitgehend unbedenklich erklären.

In Deutschland darf es nicht so weit kommen. Um die Gefahr abzuwenden, bedarf es – im Land der Sozialen Marktwirtschaft – einer modernen, modernisierten, zeitgemäßen Sozialen Marktwirtschaft, aufbauend auf das von Ludwig Erhard gelegte Fundament. Wobei unzählige Konservative es absurderweise inzwischen für „links“ oder für „etatistisch“ halten, wenn Politik die Gesellschaft und das Zusammenleben ein Stück weit gestalten will, wie das Erhard tat. Doch ist die Aktualisierung der sozialen Marktwirtschaft, um in Kriegs- und Krisenzeiten für mehr Stabilität der Gesellschaft zu sorgen, die Verspannung ein Stück weit zu lösen, keineswegs eine linke Aufgabe, sondern ebenso sehr ein Auftrag an Christdemokraten und Liberale.

Umso klarer ist dies eine überparteiliche Aufgabe, als das Emporschnellen der Populisten in Europa nicht nur die Stimmung geändert hat, sondern auch die politische Arithmetik. In vielen Ländern von Finnland bis Slowenien reicht seither eine Zweierkoali-

tion nicht mehr, um zu regieren. Zwangsläufig müssen sich mindestens drei Parteien finden, und solche Dreierkoalitionen sind zentrifugal, uneins, entzweit oder genauer gesagt „entdrittelt“, wenig handlungsfähig, das muss ich im Juni 2024 nicht ausführen. Ausgerechnet Rechtsnationalisten, die vorgeblich die Nation stärken möchten, schwächen sie faktisch.

Diese Politologin stört, aber alle achten sie, und niemand kommt an ihrer Forschung vorbei, schon gar nicht die Schader-Stiftung.

Doch wie begegnet man der Herausforderung? Weniger mit Schuldzuweisungen unter den traditionellen demokratischen Parteien als vielmehr in gemeinsamen Anstrengungen und Modernisierungen. Darauf verweist Silja Häusermanns höchst unbequeme Forschung und Vermittlung. Was kann man Schöneres sagen von einer Wissenschaftlerin als: Diese Politologin stört, aber alle achten sie, und niemand kommt an ihrer Forschung vorbei, schon gar nicht die Schader-Stiftung. Von Herzen Glückwunsch, sehr geehrte Preisträgerin!

Zum Autor

Dres. h.c. Roger de Weck ist Wirtschaftswissenschaftler und langjähriger leitender Journalist. Anlässlich der Verleihung des Schader-Preises 2024 an Prof. Dr. Silja Häusermann am 26. Juni 2024 hielt er die hier abgedruckte Laudatio auf die Preisträgerin.



Prof. Dr. Silja Häusermann

Mumifizierung von Politik. Sozialstruktureller Wandel und progressive Politik

Sehr geehrte Frau Schader, sehr geehrter Herr Schader,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Benz, sehr geehrter Herr Minister Gremmels,
sehr geehrter Professor Otfried Jarren als Sprecher des Senats,
sehr geehrte Frau Stein als Sprecherin des Kleinen Konvents der Stiftung
sehr geehrte Mitglieder des Senats, des Kleinen Konvents, des Vorstands und des
Stiftungsrats der Schader-Stiftung,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Anwesende!

Ich freue mich außerordentlich über den Schader-Preis und bedanke mich sehr herzlich dafür! Ich fühle mich sehr geehrt durch den Preis einerseits, aber auch durch die Zeit, die Sie sich heute für diesen Anlass nehmen, durch die freundlichen Worte von Ihnen – Herr Oberbürgermeister Benz, Herr Minister Gremmels – und natürlich durch die Auseinandersetzung von Roger de Weck mit meiner Arbeit und seine Worte dazu. Gerne spreche ich heute zu Ihnen. In meiner kurzen Rede möchte ich gegen die *Mumifizierung von Politik* ansprechen.

Der sozialpolitische Goldstandard

Mein Argument ist, dass unsere Gesellschaften sich in den letzten 30 bis 40 Jahren sozialstrukturell radikal verändert haben – und mit ihnen die Probleme, Ansprüche und Bedürfnisse der Menschen. Wie und wie gut die Politik diesen Bedürfnissen begegnet beobachten und bewerten wir jedoch oft durch die Brillen des vergangenen Jahrhunderts, an konservierten, überholten Maßstäben.

Besonders ausgeprägt ist diese Mumifizierung unseres Politikverständnisses im Bereich der linken, progressiven Politik, ihrer Akteure und ihrer politischen Instrumente – ein Feld, mit dem ich mich seit langem intensiv beschäftige. Mit progressiver Politik meine ich hier politische Akteure, welche mit staatlicher Intervention als Mittel den Zweck zunehmenden sozialen Ausgleichs und umfassender sozialer Sicherheit verfolgen. In der Bewertung, wen progressive Politik mobilisiert und mobilisieren soll, wofür und wogegen sie steht, und welche Mittel ihren Zielen angemessen sind, fällt der Gesellschaft, den Medien, den Parteien selber und oft auch den Gesellschaftswissenschaften eine Erneuerung unserer inhaltlichen Erwartungen und Maßstäbe schwer.

Mein Freund und Co-Autor, der amerikanische Politikwissenschaftler Herbert Kitschelt, hat es einmal treffend so ausgedrückt: *Wir messen progressive politische Be-*

wegungen daran, wie nahe sie der Schwedischen Sozialdemokratie in den 1960er Jahren kommen. In anderen Worten: wie gut sie mit sozialpolitischen Forderungen die Arbeiterklasse mobilisieren. Das ist oft der implizite oder explizite Goldstandard erfolgreicher linker Politik.

Progressive politische Bewegungen messen wir daran, wie gut sie mit sozialpolitischen Forderungen die Arbeiterklasse mobilisieren. Das ist oft der implizite oder explizite Goldstandard erfolgreicher linker Politik.

Diese Mumifizierung unseres Verständnisses von progressiver Politik mag den einfachen und plausiblen Grund haben, dass gerade die Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert in Europa tatsächlich mit der Errungenschaft des umfassenden Sozialstaates ein ganz außerordentliches, gesellschaftlich transformatives Ziel erreicht hat. Es geht mir nicht darum, die Bedeutung dieser Errungenschaft zu hinterfragen.

Aber die Gesellschaft, welche progressive Politik heute repräsentieren will und muss, und die Ansprüche der Menschen, auf welche sie Antworten geben muss, sind andere geworden, ihnen muss mit anderen Instrumenten begegnet werden.

Upgrading der Mittelschicht und neue soziale Benachteiligungen

Der grundlegende sozialstrukturelle Wandel, von dem ich hier spreche, lässt sich mit dem etwas unscharfen Begriff der post-industriellen Wissensgesellschaft umschreiben. Der Begriff muss zwangsläufig unscharf bleiben, weil er eine Reihe von unterschiedlichen, aber zusammenhängenden Entwicklungen meint. Haupttreiber sind der wirtschaftliche Strukturwandel von der Industrieproduktion zur entgrenzten Wissensökonomie, sowie damit zusammenhängend die massive Bildungsexpansion in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Auch wenn die Industrie weiter in gewissen europäischen Ländern – wie etwa in Deutschland – stark zur Wertschöpfung beiträgt, ist sie in der Beschäftigungsstruktur sehr minoritär geworden. Noch 10 bis 15 % der Beschäftigung ist in der Industrieproduktion zu finden, während etwa hochqualifizierte, kognitive Berufe in westeuropäischen Ländern wie der Schweiz oder Deutschland bereits 40 bis 50 % der Beschäftigung ausmachen. Der Wandel erfolgte zudem in rasantem Tempo: in nur 30 bis 40 Jahren haben sich diese Anteile im Schnitt etwa halbiert, was die Industriebeschäftigung betrifft, bzw. verdoppelt, was den Anteil der qualifizierten Dienstleistungsberufe angeht. Junge Menschen kommen heute in einen Arbeitsmarkt, in dem primär starke kognitive, soziale und kreative Fähigkeiten nachgefragt sind.

Mit derart einschneidenden wirtschaftlichen Veränderungen gehen soziale Transformationen einher. Hierbei sind vor allem die Bildungsexpansion zu erwähnen und die grundlegend veränderte Stellung von Frauen in Bildung, Beruf und Familie. Der Anteil tertiär gebildeter im erwerbsfähigen Alter ist in der Schweiz und Deutschland in nur ca. 30 Jahren von etwa 10 auf 30 % gestiegen. Bei den jungen Menschen unter 35 beträgt der Anteil ungefähr die Hälfte. Gerade Frauen sind von dieser Bildungsexpansion massiv betroffen, für sie verändern sich Lebensrealitäten, Möglichkeiten und Ziele von einer Generation zur nächsten radikal. Statistisch ist der Durchschnittswähler heute deutlich besser ausgebildet, lebt eher in städtischem Milieu, ist offen gegenüber gesellschaftlichem Wandel und ist eher eine Durchschnittswählerin als ein -wähler.

All diese Veränderungen haben aber nicht nur zu einem sogenannten Upgrading geführt, also zu einer massiv gewachsenen gebildeten Mittelschicht, sondern auch zu mehr Ungleichheit in der Spreizung von Löhnen, Berufsrisiken und Lebenschancen. Ein Berufslehraabschluss ist heute bei weitem kein Garant mehr für langfristige beruf-

liche Sicherheit. Mit ungenügender Ausbildung gehen langfristige Risiken einher. Die benachteiligten sozialen Schichten sind zudem heterogener geworden, sowohl was ihre oft prekären Beschäftigungsverhältnisse betrifft, als auch bezüglich der familiären Konstellationen, die sie kennzeichnen, und natürlich in den vielfältigen migrantischen Bezügen, welche ebenfalls zur Heterogenität der tieferen sozialen Schichten beitragen.

Missverständnisse progressiver Politik

Kommen wir zurück zur Politik, genauer zur progressiven Politik, welche mit diesen Menschen und für diese Menschen soziale Sicherheit und gute Lebenschancen schaffen will. Der italienische Philosoph Roberto Frega hat links-progressive Politik treffend als ein Großes „emanzipatorisches Projekt“ beschrieben, als die Absicht, „immer mehr Menschen aus immer mehr Abhängigkeiten“ zu befreien. Wenn wir diesen Anspruch vor dem Hintergrund des sozialstrukturellen Wandels denken, den ich gerade skizziert habe, klären sich meines Erachtens diverse Missverständnisse in der Einschätzung des Zustandes und der Perspektiven progressiver Politik, die sich hartnäckig halten.

Ich möchte auf drei konkrete Missverständnisse – oder aus meiner Sicht Fehleinschätzungen – eingehen, die man in der heutigen Debatte noch immer oft hört, und zu denen ich beitragen kann – sowohl aus meiner unmittelbaren eigenen Forschung, als auch aus dem gemeinsamen Bestand des Wissens der sozialwissenschaftlichen Forschung zu der meine Arbeiten beizutragen versuchen.

Die drei Missverständnisse betreffen die elektoralen Strategien sozialdemokratischer Parteien, die vermeintliche Gefahr, die von sogenannter Identitätspolitik für linke Parteien ausgeht, sowie die Ziele progressiver Sozialpolitik im 21. Jahrhundert.

Zu den elektoralen Strategien, also der Frage, wie gut linke Parteien - und sozialdemokratische Parteien im speziellen – ihre Wählerpotenzial mobilisieren können. Noch heute wird die elektorale Performanz der Sozialdemokratie oft daran bemessen, wie gut sie die „traditionelle Arbeiterklasse“ erreicht, bzw. wird ihre Krise darin gedeutet, dass beträchtliche Teile der Industriearbeiterklassen nicht links wählt. Tatsächlich hat sich der Anteil der Arbeiterstimmen am Elektorat von sozialdemokratischen Parteien in Europa seit den 1980er Jahren von fast zwei Dritteln auf ein Drittel halbiert. Zwei von drei Wähler:innen sozialdemokratischer Parteien sind heute Projektleiterinnen, Physiotherapeuten, Lehrer, Architektinnen oder Ingenieure, nur noch eine von drei Stimmen kommt von Busfahrerinnen, Fabrikarbeitern oder Servicemitarbeitenden.

Dennoch ist es angesichts des sozialstrukturellen Wandels verfehlt, diese Entwicklung zum Gradmesser sozialdemokratischer Politik zu machen. Hätte die Sozialdemokratie sich auf die Mobilisierung der Industriearbeiterschaft konzentriert oder beschränkt, läge ihr Wähleranteil heute zweifellos weit unter 10%. Die Frage ist vielmehr, inwiefern es diesen Parteien gelungen ist, sich im Angesicht der massiven Deindustrialisierung neue Elektorate zu erschließen.

In der wachsenden, gebildeten Mittelschicht ist ihnen das insgesamt sehr wohl gelungen – besser in einigen Ländern wie der Schweiz und etwas weniger gut in anderen Ländern wie Deutschland. Aber überall konnte die Sozialdemokratie viele neue Stimmen aus der gut gebildeten Mittelschicht an sich binden. Weniger erfolgreich war sie darin, ihre Verankerung im neuen Prekariat und in der Dienstleistungsarbeiterklasse zu stärken. In diesen sozialen Gruppen dominiert leider die Stimmenthaltung als erste Wahl.

Die Gewinne in der gebildeten Mittelschicht sind aber deshalb eminent wichtig, weil die sozialwissenschaftliche Einstellungsforschung heute in diesen Gruppen die höchsten und konsistentesten Zustimmungswerte für einen starken Sozialstaat, Umvertei-

lung und gesellschaftliche Inklusion beobachtet. Diese neuen progressiven Wählerschichten tragen die soziale und inklusive Agenda der links-progressiven Parteien, auch wenn sie zuweilen aufgrund ihrer Einkommen netto dafür bezahlen.

Viele Stimmen aus dem klassischen Arbeitermilieu gehen dagegen heute nach rechts, zum Teil nach weit rechts. Nicht primär deshalb, weil die Wählenden direkt abgewandert wären – auch diese Fehlwahrnehmung ist mittlerweile empirisch klar und robust widerlegt – sondern weil jüngere Wählende aus den klassischen Arbeitermilieus gar nie links waren und ergo auch nicht “zurückgewonnen” werden können.

Arbeiterbewegung und Kernelektorat

Die Herausforderung links-progressiver Parteien heute – und das betrifft neben den Sozialdemokraten letztlich auch die Grünen und Linksaußen-Parteien – besteht daher realistischweise darin, mit vielen Stimmen der gebildeten Mittelschicht als Kernelektorat eine Politik durchzusetzen, die auch und gerade im Interesse der tieferen und tiefsten sozialen Schichten ist. Das ist der neue Maßstab, an dem Mobilisierung und Repräsentation gemessen werden müssen.

Die Herausforderung links-progressiver Parteien heute besteht darin, mit vielen Stimmen der gebildeten Mittelschicht als Kernelektorat eine Politik durchzusetzen, die auch und gerade im Interesse der tieferen und tiefsten sozialen Schichten ist.

Die Frage, wie politische Kräfte diese Herausforderung meistern bringt mich zum zweiten Missverständnis, wonach „Identitätspolitik“ als Anliegen dieser progressiven, gebildeten Mittelschicht linke Politik spaltet und dadurch unterminiert. Mir ist durchaus bewusst, dass der Begriff und das Phänomen an sich heiße Eisen sind, aber gerade deshalb ist mir an einer sehr nüchternen Betrachtung und Entzauberung dieser Debatte gelegen. Die oft geäußerte Kritik an heutigen links-progressiven Parteien besteht darin, dass sie sich in Fragen der Anerkennung von Minderheiten und ihren Rechten verlieren, anstatt bei traditionellen, materiellen, wirtschaftlichen Verteilungsfragen zu bleiben.

Dieser Kritik liegt das grundlegende Missverständnis zu Grunde, es sei in der Politik jemals *nicht* um Identität und Anerkennung gegangen. Die Mobilisierung der Arbeiterbewegung im Klassenkonflikt des 20. Jahrhunderts ist aber gerade das Paradebeispiel einer Identitätskonstruktion. Die politische Arbeiterbewegung bestand überhaupt nicht nur aus Arbeitern und nicht alle Industriebeschäftigten identifizierten sich als Arbeiter. Aber die *politische Mobilisierung* der Arbeiterbewegung hat der progressiven Bewegung eine Identität, eine Vergewisserung der Gruppe gegen innen gegeben, sowie eine Abgrenzung gegen außen. Bei der Politik im Namen dieser Arbeiterbewegung ging es auch nicht bloß um Umverteilung von Geld, sondern viel mehr um eine Ausweitung von Rechten, um Anerkennung und Status für eine soziale Gruppe, die vormalig in vieler Hinsicht benachteiligt und exkludiert war.

In einem Forschungsprojekt an der Universität Zürich haben wir für verschiedene europäische Länder erhoben, welche Identitäten *heute* relevante Bezugspunkte sind. Genauer interessierte uns, in welche Identitäten sich die *heutigen* relevanten sozialstrukturellen Elektorate übersetzen – denn niemand identifiziert sich als „hoch gebildet“ oder als „kognitive Dienstleistungsfachkraft“. Aber genau diese Gruppen haben sehr wohl klar identifizierbare politische Gruppenidentitäten. Die kollektive politische Identität der progressiven Mittelschicht, welche heute die Kernwählerschaft der linken Parteien ist, bezieht sich stark auf Inklusion und Offenheit gegenüber *heute* benach-

teiligten sozialen Gruppen, sowie auf eine sehr dezidierte Abgrenzung gegenüber den rechtsnationalen Bewegungen, die in Europa so sehr erstarkt sind. Gerade bei jüngeren progressiven Wählenden beobachten wir, dass Fragen der gesellschaftlichen Integration und Anerkennung von heutigen Minderheiten keine Nebenschauplätze sind, sondern Kern ihrer politischen Identität.

Ein solch sozialstrukturell verankertes Verständnis von politischen Identitäten erklärt, warum die Debatten um die Ausweitung von gesellschaftlicher Inklusion und Anerkennung nicht umschifft oder vom Tisch gewischt werden können. Dieses Verständnis verdeutlicht aber auch, dass progressive Parteien um gewisse Zielkonflikte nicht herumkommen. Wenn sie sich auf unverfängliche, alte Identitäten beziehen – also etwa die „arbeitende Bevölkerung“ ansprechen – riskieren sie sehr viel gesellschaftliche Resonanz zu verfehlen, weil weite Teile ihrer potenziellen Wählerschaft in anderen Begriffen über sich selber nachdenkt und sich von alten Gruppenbegriffen und Referenzen nicht angesprochen fühlt. Wenn Sie aber die heute relevanten Identitäten stark betonen, müssen Sie auch gewisse Abgrenzungen in Kauf nehmen und von der Idee Abschied nehmen, „alle“ ansprechen zu können. In einem eben beendeten vergleichenden Forschungsprojekt mit zwölf Kolleg:innen aus Europa und den USA haben wir die möglichen Strategien von Parteien verglichen und dabei gefunden, dass die Vermeidung von „Identitätspolitik“ langfristig die riskanteste und verlustreichste ist, weil sie zu wenige Wähler und Wählerinnen mit denjenigen Begriffen und Themen anspricht, die ihnen wichtig sind.

Abwendung von etablierten Politiken

Das letzte Missverständnis, zu dem ich sprechen möchte, stammt aus dem Fundus meiner Sozialpolitik-Forschung, denn aus dieser Ecke komme ich ursprünglich her. Auch hierbei trägt das Verständnis von sozialstrukturellem Wandel zur Lösung von auf den ersten Blick rätselhaften Beobachtungen bei. Insbesondere stellen viele Studien verwundert fest, dass auch ein starker Sozialstaat, bzw. der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen nicht verhindern kann, dass Verlierer des Strukturwandels sich von der Politik abwenden, sich radikalieren oder Protestwähler werden. Das ist auf den ersten Blick erstaunlich, denn gerade die amerikanische Forschung hat den starken „Trump-Effekt“ in wirtschaftlich absteigenden Regionen dem Fehlen eines sozialstaatlichen Netzes zugeschrieben.

Nun beobachten wir aber ähnliche Phänomene auch in Ländern mit starken Sozialstaaten. Und sogar die Ausweitung von sozialen Unterstützungsleistungen, von Renten oder Mindestlöhnen erweist sich als wenig wirksam im Versuch, die Menschen politisch aufzufangen. Die Forschung konnte etwas Licht in das Rätsel bringen. So können wir zeigen, dass diese Abwendung von etablierter Politik hin zu rechts-nationalen Parteien oder anderen Protestbewegungen nur selten das Resultat ist von direkter materieller Not, sondern viel eher eine Folge von subjektiven Ängsten vor Statusverlust oder vor sozialem Abstieg. Gerade das rechtsnationale Wählen ist nicht in verarmten Schichten besonders stark, sondern in den unteren Mittelschichten, die sich vor einem Abstieg und vor Statusverlust fürchten, ohne einen solchen Abstieg selber materiell zu erleben. Deshalb ist auch klar: Geld allein – etwa durch Sozialleistungen – fängt diese Ängste nicht auf. Die klassischen Transferleistungen des Sozialstaates ändern an den subjektiven Verlustängsten dieser Menschen wenig.

Stattdessen schlägt die Sozialstaatsforschung vor, in die Perspektiven der Menschen zu investieren, in ihre Erwerbsfähigkeit und Beschäftigungschancen, über Investitionen in Bildung und Ausbildung, gute Beschäftigung etc. In einer kürzlichen Studie konnten wir mit einem Team in Zürich zeigen, dass solche Politiken zumindest bei einem Teil der Betroffenen tatsächlich das Vertrauen in die Politik stärken. In der Frage, mit wel-

chen progressiven Politiken Abstiegsängsten effektiv begegnet werden kann, steht die Forschung jedoch noch am Anfang.

Den Wald kommentieren, nicht die Bäume!

Lassen Sie mich schließen. Wenn wir Politik mumifizieren, wenn wir das Wissen um die grundlegenden Veränderungen unserer Gesellschaft nicht einbeziehen in die Bewertung heutiger Politik, dann stehen wir bestenfalls verwirrt vor scheinbar unerklärlichen Phänomenen – warum gewinnen linke Parteien die Industriearbeiter nicht zurück? Warum lassen sich Parteien auf neue Themen ein statt bei ihren alten Kanon zu bleiben? Warum dämpfen Sozialleistungen die politische Radikalisierung nicht?

Im schlechteren Fall hat die Mumifizierung konkrete Handlungsimplicationen, nämlich dann, wenn Wissenschaft und Politik falsche Schlüsse ziehen.

Es ist unsere Verantwortung als Gesellschaftswissenschaftler:innen, genau diese nüchterne, unspektakuläre Perspektive hochzuhalten: Den Wald zu kommentieren, nicht die Bäume, und das gefestigte Wissen von der kurzfristigen Spekulation zu trennen.

Für uns Gesellschaftswissenschaftler:innen kommt der Verweis auf diese langfristigen, grundlegenden Veränderungen dem Bohren dicker Bretter gleich, denn im Vergleich zur alarmistischen Aktualitätsberichterstattung über Personen, Kampagnen, und Skandale haben sie wenig Sensationspotenzial. Aber meines Erachtens ist es unsere Verantwortung als Gesellschaftswissenschaftler:innen, genau diese nüchterne, unspektakuläre Perspektive hochzuhalten. Die langfristigen Entwicklungen aufzuzeigen, welche den kurzfristigen Bewegungen unterliegen. Den Wald zu kommentieren, nicht die Bäume, und das gefestigte Wissen von der kurzfristigen Spekulation zu trennen. Dass die Schader-Stiftung solche Forschung sieht und würdigt, ist wunderbar und wichtig.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für den Schader-Preis und für Ihre Aufmerksamkeit.

Zur Autorin

Prof. Dr. Silja Häusermann ist Politikwissenschaftlerin und Schader-Preisträgerin des Jahres 2024. Ihr Fokus liegt auf soziostrukturellem Wandel, Ungleichheit, Veränderungen von Wahlverhalten und Parteiensystemen sowie deren Einfluss auf distributive Politik. Anlässlich der Verleihung des Schader-Preises hielt Silja Häusermann am 26. Juni 2024 die hier in redigierter Fassung veröffentlichte Rede.

32 **Demokratie, Kompromiss und demokratische Innovationen**

Prof. Dr. Matthias Freise und Dr. Manon Westphal

38 **Drei Tage in Sachsen. Ein Reisebericht vor der Landtagswahl 2024**

Alexander Gemeinhardt

52 **Aufbruch der Versäumten**

Dr. Stella Lorenz

55 **In guter Gesellschaft: Warum wir am Kiosk kontextualisieren lernen**

Prof. Dr. Otfried Jarren im Gespräch mit Dr. Stella Lorenz und Dennis Weis

60 **Die ewige Suche nach der Praxis. Gesellschaftswissenschaften
und ihre Rolle in Politik und Gesellschaft**

Jessica Nuske

64 **Soziale Konstruktionen (der Wissenschaften) des Weltalls**

Benjamin Stehl

68 **Zielgruppen: Dialog mit Hindernissen**

Dr. Kirsten Mensch

72 **Krieg und Frieden im Weltraum. Über die Zukunft der Menschheit im All**

Prof. Thomas Hörber

74 **Die Magie der Kultur**

Dennis Weis

77 **Schader-Update**

Özlem Eren



Prof. Dr. Matthias Freise und Dr. Manon Westphal

Demokratie, Kompromiss und demokratische Innovationen

Vom 19. bis 21. September 2024 hat die Schader-Stiftung gemeinsam mit dem Forschungsverbund „Kulturen des Kompromisses“, dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster und der Deutschen Gesellschaft für Gruppendynamik (DGGO) zu einer Tagung mit dem Titel „Demokratie und Kompromiss. Das Politische in Gruppen, Gremien und Teams“ eingeladen.

Wissenschaftliches Wissen über die politische Bedeutung von Kompromissen

Ziel der Tagung war es, die Bedeutung des Kompromisses im „Großen“ und im „Kleinen“ zu beleuchten. Zum einen wächst insbesondere angesichts von Polarisierungsdiagnosen ein Bewusstsein für die Bedeutung von Kompromissen und Kompromissfähigkeit für die Demokratie insgesamt. Zum anderen sehen sich Menschen tagtäglich in den verschiedenen Gruppen – bei der Arbeit, bei Gremientätigkeiten oder im Zusammenhang mit ehrenamtlichen Tätigkeiten – mit der Aufgabe konfrontiert, mit Meinungsverschiedenheiten umzugehen und Kompromisse zu schließen.

Zentrales Anliegen der Tagung war es, wissenschaftliches Wissen über die politische Bedeutung von Kompromissen und praktisches, erfahrungsbasiertes Wissen über die alltägliche Relevanz von Kompromissen zusammenzuführen und einen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu befördern. PD Dr. Steffen Herrmann (FernUniversität Hagen) führte in die philosophische Debatte zum Konzept des Politischen ein, das anregt, die konflikthafte Dimension sozialer Beziehungen in prinzipiell jedem Handlungszusammenhang zu reflektieren. Gisela Clausen (DGGO) verortete das Konzept des Politischen in gruppendynamischen Prozessen und den hier auftauchenden Konfliktsituationen.

Prof. Dr. Ulrich Willems (Universität Münster), Co-Leiter des vom Bundesland Nordrhein-Westfalen geförderten Forschungsprojektes „Kulturen des Kompromisses“, zeigte, inwiefern der Kompromiss entgegen seinem oft schlechten Ruf eine robuste Form der politischen Konfliktregulierung darstellt und das Set an Techniken bereichert, mit denen Demokratien Konflikte bearbeiten können. Neben den Vorträgen waren auch interaktive Einheiten zentrale Bausteine des Tagungsprogramms: Die DGGO führte eine Simulation durch, in der die Tagungsteilnehmer*innen die Rolle von Anwohner*innen einnahmen, die bei einer Nachbarschaftsversammlung über ein kommunales Bauvorhaben beraten und streiten sollten und dabei ganz praktisch mit der Aufgabe von Kompromissbildung konfrontiert waren. Schließlich führte Dr. Danny

Schindler, Direktor des Instituts für Parlamentarismusforschung (Berlin) ein Gespräch mit der ehemaligen Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), bei dem es um Erfahrungen mit dem Bilden von Kompromissen in der Politik und insbesondere bei Koalitionsverhandlungen ging: „Liebe unter Stachelschweinen“.

Anstatt hier einen Überblick über die einzelnen Vorträge und interaktiven Parts des Tagungsprogramms zu geben, möchten wir im Folgenden ausgewählt zwei Schlaglichter werfen. Zum einen beschreiben wir etwas genauer, was ein Kompromiss ist, und illustrieren die aktuelle Relevanz des Kompromisses anhand von tagesaktuellen Beispielen. Zum anderen möchten wir den Blick auf ein Thema lenken, das eine besondere Rolle für unser eigenes Nachdenken über den Kompromiss spielt und im Fokus unseres eigenen Beitrags zu der Tagung stand, nämlich das Verhältnis von Kompromiss und demokratischen Innovationen.

Der Kompromiss als (prekäre) Konfliktregelungstechnik

Wenn Kompromisse gebildet werden, geht es auf die eine oder andere Weise um das Austarieren von wechselseitigen Zugeständnissen in einer Konfliktsituation, mit dem Ziel, eine für die Beteiligten akzeptable Lösung für das betreffende Problem zu finden. Das Vorliegen eines Konfliktes ist eine Voraussetzung dafür, dass ein Kompromiss überhaupt zu einer Handlungsoption wird – wenn keine Meinungsverschiedenheit und kein Konflikt vorliegen, gibt es auch keinen Grund, einen Kompromiss einzugehen.

Das Vorliegen eines Konfliktes ist eine Voraussetzung dafür, dass ein Kompromiss überhaupt zu einer Handlungsoption wird – wenn keine Meinungsverschiedenheit und kein Konflikt vorliegen, gibt es auch keinen Grund, einen Kompromiss einzugehen.

Das Besondere an einem Kompromiss als eine der verfügbaren Möglichkeiten, mit einem Konflikt umzugehen, lässt sich am besten herausstellen, wenn man ihn von einer Alternative abgrenzt, nämlich dem Hinarbeiten auf einen Konsens. Wenn Konfliktparteien, beispielsweise durch den Austausch von Argumenten pro und kontra mögliche Lösungen, eine Situation schaffen, in der sie alle von der Vorzugswürdigkeit derselben Lösung überzeugt sind, haben sie einen Konsens gefunden. Dann sind die Meinungsverschiedenheiten und der Konflikt, der aus diesen Meinungsverschiedenheiten hervorgegangen war, überwunden. Wenn Konfliktparteien hingegen einen Kompromiss bilden, ist genau das nicht der Fall: Die Meinungsverschiedenheiten bleiben bestehen. Eine Lösung für die betreffende Frage kommt dann aber nicht durch eine bloße Abstimmung zustande, sondern dadurch, dass alle Beteiligten Zugeständnisse an die jeweils andere Position machen. In einem Kompromiss bekommen somit alle etwas, aber niemand kann seine oder ihre Ziele umfänglich realisieren.

Während der Kompromiss oft geringgeschätzt wird – man denke nur an die übliche Verwendung von Formulierungen des „faulen Kompromisses“ – mehren sich aktuell politische Entwicklungen, die die Bedeutung von Kompromissen für Politik sichtbarer machen und den Blick dafür schärfen, dass Kompromisse keineswegs selbstverständlich sind. Kompromissfähigkeit ist gegebenenfalls ein kostbareres Gut, als oft angenommen wurde. Beispielsweise haben zahlreiche politische Beobachter*innen insbesondere mit Blick auf die USA politische Polarisierungstendenzen beschrieben, die Kompromisse zwischen Politiker*innen zusehends erschweren. Das Ende der Ampelkoalition in Deutschland kann als ein Paradebeispiel dafür gelesen werden, wie schnell eine Regierung handlungsunfähig werden kann, wenn beteiligte Akteure in zentralen Fragen keine Kompromissbereitschaft an den Tag legen. Gleichzeitig werfen

wichtige Entwicklungen der politischen Gegenwart aber auch die Frage danach auf, in welchen Zusammenhängen Kompromisse überhaupt angemessen und erstrebenswert sind und in welchen nicht. Mit Blick auf die Klimakrise und mögliche Gegenmaßnahmen beispielsweise wird bisweilen argumentiert, dass eine kleinteilige Kompromisspolitik den Weg zu eigentlich notwendigen, ambitionierteren politischen Gestaltungsvorhaben verbauen könnte. Mit anderen Worten: Die politische Gegenwart gibt allen Anlass, über den Kompromiss intensiver nachzudenken – über seinen Wert für die Demokratie, seine Voraussetzungen, aber auch über seine Grenzen beziehungsweise die Grenzen seiner Wünschbarkeit.

Demokratische Innovationen im Fokus

Etwa seit der Jahrtausendwende wird weltweit in zahlreichen Ländern mit sogenannten demokratischen Innovationen experimentiert, da repräsentative Institutionen zunehmend Legitimität einbüßen. Dabei handelt es sich um Maßnahmen, die darauf abzielen, bestehende demokratische Institutionen und Verfahren zu erneuern oder zu ergänzen, um damit die Einflussnahme der Bürger*innen auf politische Entscheidungen aufzuwerten. Von demokratischen Innovationen wird auch gesprochen, wenn diese Maßnahmen in Politikfelder oder auf Politikebenen übertragen werden, in denen sie bislang nicht gebräuchlich waren.

Aber begünstigen demokratische Innovationen die Kompromissfindung oder erschweren sie sie sogar? Dieser Frage gingen wir in unserem Vortrag auf den Grund und zeichneten zunächst einen Überblick über die verschiedenen Familien demokratischer Innovationen.

Direktdemokratische Innovationen zielen darauf ab, dass die Bürger*innen Entscheidungen treffen, ohne dabei repräsentative Verfahren zu durchlaufen. Typische Verfahren der direkten Demokratie sind alle Arten von Referenden und Volksbegehren. Viele europäische Länder haben dieses Instrument in den letzten Jahrzehnten auf lokaler Ebene gestärkt. In der Regel ergänzen Referenden und Volksbegehren die repräsentativen Institutionen, die nach wie vor den politischen Alltag dominieren, während Volksentscheide und Volksbegehren für außergewöhnliche Entscheidungen gedacht sind, die sich oft auf eine einfache Ja-/Nein-Frage reduzieren lassen. Es gibt verbindliche und nicht verbindliche Verfahren der direkten Demokratie. Letztere haben in einigen Ländern durch die Weiterentwicklung des Internets, das von repräsentativen Institutionen oder öffentlichen Verwaltungen für Meinungsumfragen genutzt werden kann, einen erheblichen Aufschwung erfahren.

Gegenwärtig gibt es unzählige verschiedene Varianten der E-Demokratie, aber auch konventionelle Umfragen, die darauf abzielen, die Präferenzen der Bürger*innen zu bestimmten Fragen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Obwohl diese Umfragen nicht verbindlich sind, zeigen Studien, dass die befragenden Institutionen die Ergebnisse in der Regel akzeptieren, wenn sie eindeutig sind. Gleichzeitig zeigt die Forschung, dass die Einführung von verbindlichen Volksabstimmungen und Volksbegehren die Konsensorientierung in repräsentativen Institutionen verstärkt, da parlamentarische Externe durch die Initiierung einer direkten Entscheidung durch die Bürger*innen Einfluss nehmen können. Dies gilt sogar (wenn auch in geringerem Maße) für unverbindliche Verfahren, da Repräsent*innen und Behörden die Delegitimation fürchten, wenn sie sich über die Präferenzen der Bürger*innen hinwegsetzen.

Im Gegensatz zu direktdemokratischen Verfahren handelt es sich bei Innovationen der deliberativen Familie um Formen der Entscheidungsfindung, bei denen die Bürger*innen relevante Fakten aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten, miteinander ins Gespräch kommen, um kritisch über die ihnen vorliegenden Optionen nachzudenken

und ihre Perspektiven, Meinungen und Erkenntnisse zu erweitern. Häufig zielen diese demokratischen Innovationen darauf ab, die Politik zu beeinflussen, indem sie die diskursive Vorbereitung der Politikgestaltung in Form von sogenannten Mini-Publics stärken, die dann oft von klassischen Vertretungsinstitutionen wie Stadträten durchgeführt und von der lokalen öffentlichen Verwaltung umgesetzt werden. Die Varianten und die Bandbreite des Einsatzes von deliberativen Verfahren sind beachtlich. Bürgerforen, deliberative Umfragen, Bürgerkonsensräte, Bürgerjournalismus, lokale Agenda 21-Räte oder verschiedene Formen von partizipativen Haushalts- und Planungszellen sind nur einige Beispiele für deliberative Verfahren.

In der Regel werden deliberative Verfahren als zusätzliche Orte der Bürgerbeteiligung neben den etablierten repräsentativen Institutionen eingeführt und in vielen Ländern ist ihre Anwendung auf die lokale oder regionale Ebene beschränkt. Typische Beispiele für die Anwendung sind Stadtentwicklungsprojekte, Umweltschutzpläne, Verkehrsplanung und Haushaltspolitik. Allen deliberativen Verfahren ist gemeinsam, dass sie darauf abzielen, die Bürger*innen in die Politikgestaltung einzubeziehen, indem sie gemeinsam nach der bestmöglichen Lösung suchen, die möglichst viele Perspektiven einbezieht. Die Forschung zur Deliberation zeigt, dass in der Regel nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Bürger*innen an dem Prozess teilnimmt. Dennoch trägt die Deliberation häufig zu einem Überschuss an demokratischem Wissen bei, was allgemein als eine der elementaren Voraussetzungen für die Vertiefung der Demokratie anerkannt wird.

Verfahren der partizipativen Familie demokratischer Innovationen schließlich konzentrieren sich auf die Umsetzung politischer Entscheidungen durch die direkte Einbeziehung von Akteuren in die Produktion öffentlicher Dienstleistungen. Bei diesen Ko-produktionsansätzen werden die Bürger*innen in eine alternative Leistungserbringung mit oder ohne direkte staatliche Beteiligung, aber mit öffentlicher Finanzierung und Regulierung einbezogen. In vielen Ländern haben Formen der Arbeitsteilung eine lange Tradition und in vielen Politikfeldern übertragen die modernen Staaten Aufgaben an zivilgesellschaftliche Organisationen, in Deutschland etwa an die Wohlfahrtsverbände oder die freiwilligen Feuerwehren. Im Kontext der demokratischen Innovation tritt die professionelle Dienstleistungsproduktion jedoch in den Hintergrund. Im Mittelpunkt steht die Einbindung der Bürger*innen in den organisatorischen Prozess der Dienstleistungsproduktion. Während die traditionelle öffentliche Verwaltung von passiven Verbrauchern ausging, versuchen Ansätze der partizipativen Koproduktion, die aktiven Verbraucher*innen von Dienstleistungen und die Auftragsvergabe durch so genannte öffentlich-private Partnerschaften unter Einbeziehung der Betroffenen zu fördern. Elternbeteiligung in Kinderbetreuungseinrichtungen, in denen Eltern die pädagogischen Kerntätigkeiten des Personals ergänzen, oder Häuser lokaler Gemeinschaften und ihre Dienstleistungen sind gute Beispiele für Ansätze dieser Koproduktion.

Was wissen wir über die Wirkung von demokratischen Innovationen?

Die Wirkungen demokratischer Innovationen sind in den vergangenen Jahren von der Politikwissenschaft intensiv beforscht worden. Die Ergebnisse sind bislang ambivalent. Auf der einen Seite zeigt sich, dass demokratische Innovationen vor allem die „üblichen Verdächtigen“ ansprechen, also die Bürger*innen, die sich ohnehin schon politisch einbringen. Gruppen, die sich nicht für die politische Beteiligung begeistern lassen, bleiben zumeist außen vor. Marginalisierte und politikferne Gruppen werden häufig nicht erreicht. Zudem stehen Aufwand und Ertrag demokratischer Innovationen häufig in einem Missverhältnis. So haben etliche Kommunen in Deutschland demokratische Innovationen wie etwa Bürgerhaushalte wieder eingestellt, weil sie nur eine sehr kleine Zahl an Menschen erreichten und die Ergebnisse zudem überschaubar blieben. Schließlich zeigt die Forschung, dass demokratische Innovationen bei den etablierten

demokratischen Institutionen, insbesondere repräsentativ gewählten Parlamenten und Räten, in Misskredit geraten können, da diese sich in ihrer Legitimität beschädigt sehen und deshalb neuartige Verfahren der Beteiligung ablehnen oder behindern.

Umgekehrt zeigt die Forschung aber auch, dass demokratische Innovationen die Legitimität der Entscheidungsfindung auch steigern können, insbesondere bei den Bürger*innen, die sich der neuen Instrumente bedienen. Zudem steigern demokratische Innovationen den Grad der politischen Bildung teilweise erheblich: Die Teilnehmer*innen weisen häufig ein deutlich umfangreicheres Wissen über den politischen Prozess und die politischen Inhalte auf als politisch passive Menschen. Nicht zuletzt können demokratische Innovationen konfliktbefriedend wirken und Lösungen produzieren, die etablierte demokratische Institutionen häufig nicht erreichen. Aber begünstigen demokratische Innovationen auch die Findung von Kompromissen oder erschweren sie sie vielleicht sogar?

Demokratische Innovationen und Kompromissfindung

In unserem Beitrag haben wir gezeigt, dass die Auswirkungen demokratischer Innovationen auf die Kompromissfindung bislang noch wenig untersucht worden sind und haben Überlegungen zu den einzelnen Familien demokratischer Innovationen angestellt.

Für direktdemokratische Innovationen gilt zunächst, dass sich die Option mit den meisten Stimmen durchsetzt. Damit steht die Findung von Kompromissen nicht im Mittelpunkt der Innovation, eher im Gegenteil: Direktdemokratische Verfahren suchen eine Mehrheitsentscheidung, bei der die noch so große Minderheit der Mehrheit unterliegt. Insbesondere in politischen Systemen, in denen Referenden die Ausnahme darstellen, sind direktdemokratische Innovationen somit in der Regel der Kompromissfindung nicht dienlich. Wir argumentieren jedoch, dass Kompromissfindung in politischen Systemen, in denen direktdemokratische Entscheidungen üblich sind und häufig zum Einsatz kommen, durchaus Kompromisse begünstigen müssen, denn hier gehen in der Regel der Abstimmung Verfahren voraus, in denen die abzustimmende Frage definiert wird. Ein Beispiel dafür sind die sogenannten Vernehmlassungsverfahren in der Schweiz, bei denen die politischen Akteure den genauen Wortlaut der Frage aushandeln, was in der Praxis dazu führt, dass die Akteure häufig aufeinander zugehen, denn sie wissen, dass Kompromisslosigkeit bei regelmäßigen Abstimmungen zu einer Außenseiterposition führen kann. So lassen sich Politiker*innen, die bei einer Abstimmung einen sicheren Sieg erwarten, trotzdem auf Kompromisse ein, denn das nächste Referendum kann schneller kommen als erwartet.

Die Verfahren in deliberativen Innovationen sind hingegen in der Regel auf Konsensbildung ausgerichtet und der Fokus liegt auf dem Austausch von Argumenten. Die Ausrichtung auf Kompromissbildung hätte Konsequenzen für einen anderen Schwerpunkt in der Verfahrensgestaltung. Es ginge mehr um das Aushandeln von Zugeständnissen als um das Prüfen von Argumenten. Zentrale Frage bei der Beurteilung der Kompromissfähigkeit von diesen Innovationen ist auch, wie viel die deliberativen Gremien zu entscheiden haben. Wären die Entscheidungen der Gremien verbindlich – was sie in der Regel jedoch nicht sind – könnte eine Orientierung am Kompromiss wesentlich wahrscheinlicher sein. Es gibt dann nicht nur einen größeren Anreiz, in strittigen Fragen zu einer Einigung zu kommen, sondern auch die Aussicht darauf, dass das Ergebnis für viele Menschen außerhalb der Gremien akzeptabel sein muss.

Partizipative Innovationen, bei denen die Bürger*innen direkt in die Implementierung politischer Programme eingebunden werden, etwa beim Betrieb von Bürgerbussen, Bürgerläden und dem Urban Garding, werden hingegen einen deutlich stärkeren

Bezug zur Kompromissbildung aufweisen als die beiden anderen Familien demokratischer Innovationen, denn bei der Ausführung von öffentlichen Diensten müssen Bürger*innen pragmatisch mit Meinungsverschiedenheiten umgehen lernen. Dabei wird die Kompromissfindung erleichtert, da die meisten partizipativen Verfahren, die uns bekannt sind, nicht unbedingt ein starkes Konfliktpotential bergen.

Das Repertoire demokratischer Innovationen ist seit der Jahrtausendwende erheblich ausgeweitet worden – aktuell wird auf zahlreichen Feldern weiter damit experimentiert. Demokratische Innovationen sind dabei kein Allheilmittel, aber sie haben das Potenzial, Verfahren der Meinungs- und Willensbildung zu bereichern.

Im Ergebnis können wir zeigen, dass das Repertoire demokratischer Innovationen seit der Jahrtausendwende erheblich ausgeweitet worden ist und dass aktuell auf zahlreichen Feldern weiter damit experimentiert wird. Dabei sind demokratische Innovationen kein Allheilmittel, aber sie haben das Potenzial, Verfahren der Meinungs- und Willensbildung zu bereichern.

Zu den Autor*innen

*Prof. Dr. Matthias Freise ist außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft und Studiendekan an der Universität Münster. Dr. Manon Westphal ist Vertretungsprofessorin für Politische Theorie an der Universität Münster. Bei der Tagung „Demokratie und Kompromiss. Das Politische in Gruppen, Gremien und Teams“ vom 19. bis 21. September 2024 in der Schader-Stiftung waren beide gemeinsam mit dem Forschungsverbund „Kulturen des Kompromisses“, dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster und der Deutschen Gesellschaft für Gruppendynamik (DGGO) Kooperationspartner*innen.*





Alexander Gemeinhardt

Drei Tage in Sachsen. Ein Reisebericht vor der Landtagswahl 2024

Es ist März 2024. Wir bereiten in der Schader-Stiftung das Public Screening der Europawahlen vor. Unter der Marke #transitachtzehnuhr wird am 9. Juni wieder „Ein Wahlabend mit Wein, Brezeln und Gesellschaftswissenschaften“ angeboten, der mit 150 Personen ausgebucht gewesen sein wird. Gleichzeitig läuft das ostdeutsche Superwahljahr 2024 an. Das beschäftigt mich, fast noch mehr beschäftigt mich der Duktus, in dem es in meiner Rhein-Main-Region zuweilen abgetan wird als eine regionale Entscheidung irgendwo weit weg. „Failed States“ ist noch einer der harmloseren Begriffe in Bezug auf die nicht mehr ganz so Neuen Länder. Die zynischen Bemerkungen, man wisse nun, wofür ein „antifaschistischer Schutzwall“ gebraucht würde, kann ich nicht witzig finden. Weder die Untergangsszenarien und das Schimpfen auf den imperialistischen Westen noch die Erklärungsansätze aus der bequemen Distanz in Richtung Osten helfen weiter. Was ist da los in Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – und was ist los mit uns im gut situierten Rhein-Main-Gebiet? Und wie kommt man ins Gespräch? Ach so – man könnte sich einfach mal wieder *besuchen*?

Eine unerwartete Reise

Die berufliche Aufgabe in der Schader-Stiftung bringt es mit sich, mit vielen Menschen zu sprechen. Einer davon, öfter bereits Gast in Darmstadt und ein geschätzter politischer Gesprächspartner, reagiert mit nur wenig Verzögerung auf ein diesbezügliches Gespräch mit einer sehr speziellen Einladung: Im März erreicht mich ein Brief mit dem Wappen des Freistaats Sachsen und dem Absender des Direktors der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung (SLpB), Dr. Roland Löffler:

„Sehr geehrter Herr Gemeinhardt, lieber Alexander, hiermit lade ich sie sehr herzlich nach Sachsen ein, um im Sommer 2024 als externer Beobachter unsere Landtagswahlforen zu begleiten. Die sächsische Landeszentrale bietet regelmäßig zu Landtags- und Bundestagswahlen in allen Wahlkreisen Wahlforen mit den Kandidatinnen und Kandidaten der aussichtsreichen Parteien an. In diesem Jahr sind dies 60 Wahlforen, zu denen wir mindestens Kandidatinnen und Kandidaten von fünf Parteien mit Wahlchancen einladen (...). Es wäre uns eine große Freude, wenn Sie als gesellschaftspolitisch und politikdidaktisch erfahrener Stiftungsmanager, Netzwerkpartner und „Seismograph“ für aktuelle Trends in Politik und Gesellschaft uns einige Tage im August begleiten könnten und ein Feedback zu den Veranstaltungen, zu Moderations-Techniken und zum politischen Klima in Sachsen geben könnten. (...).“

Eigentlich hatte ich zu dieser Zeit eine Auslandsreise geplant. Das sollte eine Recherche in einem weit entfernten, mir noch fremden Land werden, ich freue mich darauf. Aber andererseits gibt es Entwicklungen, die direkt im eigenen Leben so fremd scheinen. Und wenn man von einem Kollegen gebeten wird – so etwas sagt man nicht ab! Meine Kollegin Özlem Eren, Studentische Mitarbeiterin für die Konvente und Vorstandsprojekte der Schader-Stiftung, sagt zu, mich zu begleiten und nimmt wesentliche Vorbereitungen wahr. Unsere Reiselektüre stammt vom Schader-Preisträger von 2023, Steffen Mau (Ungleich vereint, Berlin 2024). Meinen Sommerurlaub wird weitere Literatur prägen, die „Deutsche Geschichte 1989-2023“ von Klaus Neumann (Blumen und Brandsätze, Hamburg 2024) oder das wichtige, von Eric Hattke und Michael Kraske herausgegebene Bändchen „Demokratie braucht Rückgrat“ (Berlin 2021). Und weil Menschen Geschichte machen, nehme ich mir längst gelesene Biographien wieder vor, wie – in der Reihe des Erscheinens – jene von Manfred Stolpe (Den Menschen Hoffnung geben, Berlin 1991), Joachim Gauck (Winter im Sommer – Frühling im Herbst, München 2009) und Gregor Gysi (Ein Leben ist zu wenig, Berlin 2017). Jetzt habe ich wieder einen Eindruck, was die alten Herren im Zentrum der Macht im Rückblick aus drei Jahrzehnten sagen. Was aber hören wir im direkten Gespräch? Das ist – so viel wäre vorwegzunehmen – nicht spektakulär, aber bewegend genug. Und deshalb sollen sie in dieser Reportage auch ausführlich selbst zu Wort kommen.

Eine Bahnfahrt nach Dresden haben wir noch zur Vorbereitung, beziehen unweit des Zwingers Quartier und sind am nächsten Tag bei der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung. Vor dem Haus weht seit der Wahl weiterhin die Europafahne, auch ein Statement. Auf dem Weg haben wir Wahlplakate gesehen, die sich in der Tonalität deutlich von dem unterscheiden, was die letzten hessischen Landtagswahlen hergegeben haben. Aber schon hier bestehen Unterschiede zwischen denen, die wiedererkennbar aus den Werbeschmieden der traditionsreichen Parteien kommen, und jenen, mit denen die medial erfolgreichen Strömungen den Ton der Zeit zu treffen versuchen. Hinter der Landeszentrale parken Kleinbusse, die mit Moderationsmaterial, Mineralwasser und Broschüren beladen werden – jeden Abend geht es auf zwei bis drei Wahlforen. Schon die Logistik nötigt Respekt ab, die klare Haltung und das professionelle Engagement für ihr Land, das die Mitarbeitenden durchweg auszeichnet, noch viel mehr. Wir werden drei dieser Wahlforen erleben, in Leipzig (620.000 Einwohner*innen), Zwickau (88.000) und Stollberg im Erzgebirge (11.000). Und da wir für eine wissenschaftsfördernde Stiftung unterwegs sind, ist auch der Blick auf die Universitätsstadt Leipzig, die Westsächsische Hochschule Zwickau und die älteste Montanuniversität, die TU Bergakademie Freiberg im Erzgebirge, in der Darmstädter Partnerstadt, nicht unwichtig.

Sachsen im Gespräch

Aber wie ist nun die Lage im Osten Deutschlands, wenn man direkt fragt? Die AfD wäre auf einem „bürgerlichen Kurs“, lassen wir uns von einem politischen Beobachter erklären: *„Die müssen keine Härte bringen, die profitieren davon, dass ihre Themen von allen anderen gespielt werden.“* In einer zivilgesellschaftlichen Aktionsgruppe heißt es, man könne mit der AfD keinerlei verlässlichen Kontakte pflegen: *„Du kannst mit einem Huhn kein Schach spielen. Das kräht laut, schmeißt die Figuren um und schießt Dir am Ende aufs Spielbrett.“* Die AfD betreibe ein Konzept der *„Selbstverharmlosung – die haben ihre Wahlprogramme weichgespült und haben zu vielen Politikfeldern einfach keine Meinung. Brauchen sie ja auch nicht. Man denkt, die leben in einer Parallelwelt mit ganz anderen Informationen. Sie leben von den selbst produzierten Rissen in der Gesellschaft. (...) Die Erzählung des Rechtspopulismus benötigt Ausnahmesituationen. Das produziert hochgradig verwirrte Anhänger.“* Warum ist die AfD dann nicht längst eine große Partei in der Mitgliedschaft? *„Man tritt da nicht ein, da klingt die SED noch mit, Parteimitgliedschaft, das macht man nicht“*, sagt einer, der als Verweigerer seine Zeit als Bausoldat ab dienen musste.

Auf dem Land hört sich das von einer politisch verantwortlichen Person auch anders an: *„Na ja, die Lage ist, glaube ich, besser als die Stimmung. Aber die Lage ist auch nicht besonders toll. Es ist schwer, denke ich so, aus unserer Perspektive jetzt sehr optimistisch in die Zukunft zu schauen. Wenn man es global betrachtet, ist es natürlich alles pillepalle, das ist klar. Aber wenn wir es jetzt mal auf Deutschland runterbrechen, dann sind die Dinge, die uns hier bewegen, schon hier vor Ort sehr komplex und diffizil.“*

Mit einem kleinen Schlenker über die Bildung kommt es im nächsten Satz ohne weitere Umstände zum Schlagler des Wahlkampfes, zur Migration. Und es wird auch deutlich, dass es in den Kommunen ganz reale Herausforderungen gibt: *„Und wir haben eben hier mittlerweile jetzt vor drei Wochen reichlich Schulklassen eingeschult, 1. Klasse, mit so zwischen 80 und 90 Prozent Migranten. Und dazu muss man ja eigentlich nichts weiter sagen, das sind ja Kölner Verhältnisse oder Kreuzberger Verhältnisse und was dort an Bildung passieren kann mit Kindern aus Afghanistan, aus Syrien, aus der Ukraine, aus Eritrea und so weiter und so fort, wo die meisten überhaupt kein Deutsch sprechen, nur rudimentär, wo auch das Elternhaus überhaupt nicht in der Lage ist, den Schulanfang sinnvoll zu unterstützen, ist es ganz, ganz kompliziert. Wir haben ungefähr 100 Kinder in der Stadt, die momentan keinen Schulplatz haben. Katastrophe.“* Im weiteren Gespräch wird die reale Lage weniger dramatisch, aber der Grundton bleibt – Migration als die in Horst Seehofer-Diktion „Mutter aller politischen Probleme“ hält als Folie her für weitere Probleme. Ach so – wir sprechen mit einer Person aus einer bürgerlichen Stadtregierung. Nicht mit AfD oder BSW. Eine Tirade ergießt sich über uns, über die Verkäufe der Treuhand, der staatlichen Unternehmen bis hin zu den Bahnhöfen, von den „Gangstern“ aus dem Westen. Etwas später wird zwar auch die wirtschaftliche Stärke der Region hervorgearbeitet, der Gründergeist und kluge politische Entscheidungen, auch die Anerkennung für Kooperationen mit westlichen Bundesländern und Kommunen. Aber der Grundton bleibt fatalistisch. Also weiter, es fehlen Lehrer*innen, die Bausubstanz hat gelitten und der Tourismus lahm. Die Kultur geht bergab und die Kreisumlage gibt den Mittelzentren den Rest. Es fällt uns schwer, den produktiven Thesen zu folgen, die in einem Sermon der Destruktivität untergehen, über „die MINT-Feindlichkeit“, das Wohngeld und den Weggang der russischen Kolleg*innen.

Kein Wunder, dass aus Sicht einer Bürgerbewegung die klare Forderung nach einem AfD-Verbot kommt: *„Wir setzen große Hoffnung in ein Verbot. Als Staat müssen wir zeigen, dass wir unsere Demokratie ernstnehmen. Die fressen Kreide, sind aber die Extremisten, die der Verfassungsschutz längst bloßgestellt hat.“* Rückfrage: Was ist aus dem NPD-Verbotsverfahren seinerzeit geworden? *„Und? Was ist aus der NPD selbst geworden? Wo seht Ihr die NPD heute? Eben! Schon ein Verbotsverfahren würde die Geldströme unterbrechen, die Mäzene verunsichern. Die Aussicht, dass das Vermögen eingezogen wird, macht automatisch nervös. Gerade hier, das kennt man noch von der SED/PDS. Geld, Mandate, Einfluss, alles wäre in Gefahr. Niemand investiert mehr in einer solchen Situation, damit bricht auch die mediale Präsenz zusammen. Ihr glaubt doch nicht, dass die alten Männer selbst TikTok bedienen?! Die haben dann kein Geld mehr für die, die ihnen Aufmerksamkeit verschaffen, dann zählt nur noch harte politische Arbeit (...). Wir müssen beenden, dass sie ihr zerstörerisches Werk an der Gesellschaft weiterführen.“*

Die Situation mit dem rasant aufstrebenden und schwer fassbaren BSW ist volatil. Vor der Wahl gehen viele Beobachter*innen noch davon aus, das BSW könne die AfD schwächen. Wir werden sehen, dass es sich eher aus den linken und grünen Milieus bedient. Und es ist gar nicht so einfach, auf Anhieb Argumentationen dem politischen Spektrum zuzuordnen, in dem auf Wahlplakaten gefordert wird „Grüne an die Ostfront!“ und „CDU-Verbotsverfahren jetzt“ (beides durch die Freien Sachsen). Ein Beispiel aus dem Wahlkampf: *„Und die ganze Welt, die lacht doch über uns, wenn wir so unsere eigene Wirtschaft schädigen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen*

untergraben und die Kaufkraft der Menschen schädigen.“ Originalton Saha Wagenknecht bei der Kundgebung auf dem Zwickauer Hauptmarkt, die wir live erleben wollten: *„Und wenn ich dann immer höre, na guckt doch, es ist doch gut gegangen ohne russisches Öl, ohne russisches Gas, wir haben überlebt, es ist nicht alles zusammengebrochen. Nein, zum Glück, noch ist nicht alles zusammengebrochen, aber der Preis ist hoch. Der Preis ist eben, dass die Wirtschaft stagniert. Der Preis ist eben, dass ganz viele Menschen richtig harte Einschnitte in ihrer Lebensrealität und in ihrem Lebensstandard haben, dass sie sich viel weniger leisten können, dass sie Urlaube streichen müssen, dass sie nicht mehr so oft, dass sie teilweise gar nicht mehr irgendwie essen gehen können. Da gehen die Restaurants kaputt, dann veröden Innenstädte. Das ist doch alles der Preis. Und der Preis ist auch, dass der Staat ganz viel Geld in die Hand nehmen musste, um diese Energieprexplosion, die man selber herbeigeführt hat, dann wieder abzufedern.“* Und wir stehen inmitten einer euphorisierten Menge, die sich weidet an der einfachen Weltdeutung, an der Polemik gegen *„die Allergrünsten der Grünen“*. Dass am Ende des Tages die Frage von Krieg und Frieden nur für 7 % der Sachsen eine Rolle gespielt haben wird (und selbst für die BSW-Wählerschaft nur zu 20 %), hätten wir anders eingeschätzt. Ein persönliches Gespräch ergibt sich leider nicht.

Aus Gesprächen in der Landeszentrale haben wir einige Zahlen und Trends mitgenommen zu Wahlergebnissen der Europawahl und Prognosen für die anstehende Landtagswahl. Und auch über die relevanten Unterschiede. Aber nicht nur die Regionen, Stadt- und Landkreisgrößen und wirtschaftlichen Rahmendaten prägen diese Unterschiede, sondern auch die Einschätzung der Gesprächspartner*innen. Wird uns später geschildert, mit welchen Strategien und Hinterzimmer-Absprachen die AfD erfolgreich ist, hört sich das an der Schwelle der Bürgerlichkeit aus politischem Munde zuweilen anders an: *„Also die AfD, da fällt es ja wirklich schwer, überhaupt genügend Kandidaten zu finden. Man kann ja nun von der Partei halten, was man will, aber ein gewisser Mut gehört schon dazu, für die AfD zu kandidieren in der jetzigen Situation. Also entweder sind sie schon AfD-Kader und seit längerer Zeit schon in der Partei unterwegs, da haben sie ja nichts mehr zu verlieren, aber wenn sie jetzt so als, sage ich mal, [lachend] unbescholtener Bürger sagen, ich kandidiere für die AfD oder als vielleicht stadtbekannte Persönlichkeit, Anwalt, Mediziner, was weiß ich, dann kann das schon auch existenzgefährdend sein, es könnte schon nicht ganz unproblematisch sein. Und von daher gehört schon ein gewisser Mut dazu.“*

Wir sprechen mit der Geschäftsführerin eines gemeinnützigen Vereins über ihre Erfahrungen mit heutigen politischen Entwicklungen, aber auch den Übergang in der Wende, mit der Unterstützung und Kooperation mit westlichen Ratgebenden. *„Ja, was ich ehrlich gesagt immer noch nicht nachvollziehen kann. Also, wie gesagt, ich bin ja nicht die Einzige, die eine Ostbiografie hat und hier aufgewachsen ist unter einer autoritären Regierung. Das heißt, wir haben das doch irgendwie schon mal erlebt. Also wir wissen, was es heißt, keine Meinungsfreiheit, keine Versammlungsfreiheit zu haben, gleichgeschaltete Medien zu haben und so weiter. Und ich verstehe nicht, was Leute dazu treibt, das komplett auszulöschen als kollektives Gedächtnis und anzunehmen, dass es mit so was wie der AfD besser wird, ja. Meine Kindheit, meine Jugend, die ist davon geprägt worden, dass ich das geglaubt habe, was mir Staat und Parteiführung sozusagen hingelegt haben. Sei das in der Tagespresse, in der Aktuellen Kamera, was auch immer. Also das, was man sozusagen tagtäglich als Input, als politische Berichterstattung bekommt.“* Sie echauffiert sich zusehends über die Kritik an den heutigen Medien: *„Wir haben hier hinten noch ein ganz großes Archiv von Leipziger Volkszeitung. Wenn mir mal danach ist, dann schlage ich einfach mal eine Seite auf und denke, es ist einfach furchtbar, ich kann gar nicht verstehen, wie ich das damals habe überhaupt lesen können. Da steht nichts drin und es ist wirklich hundert Prozent Parteipropaganda. Ja, jetzt mal abgesehen von Sportberichterstattung vielleicht noch und Lokales.“* Aber woher kommt die Ostalgie, die Bereitschaft, sich mit rückwärtsgewand-

ten Versprechungen abholen zu lassen? „Und ich kann mir nicht vorstellen, wie kann man sich das zurückwünschen, wie man sagen kann, ich möchte diese Art von politischer Verfasstheit wieder haben? Wo man sich nicht frei bewegen kann. Ich meine, wir haben diese '89-er Zeit, wir haben Organisationen wie die Umweltverbände gegründet. Da saßen wir zusammen und wir hatten nicht gewusst, wie es geht, weil noch nie jemand einen Verein gegründet hatte. Also wir brauchten die Unterstützung von BUND und NABU aus dem Westen, weil die wenigstens sagen konnten, so, also in eine Satzung gehört Folgendes. Und ihr müsst das aufschreiben, es müssen mindestens so und so viele Leute unterschrieben haben, dann müsst ihr zum Notar, müsst das anmelden beim Amtsgericht und so. Das gab es ja alles nicht. Und ich kann mich an diese erste Zeit wirklich erinnern, wo ich denke: Wie krass. Wir hatten ja Organisationen wie die ‚Freie deutsche Jugend‘ und so weiter, das war ja alles schon, aber da musste man sich halt auch keine Gedanken machen, ob man da irgendwie eine eigene Organisation danebenstellt. Das ging ja nicht. Und das ist auch so mit Stiftungen. Es gab keine Rechtsgrundlage für Stiftungen, für Stiftungsgründungen. Insofern haben wir da ja auch erst mal geguckt, aha, eine Stiftung gründen, wie geht denn das?“

Mehrfach wird positiv, aber auch etwas reserviert wahrgenommen, dass überhaupt jemand aus dem Westen kommt und sich informieren möchte. Bei einem Wirtschaftsverband, bei Stiftungen, aber auch in der Kommunalpolitik: „[Der Bürgermeister der Partnerstadt] hat auch lange mit uns gefremdelt. Ja, das war im Osten und dann hat er, glaube ich, auch so ein bisschen Ressentiments gehabt, so dass hier viele Verrückte unterwegs sind so, die politisch nicht so ganz sind. So hatten wir immer so das Gefühl. Aber es waren immer so ein paar Stadträte zu unseren Stadtfesten da und die haben den dann so lange so unter Druck gesetzt und die Erwartungshaltung war eben auch groß, weil unsere Bürgermeister sind schon noch mal hingefahren dorthin. Der hat sich lange geziert und dann war er auch da und dann hatten die auch so das Gefühl, dass es ihm ganz gut gefallen hat. Aber das war dann auch gar nicht mehr lange hin bis zu seinem Amtszeitende.“ Begegnung. Das war Anlass dieser Reise und deshalb sind die abendlichen Wahlforen an verschiedenen Orten für uns zentrale Ereignisse.

Wahlforen vor Ort

Wir sind vorab gut informiert über die moderativen Techniken, die im Ablauf offengelegt und erklärt werden: „Die Kandidaten wissen sowieso, was kommt, das wird ja seit den ersten Veranstaltungen weitergegeben. Es gibt leichte Wechsel in Fragen, aber die zentralen Elemente sind natürlich immer gleich“, sagt uns eine Beteiligte. Umso erstaunlicher, wie schlecht vorbereitet und wie wenig aussagefähig einige Kandidierende sind – dazu später mehr. Die drei zentralen Themenfelder sind 1. An der Demokratie mitwirken, 2. Gute Strukturen schaffen und 3. Prioritäten setzen für die Zukunft. Die Auswahl der Kandidierenden setzt auf ein Prinzip abgestufter Chancengleichheit; es sind die Parteien eingeladen, die im Landtag (CDU, SPD, Grüne, AfD, Linke) oder Bundestag (FDP) vertreten sind oder durch gesicherte Trends voraussichtlich in den Landtag einziehen werden (BSW). Damit fallen u.a. Freie Wähler, WerteUnion und Freie Sachsen raus, gegen erheblichen Protest der Betroffenen. Es zeigt sich, dass aber auch sieben Positionen schon komplex sein können. In Bezug auf die AfD wird jeweils erwähnt, dass sie nach dem oben genannten Prinzip eingeladen ist, wenngleich sie vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wird. Das wird immer mit höhnischem Lachen quittiert: „Den schaffen wir als erstes ab!“ heißt es aus dem Publikum. Wenn der Kandidat / die Kandidatin nicht da ist, fehlt auch die Anhängerschaft, der „Fanblock“. Das erleben wir beim später bei einem AfD-Kandidaten, der unter – wie sich später herausstellt – zumindest zweifelhafter Begründung absagt – und die AfD-Gefolgschaft infolgedessen diesen Abend nicht dominiert.

Nach dem Sachsen-Monitor weiß man, dass nur noch rund die Hälfte der Bürger*innen zufrieden mit der derzeitigen Demokratie ist, es hört sich durchgehend nach weniger

an, jedenfalls was die Lautstärke angeht. Nach wenigen Minuten ist klar, wer für wen ist – unabhängig von Positionen wird eigentlich nur für das eigene Lager geklatscht, kleinere Solidaritätskundgebungen finden statt. Auch in Milieus schichtet sich das Publikum ab, es findet zusammen, was zusammengehört. Umso kritischer werden die beiden etwas zu spät Kommenden aus Darmstadt beäugt, die aufgrund des vollen Saals auf einer Fensterbank Platz nehmen und die Notizbücher zucken. Wir werden fast eine halbe Stunde streng fixiert, die aufmerksame und freundliche Kollegin vom Sicherheitsdienst fühlt sich bemüßigt, mir zu versichern, *„wir passen auf, wenn Ihre Kollegin alleine in den Waschraum geht“*. Manchmal kann zu viel Sicherheit auch verunsichern.

Die Moderation ist gehalten, nachzuhaken, Positionierungen einzufordern. Eine klare Themen-Führung zu setzen und, wenn nötig, zu deeskalieren. Die Wahlforen sind im Rahmen akribisch vorbereitet, um in den Inhalten Raum zu geben, und werden von einem umfangreichen Sicherheitskonzept begleitet. Interne Deeskalationsstrategien, Security und Polizeipräsenz, aktuelles Lagebild durch das Landeskriminalamt. Das Präventionsparadox schlägt zu, mehrfach werden die Sicherheitsbemühungen als überflüssig markiert. Genau dafür sind sie da, mit dem Soziologen Armin Nassehi kurz zusammengefasst: *„Man sieht nicht die Schäden, die ausgeblieben sind.“*

Beim ersten Wahlforum weht eine Regenbogenfahne im Saal. Beim letzten sind es die Fahnen der „Freien Sachsen“. Während in Dresden die Symbolfahne der LGBTQIA+ in der Trinitatiskirche nicht abgenommen wird (und auch nicht abgenommen werden muss, da sie kein parteipolitisches Symbol ist), kommen die „Freien Sachsen“, eine rechtsextremistische Splittergruppe, mit ihren von Wahlforum zu Wahlforum reisenden Aktivisten nicht mal hinein in den Bürgergarten in Stollberg (Erzgebirge). Ein politischer Beobachter schätzt ein: *„Die ‚Freien Sachsen‘ haben hunderttausend Follower für zehn ältere Herren. Das politische Programm besteht aus Fahnen, Grillen, Bier und Beschimpfung. Aber sie schüchtern ein. Eigentlich ist das rechtsextremes Kabarett.“* Wie sich die Wahlergebnisse entlang der Entfernung zu den Ballungsräumen und zunehmender Ländlichkeit entwickeln, ist ein ebenso einfacher wie signifikanter Befund. Der Midem-Report zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen bietet im Nachgang einen guten Überblick (Hans Vorländer et al: *Polarisierte politische Landschaften: Die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen am 1. September 2024*, MIDEM Report 1/2024, Dresden 2024).

Frappierend mutet die Präsentation der Kandidat*innen des BSW an. Das altbackene Bild des Besenstiels, der gewählt werden würde, scheint nicht übertrieben. Und es widerspricht nicht dem Befund von Bernhard Weßels: *„Die Zeit der Besenstiele ist vorbei: Früher hieß es: Egal wer kandidiert, die Deutschen folgen ihrer Partei. Das hat sich inzwischen geändert. Wer sich im Wahlkampf in den Mittelpunkt stellt, hat Erfolg.“* (DIE ZEIT, 9. September 2017) Ist es nun der Besenstiel an sich oder die Aufmerksamkeit. Oder schaffen es AfD und BSW, sich Aufmerksamkeit zu verschaffen, unabhängig von der politischen Qualität der Kandidierenden? Offenbar gelingt das dem BSW in der aktuellen Dynamik bestens. Es hat zu diesem Zeitpunkt in Sachsen weniger als 70 Mitglieder. Auch die Kandidatin auf dem Leipziger Wahlforum ist nicht Mitglied: *„Es werden allmählich immer mehr Leute einbezogen, aber die Sahara ist so toll!“* Wagenknecht bewirbt sich zwar nicht um ein Mandat, ist aber als Dreh- und Angelpunkt und manchmal auch als einziger programmatischer Anker gegenwärtig. Dieser Typus Politiker*in der genannten Kandidatin wird uns in anderen Gesprächen durch einen sozial Engagierten vorgestellt: *„Brauchst du nicht mal Wahlwerbung machen. Hängst du einfach nur deinen Name hin, brauchst nicht mal aufhängen. Der letzte Abgeordnete hier in der Bundestagswahl, der für die AfD von hier in Berlin sitzt, der kommt nicht mal von hier, der war nie groß hier aktiv gewesen, den kennt keiner, der hat auch keinen Wahlkampfauftritt gemacht. Zack, gewählt. Nee, und andere, die seit Jahrzehnten hier was machen? Das*

hatte man jetzt auch bei den Kommunalwahlen, bei den Ortschaftsräten teilweise, da gibt es Feuerwehrmensen und ähnliches, die sich seit Jahrzehnten für das Gemeinwohl engagieren, die Dorffeste machen, die vielleicht auch Fördergelder irgendwo akquirieren – die haben es nicht geschafft, weil irgendeiner, den keiner kannte, sich für die AfD aufgestellt hat. Und es gibt genug Leute, die dann sagen, okay, AfD wähle ich. Das ist echt Wahnsinn.“ Glücksritter und Radikale, aus dieser Melange ergibt sich über die verschiedenen Gespräche und Regionen eine kritische Einschätzung des rechten parlamentarischen Randes: *„Früher in der Wissenschaft sagte man ja, es gibt Carrierists und Believers, also die Karrieristen und die Gläubigen. Es gibt zwei Motive, um in eine Partei einzutreten und in der AfD hält sich das sehr gut die Waage.“*

Es ergeben sich in den Wahlforen erstaunliche Spontan-Koalitionen und Augenblicke. Der FDP-Kandidat gendert als einziger. Linke, Grüne und BSW sind sich einig, die Privatisierung der Pflege zurückdrehen zu wollen: *„Mit Pflege darf niemand mehr Gewinn machen.“* Hohe Zustimmung des Publikums. Diese wird immer wieder mit einem einfachen, aber didaktisch effizienten Instrumenten abgefragt: Rote, gelbe grüne Karten erinnern zwar ein wenig an die Berliner Ampel, zeigen aber schnell Mehrheiten an. 100 % gehen hoch, als es um die Beibehaltung des Deutschland-Tickets geht. Es wird nicht nachgefragt, wer denn eines besitzt. Auf die dezidierte Nachfrage im Wahlforum in Zwickau nach Koalitionsfähigkeiten zeigt sich das BSW (*„wir können mit allen koalieren“*) anschlussfähig, die Mitte-Parteien winden sich.

Große regionale bzw. Landes-Themen? Die Bildungspolitik, wobei es hier weniger um Bildung im übergeordneten Sinne geht als um die Schulspeisung als reale Herausforderung und Symbol. Aber da sind sich eigentlich alle einig, nur die FDP mahnt, dass Besserverdienende nicht noch Geld für das Essen ihrer Kinder bekommen sollen und die Zahlung an der finanziellen Leistungsfähigkeit des Elternhauses abgeschichtet werden muss. Darüber hinaus ist Gesundheit ein großes Thema. Krankenhausreform, Angst um ärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Und immer wieder fällt das Stichwort „Corona“, gerade in den Wahlforen in den boulevardesk politisierten Aufladungen und Überspitzungen, aber auch reflektiert von verantwortungsvollen Akteuren. Die Entfremdungsprozesse während der Pandemie sind nicht aufgeholt, die Vertrauensbrüche akzeleriert, wie auch der Sachsen-Monitor zeigt. Eine echte, ergebnisoffene anschließende Debatte hat keinen Raum erhalten. Und das Dilemma der Politik besteht in der Erwartung eines Schuldbekenntnisses – das wiederum nicht zur Entlastung, sondern zur Verfestigung der These von der „Corona-Diktatur“ führen kann, führen wird. Also findet keine Aufarbeitung statt, die nicht nur zur Heilung der Erinnerungen nötig wäre, sondern auch zur Manifestation des Vertrauens in Staat und Wissenschaft und zur Grundlage der Herausbildung resilienter und krisenfester Strukturen für die Großschadensereignisse der Zukunft.

Erstaunt lässt uns zurück, wie zurückhaltend die demokratischen Parteien gegenüber der AfD und auch dem BSW in den öffentlichen Wahlforen agieren. Das geht auch den Veranstaltern manchmal so, wie uns ein Moderator sagt: *„Ich bin mir nicht sicher, ob ich es gut finde, dass es so ruhig zugeht. Es herrscht oft Gleichgültigkeit im Sinne von ‚alles ist gleich gültig‘ oder ‚Das ist dann halt jetzt Ihre Meinung‘, auch wenn die Faktenlage klar ist.“* Sachlich wären sowohl AfD und BSW – und auch Repräsentant*innen anderer Parteien! – etliche Male zu stellen und in ihrer entweder menschenfeindlichen oder aber unterkomplexen Argumentation zu entlarven. Es geschieht fast nicht. Mag es in den ländlichen Regionen noch menschlich allzu verständlich sein, dass die große Nähe zu den Konkurrent*innen eine schärfere Auseinandersetzung verhindert, dass die wirkliche Angst vor der Begegnung den Diskurs lähmt. Was soll auch die junge Schulleiterin sagen, wenn sie auf ein Ergebnis zusteuert, das ihre FDP am Wahlabend nur noch unter den „Sonstigen“ ausweist. Wofür verkämpft man sich hier noch? Die Reali-

tät in der kommunalen Praxis ist, so scheint's, banaler: *„Du trinkst halt mal einen Kaffee zusammen als Stadtverordneter, du stehst abends zusammen oder trinkst, trinkst das dritte Bier und – [seufzt] ja, und irgendwann lernt man sich ja kennen und denkt, der ist ja nicht den ganzen Tag ein böser Nazi. Ist er halt dummerweise doch.“* Und das Publikum solidarisiert sich mit den Kandidierenden, ein Einwurf aus einem anderen Wahlforum wird uns zugetragen: *„Wieso grillen Sie den armen Kandidaten, wenn er seine Position nun mal nicht weiß?“* In einem „Duell“, einem didaktisch geformten Kurzaustausch zwischen zwei Kandidierenden innerhalb der Wahlforen, soll die BSW-Kandidatin das Wirtschaftsprogramm ihrer Partei darstellen: *„Wirtschaft ist wichtig.“* – *„Sie haben zwei Minuten Zeit.“* – *„Mehr muss ich da nicht sagen.“*

Auf der Rückfahrt aus dem Erzgebirge geht uns eine Frage besonders nach. Eine Schülerin, nach Selbstauskunft 8. Klasse, meldet sich aus dem Block heraus, der sich klar als AfD-unterstützend produziert hat. Mit sich überschlagender Stimme fragt sie: *„Warum müssen wir immer nur Politik, Politik, Politik machen? Wir müssen doch lernen in der Schule!“* Eine Erklärung der Bedeutung politischer Bildung folgt – durchaus angemessen – von einer Kandidatin aus dem Schuldienst. Aber die Kluft zwischen der Empörung und dem Selbstanspruch von Politik ist greifbar. Und man kann sich nicht der Erinnerung an die „Staatsbürgerkunde als ‚Schlüsselfach‘ der politischen Erziehung in der DDR“ entziehen (vgl. May Jehle in APuZ 2018). Wenige Minuten später geht sie mit Anhang (mutmaßlich Familie) und verlässt das Wahlforum. Alles ist gesagt, die Antwort interessiert schon nicht mehr. Auch die „Freien Sachsen“ sind bereits weg, als abmoderiert wird. Nachdem wir mit den Kolleg*innen der SLpB gesprochen haben, erinnert kaum etwas von außen daran, dass gerade auch hier, im Elftausend-Einwohner-Ort im Erzgebirge, mit großem Aufwand Demokratie zum Anfassen, zur Meinungsbildung und zur Schärfung eigener Positionen stattgefunden hat. Wir steigen in den Mietwagen und fahren zurück ins Hotel, unweit der Leipziger Nikolaikirche. Die hat uns noch etwas zu sagen.

Übers Land

Das Bild des Rechtsrucks, der Pfadabhängigkeit in Richtung von AfD und vielleicht noch BSW, das in Sachsen (und auch Thüringen) vorherrscht, wird sich in den Wahlergebnissen bestätigen. Aber es gibt nicht die ganze Wirklichkeit wieder, nicht die Breite der Gesellschaft und wird auch nicht den einzelnen politischen Akteuren, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Lobbygruppen und Aktivist*innen gerecht. Denn gerade Sachsen nimmt eben nicht alles hin. Bezogen auf die Bevölkerungszahl war hier die Beteiligung an Demonstrationen nach den Correctiv-Recherchen höher als in allen anderen Bundesländern. In der zivilgesellschaftlichen, professionellen Praxis hören wir, *„wir haben jetzt wirklich erst mal grundsätzlich eine sehr starke Zivilgesellschaft, also - superaktive, viele Menschen, die sich auch mobilisieren lassen!“* Aber das ist nur die eine Seite: *„Im Gegenteil, wir nehmen ja gerade eher wahr, dass es auf AfD-Seite ein großes Mobilisierungspotenzial im vopolitischen Raum im Jugendalter gibt. Also, es ist gerade schon wieder en vogue, so einen Scheitel zu tragen und man fühlt sich sehr sicher, wie man nach außen auftritt, das Thema verfassungsfeindliche Symboliken spielt da natürlich eine Rolle auf Veranstaltungen. Das spricht ja auch dafür, wie sicher sich die Leute fühlen, die das ausüben. Das ist durchaus bemerkenswert. Und das zieht gerade einfach. Da kommt auch das Thema, was du vorhin eingangs gemacht hattest, das Thema Identität kommt da mit rein, damit spielt die AfD auch ein bisschen, das Thema Ost-Identität ist ein ganz wichtiges Thema.“*

Das Engagement für eine liberale Gesellschaft wird riskanter, ganz real. Das hören wir auch in Leipzig wieder in einem ganz aktuellen Erfahrungsbericht: *„Wir haben am Wochenende hier auf dem Marktplatz eine Veranstaltung gehabt und die Demonstration von Christopher Street Day ist vorbeigezogen mit über 20.000 Demonstrierenden. Mein Kind*



immer mittendrin. Und ich habe dann hinterher gesagt: Mensch, das war ja toll, es waren ja so viele Leute da und so. Und dann sagt sie: Mama, du hast eine komplett andere Wahrnehmung als ich. Wir standen auf dem Augustusplatz, da haben die sich versammelt ab elf Uhr, bis dann der Demonstrationzug startete und die haben auf ihren Tickern die ganze Zeit gelesen, was am Bahnhof ist, dass sich da 400 Rechtsextreme von der Polizei haben ein-kesseln lassen müssen. Man hat relativ schnell festgestellt, dass da auch Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und Auflagen und so weiter, dass Waffen dabei waren. Aber das sind ja nicht 400 friedliche Demonstranten, das sind 400 gewaltbereite, teilweise bewaffnete Typen.“

Verschiedentlich werden uns Alltagserfahrungen geschildert, die eine Kultur der Angst oder auch nur der Vorsicht vor einem unbefangenen, freien bürgerlichen Leben begünstigen. „Antisemitismus gibt es hier doch bloß nicht, weil hier keine Juden sind.“ Beispielhaft der Überfall auf eine Party in einem Mittelzentrum: „da tanzen jetzt vielleicht Leute auch barfuß oder die gehen nachmittags tanzen oder da kann man selbst was machen und es sieht ein bisschen verwildert aus, wo sich jeder beteiligen kann, ein bisschen alternativ (...). Die wurde angegriffen von AfD-Demo-Teilnehmenden, diesem jungen Publikum, gescheitelt, sportlich gekleidet, 30 bis 40 Personen, die sich dann auch dort auf der Veranstaltung schon aufgehalten und dort auch ein bisschen scharfgemacht werden durch Redebeiträge und so weiter. Und dann sind die im Nachgang rüber gelaufen, ein paar Passant*innen, haben es vorher gemerkt und konnten quasi noch einschreiten und die Polizei noch rufen. Ansonsten weiß ich nicht, ob die in das Festival-Gelände reingestürmt wären. Und das war nicht eine politische Veranstaltung, das ist ja das Spannende. Wir reden hier von einer Tanzveranstaltung.“ In einem eher linken Projekt hören wir beiläufig, wie man sich auf den CSD vorbereitet „mit Polizei, Ordnungsamt, Staatsschutz und wir als freier Träger“. Die gesellschaftlichen Ebenen, die Freund-Feind-Schemata ordnen sich neu. Nicht ein einfaches „All Cops Are Bastards“, es stehen zuweilen sehr unterschiedliche gesellschaftliche und staatliche Einheiten pragmatisch zusammen.

Gegenbewegungen gibt es an vielen Orten. Wir sind zu Gast bei der Arbeitsgruppe „Kirche für Demokratie“ der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, die viele öffentliche Gesprächsangebote macht: „Wir haben starke Bischöfe, evangelisch wie katholisch, die Worte sind so klar wie nie. Aber es hat sich sortiert. Die Extremisten kommen einfach gar nicht mehr zu solchen Veranstaltungen, die brauchen das nicht mehr.“ Bis 2015 wäre das anders gewesen, da hätte die AfD geradezu mit den Kirchen „kuscheln wollen“. Nach der Debatte um Flucht und Migration hat sich das Verhältnis völlig entfremdet, die Kirchen werden als „entchristlicht“ markiert.

Aber es geht eben auch nicht mehr um eine unkoordinierte Bewegung oder einen Protest wie bei Pegida – die sich mittlerweile angeblich aufgelöst haben, das zweite

oder dritte Mal bereits. Die Rede von der Wahl der Extremen „aus Protest“ trägt nicht mehr. Nach den Europa- und vor den Sachsen-Wahlen liegt eine Zwischenzeit, in der aufscheint, wozu die extremistische und in Teilen neonazistische AfD in der Lage sein kann, die Machtperspektiven sind aber (noch) vage. In westdeutschen Ohren klingen die Volten um die einfache Frage nach der Koalitionsfähigkeit mit den Extremrechten unglaublich. Was ist der Markenkern von Union, Freidemokraten und Linken? Selbst der Sozialdemokratie kommen klare Worte unterschiedlich leicht über die Lippen. Worauf hofft man denn noch? Die *„Entzauberung durch Machtbeteiligung“* sei hier doch längst Realität in den Kommunen und in etlichen politischen Kooperationen im vorparlamentarischen Raum, wird uns bestätigt: *„Gar nichts entzaubert sich hier, mit jeder Beteiligung gewinnt die Alternative an Sichtbarkeit.“* Das ist keine politikwissenschaftliche Theorie mehr, sondern kommunale Praxis.

Und die „Brandmauer“? In ländlichen Regionen längst geschleift, wie uns ein Kommunalpolitiker sagt: *„Es gibt durchaus auch sinnvolle Dinge, die durchdacht sind und die auch konsensfähig sind und es ist ja jetzt nicht so, dass dieses Thema Zusammenarbeit mit der AfD nur ein Thema wäre, was die CDU betrifft, sondern, wenn es um vernünftige Vorhaben geht, dann stimmen ja auch die Linken und die Grünen mit der AfD, ohne irgendwie mit der Wimper zu zucken.“* Was macht das mit der Zusammenarbeit? Einen ständigen Konflikt erträgt kein Stadtparlament, hören wir. Und dass man sich schon zusammenrauft, auch wenn es zuweilen schwierig ist: *„Die AfD, die haben so einen Stadtrat: Eigentlich, dem Grunde nach ein ganz vernünftiger junger Mann, der auch im persönlichen Umgang nicht unangenehm ist. Aber bei dem ist es eben so, sobald er vor der Kiste sitzt [lacht] in den sozialen Medien, dann geht es bei dem aus. Dann schreibt er dort Sachen, und er hat jetzt eine Journalistin von der Freien Presse in einer Art und Weise beleidigt im Internet, also das war so was von schräg, also fast schon, es war nicht kriminell, aber es war vollkommen unter der Gürtellinie.“* Eine Solidarisierung mit der Journalistin bleibt aus. Man ist doch Kommunalpolitiker und sowas gibt's eben. In keinem dieser Gespräche oder Redebeiträge wird eine Opferperspektive eingenommen. Man fühlt sich offenbar immer noch auf der sicheren Seite. Ausländer, Presse, Szene – das sind alles andere.

Es lässt sich erschreckend konkret beobachten, wie sich mit den Mehrheiten auch die Spielregeln ändern. Gerade konservative Parteien sind aufgerufen, klare Grenzen zu setzen. Die Sorge vor Machtverschiebungen wird uns gegenüber immer wieder geäußert. Beispielsweise beobachten Personen aus der Kultur-Szene, wie in den Stadt- und Gemeinderäten vermeintlich leichtere Themen wie Kultur, Sport, Kultus und Jugend den wirtschaftlich dominierenden Fragen geopfert werden. Wenn es um Besetzungen von Gremien geht, bildet sich nicht überall automatisch in jedem Gremium der Proporz ab. Und so kann es leicht passieren, dass sich ein Jugend-, Sport- oder Kulturverband, ein kommunaler Ausschuss mit einer AfD-Mehrheit konfrontiert sieht, weil die Sicherung kritischer Infrastrukturen im Aushandlungsprozess der Machtverteilung wichtiger erschien: *„Die AfD hat, auf Deutsch gesagt, für gewisse Posten mehr Stimmen erhalten als ihre eigene Fraktion Sitze hergibt. Deutlich mehr.“*

Zurück in die Stadt

Das hören wir auch wieder im großstädtischen Kontext, wo kurz vor der Wahl erfolgreiche Projekte noch gesichert werden sollen. Die Angst vor einem radikalen politischen Umsturz ist präsent: *„Nichtsdestotrotz, wir haben jetzt gerade überlegt, reichen wir einen Projektantrag zu einem Zeitpunkt ein, wo wir sicher sein können, dass die Zusammensetzung von Aufsichtsräten oder Strukturen und Entscheidungsgremien sozusagen noch ist, wie wir sie kennen. Oder stellen wir den Antrag zurück bis nach der Landtagswahl, wo man sich dann schon überlegen kann, da wird sich die Zusammensetzung von Entscheidungsstrukturen ändern. Die AfD wird mit großer Wahrscheinlichkeit überall reindrängen, wo sie nach ihrem Proporz hat, ihre Sitze wird haben wollen. Und ich bin mir ziemlich si-*

cher, dass, also so, wie wir das jetzt in Ungarn, Polen, anderen eher autokratisch geführten Regierungen oder Staaten sehen, dass die Zugriffe auf Themen, die uns wichtig sind, also auf Bildung, auf den Kulturbereich und auf alles, öffentliche Veranstaltungen, öffentliche Angelegenheiten; das wird sich verändern. Und ich kann einfach nur hoffen, dass die demokratischen Kräfte noch so einen großen Widerstand dem entgegensetzen, diesen zu erwartenden Zugriffen, dass man das irgendwie in Grenzen hält. Habe allerdings die Befürchtung, dass das Verständnis von Demokratie in breiten Teilen der Bevölkerung irgendwie nicht mehr mit dem übereinstimmt, was ich mir so unter Demokratie vorstelle.“ Über 50 % der Sächsischen und Sachsen lehnen die Demokratie in ihrer jetzigen Form ab, wissen wir aus dem Sachsen-Monitor. „Politische Bildung ist überparteilich, aber nicht werteneutral“, hören wir im Vorfeld, „die Werte des Grundgesetzes gelten!“ Dieses Grundgesetz als Garant einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, aber auch die Art, wie der Beitritt nach dem seinerzeitigen Artikel 23 des Grundgesetzes erfolgte, klingt immer wieder an: „Die Extremrechten wollen sich ‚ihr Land‘ zurückholen, mit unserer Parole ‚Wir sind das Volk‘ von ’89. Das tut richtig hart weh, wenn man aus der Bürgerbewegung kommt!“

Eine Gesprächspartnerin erzählt über ihr Aufwachsen in einer Kleinstadt, über ihre Erfahrungen mit Arbeitsmigration zu DDR-Zeiten. Keine empirische Studie, sondern die eigenen Erinnerungen und ihre Überlegungen, wie sich aus diesem Erleben bei einer mittleren und älteren Generation ein Bild von Migration herleiten kann: „Also, wir machen noch mal eine kurze Schleife sozusagen zurück. Ich bin Mitte der sechziger Jahre in Thüringen aufgewachsen, in N.N., da ist ein Mono-Industriegewerbe. Und es gab damals mosambikanische und angolische und kubanische Menschen, die dort gewohnt haben und die waren genauso untergebracht wie die Flüchtigen heute, nämlich in Blöcken am Stadtrand mit einem Zaun drumrum. Also die Integration von Menschen, die nicht deutsch sind, wenn man jetzt jemanden mit einer DDR-Biografie fragt, der vielleicht in einem Betrieb gearbeitet hat oder in anderen Unternehmen, da ist man sich nur am Arbeitsplatz, also am Band begegnet und Kontakte darüber hinaus waren eigentlich nicht erwünscht. (...) Die sind ja ganz überwiegend wieder zurückgeschafft worden, sage ich jetzt mal, weil es im Zuge der Einigungsverträge eher zu Ungunsten der Person geregelt worden ist, dass die halt keinen Aufenthaltsstatus in Anspruch nehmen konnten. Also, wenn die nicht hier verheiratet waren oder irgendwas anderes schon sich irgendwie organisiert hatten, der vietnamesische Gemüsehändler an der Ecke möglicherweise. Aber das war ja sozusagen so ein Vertrag zwischen den sozialistischen Bruderstaaten, die angolischen Arbeitskräfte kommen nach Thüringen, lassen sich ausbilden und gehen danach als ausgebildete Facharbeiter wieder nach Angola zurück, so war ja also zumindest die offizielle Lesart. Das hatte ja immer schon ein kleines Geschmäckle, was man auch als kolonialistische Strukturen betrachten könnte.“

In weiten Teilen des außerhalb der drei Großstädte Leipzig, Dresden und Chemnitz größtenteils ländlichen Freistaats ist die Dominanz der großen zivilgesellschaftlichen Agenturen gebrochen, so sie denn nach 1989 überhaupt entstanden war. Kirchen, Sport- und Jugendverbände, Kulturvereine, Stiftungen, Vereine, Gewerkschaften – keine dieser Gruppen wächst in den gleichen Tempi und Rhythmen der oft informellen extremistischen und extremen Vereinigungen. Doch wie stellt man sich dieser Konkurrenz? Wer kann bieten, was zunehmend perspektivlose Milieus anspricht, wie weit lassen sich die Haltungen und Aufgaben der einst etablierten Anbieter von Kultur, Religion und Freizeit dehnen, ohne sich denen gleichzumachen, die sie ablehnen? Wenn konstatiert wird, dass „alles, was quasi links der AfD ist, schon den Stempel drauf bekommt: Jo, euch brauchen wir nicht mehr!“

Ideologie und Realpolitik, auch Realwirtschaft prallen aufeinander in einer Region, die mitteleuropäischer Ballungs- und Kulturraum ist. Bei Vertreter*innen der regionalen

Wirtschaft kommt es bald zum Thema des Zusammenlebens von Sächsinen und Sachsen und Zugewanderten und deren Rolle für die ökonomische Entwicklung. Trifft man denn auf den offenen Ausländerhass, den wir aus anderen Gesprächen hören und aus persönlichen Erfahrungen geschildert bekommen? *„Ich würde mal sagen, das ist in Leipzig selbst nicht ganz so das Thema. Also da hat, glaube ich, Leipzig eine gewisse weltoffene Kultur, die sich da erfreulicherweise positiv abhebt.“* Längst nicht nur einzelne Unternehmen merken den Druck, den die Wahrnehmung des Freistaats auf den dringend benötigten Fachkräftezugang einerseits und die Abwanderungswilligkeit gerade der gut ausgebildeten Menschen und gerade der Frauen verstärkt. Aus Unternehmensperspektive eine Säule des Wachstums: *„Auch die IHK hat sich damit beschäftigt und zu dem Thema auch eine klare Position verabschiedet auf der Vollversammlung, in der auf die Wichtigkeit hingewiesen wird, die auch ausländische Fach- und Arbeitskräfte für die Wirtschaft mit sich bringen und dass man sich klar abgrenzt von jedweder Diskussion, die sich sozusagen dagegen richtet.“* Die starke Fixierung auf Migration und Integration als Wahlkampfthema schürt in Wirtschaftskreisen jedenfalls sehr reale Sorgen um die Wettbewerbsfähigkeit um geschickte Hände und kluge Köpfe im landesweiten und europäischen Wettbewerb: *„Aber selbstverständlich ist das ein Thema und da steht Sachsen sicherlich unter Beobachtung, auch im internationalen Kontext. Das ist sicherlich so. Aber es wird ohne ausländische Fach- und Arbeitskräfte nicht möglich sein, die Fachkräftelücke zu schließen, da müssen alle Akteure dran arbeiten, um das Bild Sachsens da wieder gut zu zeichnen, um da eben nicht solche, solche Befürchtungen zu stark werden zu lassen.“*

Zur Analyse der Kommunikationsstrategien der Parteien hat sich – ebenfalls auf Grundlage des Besuchs dreier Wahlforen (Görlitz, Hohenstein-Ernstthal und Freiberg) und der Beschäftigung mit der einschlägigen Empirie im Nachgang zur Wahl Katrin Buchholz in einer Kurzanalyse der Akademie für Politische Bildung Tutzing geäußert: Wahlkampf in Sachsen: Wie demokratische Parteien auf die AfD reagieren (Tutzing 2024): *„Die diskursive und inhaltliche Strategie der AfD hat sich bei der Beobachtung der drei Wahlforen in ihrem rechtspopulistischen Kern bestätigt. Sie enthielt unter anderem die klassischen Elemente des Antiintellektualismus, Berufung auf traditionelle Werte, Bezüge zur Heimat und Geschichtstopoi.“* (Buchholz, S. 11) Im Alltag werden diese Strategien und wird die Mobilisierung dann zur beklemmenden Erfahrung. Wir sind vielen Menschen begegnet, die auf die große Politik fixiert sind. Und vielen, die sehr nah bei den alltäglichen Problemen sind und in teilweise erschreckend nahen Szenarien denken (müssen). Ein Gespräch, sehr sachlich und abgeklärt, mit einer Person, die sicher nicht zur übermäßigen Emphase neigt. Und doch: *„Da bin ich noch so ein bisschen bei Thalia rum und habe noch geguckt, was noch so in der politischen Ecke so liegt und meine Tochter berichtet dann von einem Buch, was sie so mal durchgeblättert hat: Was machen, wenn die AfD in der Regierung ist. Also, da gibt es schon jemand, der dazu ein Buch geschrieben hat. Okay. Und dann hat sie nur so schräggelesen, als einer von den zehn Punkten stand: Schutzheiraten. Nee? Heiratet einen Migranten, damit der seinen Aufenthaltsstatus so nicht verliert. Das habe ich in den dreißiger Jahren auch schon mal gehört. Also das war für jüdische Menschen teilweise auch ein Schutz gegen Inhaftierung und so weiter. Das kommt mir irgendwie bekannt vor. Grusel, Grusel, Grusel.“*

Begegnung oder Grusel

Kein Fazit. Sondern der Appell an mich, an uns selbst und an jene, die sich dafür offen fühlen, im Gespräch zu bleiben und ins Gespräch zu kommen, wenn Gesprächsgrenzen – oder gar „Fronten“ – verhärten.

Ganz konkret: Wir werden in der Schader-Stiftung zur Krise des Konservatismus arbeiten und nachfassen, wo den Extremen zu begegnen ist. Weiter: Die Grenzen der Achtsamkeit dürfen nicht zugunsten der Radikalisierung verschoben werden – wenn „woke“ ein Schimpfwort wird, darf die Diskursverschiebung nicht zulasten vulnerab-

ler Gruppen ausgehen. Und sehr praktisch: Für das Jahr 2025 hat die Schader-Stiftung einen Fonds für Reisekosten aufgesetzt, aus dem für Interessierte aus den östlichen Bundesländern unbürokratisch Erstattungen von Reisen zu unseren in Darmstadt stattfindenden Projekten beantragt werden können. Vor allem aber: Als Team haben wir uns vorgenommen, die Beteiligung aus den ostdeutschen Bundesländern bewusst zu forcieren. Nicht, um Etiketten an Menschen zu heften, sondern um die Normalität zu stärken. Den Austausch. Und um Perspektiven zu beleuchten, wie denn in den verschiedenen deutschen und europäischen Regionen gelebt, gewirtschaftet, gehandelt, gehofft wird.

Als wissenschafts- und dialogfördernde Stiftung ist es unser Anliegen, durch Begegnung, Dialog und wertschätzende Koproduktion die Kooperations- und Koalitionsfähigkeit politischer, wirtschaftlicher, zivilgesellschaftlicher Kräfte immer wieder praktisch zu befördern. Das schließt selbstverständlich die überregionale Orientierung ein. Die Schader-Stiftung ist keine politische Akteurin. Aber sie kann mit ihren Projekten Dialoge vermitteln und befördern. Da wo Sprach- und Kontaktlosigkeit zwischen den deutschen Regionen und Bundesländern als Teil der massiven Veränderungen von Gesellschaft und demokratischem System zu konstatieren sind, soll dieser Austausch entgegenwirken - ohne selbst Thema sein zu müssen oder die Beteiligten lediglich regional zu markieren.

Kurz nach der Reise verfasst Janka Holitzka, Redakteurin des Darmstädter Echo, einen ganzseitigen Artikel noch im Vorfeld der Sachsen-Wahl, der ein ausführliches Gespräch zwischen uns referenziert. Sensibel reflektiert sie die wesentlichen Fragen, der Titel kracht hingegen rein: „Vor der Wahl in Sachsen: Eine Reise mit Gruselfaktor“. Bezug ist meine Bemerkung, wie fremd denn die politische Erfahrung sei: *„Der Gruselfaktor ist hoch. Vieles ist sehr befremdlich“*. Den Grusel habe ich in Leipzig aufgeschnappt (s.o.). Vielleicht ist er sogar ein guter Begriff, bezeichnet doch der Grusel nach Kluges Etymologischem Wörterbuch der deutschen Sprache „eine Intensivbildung zu *grausen*“. Absolut kein wohliger Grusel. Was unsere Mitbürger*innen in Sachsen erleben, ist bitterer Ernst und gefährliche Gegenwart. Und wir, hier? Der Artikel im Echo endet mit dieser Sequenz: *„Aus dem satten Westen schauen wir wie die Römer über den Limes, was die Barbaren da tun“*, so fasst es Gemeinhardt zusammen. Obwohl die Mauer seit 1989 gefallen ist.“

Persönliche Nachbemerkung

Meine Eltern kommen aus Ost-Berlin, meine Mutter floh mit ihrer Mutter und ihrem jüngeren Bruder erst im allerletzten Moment vor jenem schicksalhaften 13. August 1961. Auch die Generalamnestie für Republik-Flüchtlinge von 1972 kann zunächst nicht alle Sorgen tilgen. Meine Erinnerungen an die ersten Reisen durch die DDR und nach Ost-Berlin sind von diesen Eindrücken geprägt. Die enge Verbindung mit Menschen und Orten wird weiter gepflegt. Von meinem Vater höre ich in den 1980ern von im Westen durchaus kritisch beäugten Geschäftstätigkeiten seines Unternehmens mit der DDR, für die er sehr bewusst Verantwortung übernimmt. 1990 wird er dann seine Funktion auch im Schwesterunternehmen in Ost-Berlin ausüben. Ebenfalls Anfang 1990 reise ich mit unserer Jugendgruppe nach Windischholzhausen bei Erfurt in die Partnergemeinde, von dort kommen Jugendliche im gleichen und in folgenden Sommern mit auf Wanderfreizeiten. Viele Besuche und Aufenthalte an verschiedenen Orten folgen, von 1998 bis 2000 studiere ich in Sachsen-Anhalt. Zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der schrumpfenden Stadt Burg ist ein Stück beispielhafter Ent- und Abwicklung im Osten zu erleben. Zwischen 2008 und 2010 nutze ich die Gelegenheit, eine Langzeit-Fortbildung in Pankow, unweit des ursprünglichen Wohnorts meiner Familie, zu absolvieren. Und ich wundere mich noch immer, wieviel weiter weg Erfurt (280 km) und Leipzig (420) von Darmstadt offenbar mindestens gefühlt entfernt sind als Göttingen (270) oder Hamburg (520).

Herzlicher Dank geht an Dr. Roland Löffler für das Öffnen der Türen der SLpB und viele kollegiale Gespräche, die nachhallen und Fortsetzung in Projekten finden werden. Ebenso an seinen Kollegen Friedemann Brause für Insights zu den Wahlforen und natürlich die Kolleg*innen der SLpB bei den Wahlforen vor Ort, die alle im Nachgespräch trotz teils hoch angespannter Stimmung zur Verfügung standen. Die weiteren Gesprächspartner*innen benennen wir verabredungsgemäß nicht namentlich, die Dankbarkeit und Anerkennung für die engagierte, sachorientierte und immer wieder erstaunlich gelassene Arbeit vor Ort ist sehr groß!

Meiner Kollegin Özlem Eren bin ich dankbar für die Begleitung bei dieser Reise. Als Studentische Mitarbeiterin für Vorstandsprojekte ist sie in viele interne und strategische Fragen eingebunden. Der nächsten Generation entstammend kann sie spiegeln, welche Selbstverständlichkeiten so gar nicht mehr selbstverständlich sind. Bei einem Besuch im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig oder dem Aufbruch von unserem Hotel gegenüber der Nikolaikirche drängt sich das Gespräch auf, was man wissen sollte oder müsste zum Verständnis eines Landes, das fremd scheint. Und was meine – ältere – Generation verstehen muss über den Wandel der Zeit, neue Prioritäten und einen aktuellen Blick auf die innerdeutsche Wirklichkeit. Wir tragen gesamtdeutsch Verantwortung für das gelebte Grundgesetz, für ein Land, das weltoffen und sicher für Menschen unterschiedlichster Herkunft ist, in dem Antisemitismus keine Option sein darf und in dem bürgerlicher Mut eine Tugend ist.

Letzter Abend. Um in unser Hotel zu kommen, umrunden wir noch einmal die Nikolaikirche. „Offen für alle“ gemahnen die Schilder an die Tradition der Friedensgebete ab 1982, die offen für alle waren, einer der wenigen freien Orte in der zweiten deutschen Diktatur des 20. Jahrhunderts. Hier manifestierte sich die Demonstration am 9. Oktober 1989, zu denen die „Leipziger Sechs“ durch Kurt Masur aufriefen: „Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.“ Am nächsten Morgen geht es für uns sehr früh zurück nach Darmstadt. Und wenn es in den vorhergehenden Zeilen zu kurz kam: Wir haben viel gelernt, betrachten unsere eigenen Positionen demütiger und kommen mit großem Respekt zurück vor den besonnenen, friedlichen und dialogbereiten Sächsinen und Sachsen, die nicht nur die Mehrheit im Freistaat sind, sondern die Zukunft sein sollen.

Zum Autor

*Alexander Gemeinhardt ist Geschäftsführender Vorstand und Direktor der Schader-Stiftung. Die Zitate im Text entstammen Mitschnitten etlicher Gespräche, die im Einvernehmen mit den Gesprächspartner*innen aufgenommen wurden – mit der Zusage, sie lediglich abstrahiert zu verwenden. Die Zitate wurden um der besseren Lesbarkeit willen geglättet. Den Einschätzungen zu den Wahlforen liegen die eigenen Mitschriften Gemeinhardt / Eren zugrunde. Der im Text angesprochene Fonds „Einladung zum Austausch zwischen Ost und West in Darmstadt“ findet sich online: www.schader-stiftung.de/austausch-west-ost. Der zitierte Artikel im Darmstädter Echo von Janka Holitzka ist online abrufbar unter <https://www.echo-online.de/lokales/darmstadt/die-wahl-in-sachsen-darmstaedter-als-beobachter-vor-ort-3902317>*





Dr. Stella Lorenz

Aufbruch der Versäumten

Freundlich lächelnd hat sie täglich alle Gäste dieses Hauses begrüßt, prominent platziert im Foyer des Schader-Forums, mit gutem Überblick über das Geschehen. Dr. Rosalind Franklin, Biochemikerin und Entdeckerin der Doppelhelix-Struktur unserer DNA, war in den vergangenen Monaten der erste Hinweis auf die Ausstellung „Versäumte Bilder – Frauen in der Wissenschaft sichtbar machen“, die den Saal des Schader-Forums von März bis Mitte Juli bereicherte und insgesamt siebzehn Frauen zeigte, die für ihre Leistungen zu Lebzeiten nicht mit repräsentativen Portraits beehrt wurden. Mehr noch: Einige von ihnen wurden aktiv um ihren Ruhm gebracht, wie im Falle von Rosalind Franklin, deren Forschungsergebnisse von drei Wissenschaftlern, ihren Kollegen, gestohlen wurden, die später den Nobelpreis erhielten.

Gegen diese Ungerechtigkeit holen die Bilder das Versäumte nach und zeigen mittels Künstlicher Intelligenz diese Persönlichkeiten und deuten an, wie eine historische Lücke geschlossen werden und Frauen zu einer angemessenen Sichtbarkeit verholfen werden kann – zum Beispiel mit einer posthumen Nobelpreisverleihung an Rosalind Franklin, die nie stattgefunden hat.

Rund 1500 Besucher*innen

Für die Schader-Stiftung war die Kooperation mit dem Bilderinstitut von Gesine Born schon von Beginn an ein synergetischer Prozess: Im Dialog wuchs die Idee zum Ausstellungskonzept, auf den Open Call konnten regionale Institutionen Vorschläge für ihre eigenen „Versäumten Bilder“ einreichen. Die wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen in der Wissenschaftsstadt Darmstadt, deren Leitungen zweimal jährlich durch die Schader-Stiftung zu einem Runden Tisch eingeladen und moderiert werden, waren Resonanzraum und Ideengeber*innen in diesem Prozess.

Gesine Born generierte im Austausch mit Verwandten und ehemaligen Studierenden der vorgeschlagenen Frauen, aber auch mit Zeitzeug*innen und Historiker*innen die Bilder, die schließlich ab der Vernissage im März 2024 in der Ausstellung zu sehen waren – und uns allen wortwörtlich im Weg standen. Bei Veranstaltungen auf dem Schader-Campus, bei öffentlichen und speziellen Führungen setzten sich insgesamt rund 1500 Besucher*innen mit den Wissenschaftlerinnen, aber auch mit den visuellen Darstellungsmöglichkeiten der KI auseinander. Das ermöglichte kritische Debatten in verschiedene Richtungen.

Was bedeutet KI für die Fotografie?

Deutlich wurde das unbestimmte Feld neuer digitaler Anwendungen insbesondere bei der Podiumsdiskussion „KI & Fotografie“, bei der Gesine Born mit dem Unwort-Fotografen Nouki und der Medienpädagogin Jana Schlegel (Gallus Zentrum Frankfurt) darüber sprach, welche Chancen und Herausforderungen KI im fotografischen Bereich mit sich bringt, welche pädagogischen Ansätze in der Vermittlung von „KI-Kunst“ wichtig sind oder welche ethischen Richtlinien es im Zusammenhang von KI und Fotografie braucht.

Dass die thematische Paarung von Geschlechtergerechtigkeit und Künstlicher Intelligenz einen Nerv traf, spiegelte sich nicht nur im regen Zuspruch wider, auch in den Medien fand die Ausstellung große Beachtung: Angefangen bei der Berichterstattung im Darmstädter Echo, und im Hessischen Rundfunk und der Verbreitung über den Instagram-Kanal von ttt – titel, thesen, temperamente nahm die Berichterstattung über die Ausstellungswochen Fahrt auf: Fernsehteams von SAT.1 und der hessenschau produzierten Beiträge und die Frankfurter Allgemeine Zeitung widmete dem Projekt einen Artikel. Auf vielen Blogs und in unzähligen Posts wurde weiter diskutiert und weitere Perspektiven angeregt.

Gegen diese Ungerechtigkeit holen die Bilder das Versäumte nach und zeigen mittels Künstlicher Intelligenz diese Persönlichkeiten und deuten an, wie eine historische Lücke geschlossen werden und Frauen zu einer angemessenen Sichtbarkeit verholfen werden kann.

Emotionale Führungen

Während die öffentlichen Führungen jede für sich ganz eigen war – neben Gesine Born führte beispielsweise auch Dr. Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt, durch die Ausstellung –, wird eine davon uns ganz besonders in Erinnerung bleiben: Vor dem Portrait von Dr. Maria Borris, Soziologin und Dozentin an der Europäischen Akademie der Arbeit (EAdA) an der Universität Frankfurt, angekommen, meldete sich ein Besucher zu Wort und offenbarte: „Ich war lange Jahre mit Maria Borris gut bekannt.“ Prof. Dr. Diether Döring, Professor für Sozialpolitik und Finanzwissenschaften an der EAdA im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, wusste zahlreiche Anekdoten aus der gemeinsamen Arbeit mit Borris zu erzählen und rührte nicht nur die Besucher*innen, sondern auch die bei der Führung anwesende Gesine Born. Kurioserweise sollte es bei jener Führung aber nicht nur bei diesem einen, persönlichen Bezug bleiben: Auf die – eher scherzhaft gemeinte – Frage im Anschluss an Professor Dörings Einblicke, ob weitere Verwandte oder Bekannte von den abgebildeten Wissenschaftlerinnen im Raum seien, hob eine Dame die Hand: „Ich bin die Nichte von Emmi Dorn.“ Die Zoologin an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz habe zwar in der Realität nicht ganz so ausgesehen wie ihr KI-Portrait, aber als Nichte sei sie „froh, dass mein Tantchen hier gezeigt wird“ und reale Fotos von Prof. Dr. Emmi Dorn hatte sie ebenfalls dabei. Der nachhaltige Wert des Projektes und die oftmals diskutierte Sinnhaftigkeit der Erschaffung künstlicher Bilder offenbarte sich in diesem Moment auf emotionale und nachdrückliche Art und Weise.

Aufbruch an neue Orte

Mittlerweile sind die „Versäumten Bilder“ weitergezogen – zum Beispiel in die TU Darmstadt, in die Räumlichkeiten von hessian.AI, vor den Konzertsaal der Akademie für Tonkunst, in das Max-Planck-Institut für Hirnforschung, in die Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt, in die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz oder in das Europäische Raumflugkontrollzentrum (ESOC). Das Portrait von

Rosalind Franklin kehrte zu seinem Ursprung ins Bilderinstitut in Berlin zurück, und Prof. Dr. Erika Spiegel, die erste Schader-Preisträgerin 1993, bleibt der Schader-Stiftung erhalten. Darüber hinaus sind zwei Wissenschaftlerinnen sogar im öffentlichen Raum weiterhin sichtbar: Das im Juni 2024 eingeweihte Mural von Künstlerin Nicole Schneider an der östlichen Außenwand der Schader-Stiftung beinhaltet auch Illustrationen der Portraits der TH Darmstadt-Absolventinnen Jovanka Bončić-Katerinić, der ersten Diplom-Ingenieurin Deutschlands, und Prof. Dr. Otilie Rady, der ersten habilitierten Kunsthistorikerin in Deutschlands.

Während einer öffentlichen Führung hob eine Dame die Hand: „Ich bin die Nichte von Emmi Dorn.“ Die Zoologin an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz habe zwar in der Realität nicht ganz so ausgesehen wie ihr KI-Portrait, aber als Nichte sei sie froh, dass ihre Tante hier eine neue Sichtbarkeit erfahre.

Ganz vorbei ist das Projekt in jedem Fall nicht, im Gegenteil: Es hat etwas Neues, Langfristiges angestoßen. Gesine Born will weiter prompten und gemeinsam mit anderen Institutionen deren bislang verborgene Forscherinnen in ein neues Licht rücken. Und mit der Weiterentwicklung von Künstlicher Intelligenz eröffnen sich auch ganz neue Möglichkeiten – zum Beispiel für KI-generierte Videos mit KI-generierter Musik.

Das Lächeln von Rosalind Franklin wird im Eingangsbereich der Schader-Stiftung fehlen, aber die „Versäumten Bilder“ hinterlassen einen bleibenden Eindruck und die Gewissheit, dass all diesen Frauen nach und nach mehr Sichtbarkeit zuteilwird.

Zur Autorin

Dr. Stella Lorenz ist Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung und Co-Kuratorin der Ausstellung. Die „Versäumten Bilder“ waren von März bis Juli 2024 im Schader-Forum zu sehen und wurden gemeinsam mit Gesine Born vom Bilder-Institut Berlin realisiert.





Prof. Dr. Otfried Jarren im Gespräch mit Dr. Stella Lorenz und Dennis Weis

In guter Gesellschaft: Warum wir am Kiosk kontextualisieren lernen

Wie sich Zeitung verändert hat und welche Möglichkeiten es für Medienhäuser gibt, im Kampf um das Publikum zu bestehen, darüber haben Dr. Stella Lorenz und Dennis Weis im Schader-Podcast „In guter Gesellschaft“ mit dem Medienwissenschaftler und Senats-Mitglied der Schader-Stiftung Prof. Dr. Otfried Jarren gesprochen.

Otfried Jarren, Sie gehen an einem Zeitungskiosk in Darmstadt vorbei und lesen die BILD-Schlagzeile – oder in Zürich die BLICK-Schlagzeile. Denken Sie dann manchmal, wie clever die sind, oder kommen Ihnen gleich Gefahren in den Sinn, die von solchen Schlagzeilen ausgehen können?

Erst einmal finde ich es wichtig, zu erkennen, dass Kioske sterben und die Zeitungen nicht mehr überall aushängen. Das ermöglicht Mitbeobachtung, ganz kostenlos. Dieses Mitlesenkönnen, was die BILD oder wer auch immer schreibt, war eine Möglichkeit, auf eine bestimmte Weise in andere Lebenswelten, auf andere Sachverhalte, in andere Kontexte zu schauen. Der Verlust des Kiosks ist ein echter Verlust, weil es eine einfache Form war, etwas mitzzipieren zu können und Sachverhalte anders zu kontextualisieren. Schlagzeilen und Aufmachergeschichten drücken viel aus, sie sind Ersatz für die Öffentliche Meinung. Wenn ich in der Schweiz bin und die BILD am Kiosk sehe, dann erfahre ich etwas über Deutschland, was dort läuft, einen Teil der Menschen bewegt. Via Kiosk konnte und kann man die Welt wahrnehmen. Der Aushang der internationalen, der nationalen wie der lokalen Presse vermittelt rasch einen Überblick von einem Ort: Was ist hier los, was ist wichtig?

Sie beschäftigen sich beruflich mit Medien und der öffentlichen Kommunikation von Themen, die die Gesellschaft bewegen. Können Sie das noch genießen, privat Medien zu konsumieren, gerade Tageszeitungen?

Ich war der klassische Papierleser, der Artikel rausgerissen hat, um sie später in der Bahn zu lesen oder anderen zuzusenden. Das hat sich bei mir stark verändert, ich bin, da mobil, heute weitestgehend digital unterwegs. Dass ich alles auf dem iPad mitnehmen kann und keine großen Papiermengen mehr mit mir herumtrage, hat seine Vorzüge. Aber ich merke, dass ich durch den digitalen Konsum hektischer werde, weniger aufmerksam lese, mich unsicherer erinnere, wo ich was gelesen oder gesehen habe. Ich kann zwar nun noch mehr Artikel verschicken als zuvor, was für ein Gewinn, und später nochmals viele dieser Texte selbst nochmals angucken, aber ich habe arg viel, zu viel, in meinen digitalen Archiven. Radikal geändert hat sich auch, dass man unter digitalen Bedingungen nicht mehr so einfach eine Seite überfliegen kann: der Aufbau

der Seite, die Anzeige darunter, der Kontext, der Rahmen, all das ist weg. Nicht beim e-Paper, aber bei allen anderen Verbreitungsformen finden sich diese Formen an Entkopplung. Das ist schon eine erhebliche Veränderung.

Was diese Entkopplung noch mal ein bisschen vielleicht beschleunigt oder verstärkt, ist der Schritt vieler Medienhäuser, auch in andere Kanäle reinzugehen und beispielsweise Podcasts zu produzieren, bei denen man noch viel weniger die Möglichkeit hat zu entscheiden, was man lesen will – und nur das wahrnimmt, was in diesem Snippet angeboten wird.

Ja, das ist ein Dilemma. Beim Gebündelten hatte ich die Möglichkeit, den Sport- oder den Wirtschaftsteil zu ignorieren, gar gleich wegzuerwerfen, aber ich hatte ein Gesamtangebot, konnte das durchsehen, und ab und an stieß man auf überraschende Dinge, sogar bei den Werbebeilagen. Es gab Beifänge, und damit Überraschungen. Natürlich gibt es die auch heute noch, aber ich muss mich durch immer mehr Angebote bewegen, erkenne nicht immer die Wiederholungen, Doppelungen oder diese vielen Imitate. Die KI ermöglicht diese in immer größerer Zahl. News-Avoidance-Effekte haben viele Ursachen. Der Overkill an Informationen gehört klar dazu. Ein klassisches Verlagshaus hat heute vier oder fünf Angebote: Es macht eine gedruckte Ausgabe, ein E-Paper, in der Regel gibt es eine App, es gibt ein Online-Angebot im Web, einen Newsletter und vielleicht sogar einen Podcast. Angebotsvermehrung und Ausdifferenzierung haben dieses Gefühl vom Zuviel verstärkt. Was ist denn nun wirklich wichtig, was neu, was dokumentiert die Essenz eines Geschehens? Ich als Nutzer kann nur Teile davon auch wahrnehmen, der Selektionsdruck steigt. Dass die Leute dann irgendwann, auch ich, aussteigen, ist verständlich. Wir haben schlicht ein Überangebot. Und das nimmt immer weiter zu.

Der Overkill oder das erhöhte Angebot ist ja nicht unbedingt von den Verlagshäusern forciert, sondern sie treten in Konkurrenz mit dem, was um sie rum passiert. Für die FAZ beispielsweise wäre es vermutlich viel einfacher und auch wahrscheinlich schöner, wie früher die Reichweite durch die eigene Auflage zu halten und nicht in tausend Angebote gehen zu müssen, welche Podcast und welche Nischen man auch noch bespielen muss, richtig?

Das ist völlig richtig. Wir haben es mit einem Wandel im institutionellen Setting zu tun. Die Akteure der publizistischen Branche, die Öffentlich-Rechtlichen wie die Privaten, standen zwar in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, aber sie waren bezüglich der Produkte und der Distribution gemeinsam unterwegs. Im Mittelpunkt stand die gebündelt oder linear verbreitete publizistische Leistung. Nun sind die Plattformen dazugekommen, die selektiv verbreiten, Ent- und Neubündelung ermöglichen, individualisierte Nutzung auch. An die Plattformlogik muss sich die publizistische Branche nun anpassen, sie bestimmt die Distribution, sie ermöglicht dadurch die Herstellung von neuen Formen an Öffentlichkeit. Zugleich können sich alle Akteure mittels der Plattformen an die allgemeine Öffentlichkeit wenden. Der Journalismus hat seine Selektions- und Deutungsmacht, die Medien ihre Distributionsmacht verloren.

Wie kann es denn für die publizistische Branche weitergehen?

Der Prozess geht meines Erachtens in eine klare Richtung. Es wird einen massiven Abbau in der Publizistik geben, weil der Journalismus sich ökonomisch in der Form, wie er zurzeit aufgestellt ist, nicht halten kann. Er ist nicht finanzierbar und nicht refinanzierbar. Die Plattformen bieten keine publizistischen Leistungen an, tragen kein Risiko, sie sind aber die Profiteure: Zu ihnen geht die Werbung, gehen die Nutzerinnen und Nutzer. Wir haben mit dem Internet globale Verbreitungsstrukturen bekommen, die die Verbreitungskosten verringern. Wir haben eine Cloud-Technologie, wo man Sachen speichern, verarbeiten und verändern kann. Und wir haben eine generative KI, die die beliebige Variation an Texten, Bildern oder Tönen ermöglicht. Und die distributive KI erlaubt Formen der selektiven Verbreitung, so die Personalisierung. Das alles können die klassischen Medien nicht.

Ist das für Sie, der lange Zeit für den Journalismus gebrannt hat, eine eher fatalistische Erkenntnis?

Ich würde sie nicht fatalistisch nennen, denn ich sehe immer noch Chancen, aber offen gesagt: Kennen Sie jemanden, der eine Verlagsgründung plant? Natürlich werden neue Angebote im Netz bereitgestellt, aber die Chancen für Reichweite und Einnahmen sind sehr gering. Das kann sich ändern, setzt aber Investitionen in Technik voraus: KI, Clouds, Plattformen. Und in diesem Bereich sind wir in Europa leider schlecht aufgestellt. Sehr schlecht sogar. Es bedarf massiver, wahrscheinlich auch öffentlicher, Finanzierungen – es geht um die kommunikative Infrastruktur. Und das kann nur ein europäisches Gemeinschaftsvorhaben sein. Wenn auch diese technische Plattform gesamteuropäisch ist, muss sie zugleich den föderalen Ansprüchen genügen: Europa ist vielsprachig, kulturell divers, und die Länder und Regionen sind höchst unterschiedlich strukturiert.

*Wenn ich mir anschaue, wie sich junge Menschen als Medienkonsument*innen verhalten, habe ich den Eindruck, dass lange Informationen eigentlich kaum noch eine Chance haben. Wenn im Worst Case, was ja durchaus passiert, auch Qualitätsmedien auf Falschinformationen aufspringen und diese Schlagzeilen dann schnell konsumiert werden, halte ich das aus wissenschaftlicher Sicht für extrem spannend, aber prinzipiell für extrem problematisch. Wie beurteilen Sie das denn?*

Es ist richtig, dass immer mehr News-Beschaffung über Plattformen passiert, und das ist dann meist dekontextualisiert: Ich sehe irgendwas und reiche es anderen weiter. Ist es aber aus einer konservativen Zeitung? Ist es aus einer linken Zeitung? Dann kommt hinzu, dass diese Auswahl Qualität immer nur partiell berücksichtigt. Die Selektivität ist also hoch. Grundlegend ist das Problem, dass man vielfach nicht sicher sein kann, ob ein verbreiteter Text überhaupt eine Qualitätssicherung unterlag. Wer hat ihn verfasst? Wir haben in der Schweiz die Diskussion begonnen, ob nicht grundsätzlich journalistische Leistungen gekennzeichnet werden sollten: Mit einem Siegel kann den Nutzern gezeigt werden, ob es sich um eine zuverlässige, also geprüfte, Mitteilung handelt. Alle journalistischen Beiträge, eine Art Logo haben, das zeigt: Der Produzent dieser Information, Nachricht oder Meldung hat sich zu bestimmten Qualitäts- und Prüfstandards verpflichtet. Damit würde Journalismus als Leistung besser sichtbar und erkennbar, und das könnte Zahlungsbereitschaft auslösen. Meines Erachtens ist dieser Ansatz besser, als Stellen einzurichten, die vermeintlichen Fake News auf der Spur sein wollen: Sie werden immer nur reaktiv wirken können und ihre Einsichten werden nicht die erreichen, die das wissen sollten oder müssen.

Dann bräuchte ich aber Vertrauen in die, die diesen Proved-Content-Stempel geben.

Das ist ein Problem, da haben Sie völlig Recht. Aber es gibt ein Versprechen, durch Review-Verfahren dafür zu sorgen, dass gewisse Qualitätsregeln beachtet werden. Auch wenn ich zum Arzt gehe, muss ich mich letztlich auf ihn verlassen. Ich habe dort auch keine Wahl. Wir sind auf professionelle Akteure angewiesen, denen werden wir dann vertrauen, wenn wir wissen, dass sie bestimmten Regeln sich unterwerfen. Bei den Medien und im Journalismus fehlen nicht diese Standards überall, aber sie werden zumeist nicht offengelegt, sie werden selten nur kommuniziert, und es ist auf den raschen Blick nicht erkennbar, ob es sich überhaupt um Journalismus handelt. Der Journalismus unter diesen Konkurrenzbedingungen muss nun lernen, sich auszuweisen.

Ich habe noch eine Frage an Sie als Wahl-Schweizer mit Blick auf die direkte Demokratie des Landes: Welche Rolle können Medien in dem Zusammenhang einnehmen?

Die Schweiz ist ein relativ kleines Land, aber die Abstimmungen, die jeweils für das ganze Land, in den Kantonen oder Gemeinden durchgeführt werden, haben immer eine Vorlaufzeit. Das muss so sein, um Aufmerksamkeit zu finden und Diskussionen zu führen. Gibt es eine Initiative, so muss sie ein gewisses Quorum an Unterschriften

erreichen, das löst Diskussionen aus, auch in den Medien. Und natürlich werden Initiativen gründlich in den Parlamenten diskutiert, zu den Vorschlägen werden Beschlüsse gefasst, finden Diskussionen statt. Pro- und Kontra-Diskussionen sind in der Schweiz üblich. Es gibt Veranstaltungen, Diskussionen in den Medien, Diskussionsforen von den Medien organisiert. Die breite Diskussion wird angestrebt, Befürworter wie Kritiker kommen zu Wort, man lädt sich gegenseitig ein. Und zumeist diskutieren auch Redaktionen die Initiative und geben ihr Votum dazu ab. In den Zeitungen kann man lesen, welche Organisation für oder gegen eine Initiative ist. Der Diskurs ist unterschiedlich intensiv, je nach Thema oder Konfliktlage, aber die Sachdebatte wird immer geführt. Ab und an in grosser Schärfe, ideologisch geladen auch, aber es gibt zumeist einen Sachbezug, und der ist meines Erachtens für demokratische Entscheidungen wichtig.

Sie hatten vorhin darüber gesprochen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich verändern muss, verändern wird, und es ja auch an manchen Stellen schon tut, aber wenn ich jetzt darüber nachdenke, dass es in der Schweiz mehrsprachige Angebote gibt, und dass es auch bei uns wahnsinnig viele Gruppen gibt, die eine andere Sprache sprechen und die man mitnehmen muss... was für einen Aufschrei würde das geben, wenn es hier auch so umgesetzt wird?

Ja, es ist schon sehr auffällig. Deutschland sieht sich als ein internationaler ökonomischer Player, als Einwanderungsland, und ist auf Einwanderung sogar angewiesen, aber alles ist hier deutschsprachig. Selbst das englischsprachige Angebot, jenseits von Schule und Hochschule, ist sehr bescheiden. Das gilt für die hoheitlichen Institutionen, für die Kommunen mit ihren Dokumenten und Formularen und vor allem auch für die Medien. Deutschland ist Mitglied im Europarat, hat sich damit zur Mehrsprachigkeit bekannt und verpflichtet, lebt diese Norm aber kaum. Natürlich ist die deutschsprachige Population im Lande groß, aber das darf kein Grund sein, sich dermaßen kulturell einzugeln und sprachlich zu bescheiden. Die Schweiz versucht, Sprachen- und Kulturvielfalt zu pflegen, mit einer Reihe von Widersprüchen, aber Diversität ist ein Ziel. Deutschland ist stehengeblieben, ist selbstgenügsam. Das Problem ist, dass von Ausländern Integration in Form von Anpassung eingefordert wird. Das ist aber kein moderner, vor allem kein kulturell akzeptabler Weg. Erschreckend ist, dass vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk hier kein überzeugendes Engagement zeigt.

Wie können solche Angebote denn aussehen Ihrer Ansicht nach?

Politisch bedürfte es meines Erachtens eines eigenen Ministeriums, das sich um die Integration aktiv bemüht, dabei die deutsche Wohnbevölkerung einbezieht. Integration darf keine Einbahnstraße sein. Es wird politisch nicht offen und klar kommuniziert: „Wir wollen ein Einwanderungsland sein“. Debatten, so um Flüchtlinge, werden sogar zu vermeiden gesucht, was nicht sein darf, denn das bestärkt nationalistische und populistische Kräfte – wir erleben das derzeit in aller Schärfe. Einwanderung muss man wollen: Wir stellen Ressourcen bereit, bieten auf allen Stufen Qualifikationsmöglichkeiten, schaffen Formen des Austausches, fördern das Kennenlernen. Wir bemühen uns, durch vielfältige integrale Bildungs- und Kulturmaßnahmen zur gesellschaftlichen Gemeinsamkeit beizutragen. Und natürlich bedarf es mehrsprachigen Medienangebote. Die sind unter den Bedingungen von KI übrigens recht rasch und sehr kostengünstig möglich.

Zum Schluss gibt es noch den Podcast-Tipp von Otfried Jarren und der kann natürlich aus der Nachrichtenwelt, aus der Unterhaltungswelt oder wo auch immer herkommen. Gibt es einen, den Sie wahnsinnig gerne hören oder auch zwei, die wir vielleicht hören sollten?

Ich kann den „Frühdenker“ von der FAZ empfehlen, aber ich finde auch den Lanz ganz gut und immer wieder Dinge auf den Punkt bringend. Podcast als Medium ist ein interessantes Phänomen, weil es ermöglicht, nebenbei mehr noch mitzubekommen als sonst. Das hat bei mir dazu geführt, dass ich intensiver Radio höre. Ich kann sehr

verdichtet vom Deutschlandfunk Dinge erfahren, die ich zwar auch lesen kann, aber die Art, wie es dargestellt wird und wie es vermittelt wird – mit O-Tönen, Reportagen, Einblendungen, Korrespondentenberichten und so weiter – ist anders, als wenn ich das linear als Text aufnehme. Ab und an nutze ich auch lokale oder sehr spezifische Angebote, das aber ist dann eher zufällig – so als Beifang oder Tipp.

Zu den Autor*innen

*Prof. Dr. Otfried Jarren ist emeritierter Professor, IKMZ - Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung, Universität Zürich. Er ist Preisträger des Schader-Preises 2018 und gehört dem Senat der Schader-Stiftung an, im Jahr 2024 als dessen Sprecher. Dennis Weis und Dr. Stella Lorenz sind Wissenschaftliche Referent*innen der Schader-Stiftung und Hosts des Podcast „In guter Gesellschaft“. Der abgedruckte Beitrag enthält redigierte Auszüge aus der 2024 erschienenen Podcast-Folge mit Otfried Jarren: „Warum wir am Kiosk kontextualisieren lernen“.*





Jessica Nuske

Die ewige Suche nach der Praxis. Gesellschaftswissenschaften und ihre Rolle in Politik und Gesellschaft

Wie kann – oder sollte – gesellschaftswissenschaftliches Wissen in der Praxis „nützlich“ wirksam werden? Das ist ein Streitthema und wird in wissenschaftlichen Kreisen heiß diskutiert. Autonomie- und Praxisdiskurse sind konstitutiv für die Sozialwissenschaften und führen zwangsläufig zu Reibungen und Konflikten: zwischen Wahrheits- und Nutzenorientierung, Erkenntnis- und Gestaltungszielen, Eigeninteressen und Instrumentalisierung, Rat und Tat, Über- und Unterschätzung oder zwischen disziplinären und transdisziplinären Forschungs- und Transferpraktiken. Was in der Vergangenheit im Werturteils- und Positivismusstreit verhandelt wurde, wird aktuell in der Diskussion um eine ‚öffentlichen Soziologie‘ wieder virulent. Gleichzeitig machen sich wissenschaftskritische und -feindliche Auffassungen breit. Ist es Zeit für eine Neubestimmung der Rolle der Sozialwissenschaften in der Gesellschaft? Sollte sozialwissenschaftliche Forschung engagierter und involvierter arbeiten und stärker auf ihren „societal impact“ bedacht sein? Stichworte sind hier „mode 2“ als zeitgemäße kollaborative Produktion wissenschaftlichen Wissens, außerdem transdisziplinäre, partizipative oder transformative Wissenschaftsformate und -verständnisse.

Ist es Zeit für eine Neubestimmung der Rolle der Sozialwissenschaften in der Gesellschaft? Sollte sozialwissenschaftliche Forschung engagierter und involvierter arbeiten und stärker auf ihren „societal impact“ bedacht sein?

Die Schader-Stiftung hat gemeinsam mit dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) am Standort Bremen – Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw) – zu einem Austausch über die Rolle von sozialwissenschaftlichem Wissen in der Gesellschaft eingeladen. Die Veranstaltung mit dem Titel „Die ewige Suche nach der Praxis – Gesellschaftswissenschaften und ihre Rolle in Politik und Gesellschaft“ fand am 13. Mai 2024 im Schader-Forum in Darmstadt statt. Bei der Veranstaltung ging es um drei Themen, über die gemeinsam diskutiert wurde:

- Historische wie kontemporäre Wissenschaftsverständnisse (mit Impulsen von Dr. Britt Schlünz und Jessica Nuske)
- Die individuelle Rolle der Wissenschaftler*innen: Selbst-Positionierungen im Diskurs um wissenschaftliche Autonomie und gesellschaftliche Mitverantwortung (mit Impulsen von Prof. Dr. Klaus Kraemer und Dr. Vincent Knopp)

- Hochschulpolitische Fragestellungen: Aufgaben und Rollenverständnisse unterschiedlicher wissenschaftlicher Organisationen sowie Spielräume wissenschaftspolitischer Reformen (Fish-Bowl-Diskussion mit Viktoria Kamuf, Prof. Dr. Robert Lepenies und Dr. Barbara Sutter)

Freiheit der Wissenschaft

Das Grundgesetz legt in Artikel 5 die Freiheit der Wissenschaft fest. Dazu gehört das Recht auf freie Forschung und Veröffentlichung. In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 1. März 1978 wird dieses grundlegende Freiheitsgebot weiter ausformuliert. Laut BVerfG muss bei allem, was wir in Sachen Wissenschaft tun, immer der folgende Aspekt mitgedacht werden: Wissenschaft funktioniert am besten, wenn sie nicht von gesellschaftlichen oder politischen Zwängen beeinflusst wird. Die Vorstellung von der Rolle der Wissenschaft hier ähnelt dem, was Wilhelm von Humboldt über Wissenschaft und Wissenstransfer dachte: Ihm zufolge kann sich die Wissenschaft nur dann von externen Einflüssen und Steuerung freimachen und zugleich nur dann weitgehend ohne Werturteile forschen, wenn alles Streben nach Erkenntnis frei von außerwissenschaftlichen Beweggründen, Erwartungen und ausschließlich unter rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten entfaltet wird. Dieses sogenannte „Elfenbeinturm-Selbstverständnis“ ist seit Anfang des 19. Jahrhunderts die gängigste Beschreibung des Wissenschaftssystems im Vergleich zu anderen Bereichen der Gesellschaft. Es wird immer wieder gegen Ansätze aus der wertenden Gesellschaftswissenschaft oder der kritischen Theorie verteidigt. Wissenschaftliche Forschung soll demnach möglichst unabhängig von externen Interessen und Relevanzzuschreibungen erfolgen. Sie soll aus schlichter wissenschaftlicher Neugier heraus betrieben werden. Die Erkenntnissuche wird um ihrer selbst willen verfolgt, ohne gesellschaftliche Relevanz als Faktoren in der Formulierung von Fragestellungen zu berücksichtigen.

Krisen gemeinsam lösen

In den letzten fünfzehn Jahren wurde hingegen vermehrt darüber diskutiert, wie man die Krisen der Zeit gemeinsam lösen kann. Gerade jetzt werden die Gesellschaftswissenschaften stärker in die Verantwortung genommen, um „große Herausforderungen“ wie Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung, gesellschaftliche Sicherheit, Gesundheit und Wohlbefinden, Ressourceneffizienz, Ernährungssicherheit usw. zu meistern. Gesellschaftswissenschaften sollen nicht nur Wissen schaffen, sondern auch dabei helfen, unsere Gesellschaft zu verstehen und uns selbst zu reflektieren. Dabei geht es nicht nur darum, wie man die Forschung am besten finanziert und welche innovationspolitischen Strategien und Instrumente man nutzen könnte. Es geht auch darum, neue Forschungsformate zu entwickeln, die das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft neu bewerten. Denn um die „großen Herausforderungen“ zu meistern, müssen unterschiedliche Akteure mit verschiedenen sozialen Hintergründen, Wissensbeständen und Vorstellungen zusammenarbeiten. Der dahinterliegende Gedanke lautet: Durch die problembezogene Zusammenarbeit lässt sich Wissen produzieren, welches wissenschaftlich fundiert *und* sozial sowie politisch robust ist. Es kann dadurch in der Gesellschaft mehr oder weniger unmittelbar in Anwendung gebracht werden. Entsprechend werden *kollektive Forschungsmodi der Wissensproduktion* wie zum Beispiel Transdisziplinarität, Action Research, Citizen Science oder Transformative Research interessanter. Solche Forschungsmethoden nehmen meistens gesellschaftliche und politische Probleme zum Ausgangspunkt und wollen diese gemeinsam mit Akteuren aus der Praxis bearbeiten.

Um die großen Herausforderungen zu meistern, müssen unterschiedliche Akteure mit verschiedenen sozialen Hintergründen, Wissensbeständen und Vorstellungen zusammenarbeiten.

Kollaborativer Reflexionsraum versus klassisches Wissenschaftsverständnis

Der dadurch entstehende Reflexionsraum hilft, Diskussionen zu strukturieren, sich Wissen anzueignen und die Erkenntnisse in rationale Argumente umzuwandeln. Konflikte können offengelegt und bearbeitet werden. Indem unterschiedliche Wissensbestände anerkannt und einbezogen werden, kommt die Vielfalt an Perspektiven auf komplexe gesellschaftliche Problemlagen zum Ausdruck – auch die potenziell widersprüchlichen. So kann Erkenntnis aktuell gehalten und für Wissenschaft und Praxis verfügbar gemacht werden. Allerdings passen solche Ideen nicht zum klassischen humboldtschen Wissenschaftsverständnis und ebenso wenig zu Max Webers Vorstellung von einer wertneutralen Wissenschaft. Sie sorgen deshalb oft für Unbehagen in der Wissenschaft: Werden mit ihnen die Autonomie der Wissenschaft und deren methodischen und theoretischen Grundlagen in Frage gestellt?

Thematisch stieg die Veranstaltung im Darmstädter Schader-Forum hier ein: Wie gehen wir mit der Erwartungshaltung an die Gesellschaftswissenschaften um, sich an der Bewältigung aktueller Krisen zu beteiligen? Welche Ideen und Vorschläge können und sollten aus den Gesellschaftswissenschaften kommen, um beim Angehen aktueller und gravierender Probleme zu helfen? Wie steht es um das Verhältnis zwischen einerseits disziplinären wissenschaftlichen Selbstverständnissen und andererseits von außen an die Wissenschaften herangetragenen Erwartungen?

Aufgaben der Forschenden

Im Rahmen einzelner Vorträge wurde vertieft darüber gesprochen, kollaborative Reflexionsräume auch als Versuch anzusehen, auf wissenschaftliche Art und Weise über Unterschiede zu kommunizieren. Sie ermöglichen Austausch über verschiedene Sichtweisen, Ziele und Handlungsmöglichkeiten. Dabei geht es nicht darum, gesellschaftliche Zielvorstellungen, Praktiken, Prozesse und Strukturen als „richtig“ oder „falsch“ zu bewerten oder sich allein auf die Meinung der Fachleute aus der Praxis zu verlassen. Vielmehr sollen die wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnisse, die (möglichst) neutrale Moderation sowie die Wertediskussionen helfen, gesellschaftliche Problembearbeitungen zu fördern.

Die Forschenden moderieren den Diskurs und beobachten, wie die verschiedenen Akteure agieren und welche Ideen sie haben. Sie können bei Bedarf die Faktenlage überprüfen und Fragen aus dem Diskurs nach wissenschaftlichen Standards bearbeiten. Dank ihrer Methodenkompetenz leiten sie Reflexionsprozesse an, um damit der Gesellschaft zu helfen, über sich selbst nachzudenken. Unterschiedliche Meinungen und Konflikte zwischen den Beteiligten sollten offen angesprochen und gemeinsam gelöst werden. Schwierig wird dies jedoch in Themenfeldern, auf denen die Wissenschaft selbst Angriffen ausgesetzt ist und sich Forschende vulnerabel machen – wie in der Extremismusforschung. Darauf machte Dr. Vincent Knopp eindrücklich aufmerksam.

Der Nutzen für die Wissenschaft

Die Wissenschaft profitiert ebenfalls von anderen Wissensformen. Ziel ist nicht nur, disziplinäre Erkenntnisinteressen zu überwinden, sondern auch sich durch den Austausch mit nicht-akademischen Wissensbeständen weiterzuentwickeln. Die dabei entstehende doppelte Irritation ist das A und O kollaborativer Forschung: Einerseits irritiert die Wissenschaft die Praxis, andererseits irritiert die Praxis die Wissenschaft. Wie Prof. Dr. Klaus Kraemer argumentierte, darf die wissenschaftliche Arbeit weder ein moralisch motivierter Akt des gesellschaftlichen Engagements sein, noch soll sie mit dem Ziel der Begründung und Legitimation von (politischen) Interessen einzelner Gruppen erfolgen. Auch muss man die kollaborative Forschung von forschungsgeleiteten Dienstleistungen (sogenannter Auftragsforschung) unterscheiden. Statt „Lösungen“ für bestimmte, vorgegebene Aufgabenstellungen zu finden, geht es darum, gemeinsam

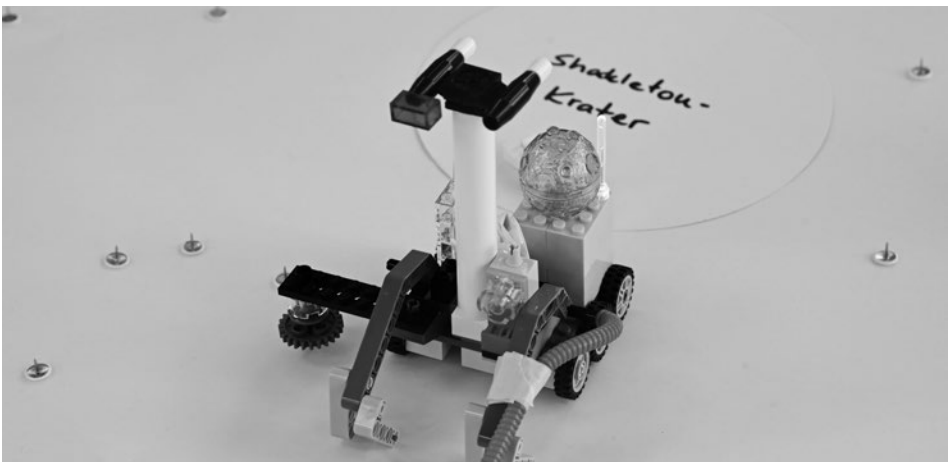
über Probleme nachzudenken, sie zu bearbeiten und neues Wissen zu schaffen. Dadurch kann man in der Gesellschaft etwas in Bewegung setzen und zugleich Praxiswissen für die wissenschaftliche Weiterverarbeitung verfügbar machen.

So können politisch relevante Analysen erstellt werden, ohne dass die Forschenden selbst politisch aktiv sein müssen. Wissenschaft kann also politische Prozesse begleiten, dabei sowohl der Gesellschaft als auch sich selbst nutzen und zugleich in der eigenen Rolle unpolitisch bleiben.

Zur Autorin

Jessica Nuske ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt am Standort Bremen sowie im Bremer Institut für Arbeit und Wirtschaft. Bei der Veranstaltung „Die ewige Suche nach der Praxis“, die am 13. Mai 2024 in der Schader-Stiftung stattfand, war Jessica Nuske Referentin; in diesem Zusammenhang ist der obestehende Beitrag entstanden.





Benjamin Stehl

Soziale Konstruktionen (der Wissenschaften) des Weltalls

„Sie studieren also eine Gesellschaftswissenschaft und interessieren sich dabei für den Weltraum, wie passt das denn zusammen?“ So oder so ähnlich fallen zahlreiche Reaktionen aus, wenn ich die Verbindung dieser inhaltlichen Schwerpunkte meiner Bachelorarbeit erläutere. Man könnte manchmal meinen, zwischen der gedanklichen Verknüpfung von Sozialwissenschaft und Weltall liegen größere Entfernungen als zwischen Sonne und Erde (etwa 150 Millionen Kilometer). Das gesellschaftliche Verständnis über die wissenschaftliche Untersuchung der Raumfahrt als Aufgabe von Ingenieur*innen, Mathematiker*innen und Naturwissenschaftler*innen scheint hegemonial. Dabei gilt: Die Idee der Wissenschaft des Weltalls als hauptsächlich technisch-naturwissenschaftliche Angelegenheit ist eine Überzeugung, die von Menschen in sozialen Interaktionen geschaffen und geteilt wird; sie ist also eine soziale Konstruktion.

Weltraum und Gesellschaftswissenschaften: Dialog in der Schader-Stiftung

Soziale Konstruktionen bestimmen die gesellschaftlichen Wahrnehmungen von Realität und damit, was als „normal“, „richtig“ oder „natürlich“ verstanden wird. Gleichzeitig sind soziale Konstruktionen dynamisch und können sich über die Zeit verändern. Das gilt auch für das zuvor beschriebene hegemoniale Verständnis über die Wissenschaften des Weltraums. Dies ist ein wichtiger Hoffnungsschimmer, der zeigt, wie sich die dominierende technisch-naturwissenschaftliche Auffassung der akademischen Untersuchung des Alls weiten kann, sodass künftig auch die gesellschaftswissenschaftlichen Untersuchungsfelder der Raumfahrt als selbstverständlicher Bestandteil dieser Forschungsrichtung gelten können.

Doch was kann einen Wandel in dieser Hinsicht herbeiführen? Durch zwischenmenschliche Aushandlungen und Konflikte werden (neue) soziale Konstruktionen hergestellt. Bei solchen gesellschaftlichen Interaktionen kommt die Schader-Stiftung ins Spiel, die den Dialog zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis fördert. Diesem Zweck folgend organisierte die Stiftung seit 2016 eine Vielzahl von Projekten im Bereich Social Sciences & Space. Eine gemeinsam mit Prof. Dr. Stefan Selke (Public Science Lab der Hochschule Furtwangen) und Dr. Daniel Lambach (SichTRaum-Netzwerk) organisierte und konzipierte Veranstaltungsreihe zu sozialwissenschaftlichen Dimensionen der Raumfahrt trug 2023 den Titel „Das neue Welt-raumzeitalter – Das All zwischen Übernutzung und Unterbewertung“. Dabei wurde in drei Workshops an gesellschaftswissenschaftliche Fragen der Raumfahrt angeknüpft.

Ähnliche Themen haben die Schader-Stiftung auch 2024 beschäftigt und begleitet. Zu Beginn des Jahres fand eine zweitägige Veranstaltung mit dem Titel „Towards a Moon Village? – Constructing Sustainable Buildings and Society on Earth and in Space“ statt. Dies war eine Kooperation zwischen der Schader-Stiftung, dem Institut Wohnen und Umwelt und dem ESSCA's EU*Asia Institute. Gegen Ende des Jahres 2024 wurde in Zusammenarbeit mit der European Space Agency (ESA) das „Sounding Board: ESOC Space Experience in Darmstadt“ durchgeführt, eine Resonanzveranstaltung zum geplanten Besucher*innen- und Weltraumwissenschaftszentrum am Europäischen Raumflugkontrollzentrum (ESOC). Auch wenn es nicht die primäre Absicht der genannten Projekte war, so haben sie doch gemein, dass sie die gesellschaftswissenschaftlichen Dimensionen der Raumfahrt stärken und damit einen Beitrag dazu leisten, die dominierende soziale Konstruktion des Weltalls als Untersuchungsfeld der Technik- und Naturwissenschaften zu ergänzen. Außerdem haben diese Veranstaltungen der Schader-Stiftung bei mir persönlich eine tiefgreifende Faszination für die Raumfahrtpolitik entfacht und meine Bachelorarbeit maßgeblich inspiriert.

Kosmische Machtpolitik und die Weltraumordnung

„Möge die Macht mit dir sein“ – dieser Satz, der aus der Star-Wars-Filmreihe stammt, hat auch meine Überlegungen maßgeblich geprägt: Mit wem ist eigentlich die Macht im *wirklichen* Weltraum? Nun wurde sich nicht, wie George Lucas in seinen Filmen, mit dem ständigen Kampf zwischen Gut und Böse auseinandergesetzt, aber immerhin mit der amerikanisch-chinesischen Rivalität im All und der Frage, inwiefern die beiden Staaten die Weltraumordnung prägen.

Zwei Aspekte sind für dieses Forschungsinteresse relevant: Erstens die Rolle von Großmächten in nicht-staatlichen Räumen, wie den Weltmeeren, der Antarktis oder eben dem Weltraum. In diesen Umgebungen hängen die Durchsetzung und Aufrechterhaltung von weltweit anerkannten Regulierungen maßgeblich von den mächtigsten Akteuren der internationalen Politik ab. Das macht diese Räume zu Arenen der Großmächtekonkurrenz, in denen globale Ordnungsmodelle etabliert oder angefochten werden. Zweitens die Bewusstmachung der Konstruiertheit dieser nicht-staatlichen Räume. Dominierende Wahrnehmungen internationaler Räume, die außerhalb nationaler Territorien liegen, sind das Ergebnis sozialer Konstruktionsprozesse. So hat sich das Verständnis des Weltalls als globaler Raum und als Angelegenheit der gesamten Menschheit zu Beginn des *Space Age* besonders durch den Einfluss mächtiger Raumfahrtnationen und den Weltraumvertrag von 1967 verfestigt. Es sind spezifische Machtstrukturen, die soziale Konstruktionsprozesse bewirken. Dies veranlasst die Kritische Geopolitik zu der Annahme, dass globale Ordnungen das Produkt sozialer Raumkonstruktionen sind. Die Verknüpfung von Macht und Raumkonstruktionen ist in nicht-staatlichen Räumen wie dem Weltraum ein zentraler Spannungsfaktor, gerade bei einflussreichen einander rivalisierenden Staaten.

Die USA und China befinden sich im Wettstreit um die Vorherrschaft im All. Das verdeutlichen die unterschiedlichen und teilweise divergierenden Ansätze beider Nationen in der internationalen Weltraumpolitik, die wiederum auch Grundlage der Annahme sind, dass China und USA verschiedene Weltraumordnungsmodelle präferieren. Insbesondere das zuvor aufgeworfene Verhältnis zwischen Macht und Raumkonstruktionen ist im Hinblick auf den Wettstreit um die Durchsetzung der künftigen Ordnung spannend. Inwiefern unterscheidet sich also die soziale Konstruktion des Weltraums zwischen den USA und China? Was können divergierende Raumkonstruktionen für die Ordnungsvorstellungen der beiden Weltraumgroßmächte bedeuten? Diesen Fragen wurde mittels strukturierender qualitativer Inhaltsanalyse in nationalen Raumfahrtstrategien beider Nationen nachgegangen.

Gemäß der Kritischen Geopolitik produzieren soziale Raumkonstruktionen geopolitische Leit- bzw. Weltbilder, die wiederum konkrete geopolitische Ordnungsvorstellungen implizieren. Entsprechend war es das Ziel der Analyse, mit der sozialkonstruktivistischen Perspektive diese Logiken räumlicher Ordnungsvorstellungen herauszuarbeiten, unter der Annahme, dass die USA und China den Weltraum in ihren nationalen Strategien unterschiedlich konstruieren, da sie verschiedene Weltraumordnungsmodelle anstreben.

Wissenschaftlich-international oder militärisch-kommerziell

China priorisiert die Erkundung und Erforschung des Alls und stärkt den Anspruch, das (Menschheits-)Wissen über den Weltraum zu vergrößern. Entsprechend hoch sind auch die chinesischen Ambitionen in den Weltraumwissenschaften, gemeinsam mit Russland ist beispielsweise der Bau einer internationalen Forschungsstation am Südpol des Mondes geplant. Peking versteht das All vornehmlich als wissenschaftlichen Raum. Gleichzeitig betont China die Bedeutung der globalen Zusammenarbeit im All. Dabei wird in der internationalen Weltraumpolitik die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen und die Berücksichtigung der Anliegen der Nationen des Globalen Südens betont. Dieser Fokus verdeutlicht die chinesische Produktion des Weltalls als Raum der internationalen Kooperation. Diese chinesischen Weltraumkonstruktionen stellen die Basis für ein *wissenschaftlich-internationales Ordnungsmodell* dar. Hierbei gilt es, der Weltraumnutzung zu Forschungszwecken Priorität einzuräumen, um die Wissenschaftsfreiheit zu gewährleisten und gleichzeitig das zwischenstaatliche Miteinander im Weltall durch internationale Institutionen, multilaterale Abkommen sowie diplomatische Bemühungen zu organisieren.

Demgegenüber begreifen die USA den Weltraum als ökonomischen Raum, dabei haben die Ziele des Ressourcenabbaus und der kommerziellen Inwertsetzung hohen Stellenwert. Das bildet auch die wirtschaftliche Realität ab, ein Drittel aller nichtstaatlichen Raumfahrtakteure weltweit und ca. 5.000 Weltraum-Unternehmen sind in den USA beheimatet. Darüber hinaus verstehen die Vereinigten Staaten das All als umkämpften Raum, bei dem nationaler Führungsanspruch verwirklicht, militärische Nutzung und Abschreckung vollzogen sowie internationale Zusammenarbeit hauptsächlich im Rahmen von Bündnispartnerschaften erfolgen soll. Insbesondere der akademisch-militärische Komplex der USA prägt diese Vorstellungen vom Weltraum und verfolgt die Kernthese, dass die machtpolitische Kontrolle über die Erdumlaufbahnen essenziell für die globale Hegemonialstellung auf der Erde ist. Überdies ist auch das Verständnis der Nutzung des Weltalls zur Durchsetzung nationaler Interessen in den USA vorherrschend. Das zeigt sich an den Artemis Accords, einem multilateralen Abkommen, welches die Leitlinien menschlicher Aktivitäten auf dem Mond neu zu bestimmen versucht. Da die USA den Vertrag initiierten, ist er von der amerikanischen Auslegung des Weltraumrechts geprägt und steht teilweise im Konflikt mit den völkerrechtlich bindenden Abkommen Weltraumvertrag und Mondvertrag. Diese amerikanischen Weltraumkonstruktionen bilden die Grundlage für ein *militärisch-kommerzielles Ordnungsmodell*. Dabei organisiert sich das Miteinander der verschiedenen staatlichen und kommerziellen Raumfahrtakteure durch den ökonomischen Wettbewerb und die militärische Konkurrenz. Somit muss diese Ordnung wirtschaftlichen Interessen gerecht werden und wird durch Machtpolitik bestimmt.

Weder China noch die USA konstruieren den Weltraum explizit als Domäne der gesamten Menschheit und damit als globales Gemeingut. Damit wird auch deutlich, dass eine Global Commons-Ordnung im All von keiner der beiden Weltraumgroßmächte aktiv gefördert wird. Gleichwohl muss man anerkennen, dass das *wissenschaftlich-internationale Ordnungsmodell* Chinas mit der Vorstellung des Weltraums als globales Gemeingut wesentlich besser vereinbar ist als die *militärisch-kommerzielle Ordnung* der USA.

Diese Ergebnisse spiegeln die Analyse von nationalen Weltraumstrategien im Hinblick auf soziale Raumkonstruktionen wider. Dabei ist wichtig zu betonen, dass die Kommunikation in nationalen Strategiedokumenten von der politischen Praxis abweichen kann. Insofern wird erst die tatsächliche Weltraumpolitik der kommenden Jahre zeigen, wie sich künftige Ordnungen der menschlichen Aktivitäten im All ausgestalten werden.

Literatur

- Beery, Jason (2016): Unearthing global natures: Outer space and scalar politics. In: *Political Geography* 55 (1), S. 92-101.
- Byers, Michael/Boley, Aaron (2023): *Who Owns Outer Space? International Law, Astrophysics, and the Sustainable Development of Space*. 1. Auflage, Cambridge: Cambridge University Press.
- Freeman, Carla P. (2016): The fragile global commons in a world of transition. In: *SAIS Review of International Affairs* 36 (1), S. 17-28.
- Graham, Stephen (2018): *Vertical - The City from Satellites to Bunkers*. 2. Auflage, London (UK)/New York (USA): Verso.
- Marshall, Tim (2023): *Die Geografie der Zukunft - Wie der Kampf um die Vorherrschaft im All unsere Welt verändern wird*. 1. Auflage, München: dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Morin, Jean-Frédéric/Tepper, Eytan (2023): The Empire Strikes Back: Comparing US and China's Structural Power in Outer Space. In: *Global Studies Quarterly* 3 (1), S. 1-13.
- Qisong, He (2023): The order of law-based vs. rules-based: The competition in space order between China and the United States. In: *Advances in Space Research* 73 (1), S. 1006-1018.
- Reuber, Paul (2012): *Politische Geographie*. 1. Auflage, Paderborn: Schöningh UTB.

Zum Autor

Benjamin Stahl ist Studentischer Mitarbeiter in der Schader-Stiftung. Seinen Bachelorabschluss in Politikwissenschaft erlangte er im Herbst 2024 an der Goethe-Universität Frankfurt mit einer Arbeit zur Konkurrenz von China und den USA im Weltall. Sie basiert auch auf seinen Erfahrungen in der Mitarbeit für die Schader-Reihe „Das neue Weltraumzeitalter“, die 2023 in mehreren Workshops stattfand.





Dr. Kirsten Mensch

Zielgruppen: Dialog mit Hindernissen

Was haben ein Bürgermeister im Anzug, eine Commons-Aktivistin mit Band im wallenden Haar und ein Wissenschaftler mit Cordhose und T-Shirt gemeinsam? Nein, das ist nicht der Anfang eines stereotypen Witzes. Es ist eine Frage, die sich bei der Veranstaltungsreihe Lokale Ökonomie & Commons gestellt hat und die letztlich das Wissenschaftliche Kollegium in der Schader-Stiftung in ähnlicher Ausprägung immer umtreibt: Wie schaffen wir es, verschiedene Zielgruppen für unsere Projekte anzusprechen, zur Beteiligung zu bewegen und vor Ort in einen konstruktiven Austausch zu bringen?

Zweck und Zielgruppe

Der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und der Praxis ist der Sinn der Schader-Stiftung. Die Satzung trägt uns in Paragraphen 2 auf: „Zweck der Stiftung ist die Förderung der Gesellschaftswissenschaften durch die Förderung des Dialogs der Gesellschaftswissenschaften mit der Praxis.“

Seit Gründung der Stiftung haben wir in vielen Tagungen, Workshops, Gesprächsrunden und Foren den Dialog zwischen Personen aus der Wissenschaft mit jenen aus den verschiedenen Bereichen und Handlungsfeldern der Praxis herbeigeführt. Wir sind also Profis darin, verschiedene Personen an einen Tisch zu bekommen. Wir experimentieren gerne mit Formaten und Vorgehensweisen, um gelingenden Austausch zu ermöglichen, und lernen dadurch ständig hinzu. Trotzdem ist es auch für uns manchmal schwieriger als sonst.

Der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis ist Aufgabe der Schader-Stiftung. Wir sind also Profis darin, verschiedene Personen an einen Tisch zu bekommen. Trotzdem ist es auch für uns manchmal schwieriger als sonst.

Bei der Veranstaltungsreihe Lokale Ökonomie & Commons wollten wir von Anfang an drei Zielgruppen ansprechen: Erstens Personen aus der Wissenschaft, zweitens Menschen aus kommunaler Politik und Verwaltung sowie lokal ansässigen Unternehmen und drittens Engagierte im Bereich des Commoning.

Commoning

Als Commoning oder Gemeinwirtschaften werden selbst-organisierte Prozesse des bedürfnisorientierten Produzierens, Verwaltens, Pflagens, Nutzens und Gebrauchs bezeichnet. Zentrale Felder sind dabei das soziale Miteinander, die Selbstorganisation durch Gleichrangige und das Ziel eines sorgenden und selbstbestimmten Wirtschaftens. Konkret vorstellen kann man sich darunter gemeinschaftliche Wohnprojekten, Gruppen der Solidarischen Landwirtschaft, Energiegemeinschaften „in Bürgerhand“ und Ähnliches. Gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften zeichnet sich oftmals dadurch aus, dass die Gruppen der Produzierenden und Konsumierenden an einem Tisch sitzen und miteinander statt gegeneinander agieren – oder ohnehin dieselben Personen sind. Noch handelt es sich bei Commons-Projekten um gesellschaftliche Nischen, in denen auf Basis von Selbstverwaltung Gruppen jeweils „ihr eigenes Ding“ machen.

Geplant war eine dreiteilige Reihe, wobei die erste Veranstaltung aus der Perspektive des Commoning, die zweite aus wissenschaftlicher Sicht und die dritte mit den und für die kommunalen Akteur*innen gedacht war. Bei allen drei Veranstaltungen durften und sollten immer auch Personen der jeweils anderen Zielgruppen dabei sein.

Suche nach Akteur*innen

Anders als man erwarten könnte, fiel es nicht schwer, die Engagierten im Commons-Bereich zu uns zu holen. Das lag sicherlich mit an unseren Kooperationspartner*innen vom Commons-Institut, von Ecoloc und vom Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Landesstiftungen. Auch die Seite der Wissenschaftler*innen war zahlenmäßig gut vertreten und hat mit vielen Beiträgen die Debatte bereichert und mit Tiefe unterfüttert. Doch die gewünschten Akteur*innen aus dem etablierten kommunalen Bereich ließen sich in den ersten beiden Veranstaltungen so gut wie gar nicht blicken. Wie sollte das beim dritten Termin werden, bei dem sich alles um die Perspektive von Politik, Verwaltung und Wirtschaft der Kommunen drehte?

*Die gewünschten Akteur*innen aus dem etablierten kommunalen Bereich ließen sich in den ersten beiden Veranstaltungen so gut wie gar nicht blicken. Wie soll das werden, wenn sich alles um die Perspektive von Politik, Verwaltung und Wirtschaft der Kommunen dreht?*

Später hat sich herausgestellt, dass insbesondere die Bürgermeister*innen ein reges Interesse an einer Zusammenarbeit mit engagierten Personen vor Ort haben und gerne mehr Einblick in die Welt der Commons-Strukturen gewinnen wollen. Warum hatten sie dann unsere bisherigen Einladungen nicht wahrgenommen?

Viele Ursachen waren denkbar, weshalb wir an mehreren Stellschrauben gedreht haben. Zuerst einmal am Titel: Während die ersten beiden Veranstaltungen schlicht „Lokale Ökonomie & Commons“ geheißen hatten, haben wir die dritte Veranstaltung umbenannt in: „Gemeinschaftliche kommunale Daseinsvorsorge“. In den Untertitel wanderte der für viele sperrige Commons-Begriff: „Lokale Ökonomie und Commoning vor Ort“. Mit dem Wort Daseinsvorsorge war das Thema benannt, das den Verantwortlichen in den Kommunen auf den Nägeln brennt und zugleich etwas ist, das Commons-Gruppierungen betreiben.

Dann konnte mit dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Uwe Zimmermann, ein Einstiegsredner gefunden werden, der auch Türen für weitere Kontakte geöffnet hat. Schließlich gingen viele Mails raus und Telefonate fanden statt, die am Ende zu dem geführt haben, was wir

uns gewünscht hatten: ein Zusammenführen der drei Zielgruppen. Im Abschlussbericht steht folgerichtig: „Die gewünschte Mischung aus Aktiven des Commoning, Vertreter*innen von Kommunalpolitik und -verwaltung sowie Personen mit wissenschaftlichem Hintergrund konnte ebenso erreicht werden wie ein konstruktiver Austausch“.

Erkenntnis und Interesse

Einer der größten Bedarfe in Kommunen ist der an aktiven Menschen, sei es als Mitarbeiter*innen oder im freiwilligen Engagement. Bei der Tagung fanden sich hierzu Möglichkeiten zum gegenseitigen Lernen zwischen den genannten drei Zielgruppen. Ein Aha-Moment einer Kommunalpolitikerin war, dass sie von ihrer Seite aus auf vor Ort aktive Commons-Aktive zugehen könnte, um zu fragen, was diese brauchen. Die Art der Kommunikation und eine gute Beziehungsarbeit sind entscheidend, denn – das darf man nicht ignorieren – grundlegende Auffassungen sind bei Commons-Gruppen und in den üblichen Prozessen in Politik und Verwaltung unterschiedlich. Kulturelle Sperren zeigen sich, wenn die einen von Machtgefälle, Konkurrenzdenken und „Blasensprech“ reden, die anderen hingegen Anarchie und Unordnung fürchten.

Kulturelle Sperren zeigen sich, wenn die einen von Machtgefälle, Konkurrenzdenken und Blasensprech reden, die anderen hingegen Anarchie und Unordnung fürchten.

Zugleich bedauerte etwa Uwe Zimmermann stellvertretend für die Kommunen das Fehlen insbesondere von Frauen, die sich in verantwortlichen Positionen in Kommunen engagieren. Was müsste sich ändern, damit das führende Engagement, das Frauen vielfach in Commoning-Projekten zeigen, ebenfalls in herkömmlichen kommunalen Strukturen zum Zuge kommt? Eine Anregung lautete, den Stil des Miteinanders im kommunalen Arbeitsalltag anzupassen. Wie wäre es mit der Einführung von achtsamer Kommunikation und mehr Selbstorganisation auf den mittleren und unteren Ebenen der Administration? Ob das Mehr an Selbstorganisation in soziokratische Verfahren und damit in einen die üblichen Hierarchien vermeidenden Prozess umschwenken darf, müsste diskutiert werden.

Andere Gesprächsstränge beziehen sich auf das gemeinsame Einwerben von Fördermitteln. Wenn kommunale Fachstellen engagierte Gruppen im Einwerben von Geldern beispielsweise der EU unterstützen, könnten gemeinschaftsgetragene Projekte vor Ort entstehen, die eine Kommune allein nicht zu stemmen vermag. Die Gruppen hingegen würden ohne Hilfe vermutlich das Antragsverfahren nicht hinbekommen oder an Haftungsfragen und der Risikobewertung scheitern.

Ein weiterer Weg zur Stärkung kommunaler Wirtschaft zeigt sich in Solidaritätsmodellen, wie sie beispielsweise die Solidarische Landwirtschaft vormacht. Sie kann als Vorbild für Unternehmen und Organisationen dienen. Gegenseitige Unterstützung könnte hierbei zwischen Anbietenden und Mitgliedern, unter den Mitgliedern sowie im Zeitverlauf stattfinden, wie eine Erfahrung aus der entsprechenden Arbeitsgruppe zeigt: „Das läuft in der Kommune, kostet die Kommune selbst kein Geld, entpuppt sich trotzdem als wunderbare Standortpolitik.“

Das Interesse der anwesenden Bürgermeister auf der Tagung war groß. Sie sehen in mehr Austausch und mehr Kontakten zu innovativen Ansätzen des Commoning einen Hebel, der in ihrer Arbeit vor Ort nützlich sein könnte.

Also: Was haben ein Bürgermeister im Anzug, eine Commons-Aktivistin mit Band im wallenden Haar und ein Wissenschaftler mit Cordhose und T-Shirt gemeinsam? Sie waren bei der Tagung „Gemeinschaftliche kommunale Daseinsvorsorge“ mit dem Untertitel „Lokale Ökonomie und Commoning vor Ort“. Dabei haben sie sich ausgetauscht, sind hier und da über manche vorgetragenen Überzeugungen gestolpert, haben einen Dialog geführt, der zukunftsweisend und ambitioniert ist. Die Schader-Stiftung hingegen ist um eine Erfahrung reicher, mit welchen Methoden sie Dialog zwischen verschiedenen Zielgruppen fördern kann.

Zur Autorin

Von Dr. Kirsten Mensch, Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Die Tagung „Gemeinschaftliche kommunale Daseinsvorsorge“ war Teil der Veranstaltungsreihe „Lokale Ökonomie und Commoning vor Ort“, die in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung, des Commons Institut e. V. und ecoloc realisiert wurde. Sie fand am 2. Juli 2024 im Schader-Forum statt.





Prof. Thomas Hörber

Krieg und Frieden im Weltraum. Über die Zukunft der Menschheit im All

Die Erdbevölkerung ist noch weit davon entfernt, eine interstellare Zivilisation zu werden – abgesehen von ein paar glücklichen Raumfahrer*innen hat die Menschheit ihren Heimatplaneten nie verlassen. Dennoch ist die Bedeutung des Weltraums im 21. Jahrhundert enorm. In gewisser Hinsicht hängt das (Über-)Leben auf der Erde vom Weltall ab, denn die Raumfahrt hat erheblichen Anteil an der Zukunft der Menschheit. Die Bekämpfung des Klimawandels mithilfe von Satellitenbildern, die Nutzung von Weltraumressourcen, sowie die Erkundung des Alls auf der Suche nach potenziellen menschlichen Lebensräumen sind nur einige Beispiele für die künftigen Relevanz des Alls. Einige Wissenschaftler*innen gehen davon aus, dass die Raumfahrt die Beziehungen auf der Erde umgestaltet und neue Ordnungen schafft. Deshalb muss die gesellschaftswissenschaftliche Beschäftigung mit dem Weltall auch als Auseinandersetzung mit potenziellen Zukünften der Menschheit betrachtet werden.

Die gesellschaftswissenschaftliche Beschäftigung mit dem Weltraum muss auch als Auseinandersetzung mit potenziellen Zukünften der Menschheit betrachtet werden.

Die Erkundung des Weltalls wird häufig in Verbindung zur Entdeckung der für Europa „neuen“ Kontinente seit Beginn der Neuzeit gesetzt. Auch wenn dieser Vergleich umstritten ist, lassen sich daraus Analogien ziehen, die auch heute noch immer aktuell sind. Damals wie heute bedarf es dreier Kriterien, um derartige weltverändernde Entdeckungen zu erzielen: politischem Willen, Pionierleistungen sowie angemessener Werkzeugen und Technologien. Allerdings kann diese Analogie auch zur Warnung werden. Besonders die von einigen Akteur*innen angestrebten Kommerzialisierungen des Weltraums und mögliche Besiedlung neuer Lebensräume bergen wie auch schon früher enormes Konfliktpotential.

Krieg und Frieden

Im Kontext eines zunehmend konfliktreichen Weltgeschehens auf der Erde scheint die Menschheit auch im All vor der Entscheidung zu stehen: Krieg oder Frieden? Gerade im Weltraum wird diese Thematik durch zunehmende Militarisierung und Bewaffnung brisant. Hinter der Frage einer konfliktiven oder friedlichen Nutzung des Alls steht auch die Entscheidung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Umgangsformen, die mit der Entdeckung neuer Räume verknüpft sind. Einerseits herrscht das

Verlangen nach Eroberung, Besetzung und Ausbeutung neu entdeckter Umgebungen, welches Konflikte nach sich zieht. Auf der anderen Seite steht die friedliche Erkundung unbekannter Orte, wo Neugier, Kreativität, Solidarität und Erforschungsdrang die oberste Direktive menschlichen Handelns sind.

Einerseits herrscht das Verlangen nach Eroberung, Besetzung und Ausbeutung neu entdeckter Umgebungen. Auf der anderen Seite steht die friedliche Erkundung unbekannter Orte, wo Neugier, Kreativität, Solidarität und Erforschungsdrang die oberste Direktive menschlichen Handelns sind

Im Kontext dieser Wahl zwischen Krieg und Frieden lassen sich zwei Szenarien skizzieren. Im ersten könnte der Weltraum durch friedliche Nutzung und internationale Kooperation zu einem Medium werden, das es der Menschheit ermöglicht, ihre Zukunft durch die Nutzung des Alls zu realisieren und die bekannten Utopien zu verwirklichen. Im zweiten bleibt Krieg eine Option, die dazu führt, dass sich die konfliktreiche Geschichte der Menschheit, die wir längst verbannt glaubten, nicht nur wiederholt, sondern auch auf andere Planeten ausweitet.

Ein großer Schritt

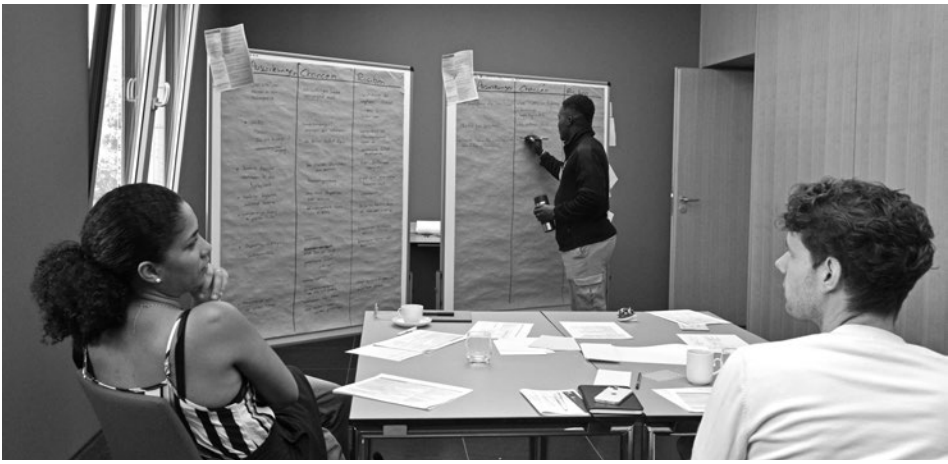
Die Hoffnung ist, dass die Menschen angesichts der unendlichen Weiten des Weltraums erkennen werden, dass wir in der Tat klein sind und dass es im Weltraum keine Rolle spielt, welcher Nationalität man angehört. Im Weltall muss man erst einmal überleben, was allein nicht einfach ist; dann kommt es auf die Erforschung und Entdeckung an, die man nicht allein schaffen kann; schlussendlich führt das hoffentlich zum Aufbau einer guten interstellaren Gesellschaft, die man ebenfalls nicht allein gründen wird.

Die ersten Menschen werden zweifellos Botschafter*innen sein, aber wofür? Für die Menschheit, die bereit ist, den nächsten großen Schritt in ihrer Entwicklung zu tun? Die Entscheidung liegt bei uns.

Zum Autor

*Prof. Thomas Hörber ist Professor und Direktor des EU*Asia Institute an der School of Management der École Supérieure des Sciences Commerciales d'Angers (ESSCA) in Frankreich. Bei der Fachtagung „Towards a Moon Village? Constructing Sustainable Buildings and Society on Earth and in Space“, die vom 18. bis 19. März 2024 im Schader-Forum stattfand, war Thomas Hörber Kooperationspartner; in diesem Zusammenhang ist der obenstehende Beitrag entstanden.*





Dennis Weis

Die Magie der Kultur

Die Kolleg*innen der Schader-Stiftung begleiten jährlich eine Vielzahl an Kooperationen im eigenen Haus. Sie besuchen Konferenzen und Tagungen außerhalb der eigenen Glaswände, schütteln Hände, führen unzählige Gespräche. Um die eigene Social Battery regelmäßig aufzuladen, greifen wir alle auf unterschiedliche Kultur-rezeption zurück: Es wird Musik gehört oder selbst musiziert, es wird gelesen und geschrieben, Festivals werden organisiert und besucht, Theater hier, Oper da, Popkonzerte und Kino sowieso Kurzum, Kulturmomente als Tankstelle für den Alltag.

Es meldet sich der berechtigte Einwand, unsere Vorstellungen von Freizeitgestaltung und Energiequelle wäre Folge oder Ausdruck unseres Daseins im Dritten Sektor. Die Blase des Elfenbeinturms, wo Kulturkonsum als Distinktionsmerkmal in einer Gesellschaft der Singularitäten – sowie der Eigenproduktion und Selbstvermarktung in den Sozialen Medien, dienen kann. „Nicht jede*r muss regelmäßig im Museum vorbeischaun, manche gehen halt lieber ins Stadion“, so ein Zitat vom Podium einer unserer Veranstaltungen zu Kultur und Teilhabe. Doch hat man den Staub des Klassismus erstmal von den Worten gewischt, erscheint der nicht unwesentliche Kern dieser Aussage: Die offenbar hingegenommene Fragmentierung der Gesellschaft. Die richtet sich in diesem Fall nach Bildungsgrad, verfügbarem Vermögen und Akademisierung. Eine Erkenntnis, die sich anhand der Konsument*innen von großen und kleinen Bühnen seit Jahren erkennen lässt.

Kultur in der Vielfaltsgesellschaft

Wie können mehr und andere Menschen von der Vielfalt der Kultur begeistert werden? Für Kulturinstitutionen ist sie sicher von großer Bedeutung, für soziale Nähe und gesellschaftliche Teilhabe mindestens genauso. Denn die Magie der Kultur entfaltet sich in Theater, Kino und Konzert als gemeinschaftliche Erfahrung. Wir bringen diverse Perspektiven mit, erleben Ähnliches und Unterschiedliches zugleich und können uns anschließen darüber austauschen und unter dem kulturellen Eindruck interagieren. Daraus entsteht Nähe – mindestens der Erfahrungen und Erlebnisse, vielleicht sogar eigener Werte.

Kultur schafft Möglichkeitsräume, um Formen des eigenen Denkens zu testen und zu entwickeln. So zumindest der Blick auf Kultur von jenen, die ihre Vorzüge kennen und anpreisen sowie ihre Wirkung auf paternalistische Weise einsetzen und vielleicht ein wenig überschätzen. Darüber lässt sich diskutieren. Fest steht jedoch,

dass Kultur in einem solidarischen System für alle verfügbar sein sollte, sonst rückt die Legitimität des Betriebs – und ihre Finanzierung – in eine Krise.

Zwei Elemente stehen dabei im Fokus: Das Gezeigte, der Kanon oder Content einerseits, die Rezipient*innen, die Publika und Konsument*innen andererseits. Beides bedingt sich selbstverständlich, daher kann Kultur in einer pluralen Gesellschaft sowohl traditionell als auch avantgardistisch sein. Problematisch wird es, wenn sich beide Angebote an dieselbe Kohorte richten. Denn an dieser Stelle wird die Legitimitätskrise des Kulturbereichs deutlich. Der Veränderungsdruck für Kulturinstitutionen kommt vorwiegend von außerhalb. Demografie und Zuwanderung sind zwei Einflussfaktoren für den Wandel, doch wie authentisch ist dieser? Die Programme mögen etwas bunter werden; der Anspruch, die eigene, abgegrenzte Vorstellung von Kultur zu verteidigen, bleibt. Die Herausforderung besteht für den Sektor also in einer authentischen Auseinandersetzung mit seiner Ausrichtung, was in einer durchaus komplexen Transformation seiner Strukturen münden kann. Die Partizipation und Repräsentation jener, die bisher außen vor blieben, kann ein erster Schritt dahin sein. Die Schader-Stiftung versucht das seit nunmehr drei Jahren in einem konzentrierten Projekt auf Mikroebene.

Kultur leben

Mit dem Projekt „Kultur leben. Vielfalt und Integrationspotenziale in Rhein-Main und Hessen“ fokussiert die Schader-Stiftung mit Förderung des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales (HMSI) von Juli 2022 bis Juni 2025 diese Herausforderungen unter der grundlegenden These, dass Kultur alle Bürger*innen zumindest ansprechen, ihnen ein Angebot machen, eine Chance der Teilhabe geben soll. Mit dem Dialogprojekt sollen Wege aufgezeigt werden, um die Potenziale von Kultur für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Partizipation nachhaltig zu stärken, auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite.

Wir haben über die Jahre mit Kulturschaffenden, Menschen aus Politik, Verwaltung und Kulturinstitutionen, Wissenschaftler*innen, Migrant*innenselbstorganisationen und Vereinen das Gespräch gesucht. Wir haben uns Kultur in ihrer ganzen Breite und Vielfalt angeschaut. Wir haben aus nächster Nähe gesehen, wie Autor*innen mit Migrationsbiographie Geschichten von Marginalisierung geschrieben und erzählt haben. Viel wichtiger, dass diese Texte ihre Rezipient*innen nicht nur in eine andere Welt versetzen können, sondern tief berühren, verstören und erschüttern, weil wir von etwas erfahren, von dem wir nicht wussten, dass es möglich wäre. Wir haben gemeinsam erlebt, wie Dokumentationen und Fiktion Emotionen auslösen, wie nah Tränen und Lachen beieinander liegen und welche – um es ökonomisch zu sagen – Ressource sie für unser Miteinander sein sollten. Schader-Stiftung und HMSI sind mit der Prämisse in das Vorhaben gestartet, durch Dialog den gesellschaftlichen Verständigungsprozess weiter öffnen. Diese hier nur angerissenen Erfahrungen hat diese Annahme bekräftigt. Von wegen Elfenbeinturm, von wegen elitäre Blase.

*Diese migrationsbiographischen Texte können ihre Rezipient*innen nicht nur in eine andere Welt versetzen, sondern tief berühren, verstören und erschüttern, weil wir von etwas erfahren, von dem wir nicht wussten, dass es möglich wäre.*

Wie gelangen wir in eine Zukunft, in der die Breite des Einwanderungslandes diese Erfahrungen machen kann? In einem weiteren Teil unseres Projektes haben wir Expert*innen zu einem Szenario-Workshop eingeladen, um mit ihnen Wege zur Empathie und Diversifizierung des Kulturangebots und zugleich gesteigerter Attraktivität kultureller Arbeit zu erproben. Denn die oben genannten Transformation des Kulturbe-

reichs meint den gestalteten Prozess der Veränderung – gestaltet von allen Teilen der Gesellschaft. Das wird, so eine der Erkenntnisse dieser Workshoptage, ein langwieriger Kraftakt unterschiedlicher Schnittstellen wie der Förderrichtlinien von staatlicher und privatwirtschaftlicher Seite, der Diversifizierung der Kulturinstitutionen und der Hochschulen für Kunst und Musik und der Sensibilisierung der Publika der Zukunft, das womöglich viel zu lange übersehen wurde. Alles, um die magischen Momente mit so vielen Menschen wie möglich teilen zu können. Denn die sind ausnahmsweise nicht ausschließlich exklusiv, sondern für alle zugänglich – ob sie dabei ihre Batterie aufladen, dem Eskapismus frönen oder einfach eine gute Zeit haben.

Zum Autor

Dennis Weis ist Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung. Das Projekt „Kultur leben. Vielfalt und Integrationspotenziale in Rhein-Main und Hessen“ wird in Zusammenarbeit und mit der Förderung des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales (HMSI) von 2022 bis 2025 realisiert.





Özlem Eren

Schader-Update

Schader-Preis 2025

Die Schader-Preisträgerin des Jahres 2025 steht fest: Prof. Dr. Martina Löw, Planungs- und Architektursoziologin. Die Professorin für Soziologie an der Technischen Universität Berlin erlangte aufgrund ihres wegweisenden Beitrags zur Raumsoziologie große Aufmerksamkeit und wird am 12. Juni 2025 in Darmstadt mit dem Schader-Preis ausgezeichnet. Löw war über zehn Jahre als Professorin für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt tätig und bleibt der Wissenschaftsstadt nun auf besondere Weise weiterhin verbunden: Mit der Verleihung des Schader-Preises wird Martina Löw für sieben Jahre Mitglied des Senats der Schader-Stiftung, der die Wahrung des Stifterwillens garantiert.

Neues vom Kleinen Konvent

Mit dem 12. Großen Konvent der Schader-Stiftung fanden auch die Wahlen zum Kleinen Konvent statt. Zur Wiederwahl stellten sich sowohl die Sprecherin des Kleinen Konvents, Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, als auch Prof. Dr. Peter F. Titzmann. Neu in den Kleinen Konvent wurde Prof. Dr. Nils Zurawski gewählt. Er vertritt die Disziplin der Soziologie im Wissenschaftlichen Beirat, der die verschiedenen Disziplinen der Gesellschaftswissenschaften abbilden soll. Prof. Dr. Roger Häußling schied mit diesem Konvent nach zwei Amtszeiten aus dem Kleinen Konvent aus.

Großer Konvent 2025

In der Schader-Stiftung heißt es: Nach dem Konvent ist vor dem Konvent. Passend dazu wurde am 8. November zum Abschluss des Großen Konvents 2024 das Thema für das kommende Jahr verkündet: „Timing. Weil nicht alles seine Zeit hat“. Doch was kann das in einer Gesellschaft, die unter dem Druck vorherrschender Krisen Veränderung anstrebt, bedeuten? Dieser Frage widmet sich die Schader-Stiftung gemeinsam mit ihren Partner*innen im neuen Jahr und abschließend beim 13. Großen Konvent am 7. November 2025, unter anderem mit einer Keynote von Prof. Dr. Steffen Mau (Humboldt-Universität zu Berlin).

4

Großer Konvent

80 **Prolog: Bleibt alles anders**

Annette Neff, Iris Behr, Dr. Bettina Bohle, Christian Bihn

81 **Keynote: Zehn Akupunkturpunkte für eine transformative Zukunftskunst**

Prof. Dr. Uwe Schneidewind

92 **Dialog-Café 1: Sozial-ökologisch transformiert**

Dr. Gösta Gantner und Rolf Schnaufer

96 **Dialog-Café 2: Lokal informiert**

Dr. Stella Lorenz und Valeria Elsesser

100 **Dialog-Café 3: Persönlich verändert**

Dr. Kirsten Mensch und Caroline Walter

104 **Dialog-Café 4: Kommunal transformiert**

Luise Spieker und Luca Müller

108 **Dialog-Café 5: Wissenschaftlich reformiert**

Benjamin Stehl und Kristin Sieverdingbeck

112 **Dialog-Café 6: Kulturell repräsentiert**

Dennis Weis und Nora Simon

Die Mitglieder des Großen Konvents der Schader-Stiftung thematisieren einmal im Jahr Status quo und Perspektiven des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Ziel ist es, aktuelle sowie kommende Herausforderungen zu formulieren und daraus Themen und Bedarfe für zukünftige Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, aber auch für die Arbeit der Schader-Stiftung zu explorieren. In drei Gesprächsrunden in „Dialog-Cafés“, die an Projekte der Stiftung anknüpfen, konnten die rund 150 Teilnehmenden des Großen Konvents Erfahrungen und Ideen, Anregungen und Erkenntnisse austauschen.



Annette Neff, Iris Behr, Dr. Bettina Bohle, Christian Bihn

Prolog: Bleibt alles anders

„Bleibt alles anders“ – aber wie? Die Frage stellt sich unterschiedlich an Persönlichkeiten aus der Kunstgeschichte, der Musikwissenschaft, der Kommunalverwaltung oder dem Kulturmanagement. Vier Personen eröffnen ihre eigene Perspektive auf den Wert und die Chance von Veränderung, beleuchten die Voraussetzungen und gehen darauf ein, warum Wandel uns manchmal vor große Herausforderungen stellen kann.

Der Prolog des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2024 steht als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo24 oder auf dem YouTube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung.

Redaktion: Özlem Zahra Eren





Prof. Dr. Uwe Schneidewind

Keynote: Zehn Akupunkturpunkte für eine transformative Zukunftskunst

Die Keynote zum Großen Konvent ist für mich ein bewegender Moment, weil das Format des „Großen Konvents“ etwas kongeniales hat. Sie haben das alle in der ersten Stunde dieses Tages bereits erleben dürfen: die Einführung über einen eindrucksvoll komponierten Prolog-Film, der Start über eine interaktive Phase, der die Gruppe zusammenbringt: All das bringt eine besondere Qualität in diesen Raum. In der Situation zu sein, als Inputgeber vor einem solchen Plenum zu stehen, das macht daher demütig. Daher habe ich mich gefragt: Was sind die Hoffnungen der Veranstalter, mich heute hier zu der Keynote einzuladen?

Ich habe auf zwei Möglichkeiten getippt: Die eine ist, dass jemand, der lange in diesem Theoriefeld unterwegs war, und seit vier Jahren auf der anderen Seite, der praktischen Seite lebt, mit etwas zurückkommt, was diese Theoriearbeit befruchten kann. Der Hinweise gibt, welche der theoretischen Rahmen in der konkreten Orientierung vor Ort besonders wertvoll sind, da er vielleicht Dinge da draußen „im Dschungel“ entdeckt, die man von außen gar nicht so sieht. Und der diese Erkenntnisse beim „Großen Konvent“ den klügsten sozialwissenschaftlichen Köpfen zurückspielt. Denn diese Köpfe zusammen zu holen und in den Austausch mit Praktikern vor Ort zu bringen, das ist die besondere „Convening Power“ der Schader-Stiftung,

Die andere Erwartung könnte eher psychologischer Natur sein: Man will sehen, was passiert, wenn man einen Theoretiker in ein hartes praktisches Umfeld wirft: Welche Theoriezugänge helfen ihm, zu überleben? Auf was greift er zurück, um sich selbst zu stabilisieren? Das wäre eine für mich als Vortragenden entlastendere Erwartung, denn selbst, wenn Sie aus der ersten Hoffnung bei dem Vortrag wenig rausziehen können, können Sie sagen, man habe zwar nichts Neues gelernt, und dennoch war es interessant, auf welche eventuell abseitigen und trivialen Theoriezugänge der Schneidewind zurückgreift, um da draußen sein Überleben sicherzustellen.

Ich habe diese beiden möglichen Erwartungshaltungen bewusst an den Anfang gestellt und meinen Vortrag „Zehn Akupunkturpunkte für eine transformative Zukunftskunst“ genannt. Denn die Metapher des „Akupunkturpunktes“ hat einen hohen Reiz: Sie nimmt vorweg, dass ein solcher 30-Minuten Vortrag zu einem solch umfassenden Thema bei diesem Auditorium zwangsläufig eklektizistisch sein muss. Gleichzeitig bedeutet Akupunktur aber, mit einzelnen gezielten Stichen etwas auszulösen, was das gesamte System beschreibt und irritiert.

Ich hoffe, dass einzelne dieser Akupunkturpunkte bei all denjenigen von Ihnen, die in ihren Zugängen sehr systemisch unterwegs sind, vielleicht das eine oder andere triggern. Diese zehn Punkte kommen unmittelbar aus der Mischung meiner konzeptionellen und theoretischen Zugänge und Erfahrungswelten aus meinem alten Leben als Wissenschaftler in der Vermischung mit dem, was ich jetzt über diese letzten vier Jahre in dem Amt als Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal erfahren durfte.

Wir merken, in diesen Zeiten des Umbruchs ist Haltung, die Frage des grundlegenden Kompasses für das eigene Handeln, sehr zentral. Das spüre ich auch in meinem politischen Amt.

Ich habe die zehn Akupunkturpunkte ein wenig geclustert: Das erste Cluster, die (1) *Herausforderung*, ist ein analytisches Aufgreifen des Kategorienrahmens der „Zukunftskunst“, mit dem ich aus dem Wuppertal Institut in das Amt des Oberbürgermeisters gegangen bin. Dann folgen vier (2) *Haltungen*. Ich bin Alexander Gemeinhardt sehr dankbar, denn das Thema Haltung spielte heute bereits bei seiner Einleitung eine sehr wichtige Rolle. Wir merken, in diesen Zeiten des Umbruchs ist Haltung, die Frage des grundlegenden Kompasses für das eigene Handeln, sehr zentral. Das spüre ich auch in meinem politischen Amt. Darauf folgen vier konkrete (3) *Handlungsansätze*: Felder, die mir den Eindruck vermitteln, es lohne, dort genauer draufzuschauen: In ihnen steckt die Energie um in dieser ganz eigenen Melange von Stagnation, Veränderungsdruck und Ohnmacht ein Stück nach vorne zu gehen. Der letzte Punkt ist eine Form von (4) *Hoffnung*. Sie adressiert ein Themenfeld, das bei der Schader-Stiftung durchaus heute schon eine sehr wichtige Rolle spielt. Eines, von dem ich glaube, dass es lohnt, dort künftig noch sehr viel tiefer einzusteigen.

(1) Zukunftskunst als Grundidee für das Verständnis komplexer Transformationsprozesse

Beginnen wir mit dem ersten Akupunkturpunkt. Wer das Buch aus 2018 zur großen Transformation kennt, weiß ja, dass die Idee der Zukunftskunst dort im Zentrum steht. Es ist das Spannende an dem deutschen Kunst-Begriff, dass er beides in sich vereint: Einmal diese Perspektive von *Art*, der eigentlich künstlerische Zugang. Bei diesem steht Zukunftskunst für die Grundidee: Wenn ich gesellschaftliche Transformationsprozesse verstehen will, helfen mir dabei künstlerische Beobachtungs- und Interventionsformen ungemein und erweitern die Grenzen eines rein rational-analytischen Verständnisses. Und darum passte die Betonung der besonderen Bedeutung künstlerischen Wissens in Veränderungsprozessen im Eingangsfilm zu dieser Veranstaltung so wunderbar.

Die zweite Bedeutung von Kunst ist die im Sinne des englischen „*craft*“, sozusagen von Handwerkskunst. Auf was muss ich achten und was brauche ich an Rüstzeug, um mich in komplexen Transformationsprozessen zu orientieren? Und hier unterscheiden wir in der Zukunftskunst vier Dimensionen: eine technologische, eine ökonomische, eine politisch-institutionelle und eine kulturelle.

Unsere Transformationsdebatten bewegen sich aktuell sehr stark auf einer technologischen und ökonomischen Ebene: Wir reden darüber, was der richtige Antrieb für Automobile ist, wie effizient neue Solaranlagen noch werden können, und was die Geschäftsmodelle sind, die für eine nachhaltige Wirtschaft funktionieren und ob dafür Energiekosten eher gesenkt oder erhöht werden müssen.

Auf dieser technologischen und ökonomischen Ebene sind wir als moderne Gesellschaften inzwischen sehr gut. Technologisch und ökonomisch ist inzwischen alles da, um die Veränderung zu einer klimagerechten und nachhaltigen Welt mit zehn Milliarden Menschen zu beherrschen. Die eigentliche Herausforderung, und das hat sich für mich nochmal massiver im Amt als Oberbürgermeister gezeigt – wir spüren es derzeit auch über gesellschaftlich – bewegt sich in den anderen beiden Quadranten der Zukunftskunst: dem kulturell und institutionellen Komplex.

Technologisch und ökonomisch haben wir inzwischen alle Möglichkeiten, um eine „große Transformation“ zu ermöglichen. Dass wir kaum vorankommen, hängt an den anderen beiden Dimensionen: dass wir kulturell immer stärkere Veränderungswiderstände haben, weil die Veränderungsprozesse immer mehr Menschen überfordern, zu Abschottung und Leugnung führen und dies durch Formen populistischer Politik noch verstärkt wird und dass wir in einem institutionellen bürokratischen Apparat stecken, der sich selbst ständig im Weg steht und das Gefühl der Ohnmacht weiter erhöht.

Der erste zentrale Akupunkturpunkt und damit auch meine erste These ist: Wir brauchen einen viel aufgeklärteren Blick auf den kulturell-institutionellen Komplex. Dieser ist verknüpft mit ganz vielen aktuellen sozialwissenschaftlichen Debattensträngen. Und er geht mitten hinein in die aktuelle politische Diskussion: Wie funktioniert Transformation eigentlich überhaupt noch in sich populistisch immer mehr aufladenden Demokratien? Wie funktioniert Veränderung in Stimmungsdemokratien? Hierfür braucht es eine ganz neue „Literacy“ in dem Umgang mit Stimmungen und Emotionen in Demokratien. Und dabei hilft der Zugriff auf künstlerisches Wissen.

Leben wir längst in durchökonomisierten Gesellschaften, die Bürger erzeugt haben, denen selbst der Gang bis zur nächsten Pizzeria zu weit ist und die konditioniert wurden, die ganze Zeit vor Smartphone oder Fernseher zu sitzen und alles geliefert zu bekommen?

Und es gibt natürlich vielfältige Bezüge zu einer differenzierten Kapitalismuskritik: Zu welchem Grad sind wir zu „Bequemlichkeitsdemokratien“ im Zustand einer spätkapitalistische Dekadenz geworden? Leben wir längst in durchökonomisierten Gesellschaften, die Bürger erzeugt haben, denen selbst der Gang bis zur nächsten Pizzeria zu weit ist und die konditioniert wurden, die ganze Zeit vor Smartphone oder Fernseher zu sitzen und alles geliefert zu bekommen? In einer solchen Gesellschaft ist dann kaum noch Transformation, die mit irgendwelchen persönlichen Zumutungen verbunden ist, zu machen. Dass dies tief in der kapitalistischen DNA moderner Gesellschaft verankert ist, ist Stand der modernen Kapitalismuskritik. Wenn wir uns dem kulturell-institutionellen Komplex widmen, gibt es zudem viele weitere theoretische Zugänge. Sie sind wichtig. Genau hier müssen wir unser Verständnis vertiefen. Ich lasse diesen Akupunkturpunkt daher hier so im Raum stehen und bin sicher, dass er bei vielen von Ihnen ganz konkrete weitergehende Assoziationen und Theorieverbindungen auslöst.

(2) Demokratie braucht Zukunft

Mit dem zweiten Akupunkturpunkt kommen wir zu den Haltungen. Für mich ist in den letzten Jahren das kleine Büchlein von Felix Heidenreich „Die Zukunft der Demokratie“ besonders prägend gewesen. Dort unterscheidet Felix Heidenreich unter Rückgriff auf den sehr viel differenzierteren sprachlichen Zugriff auf „Zukunft“ im Französischen zwischen der „Futur“ und der „l’Avenir“: „Futur“ ist im Französischen die Zukunft, die man aktiv gestaltet. „L’Avenir“ ist die Zukunft, die auf einen zukommt.

Mit diesen beiden Kategorien macht Heidenreich deutlich, warum wir uns derzeit in unseren modernen Gesellschaften in einem besonderen Ohnmachtzustand befinden: Denn einerseits wächst die Zahl der Menschen, denen die eigene Zukunftsgestaltung von Anfang an verstellt ist, die keine „Futur“ mehr für sich sehen. Dazu gehören die Arbeiter*innen im amerikanischen Rust Belt oder diejenigen, die durch ihren familiären und sozialen Kontext kaum eine Chance zum Aufstieg haben, weil sie sehr früh erkennen: Ein solcher klassischer Futur-Weg, wie wir in unserer offenen Gesellschaft immer noch suggerieren, ist für mich gar nicht möglich.

Mit der fehlenden Zukunft fällt auch die zentrale Legitimationsgrundlage für Demokratie weg. Denn Demokratie lebt davon, dass Freiräume für die Entfaltung eines jeden Einzelnen geschaffen werden. Sie hat nur dann einen Wert, wenn Entfaltungsräume da sind, die individuell gefüllt werden können und es sich daher lohnt, für Demokratie zu kämpfen, weil sie den Raum für die individuelle Entwicklung eröffnet. Dieser Raum und diese Chancen auf Futur, nehmen in demokratischen Gesellschaften ab. Das führt dazu, dass es attraktiv wird, politische Kräfte zu unterstützen, die mir wieder Selbstermächtigung versprechen - durch Diskriminierung anderer oder durch das vermeintliche Zurückholen einer verheißungsreicheren Vergangenheit.

Mit der fehlenden Zukunft fällt auch die zentrale Legitimationsgrundlage für Demokratie weg. Denn Demokratie lebt davon, dass Freiräume für die Entfaltung eines jeden Einzelnen geschaffen werden.

Und das Erschreckende ist: All das sind die Mechanismen, die wir in den 20er- und 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts genauso beobachteten, wenn wir uns die Rekrutierungsmuster der Demokratiegegner von damals anschauen. Doch auch bei denjenigen, die eigentlich reich an „Futur“ sind, stellt sich eine „Zukunftsarmut“ (Selke) ein: Es sind junge bestausgebildete Menschen, die wir in Fridays for Future und anderen Bewegungen finden. Sie könnten überall eine konventionelle Karriere machen, ihre eigene „Futur“ vielfältig gestalten. Sie sehen sich aber mit einer L'Avenir konfrontiert, die sie ohnmächtig macht: gerade durch die apokalyptischen Szenarien eines massiv wachsenden Klimawandels. Und auch hier kann dann der Rückhalt für Demokratie bröckeln, wenn nach autoritären Mustern gerufen wird, „um die Welt zu retten“. Das Dramatische ist, wenn Zukunft in beiden Dimensionen wegfällt. Dann ist das Feld für Populisten bereitet. Wenn da draußen von der Zukunft nichts mehr zu erwarten ist, dann wird es attraktiv in einem vermeintlich möglichen „Zurück in die Vergangenheit“ die eigentliche Zukunft zu erkennen: „Zurück in die Welt, als die Innenstädte noch blühten, als es keine Migranten gab, als die Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg florierte. Das ist das, was wir euch versprechen – mit möglichst handlungsmächtigen Akteuren, die zeigen, wo es lang geht“.

Vor dem Hintergrund dieser These wird deutlich, wie wichtig die Arbeit an Zukunftsbildern ist, die in diese Situation passen. Das kann nicht die Fortschreibung linearer Fortschritts- und Zukunftsbilder sein, mit denen wir unsere Gesellschaft in den letzten 40 bis 50 Jahren stabilisiert haben. Das Abwerfen dieser Zukunftsbilder fällt unendlich schwer, auch im politischen Diskurs. Das wird nochmals Thema im zehnten Akupunkturpunkt sein.

(3) Gemeinsames Handeln ist der Kern von Politik in freien Gesellschaften

Damit kommen wir zu einem dritten Akupunkturpunkt. Er hat mit einem meiner intensivsten Erlebnisse in der Lokalpolitik zu tun: Dem Aufeinanderprallen zweier völlig unterschiedlicher Politikverständnisse. Ich habe das in diesem Jahr in einem Interview und einem Aufsatz zur „unendlichen Kraft der Nein-Sager“ verdichtet.

Zu den beiden Verständnissen: Das Politikverständnis, aus dem ich und viele Transformations- und Nachhaltigkeitsbewegte kommen, ist ein Hannah Ahrend'sches. Es ist von der Überzeugung getragen, dass es Ausdruck höchster menschlicher Freiheit ist, gemeinsam Herausforderungen anzugehen und zu lösen, die wir nur als Gemeinsames überwinden können. Dies ist Ausdruck der größten Freiheit, die wir als Menschen empfinden können. Daher ist es so zentral, unsere Gesellschaften offen und demokratisch zu halten. Herausforderungen wie der Klimawandel oder eine Nachhaltige Entwicklung sind solche Aufgaben: Sie sind für viele, die von einem solchen Politikverständnis getragen sind, der Grund, um in Politik zu gehen. Denn diese Aufgaben kriegen wir nur gemeinsam hin.

Dieses „idealistische“ Politikverständnis trifft in fast schon gnadenloser Brutalität auf ein völlig anderes, nüchtern sozialwissenschaftlich aufgeklärtes Politikverständnis, das sagt: Politik ist nichts anderes als ein ganz bestimmter Organisationsmodus in ausdifferenzierten Funktionsgesellschaften, der darüber entscheidet, wer Macht hat und wer nicht. Inhalte haben für das Aushandeln eine maximal instrumentelle Funktion, aber sind in diesem Politikverständnis kein Wert in sich.

Ich weiß noch, als ich das erste Mal auf einen Fraktionsvorsitzen der großen Parteien in Wuppertal traf, als ich mich auf dem Weg zum Oberbürgermeisteramt befand. Er erklärte mir: „Herr Schneidewind, ich will Ihnen kurz etwas erläutern, damit sie die Mechanismen der Politik verstehen und nicht frustriert sind, wenn sie denen mit aller Klarheit begegnen. Denn ich merke ihnen an, dass sie mit viel Idealismus und guten Argumenten in das Amt gehen. Daher will ich ihnen gerne erläutern, wie das läuft und was Sie erleben werden: Egal, was Sie am Anfang vorschlagen werden und wie gut es auch verargumentiert ist, ich werde das blockieren. Dann werden sie zu mir kommen und Sie werden sich ereifern und Sie werden sagen, das kann doch nicht sein. Ich werde es dennoch scheitern lassen. Danach werden Sie hoffentlich verstanden haben, dass es anders läuft: Sie kommen immer erst zu mir. Dann klären wir, was meine Interessen sind und wie sie die im Gegenzug für meine Unterstützung befördern können. Wenn das geklärt ist, dann können Sie gerne auch in den Stadtrat mit all ihren wohlmeinenden Plänen und ihren Argumenten gehen und können dann sicher sein, dass es am Ende auch eine Mehrheit dafür gibt.“

Ich habe letzts in einem kleinen Beitrag diese Menschen als Zollhauswärter des Neins beschrieben. Es sind Akteure, die eine unendliche Fähigkeit darin entwickelt haben, durch einfache Blockade in eine Verhandlungssituation zu kommen, wo der andere einem etwas geben muss. Das ist ein politisches Kapital, das man für eigene Mehrheiten, Gefälligkeiten und Abhängigkeiten nutzen kann. Dafür muss man im eigenen Leben noch nie auch bloß die Ambition gehabt haben, irgendwas produktiv zu verändern, um ein solch erfolgreicher Zollwärter zu sein. Und Idealisten wie wir Klimabewegten sind dabei die perfekten Opfer: Sie sind Menschen, die in die Politik gehen, weil sie inhaltlich was bewegen wollen und denen das wichtig ist. Bei denen ist es meistens nicht so, dass sie irgendwann umkippen und sagen: „Hey, ich habe das Spiel verstanden, du hast Recht. Nachhaltigkeit und Klima sind mir nicht mehr so wichtig. Ich will eigentlich auch für meine Leute noch einen Aufsichtsratsposten in den Stadtwerken.“ Sie werden stattdessen am Ende hohe Preise an die andere Seite zahlen müssen, um ihre inhaltlichen Anliegen durchzubekommen.

(4) Transformation gelingt nur über positive Energien

Die Frage ist, wie bringt man diese beiden Logiken in ein Verhältnis, damit das Toxische nicht überhandnimmt. Das ist eine Schlüsselfrage in der Organisation des politischen Betriebs. Städte sind aus meiner Sicht ein zentraler Ort, um das zu erproben: Denn der entscheidende Unterschied in der Kommunalpolitik ist, dass man dort auf

politisch aktive Menschen trifft, die auch vor Ort lebensweltlich eingebettet sind. Das hilft häufig, zu toxische Dynamiken leichter einzuhegen. Entlang einer Formel „Pass mal auf, du bist doch mein Freund oder Nachbar oder wir haben doch immer nett zusammen Sport getrieben und jetzt machst du hier so einen Mist in der Stadtpolitik.“ Dieses Element fällt auf einer übergeordneten Ebene weg. Denn da sind alle nur noch Teil eines sich geschlossen Politikbetriebes, ohne diese lebensweltlichen Rückkopplungen. Gerade in den letzten Jahren der Ampelregierung haben wir das erleben dürfen. Für die Suche nach Gleichgewichten ist daher das Kommunale so wichtig. Deswegen bin ich gerne Kommunalpolitiker.

Damit sind wir mitten bei Akupunkturpunkt 4: Wie geht man eigentlich mit den negativen Dynamiken um? Die zentrale Erkenntnis ist, dass man Machtpolitik nicht alleine mit Sachargumenten begegnen kann. Es geht immer auch um Emotionen und Stimmungen. Donald Trump hat uns das dieses Jahr genauso eindrucksvoll wie irritierend vorgeführt, als er bei einem Wahlkampfauftritt zwei Stunden Lieder sang und mitschwang und sich gar nicht mehr bemüht sah, irgendetwas Inhaltliches zu sagen. Weil er genau spürte, dass es seinen Anhängern im Wesentlichen um ein Gefühl geht, das sie ihn wählen lässt.

Sogenannte „horizontale“, d.h. sachorientierte Kommunikation wird in dem Moment völlig irrelevant. Im Zentrum steht vertikale Kommunikation und „Move-Talk“, die signalisiert, wer „das Sagen“ hat, wer sich als „Führungspersönlichkeit“ in einer unübersichtlich gewordenen Welt positioniert. Es geht darum, dass da jemand über die Art, wie er kommuniziert, deutlich macht: Ich habe das im Griff. Ich gebe hier den Ton vor. Sachargumente sind irrelevant. Es geht um Stimmungen für Menschen, die Ohnmacht empfinden. Und diese sind auf der Suche nach einer Grundstimmung, die ihnen vermittelt, dass da jemand ist, der sie in dieser Stimmung aufnimmt und nach vorne führt. Für Transformationsprozesse bedeutet das, dass es wichtig ist, diese Stimmungsebene nicht aus dem Blick zu verlieren. Veränderungsanliegen müssen mit positiven Stimmungen aufgeladen sein. Am besten geschieht das an konkreten erfahrbaren Orten und in lebendigen Formen praktizierter Gemeinschaft.

Auf lokaler Ebene haben wir viele solche „Orte des Gelingens,“ an denen man spürt: Hier ist alles da, was eigentlich eine gute Stadt ausmacht, wo die Akteure im guten Sinne zusammenkommen. Ein solcher „Spiritus loci“ färbt ab.

Auf lokaler Ebene haben wir viele solche „Orte des Gelingens,“ an denen man spürt: Hier ist alles da, was eigentlich eine gute Stadt ausmacht, wo die Akteure im guten Sinne zusammenkommen. Ein solcher „Spiritus loci“ färbt ab. Er schafft eine Kraft, mit der man negativen Energien entgegenstehen kann. Wir haben das international durchaus auch überregional erlebt: Die „Herz“-Bewegung in Polen als Oppositionsbündnis im Widerstand gegen die PiS war eine solch positive emotionale Kraft. Sie hat ganz unterschiedliche inhaltliche Lager erreicht. Angesichts des überzeugenden Starts hatten wir uns genau das auch bei Kamala Harris im amerikanischen Präsidentenwahlkampf erhofft. Dort lebte kurz die Hoffnung auf: Dieses „Obama-Gefühl“ ist nochmals möglich. Da hat es am Ende nicht gereicht. Doch letztlich hat sich auch hier gezeigt, um überhaupt Bewegung auszulösen, geht es nicht ohne kraftvolle positive Emotion.

(5) Wirkungsorientierung statt Standards

Der fünfte und damit letzte „Haltungs“-Punkt basiert auf dem äußerst lesenswerten Buch von Peter Kurz: „Gute Politik. Was wir dafür brauchen“. Er war 16 Jahre Oberbürgermeister in Mannheim und hat die Stadt in vielen Dimensionen vorangebracht.

Im Buch bringt Peter Kurz einen Zusammenhang besonders schön auf den Punkt: Die Blockade unseres Staates durch eine absolute Standards-Fixierung und das komplette Ausblenden von Wirkungsorientierung. Wir haben hier Standards für alles. Denkmalschutz, Naturschutz, Brandschutz, Datenschutz, Vergabe und sind in Ressorts organisiert, was am Ende dazu führt, dass alle sichergestellt haben, dass ihre Standards eingehalten sind, da draußen nichts mehr passiert. Und gleichzeitig hat keiner irgendein Störgefühl, dass nichts passiert. Ganz entlang der Devise: „Gut, das ist dann eben die Konsequenz, wenn nicht noch die letzte Datenschutzregel eingehalten werden konnte“.

Das macht Peter Kurz an vielen Beispielen deutlich, wenn er z.B. beschreibt, dass in Mannheim im Schulbau 35 Prozent der Investitionsmittel in den Brandschutz gegangen sind. Es ist natürlich toll, wenn jedes Kind supersicher ist, wenn wirklich mal ein Brand auftritt. Es führt aber eben auch dazu, dass ein Drittel Schulen dort nicht gebaut wurde, die es dringend gebraucht hätte. Und das, weil man Standards, die bereits 30 Jahre funktioniert haben, in einer Totalabsicherungsmentalität nach oben zieht.

Die moderne Staatsreformdebatte versucht diese Logik zu drehen. Sie zielt darauf ab, dass erst einmal die eigentliche Wirkung zählt und Standards immer mit Blick auf ihre Wirkungen oder eben die Verhinderung von Wirkung betrachtet werden müssen. Denn wenn es uns nicht gelingt, aus einer Wirkungslogik mit Standards flexibler umzugehen, dann erzeugen wir genau die Ohnmachtsgefühle, die den falschen populistischen Kräften in die Hände spielen. Wir brauchen daher eine intensive Diskussion und neue Ansätze, wie Wirkungsorientierung als zentrale Kategorie unser staatliches Handeln leitet.

(6) Wir brauchen mehr Experimentierräume

Wie gelingt es, Räume zu schaffen, in denen eine solche Wirkungsorientierung erfahrbar wird; Räume, die das Zutrauen stärken, dass nicht wieder der nächste Versuch einer „Bürokatireform“ unternommen wird und dieser als Tiger startet und irgendwo als Bettvorleger endet. Der sechste Akupunkturpunkt lautet daher: Wir brauchen ganz andere, großskaligere Experimentierräume. Räume, in denen wir bewusst eine ganze Reihe an Regularien außerkraftsetzen, räumlich und zeitlich begrenzt, immer mit einem zu definierenden demokratischen Legitimationsmechanismus. Erst dann können wir erfahren: Was passiert eigentlich, wenn man solche wirkungsorientierten Freiräume schafft? Was kommt an konkreten Ergebnissen raus? Und wie schädlich ist denn das eigentlich am Ende wirklich für die Standards?

Mein Lieblingsbeispiel für einen solchen Experimentierraum wäre der Versuch, fünf deutschen Städten zu erlauben, für fünf Jahre den Denkmalschutz für Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden auszusetzen. Würde das wirklich die Komplettverschandelung dieser Städte bedeuten? Oder könnte man davon ausgehen, dass Menschen, die ein denkmalgeschütztes Gebäude besitzen, durchaus einen intrinsischen Anreiz haben, das selber auf eine angemessene Gestaltung zu achten? Wäre es nicht vielleicht sogar gut, wenn die Denkmalschützer, die wir in so einer Stadt an vielen anderen Themen brauchen, sich darum fünf Jahre nicht kümmern müssten?

Dann schauen wir uns nach fünf Jahren die Ergebnisse an und wenn wir feststellen: „Also die Denkmal-geschützten Häuser in Darmstadt, die waren früher mal ganz schön, aber jetzt sind dort überall die völlig hässlichen, überbordenden Solarpanels drauf. Da kannst du nicht mehr hinfahren!“, dann entscheidet der Stadtrat, dass das Experiment nicht weiterverfolgt wird. Wenn man aber merkt, Darmstadt ist noch genauso schön wie vorher, können wir es auch riskieren, eine solche Regelung landesweit auszurollen.

Ein solches Vorgehen kann man sich für viele Themen vorstellen, von Experimentierräumen für autonomes Fahren bis hin zu der Frage, wie organisiere ich eigentlich ganz andere Freiräume in der Art von Schule und Schulunterricht je nach sozialer Bildungsstruktur in Städten? Bei solchen Experimenten geht es immer darum, sich nicht mit einer zu großen Systemreform komplett zu überfordern. Denn das Problem der großen Reform ist immer ist, dass sie nicht alle lokalen Einzelfälle erfassen kann. Wir haben es beim Heizungsgesetz gemerkt. Deswegen sollten wir kleinräumiger ausprobieren und damit im politischen Raum wieder Handlungsfähigkeit zeigen. Das neue CDU-Grundsatzprogramm enthält die Forderung nach „Bundesexperimentierräumen“, es gibt zudem inzwischen von allen demokratischen Parteien Vorschläge, die in eine ähnliche Richtung gehen. Darüber hinaus gibt es überparteiliche Netzwerke, die eine umfassende Staatsreform vorantreiben. Das nährt die Hoffnung, dass genau solche Ansätze nach einer Bundestagswahl durchsetzbar werden.

(7) Den Städten kommt als Erprobungsraum eine zentrale Rolle zu

Städte und Kommunen sind Experimentierräume par excellence: Sie haben eine demokratische Grundstruktur, in der sich Legitimation vor Ort für solche Experimente schaffen lässt. Und das Wichtigste: Es gibt eine große Zahl von Städten und Kommunen. Das heißt, wenn ich Ermöglichungsgesetze schaffe, wie das jetzt zum Beispiel in Baden-Württemberg diskutiert wird mit einer Drittnutzerfinanzierung beim ÖPNV, dann wird es vielleicht in 80 Prozent der Städte so sein, dass man für die Umsetzung keine Mehrheiten bekommt. Es wird aber diese zehn oder zwanzig Prozent der Städte geben, die sagen: „Wir trauen uns. Da zeigen wir hier mal in Darmstadt der Republik, was geht. Das passt mit unserer Identität als Wissenschafts- und Innovationsstandort zusammen“. Oder für Wuppertal: „Wer eine Schwebbahn bauen kann, der schafft es auch als erstes, ein solidarisches Bürgerticket einzuführen.“

Das macht die Städte so wichtig: Sie schaffen eine Vielfalt an Experimentierräumen, die die Chance steigern, dass Veränderungen auch emotional positiv erlebbar werden. Bei der Verkehrswende wird das gerade deutlich: Jeder, der aus Paris oder Barcelona zurückkommt, sagt, es habe sich klasse angefühlt. Irgendwie sei es verwunderlich, dass wir es in Deutschland bisher nicht schaffen, dass sich eine Stadt so etwas traut. Und wenn sich mal ein Oberbürgermeister etwas traut, wie jetzt Belit Onay in Hannover, dann oft noch auf der Ziellinie politisch gestoppt wird. Deswegen müssen wir es schaffen, die Experimentierräume und den Experimentiermut in den Städten weiter stark zu erhöhen.

(8) Transformative Führung braucht Zehnkämpfer-Qualitäten

Wenn man sozialwissenschaftlich an die Dinge herangeht, denkt man sehr oft systemisch. Das, was ich Ihnen gerade skizziert habe, war systemisch. In der Funktion als Oberbürgermeister habe ich intensiv gespürt, wie sehr Transformationsfähigkeit aber auch von vielfältigen individuellen Voraussetzungen abhängt. Es ist daher wichtig ist, auch auf die Person, auf Persönlichkeitsmuster, auf Persönlichkeitsvoraussetzungen von denjenigen zu schauen, die in unterschiedlichsten Formen von Führungsrollen in Transformationsprozessen stecken.

Ich habe das am eigenen Leibe erlebt: Es war für mich eine äußerst positive Überraschung, dass eine Stadt wie Wuppertal im Jahr 2020 so mutig war, jemanden in das Amt zu wählen, der ein komplett Systemfremder war. Man kannte mich zwar ein wenig in einer kleinen Blase der Wuppertaler Stadtgesellschaft. Aber in der Stadtgesellschaft, der Stadtverwaltung und der Lokalpolitik war ich als Präsident des Wuppertal Institutes nur wenigen persönlich ein Begriff. In Wuppertal einen Professor zum Oberbürgermeister zu wählen, das ist ja fast ähnlich tollkühn wie Schwebbahnbauen. Das hat mich stolz auf diese Stadt gemacht, weil es eben zeigt, welcher Experi-

mentier-Mut in ihr steckt. Aber es war auch riskant, wie sich gleich zeigen wird.

Meine Wahl war auch mit Hoffnung verbunden. Oft wird man ja nicht aktiv gewählt, sondern eher ein Vorgänger abgewählt, und dann ist der, den man noch nicht kennt, Projektionsfläche für alles, was man sich in seinen kühnsten Träumen wünscht. Ein Transformationsforscher war da Garant dafür, dass alles ganz schnell völlig anders und besser wird.

Nach einer solchen Wahl spürt man sehr schnell, wie wichtig und zentral Vertrauen in einem Politiksystem sind. Denn in der Oberbürgermeisterrolle ist man in der Situation, zusammen mit Verwaltung und Kooperationspartnern in der Stadtgesellschaft ein hochkomplexes System umzusteuern, das in dieser Komplexität in der Regel viele Ratsmitglieder überfordert. Ratsmitglieder sind ehrenamtlich tätig, sie bringen eine Spezialexpertise mit, die sich thematisch oft nur teilweise mit den inhaltlichen Feldern ihrer politischen Arbeit deckt. Gemeinsame Transformation kann dann nur gelingen, wenn Vertrauen zur Verwaltung da ist. Ganz entlang eine Linie: „Ich verstehe das nicht alles – aber ich vertraue Euch, dass ihr das in meinem und einem guten Sinne für die Stadt gestaltet.“.

Dieses Vertrauen entsteht oft dadurch, dass man weiß, der Oberbürgermeister ist mir und der Stadt unendlich verpflichtet, ihn kenne ich seit 30 Jahren aus dem Sportverein und weiß, wie er tickt. Selbst, wenn er mal ein bisschen emotionaler wird, dann kann ich damit umgehen, weil ich Vertrauen habe. Diese Kategorien sind zentral, um in der Oberbürgermeister-Führungsaufgabe erfolgreich zu sein. Und es ist auch wichtig, weil man als Oberbürgermeister emotional viel Energie aus dieser Nähe und Vertrautheit zieht.

In der Lokalpolitik, gerade in den Oberbürgermeisterämtern, nutzt es daher nichts, wenn man Leute wählt, die in sieben Disziplinen fast am Weltrekord sind, aber beim Stabhochsprung immer schon bei 2,20 Meter reißen. Ich nehme das Bild deswegen, weil ganz viele, die in diesen Ämtern über Jahre und Jahrzehnte erfolgreich unterwegs waren, über genau diese Zehnkämpferqualitäten verfügen, was einen unendlichen Respekt erfordert. Das ist eine eigene Form von Champions League. In dieser Frage, was die Anforderungen an diese Führungspersonen sind, lohnt es sich aus einer konzeptionellen und theoretischen Perspektiven sehr viel genauer drauf zu schauen. Sie sind für die Transformationsbedingungen vor Ort von zentraler Bedeutung.

(9) Wissenschaft muss wieder zur Möglichkeitswissenschaft werden

Weil ich aus der Wissenschaft komme, möchte ich mit einem weiteren Akupunkturpunkt hierzu eine Brücke schlagen. Dieser Akupunkturpunkt – und das macht das, was die Schader-Stiftung leistet, so wichtig – meint, dass wir in Veränderungsprozessen trotz der ganzen Wissenschaftsskepsis Wissenschaft mehr denn je brauchen. Einerseits im Sinne einer Möglichkeitswissenschaft, also einer Wissenschaft, die möglichen Zukünften Bilder, Sprache und logische Struktur gibt und sie damit in einer Weise vorbereitet, damit sie im politischen Raum überhaupt verhandelbar und diskutierbar sind. In der Politikerrolle sind gar keine Kapazitäten dafür da. Wissenschaft hat hier eine ganz wichtige Funktion.

Wenn wir mehr in Experimentierräume gehen, gibt es eine zweite ganz wichtige Funktion: Dann kann und muss Wissenschaft eine zentrale begleitende reflexive Instanz für diese Experimentierräume werden. Denn dann wird jedes Experiment zu einem Baustein für ein gesellschaftliches Lernen. Das stärkt dann auch die Legitimation für das Experiment. Wir müssen uns daher noch stärker der Frage zuwenden, wie künftig eine Wissenschafts-Politik aussehen muss.

Denn Wissenschaft und Politik funktionieren erst einmal nach ganz anderen Handlungs- und Ergebnislogiken. Das können wir zwar theoretisch beschreiben, aber sind erst am Anfang zu verstehen, wie wirklich produktive Verbindungen aussehen. Einige spannende Versuche dazu gibt es: Z.B. die von Maja Göpel mit initiierte „Mission Wertvoll“, wo Wissenschaftlerinnen und Journalistinnen zusammenarbeiten, oder Initiativen, wo Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen zusammenarbeiten und neue Wissenskategorien schaffen, die dann ganz anders in politische Diskurse und eine politische Bildsprache eingehen können. All das sind Beispiele neuer Verbindungen von wissenschaftlicher, künstlerischer und Erfahrungs-Wissensproduktion.

(10) Die Perspektiven von Postwachstumsgesellschaften als hoffnungsvoller Kern künftiger Transformation

Damit kommen wir zur Hoffnung und einem Themenfeld, mit dem sich die Schader-Stiftung sehr intensiv beschäftigt: Postwachstumsgesellschaften als neue Qualität für Gesellschaften in Stagnation. Die Stiftung erfährt dabei selbst, dass es alles andere als trivial ist sich mit sehr weitgehenden und damit automatisch irritierenden Zukunftsentwürfen auseinander zu setzen; in einem „realpolitischen Kontext“, in denen man als eine Stiftung, die in der Stadt und im Bundesland eine zentrale Rolle spielt.

Mit der Diskussion über „Postwachstum“ steht man weit neben dem Mainstream. Denn im dominierenden politischen Diskurs lautet die Antwort auf alle Herausforderungen: Wir müssen das Wachstum wieder ankurbeln. Und jeder, der das auch nur leicht infrage stellt, gilt schnell als schlimmer Häretiker.

Dabei zeigt der nüchterne empirische Blick, wie wichtig es ist, über produktive Perspektiven für Post-Wachstumsgesellschaften nachzudenken: Angesichts einer in Deutschland und Europa immer älter werdenden Gesellschaft bei zunehmend abnehmender global, ökonomischer und geopolitischer Relevanz und einem sozusagen aufgebauten Sozial- und Institutionengefüge, das nur in einer expansiven Wachstumslogik funktionieren konnte. All das wirft viele Fragen auf, über die es sich nachzudenken lohnt: Wie kann eine gute, alte und ökonomisch schrumpfende Gesellschaft dennoch ihre „L’Avenir“ beherrschen und Formen von Futur produzieren? Und was sind das für Qualitäten, die wir dort brauchen? Wie kommen wir dorthin?

Wie kann eine gute, alte und ökonomisch schrumpfende Gesellschaft dennoch ihre „L’Avenir“ beherrschen und Formen von Futur produzieren? Diesen Diskurs brauchen wir. Da ist gerade Wissenschaft gefordert.

Diesen Diskurs brauchen wir. Da ist gerade Wissenschaft gefordert. Denn ein Großteil der Wirtschaftswissenschaft bewegt sich im Wesentlichen in der bestehenden Wachstumsparadigma. Für ein solches Vordenken braucht es andere Ressourcen-Allokationen im Wissenschaftssystem sowie Mechanismen und Orte, die Verbindungen zwischen Vordenkerinnen und denjenigen schaffen, die neue Gedanken in die unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Kontexte hineintragen.

Genau das macht die Schader-Stiftung und ihre Foren so bedeutsam! Darum habe ich mich heute so geehrt gefühlt zu Ihnen sprechen zu dürfen und hoffe, dass der ein oder andere Akupunkturpunkt bei Ihnen etwas Systemisches getriggert hat.

Literatur

- Arendt, Hannah (2020): *Vita Activa*, 3. Auflage, München: Piper Verlag.
- Heidenreich, Felix (2023): *Die Zukunft der Demokratie*, Ditzingen: Reclam Verlag.
- Kurz, Peter (2024): *Gute Politik*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- Schneidewind, Uwe (2018): *Große Transformation*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Schneidewind, Uwe (2024): *Die unendliche Kraft der Nein-Sager*, in: taz futurzwei, URL: <https://taz.de/Wuppertal-OB-Schneidewind-im-Gespraech/!vn5998795/>.
- Schneidewind, Uwe (2024): *Nein-Sager im Überfluss?*, in: Makronom, URL: <https://makronom.de/nein-sager-im-ueberfluss-47610>.
- Schneidewind, Uwe (2024): *Mehr Reallabor wagen*, in: *Innovative Verwaltung* (11/2024), Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Zum Autor

Prof. Dr. Uwe Schneidewind ist seit November 2020 Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal. Er war von 2010 bis 2020 Präsident und Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Am 8. November 2024 hielt er die Keynote zum Zwölften Großen Konvent der Schader-Stiftung, die hier in redigierter Fassung abgedruckt ist.



Dr. Gösta Gantner und Rolf Schnauer

Dialog-Café 1: Sozial-ökologisch transformiert

Das für die gesellschaftliche Moderne kennzeichnende Spannungsverhältnis zwischen Wandel und Stabilität wird herausgefordert durch massiven Transformationsdruck – ausgelöst durch die planetaren Folgen ihrer Wirtschaftsweise. Was bleibt, wenn so vieles anders werden wird und muss? Welchen Beitrag leisten kleine und mittlere Unternehmen, um die Erderhitzung, den Verlust der Artenvielfalt, den zunehmenden Flächenverbrauch und soziale Verwerfungen zumindest nicht länger zu befeuern?

Die Konturen einer nachhaltigen Wirtschaft werden zunehmend klarer, doch viele dicke Bretter sind in immer dünner werdenden Zeitfenstern zu bohren, um soziale und planetare Kippunkte möglichst „gut“ abzufedern oder gegebenenfalls sogar zu verhindern. Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von kleinen und mittleren Unternehmen ist ihr Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation entscheidend. Allerdings scheint die Bereitschaft in vielen Unternehmen kaum ausgeprägt zu sein, beherzt und konsequent auf nachhaltige Geschäftsmodelle umzustellen. Die Wirkung staatlicher Regulierung dürfte hierbei keine geringe Rolle spielen: Einerseits wird sie als Grundlage für den Wandel gesehen, andererseits leiden viele Unternehmen unter gesetzlichen und bürokratischen Anforderungen, die damit einhergehen. Technische Innovationen sind wichtig, werden aber nur dann eine sozial-ökologische Wende begünstigen, wenn staatliches und unternehmerisches Handeln eingebettet werden kann in eine Kultur des Wandels. Bildung zur nachhaltigen Entwicklung und ganz konkret Circular Literacy als Kernkompetenz für kreislauffähiges Wirtschaften sollten als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden.

Technische Innovationen sind wichtig, werden aber nur dann eine sozial-ökologische Wende begünstigen, wenn staatliches und unternehmerisches Handeln eingebettet werden kann in eine Kultur des Wandels.

Chancen für kleine und mittlere Unternehmen

Ulrike Sasse-Zeltner von der RWTH Aachen berichtet über die Transformation im Rheinischen Revier. Im Projekt „Mine ReWIR-Werkstatt“ kooperiert sie mit betroffenen Braunkohlezulieferern. Der Verein Mine ReWIR e.V. vernetzt Unternehmen, Wissenschaft und Kommunen, um den Strukturwandel nachhaltig zu gestalten. Sasse-Zelt-

ner identifiziert vier Umgangsweisen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit der durch den Braunkohleausstieg bedingten Transformation:

- Scheuklappen: Veränderungen werden ignoriert, der Betrieb läuft unverändert weiter
- Ausstieg mit dem Ausstieg: Kontrollierte Abwicklung bis 2030, teils ohne soziale Verantwortung
- Innovation im Schlepptau: Hoffnung, die Transformation der Energiekonzerne zu erneuerbaren Energien mitzugehen
- Aktive Neuausrichtung: Wandlungsbereite KMU reduzieren Abhängigkeiten und gestalten ihre Zukunft selbst

Während sich einige Unternehmen nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ kurzfristig orientieren, sehen andere den Wandel als Chance, eine langfristige Perspektive für Mitarbeitende und für die Region zu entwickeln. Insbesondere Familienunternehmen können zu Akteuren der Transformation werden, da sie oft mit Nachfolgenerationen planen und stärker verwurzelt sind. „Die Kohle geht, aber die Kompetenzen bleiben“, fasst Sasse-Zeltner zusammen.

Wandlungsbereitschaft und Wachstum

Die vier Typen des Umgangs mit strukturellem Wandel stoßen auf Zustimmung, auch die Beobachtung eher verhaltener Veränderungsbereitschaft in den meisten Unternehmen wird in der Diskussion bestätigt. Die niedrige Personaldecke in KMU kann dazu beitragen, dass viele zwischen Tagesgeschäft und Transformationsanforderungen aufgerieben werden, was sich etwa an der mühsamen Bearbeitung komplexer Voraussetzungen und Berichtspflichten staatlicher Förderprogramme beobachten lässt.

KMU benötigen verlässliche Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich nachhaltiger Technologien, um langfristig planen zu können. Es bleibt hingegen eine zentrale Herausforderung, die Unternehmen mit geringer Innovationsbereitschaft zu erreichen.

Prof. Dr. Thomas Döring, Professor für Politik und Institutionen an der Hochschule Darmstadt, baut seinen Impuls auf der Debatte zwischen Grünem Wachstum und Postwachstum auf. Beide Ansätze erkennen, dass bisheriges Wirtschaftswachstum zu ökologischen Schäden führt. Während Postwachstumsbefürworter*innen den Wachstumszwang kritisieren, strebt grünes Wachstum die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch durch Innovationen an. Volkswirtschaftlich betrachtet sind die Pfade von grünem Wachstum eher geeignet, um den nicht unerheblichen Transformationsdruck bewältigen zu können. Döring hebt hervor, dass grüne Wachstumskonzepte eine konsequente Bepreisung natürlicher Ressourcen durch staatliche Eingriffe erfordern, um Marktversagen zu korrigieren.

Umdenken und Zirkularität

Eine Transformation hin zu einem Grünen Kapitalismus erfordert sich transformierende KMU. Trotz ihrer Flexibilität fehlen ihnen oft Ressourcen für Forschung und Entwicklung, während bürokratische Hürden und Fachkräftemangel die Transformation erschweren. Die Diskussion beleuchtet zentrale Kontroversen, wie Anspruch und Wirkungsgrad von Regulierung am Beispiel der Lieferkettengesetzgebung. Ginge es lediglich um Bepreisung unter ökologischen Gesichtspunkten, wäre die Ausrichtung wirtschaftlicher Interaktionen an Menschenrechten kaum inkludiert. Worin also eine „wirkungsorientierte Maßnahme“ für nachhaltiges Wirtschaften je besteht, hängt auch von politischen Wertungen ab.

Thomas Döring unterstreicht die Notwendigkeit eines grundlegenden Umdenkens in Anlehnung an Albert Einsteins Bonmot: „Wir können unsere Probleme nicht mit denselben Denkweisen lösen, mit denen wir diese erzeugt haben.“ Konsens herrscht darüber, dass die Transformation nicht allein über technologische Lösungen gelingen kann. Zentral ist die gesellschaftliche Akzeptanz. Bildungsinitiativen und Experimentierräume können helfen, konkrete Handlungsoptionen in Unternehmen zu entwickeln.

Konsens herrscht darüber, dass die Transformation nicht allein über technologische Lösungen gelingen kann. Zentral ist die gesellschaftliche Akzeptanz.

Nadja Hempel, Projektleiterin im „social design lab“ der Hans-Sauer-Stiftung, beschreibt das Konzept der „Circular Literacy“. Es umfasst Kompetenzen für die Transformation zu einer kreislauffähigen Wirtschaft. In der „Roadmap to a Circular Society“ identifiziert sie zentrale Schlüsselkompetenzen in den Dimensionen Erkennen, Bewerten und Verhandeln. In Hinblick auf Kreislaufwirtschaft muss es gelingen, ambitionierte Konzepte in praxisnahe Lösungen zu übersetzen. Die größte Herausforderung stellen kulturelle Hürden dar, so die Impulsgeberin. „Zirkularität muss nicht sexy sein, sondern zur Gewohnheit werden“, betont Nadja Hempel. Hervorgehoben wird die Bedeutung von Bildungsangeboten bereits ab der frühen Kindheit, die sinnliche Erfahrungen und Naturverbundenheit umfassen. Hier helfen auch Experimentierräume, in denen eine Kultur zirkulären Wirtschaftens eingeübt und soziale Innovationen vorangetrieben werden können.

Vom Wissen zur Praxis: Der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse

In der Diskussion wird die Frage aufgegriffen, wie Unternehmen flächendeckend motiviert werden können, zirkuläre Prinzipien zu integrieren. Sind staatliche Maßnahmen wie Reparaturboni hilfreich? Die Umsetzung zirkulärer Wirtschaft erfordert technisches Wissen, das in Ausbildung und Unternehmen vermittelt werden muss. Hochschulen und Unternehmen könnten hier enger zusammenarbeiten.

Resümee zum Dialog-Café „Sozial-ökologisch informiert“

Die Motivation hin zu nachhaltigem, transformativem Wirtschaften stand im Zentrum des Dialog-Cafés „Sozial-ökologisch transformiert“: Ausgehend vom Strukturwandel im Rheinischen Revier wurde ersichtlich, wie vielfältig die Quellen, Faktoren und Implikationen einer nachhaltigen Transformation sind – darunter staatliche Programme, Innovationsdruck aus dem Markt und aus der Belegschaft oder auch von der Unternehmensleitung eingebrachte Initiativen. Maßgeblich ist, die fördernden und hindernden Elemente einzeln zu identifizieren, um gezielte Policies zu entwickeln. Spannend sind Vergleiche zur Treuhand und der ostdeutschen Gesellschaft, welche die Schader-Stiftung in den nächsten Jahren weiter befassen werden: Inwieweit können (auch gescheiterte) Transformationserfahrungen im Osten Deutschlands kommende Transformationen – sei es im Ruhrgebiet oder auch in der Automobilbranche – voranbringen?

Vor diesem Hintergrund werden Fragen des Wirtschaftswachstums uns sicherlich weiter beschäftigen. Wachstum muss nicht immer schlecht sein – so wie „Post-Growth“ Theorien es teils implizieren. Im Gegenteil: Solange Wachstum ressourcenschonend und umweltverträglich geschieht, ist es gegebenenfalls sogar notwendig, wenn die Welt sich erfolgreich dekarbonisieren soll. Diese grüne Transformation hängt entscheidend von KMU ab. Doch die Erfolgchancen einer solchen Transformation werden als eher mau eingeschätzt – und insofern kommt es darauf an, die Motivationsquellen künftig genauer zu untersuchen.

Bezüglich der teils stockenden Transformation wird eine Beschäftigung mit Konzepten von „Circular Society“ dringlich, weil zirkuläre Prinzipien der Kreislaufwirtschaft offensichtlich flächendeckend nur dann greifen, wenn sie auf einer Kultur der Zirkularität fußen. Für diesen kulturellen Wandel ist Bildung unverzichtbar. Durch gezielte Bildungsmaßnahmen hin zu „Circular Literacy“ kann es gelingen, eine kreislauffähige Wirtschaft zu etablieren. Inwieweit diese Modelle allerdings skalierbar – sprich: auch in den makroökonomischen Kontext übersetzbar – sind bleibt ein großes Fragezeichen und unterstreicht somit den Spannungsbogen über die drei Sessions hinweg.

Das Dialog-Café „Sozial-ökologisch transformiert“ begleitete und resümierte Prof. Dr. Anselm Hager (Humboldt-Universität zu Berlin).

Die Impulsgebenden waren:

Ulrike Sasse-Zeltner vom Human Technology Center (HumTec) der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen

Prof. Dr. Thomas Döring, Professor für Politik und Institutionen an der Hochschule Darmstadt

Nadja Hempel, Projektleiterin im „social design lab“ der Hans-Sauer-Stiftung

Moderation:

Dr. Gösta Gantner, Wissenschaftlicher Referent, Schader-Stiftung



Dr. Stella Lorenz und Valeria Elsesser

Dialog-Café 2: Lokal informiert

„Was fehlt euch in der lokalen Berichterstattung?“ Für CORRECTIV-Reporterin Lilith Grull stellt diese Frage an ihre Leser*innen eine Chance dar, dem strau-
chelnden, klassischen Lokaljournalismus neues Leben einzuhauchen. Idealerweise sollte er Menschen vor Ort dazu befähigen, Entscheidungen für die Gesellschaft zu treffen und Prozesse anzustoßen. Doch was tun, wenn lokale Medienhäuser und deren Berichterstattung auf Grundlage von demokratischen Werten zwischen Finanzierungsfra-
gen und dem Kampf um journalistische Glaubwürdigkeit zerrieben werden?

Als besonderes Beispiel stellt Lilith Grull vor, wie das gemeinwohlorientierte Medienhaus CORRECTIV mit seinen Formaten CORRECTIV.Lokal und CORRECTIV.Europe diesen Herausforderungen begegnet. Durch das Sammeln und Aufarbeiten von Daten zeichnen sie gesellschaftliche Prozesse nach und decken lokale Missstände auf. Berichterstattung wird so laut Lilith Grull zum Beweismittel: Mithilfe digitaler Werkzeuge wie dem CrowdNewsroom werden Antworten aus der lokalen Bevölkerung auf eine Vielzahl von Fragen gesammelt – von sicheren Schulwegen über die Situation in Frauenhäusern bis hin zur Lage in Kindertagesstätten.

Durch das Sammeln und Aufarbeiten von Daten zeichnen gemeinwohlorientierte Medienhäuser gesellschaftliche Prozesse nach und decken lokale Missstände auf. Berichterstattung wird so zum Beweismittel.

Gemeinwohlorientierung als Chance

Eine Sorge der Teilnehmenden des Dialog-Cafés ist die Trivialisierung der Themen durch einen übermäßigen Einbezug der Leser*innen. Wo hört Lokaljournalismus auf und wo fängt Unterhaltung an? Ist die Nachrichtenmüdigkeit wirklich ein exklusives Problem jüngerer Generationen? Grull hält entgegen, dass der Einbezug von Leser*innen den Lokaljournalismus für diese greifbarer macht und sie damit zum Mitwirken an journalistischer Arbeit ermächtigt. Und obwohl es stimmt, dass sich vor allem junge Menschen vorwiegend über Soziale Medien informieren, wo Fakten, Meinungen und Fake News miteinander verschmelzen, nehmen sich gleichzeitig zahlreiche Medien-Start-Ups dieser Herausforderung an. Auch muss insbesondere jüngeren Menschen verständlich gemacht werden, warum es sich lohnt, für relevanten Journalismus zu be-

zahlen. Doch wie soll diese Bereitschaft geweckt werden, wenn die Medienkompetenz junger Menschen zunehmend schwindet?

Da das klassische Geschäftsmodell lokaler Medienhäuser – Einnahmen über Werbung und Abonnements – nicht mehr funktioniert, müssen alternative Lösungen her. Die Kooperation mit anderen Medienhäusern und gemeinnützig finanzierter Journalismus werden als solche gehandelt. Durch die Zusammenarbeit mehrerer Kooperationspartner*innen lassen sich einerseits größere Projekte umsetzen, andererseits wird ein breiteres Perspektivenspektrum abgebildet. Für Grull ist es „ein Privileg, sich in aller Tiefe mit einem Thema befassen zu können“ – ohne zeitlichen und finanziellen Druck. Hochwertiger und relevanter (Lokal-)Journalismus braucht in ihren Augen vor allem eines: Ressourcen. An seiner Arbeit zeigt CORRECTIV: Das gemeinwohlorientierte Modell kann das exemplarisch leisten.

Nachrichtenflut als Belastung

In klassischen Medienhäusern zeigen sich derweil andere Probleme: „Wir haben es mit einer Informationsflut zu tun“, sagt Tim Maurer, Titelchefredakteur der Echo-Medien in der VRM-Gruppe. Er verweist damit auf die Dynamik der Berichterstattung in Sozialen Medien, die für viele Menschen zunehmend eine Belastung darstellt. Diese Nachrichtenmüdigkeit führt zu einer Nachrichtenvermeidung, einem der Kernprobleme, mit dem sich der lokale Zeitungsjournalismus konfrontiert sieht. Die Diskutierenden mutmaßen, ob sich die lokalen Leser*innen vor den negativen Schlagzeilen in den „Neo-Biedermeier“ flüchten. Maurer wendet ein, dass Lokaljournalist*innen kritisch bleiben müssen, sich jedoch bemühen können, zu jedem Problem eine konstruktive Lösung mitzuliefern. So kann auf Ernüchterung Hoffnung folgen, denn „hoffnungsvollen Journalismus muss man sich in diesen Zeiten vornehmen“.

Einen zentralen Diskussionspunkt stellt weiterhin das Verhältnis von jungen Menschen zum Lokaljournalismus dar. Maurer schildert eine betriebswirtschaftliche Konfliktsituation: Aufgrund der sinkenden Zahlungsbereitschaft suchen Lokalredaktionen nach alternativen Wegen, jüngere Zielgruppen zu erreichen, stehen aber gleichzeitig unter enormen finanziellen Druck. Diverse Gründe und Lösungen werden in den Raum geworfen: Senkt die Mobilität junger Menschen das Interesse an lokalen Themen? Sind klassische Bezahlschranken auf Online-Artikeln abschreckend? Ist die aktuelle Entwicklung ein Ergebnis von gesellschaftlichem Individualismus? Ein Diskutierender appelliert an die Runde, jungen Menschen nicht pauschal Merkmale wie Desinteresse zuzuschreiben. Auch Maurer stellt klar, dass es nicht darum geht, das Konsumverhalten jüngerer Generationen zu verurteilen. Vielmehr sieht er Versäumnisse in der Erziehung und (Aus-)Bildung: „Der Mangel an Medienbildung ist eine offene Flanke.“ An dieser Stelle sind klare Antworten aus der Politik nötig.

Es geht nicht darum, das Konsumverhalten jüngerer Generationen zu verurteilen. Vielmehr gibt es Versäumnisse in der Erziehung und Bildung: „Der Mangel an Medienbildung ist eine offene Flanke, die wir haben.“

Dass nicht nur jüngere Menschen nicht bereit sind, für die lokale Tageszeitung zu bezahlen, sieht Maurer als Herausforderung, aber auch als Aufgabe. Lokale Redaktionen müssen jüngeren Konsument*innen zeigen, warum sich ein Abonnement der lokalen Tageszeitung lohnt. An den Beiträgen der Diskutierenden wird deutlich, dass die Wirkweise von Sozialen Medien maßgeblich zu der Überforderung junger Leser*innen beiträgt. Schlimme Nachrichten sind zwar nicht in der Gegenwart erfunden worden, die Sozialen Medien haben nur die Lautstärke und Frequenz erhöht – da stellen Inves-

tionen in Netflix, Amazon Prime, Disney+ und Co. nur eine weitere Möglichkeit dar, alternative Realitäten zu erkunden. weiteres Fluchtinstrument dar. Die Flut macht es einem schwer, zu verstehen, warum in Zeiten der konstanten Veränderung das Lokale und die Gemeinschaft von zentraler Bedeutung sind. Wie genau Lokalredaktionen nun junge Menschen als Leser*innen gewinnen, bleibt auf der Suche nach den Ursprüngen des Problems offen.

KI und journalistische Leidenschaft

Anke Vehmeier von der Bundeszentrale für politische Bildung geht mit dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) auf eine ganz andere Aufgabe ein, der der Lokaljournalismus gerecht werden muss: „Nach der ersten Experimentierphase kommt jetzt die Verantwortung.“ Diskutiert wird, inwiefern die Vermenschlichung von maschinellen Prozessen problematisch ist. Welche ethischen und presserechtlichen Bedenken gibt es? Welche Rolle hat der Beruf des Journalisten, wenn das selbstständige Schreiben der Texte irgendwann wegfällt?

Vehmeier argumentiert, dass KI Zeit und Raum schaffen kann, sich „wirklichem Journalismus“ im Sinne eines handwerklich gut gemachtem und mit ausreichend Zeit entstandenem Journalismus zu widmen. Denn die DNA des Lokaljournalismus liegt in seiner Nähe am Menschen – eine Qualität, welche die KI nicht so schnell ersetzen wird. Es braucht also keine Schreiber*innen, sondern exzellente Journalist*innen; Menschen, die der Gesellschaft zugewandt nach wichtigen Geschichten graben: „Emotion kann die KI nicht. Wir brauchen das Handwerk“, so Vehmeier weiter. Der Einsatz von KI bietet damit eine Chance, die Leidenschaft in den Lokaljournalismus zurückkehren zu lassen. Diese Leidenschaft kann den Leser*innen gleichzeitig aufzeigen, warum Lokaljournalismus wertvoll und kostbar ist und warum es sich lohnt, diesen zu erwerben.

*Es braucht künftig also keine Schreiber*innen, sondern exzellente Journalist*innen: Menschen, die der Gesellschaft zugewandt nach wichtigen Geschichten graben: Emotion kann die KI nicht. Wir brauchen das Handwerk.*

Schließlich steht erneut ein Appell an die politische Ebene im Raum. Lokaljournalismus ist eine der wichtigsten Stützen unserer Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Warum also bleiben so viele politische Versprechen, ihn zu stärken, unerfüllt? „Es ist, verdammt noch mal, die Politik gefragt!“, stellt Vehmeier zum Abschluss des dritten Dialog-Cafés fest.

Resümee zum Dialog-Café „Lokal informiert“

Lokaler Journalismus ist heute – vielleicht mehr denn je – mit existenziellen Herausforderungen konfrontiert. Das zeigte das Dialog-Café „Lokal informiert“ deutlich: Im Zentrum der Diskussionsrunden standen Fragen der Finanzierung und alternative Organisationsmodelle, Chancen und Risiken, die mit dem verstärkten Einsatz von KI in Lokalredaktionen verbunden sind und aktuelle Wege bei der Erschließung und Bindung neuer – auch junger – Zielgruppen an lokale Medien.

*In den drei Sessions ist die gesellschaftliche, demokratietheoretische Bedeutung des Lokaljournalismus immer wieder betont worden und zugleich wurde deutlich, dass der Lokaljournalismus in einer schweren Krise steckt: Weil er sich finanziell zunehmend nicht mehr lohnt, weil die Leser*innen über kurz oder lang aussterben und keine neuen, jüngeren Leser*innengruppen nachkommen, weil der Kostendruck in den Redaktionen zunehmend zu Qualitätsproblemen führt.*

Zugleich ergaben die Diskussionen immer wieder, dass es in dieser komplexen Situation nicht die eine Lösung gibt, sondern dass zahlreiche niederschwellige Lösungsansätze wichtig und erforderlich sind: Dazu zählen z.B. Projekte, die die Medienkompetenz insbesondere von jüngeren Zielgruppen fördern oder auch lokale Initiativen, die alternative lokale Informationsangebote und Diskussionsräume – auch in Sozialen Medien – ins Leben rufen. Und schließlich zählt dazu auch eine breitere gesellschaftliche Debatte darüber, welchen (Lokal-)Journalismus und welche (lokal-)journalistischen Leistungen diese Gesellschaft haben möchte und was sie tun muss, um diese tatsächlich auch dauerhaft in gewünschter Qualität zu erhalten. Diese Diskurse und die Entwicklung entsprechender Lösungsansätze an der Schnittstelle von Gesellschaftswissenschaften und lokaler Zivilgesellschaft könnte die Schader-Stiftung in Zukunft vermehrt fördern und ermöglichen.

*Darüber hinaus haben die Diskussionen in den drei Sessions deutlich gemacht, dass es auch darum geht, dass alle Akteur*innen – wie eben auch die Schader-Stiftung – ihre eigene Rolle bei der Herstellung lokaler Öffentlichkeit kritisch reflektieren: Aus dieser Perspektive geht es für mich zum Beispiel darum, aus befähigungsorientierter Sicht danach zu fragen, ob die veröffentlichten Informationen in Form und Inhalt tatsächlich geeignet sind, die Beteiligung möglichst vieler – diverser – lokaler Bevölkerungsgruppen am öffentlichen Leben und der öffentlichen Kommunikation zu fördern.*

Das Dialog-Café „Lokal informiert“ begleitete und resümierte Prof. Dr. Ulrike Röttger (Universität Münster).

Die Impulsgebenden waren:

Lilith Grull, Reporterin bei CORRECTIV.Europe

Tim Maurer, Titelchefredakteur der Echo-Medien, VRM GmbH

Anke Vehmeier, Leiterin des Lokaljournalistenprogramms

der Bundeszentrale für politische Bildung

Moderation:

Dr. Stella Lorenz, Wissenschaftliche Referentin, Schader-Stiftung



Dr. Kirsten Mensch und Caroline Walter

Dialog-Café 3: Persönlich verändert

Können Einzelne gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen? Ja, das wird immer wieder bewiesen. Einfach ist es leider nicht, wie Lucie Schock von ProjectTogether weiß. Denn viele der von der gemeinnützigen GmbH geförderten Projekte stoßen immer wieder auf dieselben Hürden. Noch schwerer erscheint das Verändern gesellschaftlicher Üblichkeiten, wenn man sich gegen den Mainstream stellt. Wer die von Unternehmensinteressen und individueller Bequemlichkeit angetriebene Digitalisierung kritisch hinterfragt, wird eher als bremsend, denn als Avantgarde angesehen. Das erfährt Leena Simon vom Verein Digitalcourage täglich.

Gleich, ob für oder gegen Veränderungen agiert wird: Welche Wege sind erfolgversprechend? Überzeugungsarbeit, experimentelle Innovationen, gemeinschaftliche Aktionen, Blockaden als Alarmfunktion, Finanzinvestitionen in die gewünschte Richtung? Wohin soll der individuelle Einsatz führen: zur Implementation neuer Regeln in Politik und Wirtschaft oder zu einem gesellschaftlichen Wandlungsprozess von unten?

Eine Frage des langen Atems

Man muss keine charismatische Persönlichkeit sein, um den eigenen Hebel für Veränderungen einzusetzen. In vielen Unternehmen treiben Einzelpersonen Transformationsprozesse voran. Dort sind es beispielsweise Nachhaltigkeitsmanager*innen und Datenschutzbeauftragte, die regelmäßig auf institutionelle Widerstände stoßen. Viel Engagement geschieht allerdings freiwillig und unbezahlt. Visionäre Projekte scheitern folglich oftmals an mangelnden zeitlichen Ressourcen sowie häufigen Personalwechslern der ehrenamtlich Tätigen. Wandel ist daher eine Frage von Kraft und Ausdauer, von Ressourcen und „verdammte langem Atem“, wie eine Teilnehmerin bestätigt, die sich freiwillig engagiert.

Wandel ist eine Frage von Kraft und Ausdauer, von Ressourcen und verdammte langem Atem.

ProjectTogether sorgt durch die Vernetzung von Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft dafür, dass in der Zivilgesellschaft erdachte Visionen in die Umsetzung gelangen. Entscheidend ist das Momentum: Findet man zur richtigen

Zeit Mitstreiter*innen, Netzwerke, eine Finanzierung, um eine gute Idee richtig zünden und groß werden zu lassen?

Das Abwägen der eigenen Komfortzone

Wer es wagt, Änderungen außerhalb des Mainstreams zu fordern und sie selbst vorzuleben, verlässt die eigene Komfortzone und macht sich angreifbar für Kritik. Auch hier bedarf es Mut. Wie unbequem es außerhalb der digitalen Komfortzone mit Zoom-Meeting, AppStore und Google-Konto werden kann, verdeutlicht Leena Simon. Gemeinsam mit dem Verein *Digitalcourage* engagiert sie sich gegen den „Digitalzwang“, der Bahnfahrer*innen an Online-Tickets und Freundeskreise an WhatsApp-Gruppen bindet, klärt auf und wirbt für Alternativen, deren Server nicht im außereuropäischen Raum liegen. CryptPad, Senfcall und Nuudel sind einige der Plattformen, die Leena Simon erwähnt, die digitale Sicherheit und Unabhängigkeit versprechen. Eine Abkehr von allgemein üblichen Programmen erfordert allerdings Anpassungswillen der Nutzer*innen. Falls das soziale Umfeld nicht mitspielt, kann man Ausgrenzung erfahren und beispielsweise Einladungen zu Veranstaltungen verpassen.

Wie geht man vor, wenn man gegen gesellschaftliche Übellichkeiten agieren möchte? Der Verein Digitalcourage, der die Interessen von zugleich Menschen ohne Digitalkenntnisse sowie von Datenschutzbefürworter*innen vertritt, hat vier Verfassungsbeschwerden eingereicht. Zurzeit sammelt er Unterschriften für die „Petition gegen Digitalzwang“, die ein Recht auf analoges Leben gesetzlich verankern soll und lebt alternative IT-Nutzungsmodelle vor.

Muss jemand, der Google Maps nutzt, einen WhatsApp-Account hat und gelegentlich zoomt, ein schlechtes Gewissen haben? Im gesellschaftlichen Dialog hilfts es jedenfalls nicht, so ein Geisteswissenschaftler. Das schlechte Gefühl, das durch Vorwürfe entsteht, versperrt den Weg zu produktiven Veränderungen. Die Aufgabe besteht eher darin, den Dialog über ideologische Grenzen hinweg zu führen und Offenheit gegenüber den Wahrheiten der Anderen zu erhalten.

Eine weitere Anmerkung führt ebenfalls aus einem Schwarz-Weiß-Denken heraus: „Lasst uns das Scheitern besser akzeptieren. Den Menschen, die sich für Veränderung einsetzen, muss man auch ein Recht auf Scheitern zugestehen.“

Lasst uns das Scheitern besser akzeptieren. Den Menschen, die sich für Veränderung einsetzen, muss man auch ein Recht auf Scheitern zugestehen.

Wie Veränderung langfristig wirken kann

Warum waren die Straßensperren der Bauern zu Beginn des Jahres 2024 politisch erfolgreicher und medial wohlgeleitener als die von neu gegründeten Klimaschutzbewegungen durchgeführten Blockaden? Die Frage beantwortet der Soziologe Vincent August mit einem Blick auf die Geschichte der Partizipation in Deutschland. Institutionalisierte Parteien, wie etwa Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, haben ein weitaus besseres gesellschaftliches Standing als neue Gruppierungen. Der Bauernverband kann als moderat auftretender institutionalisierter Akteur Wechselwirkungen mit Aktivist*innen erzeugen, die drastischer agieren, und verfügt zudem über größere finanzielle Ressourcen, die der Klimaschutzbewegung in dieser Form bislang nicht zur Verfügung stehen.

Was bleibt als Aktionsformen im Klimaschutzbereich? Vincent August nennt neben Demonstrieren und Blockieren verschiedene Möglichkeiten: inhaltliche Überzeu-

gungsarbeit und Allianzbildung, das Experimentieren mit Innovationen beispielsweise in Reallaboren, das Vorleben alternativer Daseins- und Wirtschaftsformen in organisierten Gemeinschaften oder Finanzinvestitionen in wegweisende Projekte. Hierzu kann man aus der zweiten Session des Dialog-Cafés noch das Einreichen von Klagen hinzufügen. Keine der Formen ist per se wirksam. Welche sich besser eignet, ist auch eine Frage der eigenen Persönlichkeitsmerkmale. Ziel aller Aktionen, so Vincent August, ist, Entscheidungen und rechtliche Implementierungen auf politischer Ebene herbeizuführen. Im Klimaschutzbereich spricht er besonders den Kommunen als politische Einheit vor Ort eine wesentliche Rolle zu.

Wandel von unten oder von oben?

Könnte es nicht auch, so eine Frage aus der Runde, einen Wandel durch soziale Kippunkte geben? Wenn sich genügend Personen einer Gesellschaft für ein konsumarmes und klimaschonendes Leben entscheiden, würde das nicht reichen? Damit stellt sich gegen Ende des Dialog-Cafés die Frage: Wie weit reicht die Kraft der persönlichen Veränderung? Vermutlich, lautet ein Fazit, nicht weit genug: Auf einen großen Konsens zu setzen, wird nicht funktionieren. Es bedarf neben individuellem Engagement und persönlicher Veränderungsbereitschaft Techniken, um Konflikte zu managen.

Darüber hinaus gilt: „Wir haben kein Wissensproblem, wir haben ein Identifikationsproblem.“ Verändertes Verhalten entsteht durch Identifikation mit Gruppen, die neues Verhalten vorleben. Persönliche Interaktion und Gemeinschaftsgefühl sind essenziell, um die Reichweite individuellen Engagements für gesellschaftliche Transformationen zu vergrößern.

Verändertes Verhalten entsteht durch Identifikation mit Gruppen, die neues Verhalten vorleben. Persönliche Interaktion und Gemeinschaftsgefühl sind essenziell, um die Reichweite individuellen Engagements für gesellschaftliche Transformationen zu vergrößern.

Resümee zum Dialog-Café „Persönlich verändert“

„Transformation braucht Umsetzung“ ist einer der Sätze, die mir besonders im Gedächtnis geblieben sind. Da die Umsetzung immer von Menschen abhängt, ist ein Ziel, einzelne Menschen oder Gruppen zu stärken. Oft reicht die beste Idee nicht, wenn nicht ein Momentum dazukommt – eine Krise, eine persönliche Begegnung, das richtige Timing. Wiederholt schien in der Diskussion die Wahrnehmung auf, dass die, die sich für Veränderung engagieren, dies oft ehrenamtlich oder in der Freizeit tun: „Das Meiste, was wichtig ist, wird nicht bezahlt“. Rückblickend erstaunlich kam es nicht direkt zur Sprache, dass wahrscheinlich ein Mangel an Zeit neben Erwerbsarbeit und Sorgetätigkeiten viele Menschen hindert, potenziell produktive Ideen für Veränderung zu entwickeln und sich an deren Umsetzung zu beteiligen.

*Inwieweit sind Blockade oder Experiment geeignete Strategien, um sich persönlich für Veränderung zu engagieren? Überzeugend legte der Impulsgeber dar, dass nicht die Protestform allein den Erfolg bestimmt, sondern das Zusammenspiel aus Akteur*innen, Strategie und Rahmenbedingungen. Etwas Bestehendes zu verteidigen sei dabei einfacher, als etwas Neues zu erwirken, gute gesellschaftliche Vernetzung, politische Kontakte und Ressourcen sind ebenfalls hilfreich. Auch hier ist die Umsetzung der Knackpunkt: Blockaden können effektiv Alarmsignale senden, für eine kollektive Veränderung müssen aber Entscheidungen beeinflusst werden. Schwierigkeiten entstehen an diesem Übergang: Initiativen versanden nach erfolgreichen Pilotprojekten. Fehlende Führungsqualitäten oder Ressourcen können Gründe sein. Denn Zustimmung zu und Umsetzung von Veränderung*

muss organisiert werden. Wie können dafür Unbeteiligte, besser noch die, die zur Gegenseite tendieren, erreicht werden?

Die Diskussion schwingt zurück auf den Titel des Dialog-Cafés: Persönliche Veränderung. Positive Zukunftsszenarien für alle würden verlangen, dass Teile der Gesellschaft ihre Privilegien verlernen. Das könnte helfen, um Menschen, deren Krisenerfahrungen sich subjektiv stark unterscheiden, in einen Austausch über notwendige Veränderungen zu bringen. Die Runde endet mit einem Appell: Wer Veränderung will, muss diese auch ansprechen. Persönlich verändert haben die Teilnehmenden den Ablauf der drei Stunden und nehmen hoffentlich persönlich verändert Impulse daraus mit.

Das Dialog-Café „Persönlich verändert“ begleitete und resümierte Prof. Dr. Jana Friedrichsen (Universität zu Kiel).

Die Impulsgebenden waren:

Lucie Schock, Co-Lead des Projekts „10.000 Tage“ bei ProjectTogether

Leena Simon, Netzphilosophin und IT-Beraterin, Digitalcourage e.V.

Prof. Dr. Vincent August, Gastprofessor in Allgemeiner Soziologie und Kultursoziologie an der Humboldt-Universität Berlin

Moderation:

Dr. Kirsten Mensch, Wissenschaftliche Referentin, Schader-Stiftung



Luise Spieker und Luca Müller

Dialog-Café 4: Kommunal transformiert

„Nicht-demokratische und extremistische Kräfte halten Einzug in kommunale Gremien und wir müssen jetzt etwas tun“, so steigt Sven Tetzlaff in den Impuls für das erste Dialog Café zum Thema „Resiliente Verwaltung“ ein. Er will sensibilisieren für die Lage, in der wir sind, so der Leiter im Bereich Demokratie und Zusammenhalt der Körber-Stiftung in Hamburg. Der Historiker verantwortet Projekte, die sich mit der Stärkung der kommunalen Demokratie auseinandersetzen. Obstruktion der Gremienarbeit, Eskalationen in parlamentarischen Sitzungen oder eine Vergiftung der Gesprächskultur sind Beispiele, die schon jetzt die Demokratie auf kommunaler Ebene in Gefahr bringen. Die Zahl der Angriffe auf Mandatstragende nimmt zu. Wachsender Druck und gezielte Desinformationskampagnen schwächen das Vertrauen in Politik und Verwaltung.

Die kommunale Ebene als erste Verteidigungslinie der Demokratie

Doch was lässt sich dieser düsteren Skizze auf kommunaler Ebene entgegnen? Wie lassen sich demokratische Strukturen wieder stärken?

Sven Tetzlaff schlägt Reformen der kommunalen Verfassung vor, wie das wirksame und verpflichtende Prüfen der Verfassungstreue vor Beginn einer Amtstätigkeit. Weiterhin sollen Wahlen anfechtbar sein, wenn gewählte Personen verfassungsfeindlich agieren. Zuletzt fordert der Impulsgeber noch die Schulung im Umgang mit Desinformationen, um diesen wirksamer entgegentreten zu können. Sven Tetzlaff beendet seinen Impuls mit einem Appell. Man darf sich nicht der Illusion hingeben, dass populistische und demokratiefeindliche Personen aufgrund von Inkompetenz wieder aus Ämtern verschwinden werden. „Noch können wir die Kommunen schützen, indem wir entschlossene, präventive und strukturelle Maßnahmen ergreifen. Dazu benötigt es eine starke Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und kommunalen Akteuren, die gemeinsam die kommunale Ebene als Ort resilienten Zusammenhaltes für die Demokratie erhalten“ plädiert Tetzlaff.

Noch können wir die Kommunen schützen, indem wir entschlossene, präventive und strukturelle Maßnahmen ergreifen. Dazu benötigt es eine starke Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und kommunalen Akteuren, die gemeinsam die kommunale Ebene als Ort resilienten Zusammenhaltes für die Demokratie erhalten.

In der anschließenden Diskussion gehen die Teilnehmenden auf verschiedene Facetten des Impulses ein und berichten von eigenen Erfahrungen. Neben Erlebnissen mit Desinformationskampagnen, verbalen Angriffen oder dem Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Regionen. Kommunen, so eine Teilnehmerin, brauchen demnach eine bessere Ausstattung, um angemessen auf undemokratische Prozesse und Personen reagieren zu können. Sie brauchen auch finanzielle Spielräume, um Projekte nach gemeinschaftlicher Diskussion unmittelbar umsetzen zu können. Menschen auf kommunaler Ebene erleben, was Demokratie bewirken kann.

Geht es der Gemeinde gut, geht es auch den Bürger*innen gut

Wie gelingt eine sozial ökologische Transformation auf kommunaler Ebene? Wie erreicht das Thema Klimaschutz Bürger*innen? Der zweite Impuls des Dialogcafés bietet einen praktischen Einblick.

Rainer Zollner berichtet von seiner langjährigen Erfahrung aus der Gemeinde Allendorf (Eder). Der Impulsgeber ist dort seit 2013 Klimaschutzmanager, in gleicher Funktion bei der interkommunalen Arbeitsgemeinschaft Ederbergland. Zollner stellt dar, wie vor Ort ein integriertes Klimakonzept beschlossen und umgesetzt wurde. Er beschreibt den Alltag und die Aufgaben des Klimaschutzmanagers und wie sich diese seit Beginn seiner Tätigkeiten verändert haben. Ein Einzelkämpfer ist er früher gewesen. Kommunaler Klimaschutz war zu Beginn seiner Tätigkeit neu. Mit der Zeit konnte man aber Netzwerke ausbauen und sich austauschen, so Zollner. Dazu dient beispielsweise auch die Einbindung des Projekts „Governance der Gebäudemodernisierung in kleinen und mittleren hessischen Kommunen“ der Schader-Stiftung. Eine engagierte Diskussion entwickelt sich, als jemand einwirft, wie wichtig Kommunen als Zwischenebenen für Bottom-Up und Top-Down-Prozesse zur sozial-ökologischen Transformation sind. Dabei ist entscheidend, ob die Verwaltung bei solchen Prozessen mit gutem Beispiel voran geht. Es braucht Willen und Motivation, sonst bleibt ein politisches System immer träge, wie eine andere Teilnehmerin anmerkt. Wenn dann noch ein Maß gefunden wird, in dem auch Bürger*innen eingebunden werden, kann die kommunale Ebene zum Motor der Transformation werden.

Kommunen als Transformationstreiber

In der Theorie sind Kommunen wichtige Treiber der Transformation. Nur theoretisch? Praktisch auch, davon ist Prof. Dr. Frederike Edel überzeugt. In ihrer Funktion als Leiterin des Studienganges Public Management erzählt die Impulsgeberin aus der Zusammenarbeit mit interessierten Menschen, die für Jobs auf der kommunalen Ebene ausgebildet werden. Kommunen bieten eine hohe Jobsicherheit, bei gleichzeitiger Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Außerdem gibt es diverse Zusatzleistungen sowie flache Hierarchien. Ein attraktives Arbeitsumfeld ergänzt durch gesellschaftliche Relevanz und direkten Einfluss auf die demokratische Entwicklung im eigenen Umfeld – oder? Wieso bedarf es dann trotzdem hoher Motivation, um Menschen für diesen Berufsweg zu begeistern? Für die Teilnehmenden der Diskussionsrunde hat das vorrangig mit dem Ruf des Jobs zu tun, demzufolge Verwaltung als starre und womöglich auch sture Institution wahrgenommen wird. Ein Teilnehmer, selbst junger Verwaltungsmitarbeiter, schildert seinen Werdegang. Die Wahl auf die Ausbildung fiel eher aus pragmatischen Gründen. Mittlerweile hat der Beruf in ihm eine Leidenschaft entfacht, die er sich kaum in einem anderen Beruf vorstellen kann. Die Gemeinde bietet ein besonders vielfältiges Ausbildungsspektrum, und schaffte es dabei, intrinsisch sinnstiftend zu sein, ergänzt ein weiterer Teilnehmer. Die Gemeinde bietet „ein Ausbildungsspektrum, das so vielfältig gewesen ist, wie ich es in keinem anderen Ausbildungsberuf jemals gehört habe. Wenn man sich dann mit Gleichaltrigen austauscht, hört man oft: Oh, du machst ja was wirklich Wichtiges!“

Die Diskussion vereint viele der aufgezeigten Perspektiven der vorherigen Diskussionen: Die kommunale Ebene ist der Schlüssel für eine demokratische und nachhaltige Zukunft, sei es im Hinblick auf die Verteidigung einer wehrhaften Demokratie oder lokale Klimaschutzmaßnahmen. Wer also etwas verändern möchte und tatsächlichen Einfluss auf die Geschehnisse in seiner direkten Umgebung haben will, scheint mit einer Tätigkeit auf der kommunalen Ebene gut aufgehoben zu sein.

Die kommunale Ebene ist der Schlüssel für eine demokratische und nachhaltige Zukunft, sei es im Hinblick auf die Verteidigung einer wehrhaften Demokratie oder lokale Klimaschutzmaßnahmen.

Resümee zum Dialog-Café „Kommunal transformiert“:

Die Diskussionen in diesem Dialogcafé haben nicht nur besonders viele Gäste mitgestaltet, sie haben auch durchgehend die Überzeugung deutlich gemacht, dass die lokale Ebene ganz besonders wichtig für die Gestaltung und das Erleben der Demokratie und der sozialökologischen Transformation ist.

Blockade und verächtlichmachendes Vorführen der Demokratie sind Strategien, die schon länger auf dem Vormarsch sind. Es bedurfte einer Initiative aus der Zivilgesellschaft, um konsequent am Beispiel der parlamentarischen Institutionen und des Rechtswesens in Thüringen zu untersuchen, wie man in den Institutionen der Gewaltenteilung Resilienz gegen den „Umbau der Demokratie von Innen“ aufbauen muss. Die erste Diskussionsrunde hat aufgezeigt, dass auch die kommunale Ebene betroffen ist und aufmerksames Handeln geboten ist.

Die Kommunen und ihre Bürger sehen sich in der gleichen Situation, dass klimaschützende Maßnahmen für Immobilien, in der Mobilität und in der Wirtschaft dringend geboten, aber kostspielig, komplex und möglicherweise überfordernd sind. Gleichzeitig zeigen Untersuchungen, wie wichtig jungen Leuten eine sinnstiftende Arbeit und klimabewusstes Handeln ihrer Arbeit- und Auftraggeber ist. Hier könnten Kommunen gerade jungen Menschen Perspektiven bieten – wenn es ihnen gelingt, auch ihr Handeln und Entscheiden zu modernisieren und Klimaschutz nicht zu erneuten Bürokratie-Schüben führt.

Die Gesellschaftswissenschaften haben seit vierzig Jahren darauf hingewiesen, wie stark der demographische Wandel auf der Basis der einheimischen Bevölkerung ausfallen wird. Die Wirtschaft ist erst vor wenigen Jahren zu der Erkenntnis gekommen, dass Zuwanderung – und nicht nur Gastarbeiter-Status – dringend gebraucht wird, um Produktion, Erfindergeist und Dienstleistungen zu erhalten. Teile der Gesellschaft verweigern sich weiterhin. Auch in Projekten der Schader-Stiftung war dies durchgehend Thema und hat nichts Wesentliches geändert. Es fordert die Stiftung aber umso mehr heraus, den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis – hier auch der politischen Praxis im Handeln – und die Sichtbarkeit der Gesellschaftswissenschaften im gesellschaftlichen Diskurs weiter nach Kräften zu fördern.

Nach den drei Runden des Dialogcafés kann man sagen: Es kommt gerade mehr denn je auf Kommunen und Zivilgesellschaft an. Die Schader-Stiftung sollte beide Gruppen in ihren Partnerschaften weiter stärken.

*Das Dialog-Café „Kommunal transformiert“ begleitete und resümierte
Prof. Dr. Ursula Stein (Büro Stein Stadt- und Regionalplanung, Frankfurt am Main).*

Die Impulsgebenden waren:

Sven Tetzlaff, Leiter des Bereichs Demokratie und Zusammenhalt bei der Körber-Stiftung

*Rainer Zollner, Klimaschutzmanager der interkommunalen Arbeitsgemeinschaft
Ederbergland*

Prof. Dr. Friederike Edel, Professorin für Public Management an der Hochschule Darmstadt

Moderation: Luise Spieker, Wissenschaftliche Referentin, Schader-Stiftung



Benjamin Stahl und Kristin Sieverdingbeck

Dialog-Café 5: Wissenschaftlich reformiert

Zwischen Eigenantrieb und äußeren Zwängen

Inwieweit sind Forschung und Lehre von Wissenschaftler*innen selbstbestimmt und wie stark sind sie von inneren und äußeren Faktoren getrieben? Man kann die Frage aus zwei Blickwinkeln betrachten: ausgehend von der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft oder von der Vergesellschaftung der Wissenschaft. Die Kommunikationswissenschaftlerin Birte Fähnrich verweist auf frühere Entwicklungen, wie die Ausdehnung der Mitbestimmung im hochschulpolitischen Kontext durch die 68er-Bewegung und die Veränderung der „Hochschulgovernance“ samt der daraus folgenden „Third Mission“ der Universitäten, die neben Forschung und Lehre auch gesellschaftliche Verantwortungsübernahme fordert. Beides ging mit weitreichenden strukturellen Veränderungen einher.

Tatsächlich, so wird betont, bauen äußere Einflüsse, etwa die Abhängigkeit der Forschung von Förderbedingungen oder die Bedeutung von Metriken zur Messung der Leistung wissenschaftlicher Tätigkeiten, Druck auf und schränken die Forschungsfreiheit ein. Kann sich die Wissenschaft von übermäßigem Einfluss befreien und gleichzeitig gesellschaftlich relevant bleiben? Mit der Frage greift das Dialog-Café ein Themenfeld auf, dass auf der Tagung „Die ewige Suche nach der Praxis“ im Mai 2024 in der Stiftung diskutiert und im vorliegenden Jahrbuch im Beitrag von Jessica Nuske auf S. XY reflektiert wird. Weitreichende Reflexionen des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses und die Vertiefung von interdisziplinärem Austausch können entscheidende Beiträge zur Überwindung dieses Dilemmas liefern.

Verantwortung und Gemeinwohlorientierung

Die Verantwortung der Wissenschaft und ihre Rolle für das Gemeinwohl prägen die Diskussionen im Dialog-Café an verschiedenen Stellen. Matthias Mayer, Leiter des Bereichs Wissenschaft bei der Hamburger Körber-Stiftung, stellt in seinem Impuls klar, wie die Wissenschaft nicht nur Probleme lösen, sondern auch neue Fragen aufwerfen muss, um ihre Innovationskraft zu bewahren. Eine Wissenschaft, die sich ausschließlich als Problemlöserin versteht, läuft Gefahr, ihre Unabhängigkeit zu verlieren: „Erkenntnis und Normativität sind in der modernen Gesellschaft auseinandergetreten und das ist auch gut so. Aus dem Sein folgt kein Sollen, denn politische Legitimität ist an Mehrheiten und nicht an Wahrheiten geknüpft.“

Erkenntnis und Normativität sind in der modernen Gesellschaft auseinandergetreten und das ist auch gut so. Aus dem Sein folgt kein Sollen, denn politische Legitimität ist an Mehrheiten und nicht an Wahrheiten geknüpft.

Birte Fähnrich macht darauf aufmerksam, dass gegenwärtig vor allem globale Krisen die Wissenschaft stärker herausfordern und diese ungewollt in neue politische Arenen drängen. Wissenschaft soll auf der einen Seite gemeinwohldienlich sein, auf der anderen Seite muss sie aufpassen, nicht zu einer reinen Dienstleisterin zu werden. Daher sollte die Aufgabe der Übertragung von Erkenntnissen auf Anwendungsfelder oder auf gesellschaftliche Problemlagen nicht ausschließlich bei der Wissenschaft liegen. Hier ist die Rolle der Medien wichtig, die eine Vermittlerfunktion für wissenschaftliche Erkenntnisse übernehmen sollten. Dabei darf man jedoch deren Effekt nicht unterschätzen. Oftmals kommt es in medialen Berichten zu verkürzten oder verdrehten Aussagen von Wissenschaftler*innen, sodass diese sich immer häufiger lediglich über Kommunikationsmanager*innen in die Öffentlichkeit wagen.

Der Einfluss der Künstlichen Intelligenz

Künstliche Intelligenz (KI) verändert Wissenschaft und wirft diverse ethische sowie methodische Fragen auf. KI besitzt beeindruckende analytische Möglichkeiten und kann Potentiale ausschöpfen, die menschliche Fähigkeiten bei weitem übertreffen. Das hat Auswirkungen auf die Forschungsprozesse der Zukunft. Wo kann oder muss Wissenschaft eine Grenze bei der Verarbeitung und Nutzung riesiger Datenmengen setzen? Große Tech-Unternehmen haben im Vergleich zur hochschulbasierten Forschung deutlich mehr Freiheiten und Möglichkeiten, KI einzusetzen. Wie sehr sollten sich Wissenschaftsinstitutionen an diese Entwicklungen anpassen, um nicht den Anschluss an entscheidende Fortschritte zu verlieren?

KI liefert keine echten Schlussfolgerungen, sondern analysiert lediglich große Datenmuster. Zudem darf die Technologie keinesfalls als objektiver Entscheidungsmechanismus verstanden werden, da sie in Wirklichkeit durch menschliche Programmierung und Vorurteile geprägt ist. Deshalb werden in der Diskussion Forderungen nach stärkeren Regulierungen und ethischen Richtlinien für den Einsatz von KI in der Wissenschaft laut. Wissenschaftler*innen, so ein Vorschlag, sollten sich aktiver an der Entwicklung von Standards beteiligen, um langfristig die Kontrolle über die Nutzung und Weiterentwicklung der KI zu sichern.

Die genannten Herausforderungen verdeutlichen, wie wichtig Zusammenarbeit bei der verantwortungsvollen Gestaltung technologiegetriebener Transformationen ist. Genau diese Notwendigkeit betont auch die transformative und transdisziplinäre Forschung, die Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme sucht.

Transdisziplinarität und transformative Ansätze

Franziska Stelzer, Senior Researcherin am Wuppertal Institut, rückt mit ihrem Impulsbeitrag die Relevanz transdisziplinärer und transformativer Forschung in den Fokus. Tragende Pfeiler dabei, nämlich Reallabore, dienen als Plattformen, auf denen Wissenschaft und Gesellschaft gemeinsam praxisnahe Lösungen entwickeln. Diese Art der Forschung folgt normativen Leitideen, um die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Damit die Ansätze erfolgreich sein können, ist gegenseitiges Vertrauen und die Begegnung aller Beteiligten auf Augenhöhe vonnöten. Auf diese Weise kann Wissenschaft als Initiatorin von Wandel agieren, so die Impulsgeberin.

Transdisziplinäre und transformative Forschung ist wichtig, um Gebiete und Themen abzudecken, die durch herkömmliche Forschungssystematiken nicht erreicht werden. „In Zeiten multipler Krisen ist es erforderlich, in verschiedenen Disziplinen zusammenzuarbeiten, denn ein*e Wissenschaftler*in allein kann die Klimakrise nicht lösen.“ Dennoch bringen diese Varianten der Forschungspraxis Herausforderungen mit sich. Welche Legitimität haben Reallabore, wenn bestimmte gesellschaftliche Gruppen nicht erreicht werden, man somit in Filterblasen feststeckt? Wie schafft man Anreize, damit der Stellenwert der transformativen Forschung in der wissenschaftlichen Community erhöht wird? Bessere Förderinstrumente und Workshops zur Vermittlung transdisziplinärer Forschungsmethoden könnten diesen Hindernissen erfolgreich begegnen.

*In Zeiten multipler Krisen ist es erforderlich, in verschiedenen Disziplinen zusammenzuarbeiten, denn ein*e Wissenschaftler*in allein kann die Klimakrise nicht lösen.*

Resümee zum Dialog-Café „Wissenschaftlich reformiert“

Ein allgemeiner Konsens konnte zum einen dahingehend ausgelotet werden, dass sich „die Wissenschaft“ trotz aller (berechtigten!) Trends in Richtung inter- und transdisziplinärer Forschung vor disziplinären Zwangshochzeiten in Acht nehmen sollte. So nötig ein Blick über den eigenen disziplinären Tellerrand auch ist, um die großen und komplexen Herausforderungen unserer Zeit wissenschaftlich angemessen zu erfassen, so sehr erweist man ernsthaften Lösungsbestrebungen einen Bärendienst, wenn sich die Disziplinen trendheischend ohne echte gemeinsame Arbeitsgrundlage verbinden.

Zum anderen war man sich darüber einig, dass Wissenschaft frei sein muss und sich ihr Wert nicht allein im Nutzen für bestimmte Akteure oder die Gesellschaft im Allgemeinen messen lässt. Aus der Freiheit der Wissenschaft folgt aber die Verantwortung, dass sich Wissenschaft in ihrer Freiheit selbst an gesellschaftliches Wohl rückbindet. Letzteres muss konkretisiert werden, etwa die Erforschung und Evaluation von Maßnahmen zu mehr Gesundheit, Frieden oder Effizienz als Beitrag zum Gemeinwohl.

In der ersten Session mit dem Titel „Wissenschaft als Getriebene von Veränderung“ zeigten sich Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Fremdeinfluss und Selbstgetriebenheit. Ein Zuwachs von Quantifizierung und Metriken in der Beurteilung wissenschaftlicher Produktivität wurde kritisch beäugt.

*„Wissenschaft als Treiberin von Veränderung“ war das Thema der zweiten Session, die ein kritisches Spotlight auf Platons Idee des Philosophenkönigs (zukünftig verkörpert durch KI?) und die Rolle von Expert*innen warf. Zu Recht wurde darauf hingewiesen, dass das Getrieben-Sein in Form von An- und Umgetrieben-Sein wichtiger Motivator für Fortschritt und notwendigen Wandel sein kann. Auch kam die Frage auf, ob das Wissenschaftssystem durch institutionelle Strukturen überhaupt gewappnet ist, die großen Transformationsherausforderungen der Gesellschaft bearbeiten zu können.*

Transformative und transdisziplinäre Forschung war Thema der dritten Session. Unter dem Motto „Wissenschaft in der Veränderung“ diskutierte die Runde die Fähigkeiten der Wissenschaft zur Reflexion und Veränderung. Es ging um Reallaborforschung sowie das Für und Wider von Citizen Science. Oftmals bildet bei derartiger Forschung die nachhaltige Entwicklung den normativen Rahmen. Kritische Rückfragen richteten sich auf die Legitimität der partizipativen Verfahren ebenso wie auf die mangelnde Verankerung von notwendigen Kompetenzen für transformative Forschung in Lehre und Ausbildung.

Das Dialog-Café „Wissenschaftlich reformiert“ begleiteten und resümierten Prof. Dr. Roger Häußling (RWTH Aachen) und Maximilian Bertamini (Ruhr Universität Bochum).

Die Impulsgebenden waren:

PD Dr. Birte Fähnrich, Privatdozentin am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin Matthias Mayer, Leiter des Bereichs Wissenschaft der Körber-Stiftung

Dr. Franziska Stelzer, Senior Researcherin am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH

Moderation:

Benjamin Stehl, Studentischer Mitarbeiter, Schader-Stiftung



Dennis Weis und Nora Simon

Dialog-Café 6: Kulturell repräsentiert

Kulturpolitik als Taktgeberin des Wandels

„Verwaltungen sind nicht Transporteure des Wandels, sie bewahren den Ist-Zustand.“ Der Überzeugung ist Julian Urban vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (HMWK), der sich mit der Frage auseinandersetzte, ob Kulturpolitik Taktgeberin des Wandels sein kann. Kultur ist nicht gleich Kulturpolitik, letzter darf dem Kulturbetrieb keine Impulse geben und ist somit das Gegenteil von Wandel. Das Land, so Urban, sieht sich eher in einer Ermöglicher-Rolle, um Kultur in Breite und Fläche zu ermöglichen. Dazu werden drei zentrale Thesen zur Diskussion gestellt.

Strukturen und Veränderungen in der Kulturpolitik

Es gibt, so die erste These von Julian Urban, zwei Arten von Kulturpolitik: Die, die in den Parlamenten entschieden wird und die, die in Kultureinrichtungen gelebt wird. Beide seien ungleichzeitig. Und das sei auch gut so.

Für das Plenum aus Kulturschaffenden und Wissenschaftler*innen besteht die Rolle der Kulturpolitik darin, Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die Kultur ermöglichen. Kultureinrichtungen sollen möglichst frei in der Programmgestaltung sein, jedoch endet die Kunstfreiheit mit dem Budget. Wenn Häuser experimentieren, kann es sein, dass der Deckungsbeitrag sinkt: „47 Prozent der Befragten werden von einem innovativen Spielplan angezogen, 46 Prozent kommen dann nie wieder.“

Unterschiede in der Finanzierung werden in der Art der Kulturinstitution deutlich. Vor allem freie Initiativen stoßen immer wieder an die Grenzen der Existenzgrundlage. Letztendlich geht es in der staatlichen Kulturpolitik um Macht und Verteilungsproblematiken von Ressourcen, vor allem von Geld. Daraus leitet sich ein Gegenargument der Beteiligten ab, da Kulturpolitik nicht passiv bleiben sollte, sondern durch Verteilung durchaus gestalten und eigene Akzente setzen kann. Die Alternative ist die Lostrommel.

Die zweite These besagt laut Urban, dass Politik und Verwaltung in einer Demokratie für Veränderungen nur den Spielraum haben, den die Gesellschaft ihnen zubilligt

Kulturpolitik hat nur die Priorität, die ihr Wähler*innen einräumen. Auch wenn die Rahmenbedingungen für Kulturschaffende oftmals verbesserungswürdig erscheinen, dürfen diese Verbesserungen nicht zu einer Preis- oder Subventionsexpansion führen, die außerhalb der Parlamente von den Bürgerinnen und Bürgern nicht mitgetragen wird. Die Dynamik des Kulturbereichs unterscheidet sich zudem von der Status Quo-Orientierung der Gesellschaft. Gerade im Hinblick auf die kulturellen Bedürfnisse von Menschen mit Migrationsbiografie spiegelt sich dieses Spannungsfeld wider. Kultur an der Gesellschaft vorbei ist eine Auswirkung, die sich aus der Diskussion herauskristallisiert.

Veränderungen, so lautet schließlich These 3, bilden sich in der Kulturpolitik langsamer ab als in gesellschaftlichen Bereichen

Kulturpolitik bewegt sich zwischen Veränderung und Tradition. Oftmals wird der Rolle von Kunst in Transformationsprozessen mehr Bedeutung zugewiesen, als vorhanden ist. Transformation entscheidet sich, so der Hinweis innerhalb des Dialog-Cafés mit Bezug auf Uwe Schneidewinds Keynote, im kulturell-institutionellen Kontext. Wenn sich Veränderungen in der Kulturpolitik langsamer als in anderen gesellschaftlichen Bereichen abbilden lassen, wäre dies für die Transformation fatal. Doch das, so der Impulsgebende Julian Urban, ist nicht in erster Linie Sinn rationaler Kulturpolitik. Kultur soll unabhängig und frei in ihrem Schaffen sein. Deswegen soll die Kulturförderung nicht eingreifen. Ist Kulturpolitik also Taktgeberin von Veränderung? Nein, denn Verwaltungen sind keine Transporteure des Wandels, sondern Verwaltungen des gesellschaftlich normierten Status Quo, den sie umsetzen und transportieren.

Diversität färbt ab – die Kontakthypothese in der Kultur

Wie würde sich ein Wandel der Narrative und Darstellungen in Kulturbetrieben denn auf die Gesellschaft eines Einwanderungslandes auswirken? „Nach der Ankunft im neuen Land beginnt die Akkulturation, der Prozess der psychologischen Anpassung. Darunter wird ein psychologischer Veränderungsprozess verstanden, der infolge eines interkulturellen Kontaktes zwischen kulturell unterschiedlichen Personen oder Gruppen auftritt“, so die Impulsgeberin Deborah Maehler vom GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Akkulturation umfasst die Veränderung auf mehreren Ebenen. Besonders stark ist die Ebene der Identität, die Veränderung auf dieser Ebene ist tiefgreifend und langwierig. Der Aufbau sozialer Beziehungen und persönlicher Kontakte mit Menschen und Werten des Ankunftslandes ist wesentlich für den Akkulturationsprozess, der bidirektional verläuft.

Der Kulturbereich ist ein Ort, der eine identitätsstiftende Transformation in Gang setzen kann, nicht nur bei Migrant*innen, sondern bei allen Menschen, die in Deutschland leben. Dabei ist keine Linearität zu erwarten. Jede*r hat mehrere Identitäten, die in unterschiedlichen Kontexten relevant sind. Kontakte können hierbei Verständnis fördern.

Die Sichtbarkeit in der Migrationsgesellschaft

Wie werden Migrant*innen von der Gesellschaft aufgenommen? Obwohl Einigkeit darüber herrscht, dass es sich um einen wechselseitigen Prozess handelt, wird aus soziologischer Perspektive eingeworfen, dass es einen hohen Anpassungsdruck an Migrant*innen gibt, sich kulturell einzufügen: „Das ist schon eine krasse Erwartungshaltung!“.

Nun wächst in den vergangenen Jahren die Sichtbarkeit von Zuwanderer*innen. Dies zieht eine unmittelbare Auseinandersetzung mit dem Fremden nach sich, weshalb die Kontakthypothese hier relevant wird. Die Wahrnehmung von Migration hat sich geändert, in der Vergangenheit war sie eher – bewusst oder unbewusst – still. Kontakt muss natürlich nicht positiv sein, er kann durchaus Ablehnung nach sich ziehen. Er bewirkt jedoch etwas in den sich Begegnenden.

Die politische Konkretion der Frage, wie Kontakt hergestellt werden kann, muss aus der Politik kommen. Hierbei werden vor allem die Bereiche Kulturpolitik und Bildung relevant. Ein Kulturprogramm, das verschiedene Perspektiven zu Teilhabe einlädt. Oder ein Schulsystem, in dem die Durchmischung bestimmter Gruppen gewollt ist. Gerade für Kinder wäre dieser Kontakt wichtig. Auch Deborah Maehler hatte darüber gesprochen, dass Schulen für Kinder sehr identitätsstiftend sind.

Die Gesellschaft verändert sich

Warum diese Kontakte häufig nicht stattfinden, auch in einer mehrheitlich diversen Stadtgesellschaft wie Darmstadt, zeigt sich in Machtgefällen. Mit Privilegien ausgestattete Teile der Gesellschaft haben die Hoheit zu definieren, in welche Richtung Integration zu verlaufen hat. Diese Teile scheinen sich gerade zu verändern, so eine Teilnehmerin. Die Dominanzgesellschaft besteht heute aus diverseren Menschen, die sich dort einmischen, wo sie früher nicht sichtbar waren.

Ein Teilnehmer berichtet aus der Netzwerkforschung, in der die Idee des Wissensgefälles zwischen unterschiedlichen Gruppen diskutiert wird. Das sorgt für eine hohe Innovationskraft. Er resümiert, dass keine Assimilation und Auflösung dieses Gefälles zu befürworten ist, um die gesellschaftliche Innovationskraft zu behalten. Woher kommen Innovationen? Sie entstehen immer zwischen den Disziplinen. Auch das ist auf die Kraft der Kontakthypothese übertragbar. Sie wirkt da, wo Sichtbarkeit gesteigert werden kann – sowohl für Verständnis wie auch für Ablehnung. Trotzdem, so das Fazit der gemeinsamen Sessions, ist der Mut für weitere Begegnungen in Alltagskultur wie im Kulturbereich elementar bei der Weiterentwicklung einer resilienten pluralen Gesellschaft eines Einwanderungslandes, das Deutschland lange schon ist.

Resümée zum Dialog-Café „Kulturell Repräsentiert“

Das Dialog-Café 6 „Kulturell Repräsentiert“ beleuchtete die Vielschichtigkeit des Kulturbegriffs und die damit einhergehenden Konsequenzen. Zum einen (Impuls von Julian Urban) wurde Kultur dabei als geistige, künstlerische, gestaltende Leistungen von künstlerisch Tätigen verstanden (z.B. in Kulturzentren, Ausstellungen und Vorführungen), zum anderen (Impuls von Débora Maehler) als Bedeutungs- und Informationssystem, das von einer Gruppe geteilt und über Generationen hinweg weitergegeben wird (z.B. die deutsche Kultur). Beide Begriffe scheinen auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun zu haben: Während Kultur im Kunstbetrieb schnelllebig, innovativ und durch Diskontinuität von Traditionen und Konventionen gekennzeichnet ist, steht der Kulturbegriff in ethnologischen oder kulturvergleichenden Arbeiten der zweiten Definition für mehr Stabilität und Kontinuität – teilweise über Generationen hinweg. Beide Begriffe zusammengenommen konnten im Dialog-Café dann aber gut erklären wie kultureller und sozialer Wandel auf gesellschaftlicher Ebene durch den Kunstbetrieb repräsentiert und vorangetrieben wird. Es wurde deutlich, dass Ausstellungen, Theateraufführungen oder literarische Beiträge nicht nur aufzeigen, welche Diskurse gesellschaftlich geführt werden, sondern diese Diskurse verstärken und in die Breite der Gesellschaft tragen können. So besteht die Möglichkeit mittel- und langfristig geteilte Normen und Werte einer Gesellschaft nachhaltig zu verändern und an neue Gegebenheiten und Notwendigkeiten anzupassen. Diese Betrachtungsweise zieht na-

türlich fundamentale Fragen nach sich: Inwieweit wollen oder sollen Finanzierungsmodelle und Vergabepraktiken im Kulturbetrieb Einfluss auf Veränderungen gesamtgesellschaftlicher Werte und Normen nehmen? Sollte man diesen Einfluss minimieren (z.B. durch Verlosung von Fördergeldern) und wie kann man dann sicherstellen, dass Kunst dann nicht gesellschaftliche Werte und Grundrechte fundamental verletzt (z.B. durch Förderung von Antisemitismus). Gleichzeitig stellt sich die Frage, was gesellschaftlich geteilte (deutsche) Werte und Normen sind? Wer ist in diesem Zusammenhang Teil dieser (deutschen) Gruppe? Reicht es aus, die gleichen Werte und Normen zu vertreten und welche Abweichungen in diesen Werten und Normen werden bei wem noch akzeptiert? Müssen trotzdem auch andere Charakteristiken (z.B. Abstammung) erfüllt sein, um zu einer kulturellen Gruppe dazu zu gehören? Zusammenfassend konnten die beiden Dialog-Cafés sehr schön herausarbeiten, wie der Kulturbetrieb gesamtgesellschaftliche Normen und Werte verändern kann, aber von diesen eben auch geprägt wird – es bleibt alles anders.

Das Dialog-Café „Kulturell Repräsentiert“ begleitete und resümierte Prof. Dr. Peter Titzmann (Universität Hannover).

Die Impulsgebenden waren:

Julian Urban, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Dr. Débora Maehler, Gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Moderation:

Dennis Weis, Wissenschaftlicher Referent, Schader-Stiftung

5

Biogramme der Teilnehmenden



Prof. Dr. Vincent August, geboren 1988, ist seit Oktober 2023 Gastprofessor für Allgemeine Soziologie und Kulturosoziologie an der Humboldt-Universität Berlin (HU). Er studierte Sozialwissenschaften und promovierte in Politikwissenschaft. August forschte und lehrte in den vergangenen Jahren an zahlreichen Fakultäten im In- und Ausland, darunter der University of California, Berkeley, USA, und am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin. Neben seiner Gastprofessur leitet er aktuell die Forschungsgruppe „Ökologische Konflikte“ an der Universität Erfurt und HU Berlin.



Andrea Bartl, geboren 1970, ist seit 2018 Kaufmännische Geschäftsführerin der Stiftung Lesen in Mainz. Sie studierte Betriebswirtschaft an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht, an der École Supérieure de Commerce de La Rochelle und an der University of California, Berkeley. Von 2007 bis 2017 war Bartl Geschäftsführerin der START-Stiftung gGmbH, ein Stipendienprogramm der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung für engagierte Jugendliche mit Migrationshintergrund. Bartl ist seit 2019 Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung, seit 2022 als dessen Vorsitzende.



Dr. Klaus Bartl war von 2002 bis 2023 Geschäftsführer und Sprecher des diakonischen Unternehmens Mission Leben. Er verantwortete die Bereiche Unternehmensentwicklung, Personal und soziale Innovation. Der Theologe war zuvor als Gemeindepfarrer, Referent des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie als Unternehmensberater tätig. Seit seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 2023 ist er u.a. als Kuratoriumsvorsitzender der Evangelischen Hochschule Darmstadt engagiert.



Prof. Dr. Volker Beck, geboren 1957, ist Professor an der Hochschule Darmstadt und als Psychotherapeut tätig. Er schloss 1987 sein Studium der Philosophie und Psychologie in Frankfurt und Gießen ab, erwarb Zusatzqualifikationen und erhielt 1999 die Approbation als Psychologischer Psychotherapeut. Als Psychoonkologe und als Leiter des Bereichs Krebsprävention war er von 1988 bis 2007 bei der Deutschen Krebsgesellschaft e.V. tätig. Seitdem lehrt er an der Hochschule Darmstadt im Fachbereich Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Psychoonkologie, Sozialmedizin und Sexueller Missbrauch.



Gabriele Beckers, geboren 1949, ist freiberufliche Beraterin, Moderatorin, Organisationsentwicklerin und Fundraiserin. Sie war bis 2015 hauptamtliche Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale Hessen, führte methodische und inhaltliche Seminare zu Beratungsmethodik und Kommunikationstechniken durch und beteiligte sich an Projekten im europäischen Ausland. Aktuell ist Beckers Vorstandsvorsitzende der gemeinnützigen Stiftung Hofgut Oberfeld und gewähltes Mitglied für Bündnis 90 / Die Grünen in der „Interessenvertretung älterer Menschen“ in Darmstadt.



Jakob Beckhausen, geboren 2001, leitet das Bauamt der Gemeinde Fischbachtal im hessischen Odenwald. Er hat von 2017 bis 2020 eine Ausbildung als Verwaltungsfachangestellter bei der Gemeinde Fischbachtal absolviert. Zunächst arbeitete er bis Anfang 2021 bei der Gemeinde Fränkisch-Crumbach. Mittlerweile arbeitet er wieder bei der Gemeinde Fischbachtal und vertritt diese seit 2023 als Modellkommune im Projekt „Governance der Gebäudemodernisierung in kleinen und mittleren hessischen Städten“ der Schader-Stiftung. Aktuell nimmt er an der Fortbildung zum Verwaltungsfachwirt teil.



Dr. Joachim Beerhorst, geboren 1954, war Leiter des Ressorts Personalentwicklung / Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche beim Vorstand der Gewerkschaft IG Metall. Er hat eine kaufmännische Ausbildung und ein Studium der Sozialwissenschaften abgeschlossen und war in der betrieblichen Interessenvertretung tätig. Fünf Jahre war Beerhorst Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter an der Universität Hannover und drei Jahre hauptberuflich an der Europäischen Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main, wo er auch gegenwärtig lehrt.



Prof. Dr. Dagmar Beinzger, geboren 1956, ist seit 2019 Vorsitzende des Instituts für familiäre und öffentliche Bildung, Beratung, Betreuung e.V. (ifoebb) am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe-Universität in Frankfurt. Bis August 2024 war sie Professorin an der Hochschule Esslingen. Sie studierte Erziehungswissenschaften, Soziologie und Psychologie an der Goethe-Universität Frankfurt, sowie Medienwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind gesellschaftspolitische Fragen zu (Alters-)Armut und zum Diskurs demographischer Zukunftsbilder.



Thomas Bellmer, geboren 1981, ist Rechtsanwalt und seit 2018 als Hauptgeschäftsführer für Haus & Grund Darmstadt e. V. tätig. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main qualifizierte er sich 2016 zum Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht. Bellmer war als Unternehmens- und Personalberater, Human Resources Manager in der IT-Branche und sowohl selbstständig als auch in Anstellung als Rechtsanwalt tätig, bevor er 2016 Rechtsberater und interner Datenschutzbeauftragter bei Haus & Grund Frankfurt a. M. wurde.



Prof. Dr. Michèle Bernhard, geboren 1984, ist seit 2023 Professorin für Politische Soziologie an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl. Zuvor war sie bei der IHK Darmstadt Rhein Main Neckar tätig. Bis 2022 war Bernhard Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“, von 2013 bis 2019 Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg. Sie studierte Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt und promovierte zum Thema Eigenlogik der Städte.



Maximilian Bertamini, geboren 1993, ist Dozent und Doktorand am Institut für Friedenssicherungsrecht und humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum und Rechtsreferendar am Landgericht Bochum. Die Schwerpunkte seiner rechtswissenschaftlichen Arbeit liegen auf der völkerrechtlichen Grundlagenforschung und dem internationalen Weltraumrecht. Er engagiert sich zudem im Rahmen von ApplicAid für die Vermittlung von Stipendien an Studierende und setzt sich mit der Zukunft der juristischen Ausbildung auseinander. Bertamini gehört seit 2023 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Dr.-Ing. Susanne Bieker, geboren 1976, ist seit 2018 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Geschäftsfeld „Wasserwirtschaft“ des Bereichs Nachhaltigkeit und Infrastruktursysteme am Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung ISI und leitet das Querschnittsthema „Transformations- und Innovationssysteme urbaner Räume“. Die studierte Raumplanerin promovierte am Institut IWAR der Technischen Universität Darmstadt im Kontext nachhaltiger Infrastrukturentwicklung und war danach politikberatend für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) tätig.



Christian Bihn, geboren 1994, ist Kulturmanager und unter anderem freiberuflich für das Historische Museum Frankfurt und das Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim tätig. Er studierte Geschichte, Philosophie und Bildungswissenschaften in Mainz. Bihn engagiert sich kulturschaffend in seiner Heimatstadt Rüsselsheim und realisiert Veranstaltungen, Kunst und Kultur. Er ist Co-Host des lokalen Podcasts „Steilzeit“, Projektleiter des „Bel R! Festivals“ und Vorsitzender des Vereins „sturmfrei e.V.“ für die junge Kunst- und Kulturszene Rüsselsheims.



Dr. Bettina Bohle, geboren 1981, leitet seit März 2024 das Jazzinstitut Darmstadt. Darüber hinaus ist sie Lehrbeauftragte an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Frankfurt und der Stiftung Universität Hildesheim. Sie studierte unter anderem Musik/Musikwissenschaft und promovierte 2014 an der Freien Universität Berlin. Bohle war mehrere Jahre als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an diversen deutschen Universitäten und in Verbänden zur Interessenvertretung von Akteur*innen im Bereich Jazz und Improvisierte Musik tätig. Aktuell ist sie eine Sprecherin der Bundeskonferenz Jazz.



Dr. Bettina Brohmann war von 1987 bis 2023 Projektleiterin und Senior Researcher am Öko-Institut e.V. in Darmstadt, mit Schwerpunkten in den Bereichen Partizipation, Konsum- und Transformationsforschung sowie sozialer Aspekte der Energie- und Klimapolitik. Von 2010 bis 2012 leitete sie den Bereich „Energie und Klimaschutz“ und koordinierte seit 2012 transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung. Ihre Arbeit umfasste die Bewertung von Instrumenten für nachhaltigen Konsum, internationale Energiepolitik und die Evaluation von Modellprojekten zur Energieeffizienz und Beteiligungsverfahren.



Prof. Dr. Tanja Brühl, geboren 1969, ist seit 2019 Präsidentin der TU Darmstadt. Sie studierte Biologie und Sozialkunde auf Lehramt. 2002 promovierte sie im Fach Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt, wo sie anschließend als Juniorprofessorin und von 2007 bis 2019 als Professorin für Politikwissenschaft tätig war, von 2012 bis 2018 zudem als Vizepräsidentin für Studium und Lehre. Brühl ist u.a. Präsidentin der Europäischen Universitätsallianz Unitel, Co-Vorsitzende des Forums #Zukunftstrategie zu Forschung und Innovation der Bundesregierung und Mitglied im Zukunftsrat des Bundeskanzlers.



Dr. Karin Bugow, geboren 1991, forscht am Zentrum für Nachhaltige Wirtschafts- und Unternehmenspolitik (ZNWU) der Hochschule Darmstadt. Sie absolvierte ihren Bachelor in Staatswissenschaften an der Universität Passau und schloss einen Master in International Relations an der Universität Bremen ab. 2021 wurde sie dort in internationaler Geschichte promoviert und ist seither an der Hochschule Darmstadt als Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Postdoktorandin beschäftigt.



Christiane Busch, geboren 1970, ist seit 2024 Referentin für Fundraising und Stiftung in der Stiftung Nieder Ramstädter Diakonie (NRD). Sie studierte Sozialpädagogik an der Fachhochschule Darmstadt und Management in Social Organisations an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Ab 1994 arbeitete sie als Bezirkssozialarbeiterin im Jugendamt Worms, seit 1998 ist sie Mitarbeiterin der NRD in verschiedenen Funktionen, unter anderem in der Regionalleitung Darmstadt-Dieburg im Geschäftsbereich Kinder, Jugend und Familie. Zudem engagiert sie sich bei „Inklusion jetzt!“ der Aktion Mensch.



Prof. Dr. Rainer Danielzyk, geboren 1959, leitet seit 2010 die AG für Raumordnung und Regionalentwicklung an der Leibniz Universität Hannover. Er studierte an der Universität Münster. Nach Lehrtätigkeiten an den Universitäten Oldenburg (dort auch Promotion und Habilitation), Bremen, Wien und Dresden war er von 2001 bis 2013 Wissenschaftlicher Direktor des ILS-Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund. Danielzyk war von 2013 bis 2024 zudem Generalsekretär der ARL-Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover.



Heiko Depner, geboren 1983, ist seit 2013 geschäftsführender Gesellschafter der Darmstädter Kommunikationsagentur La Mina. Er studierte am Institut für Marketing und Kommunikation in Wiesbaden und lehrt an den Hochschulen Darmstadt, Ludwigshafen und Kehl. Außerdem engagiert er sich persönlich und professionell in sozialen Projekten, ist im Vorstand des Marketing Club Südhessen und des Vereins Unternehmer für Darmstadt sowie im Beirat des Darmstädter Hospizes tätig. Seit 2024 ist er Parteisprecher von Die Grünen Darmstadt sowie seit 2022 Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Thomas Döring, geboren 1963, hat seit 2011 die Professur für Politik und Institutionen mit dem Schwerpunkt Institutionenökonomik an der Hochschule Darmstadt (h_da) inne und ist Mitglied im Promotionszentrum Nachhaltigkeitswissenschaften der h_da. Zuvor war er von 2006 bis 2011 Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt öffentliche Finanzwirtschaft an der Fachhochschule Kärnten (Österreich). Döring studierte Soziologie sowie Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg.



Uta-Micaela Dürig, geboren 1964, ist Unternehmens- und Stiftungsberaterin, Dozentin und Autorin. Sie absolvierte ein Volontariat zur Tageszeitungsredakteurin, schloss ein Studium am Institut für Kommunikationswissenschaft & Publizistik in Berlin ab und hat einen Abschluss als Wirtschaftsmediatorin. 2015 wechselte sie in die Geschäftsführung der Robert Bosch Stiftung GmbH und war zuletzt Vorständin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Baden-Württemberg. Dürig hält diverse Aufsichtsratsmandate und ist Mitglied in den Kuratorien der Deutsche Bahn Stiftung sowie der Eva Mayr-Stihl Stiftung.



Susanne Ebert, geboren 1980, ist seit 2011 Leiterin der Schmid Stiftung, Heidelberg. Die Diplom-Erziehungswissenschaftlerin und systemische Beraterin verantwortet die Konzeption und Umsetzung der Angebote der Schmid Stiftung sowie die Kooperationen mit anderen Organisationen. Die Schmid Stiftung ist Kooperationspartnerin für die Darmstädter Tage der Transformation 2024 (DTdT24). Ebert gehört dem Lenkungskreis der DTdT24 an und moderierte bereits mehrere Veranstaltungen in der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Friederike Edel, geboren 1981, ist Professorin für Public Management und Leiterin des gleichnamigen Studiengangs an der Hochschule Darmstadt. Von 2015 bis 2019 war sie Professorin für Public- und Nonprofit Management an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin. Zwischen 2010 und 2014 war Friederike Edel in der Managementberatung im öffentlichen Sektor bei Prognos AG in Berlin tätig. Sie studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und promovierte an der Universität Potsdam.



Martina Eick arbeitet seit 2002 im Umweltbundesamt in der Abteilung Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien/Ressourcenschonung. Dort ist sie mit Themen wie lokaler Nachhaltigkeit und Transformation, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Kirchenreligionsgemeinschaften, anwendungsorientierte Partizipationsforschung, Suffizienzpolitik, bedarfsgerechte Förderkulisse, Umweltjournalismus und sozialer Zusammenhalt befasst. Eick absolvierte ein Studium der Politikwissenschaft und des Umweltschutzmanagements. Sie ist u. a. Mitglied im Ständigen Umweltausschuss des Kirchentages.



Dr. Jan Christoph Elfert, geboren 1986, ist Bereichsleiter der Unternehmensentwicklung der bauverein AG, Darmstadt. Der Bereich umfasst neben der Unternehmens- und Organisationsentwicklung auch die Datenanalyse, das Portfolio- und Innovationsmanagement sowie die Unternehmenskommunikation. Er studierte an der TU Chemnitz und der Goethe-Universität in Frankfurt Europäische Geschichte und Politische Theorie, promoviert wurde er 2017 an der TU Chemnitz.



Valeria Elsesser, geboren 1998, ist Studentische Mitarbeiterin der Schader-Stiftung, außerdem Studentische Hilfskraft im Bereich Wissenschaftskommunikation am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg. Aktuell schließt sie ihren Master in Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg ab. Im Frühjahr 2024 war sie bereits Studentische Mitarbeiterin der Schader-Stiftung und betreute die Schader-Residence sowie die Social-Media-Kanäle während der Darmstädter Tage der Transformation 2024.



Özlem Zahra Eren, geboren 1999, ist als Studentische Mitarbeiterin für die Vorstandsprojekte sowie den Großen und Kleinen Konvent der Schader-Stiftung zuständig. Darüber hinaus ist sie im Projektmanagement und für die wissenschaftliche Fachbibliothek tätig. Eren schloss den Bachelorstudiengang Soziologie mit dem Nebenfach Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt ab und studiert nun im Master Soziologie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Ihre Interessenschwerpunkte sind Fragen sozialer Ungleichheiten und Machtstrukturen sowie das Thema Menschenrechte.



PD Dr. Birte Fähnrich, geboren 1981, ist Privatdozentin am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsarbeit beschäftigt sich mit der öffentlichen Kommunikation von und über Wissenschaft. Vor ihrem Wechsel an das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) war sie an Wissenschaftseinrichtungen im In- und Ausland tätig, zuletzt als Koordinatorin einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zur Digitalisierung von Wissenschaftskommunikation an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.



Sebastian Fellner, geboren 1988, ist Partner bei der BCC Business Communications Consulting GmbH in Frankfurt am Main. Er verantwortet den Bereich Akzeptanzkommunikation und Stakeholdermanagement. BCC entwickelt Kommunikationslösungen und Kampagnen für die Themengebiete Stadtentwicklung, Energie, Mobilität und Klima. Von 2013 bis 2017 war er bei der Schader-Stiftung tätig.



Prof. Dr. Jana Friedrichsen, geboren 1983, ist seit 2022 Professorin für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsethik an der Universität Kiel. Nach ihrem Studium in Kiel promovierte sie an der Universität Mannheim und forschte als Postdoktorandin an der Humboldt-Universität zu Berlin, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW) Berlin. Sie forscht sowohl theoretisch als auch experimentell zu Verhalten und Erwartungen. Friedrichsen ist seit 2023 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Prof. Dr.-Ing. Birte Frommer, geboren 1974, ist Professorin für Raum- und Umweltmanagement an der Hochschule Darmstadt und dort neben den Aufgaben in der Lehre in verschiedenen Forschungsvorhaben zur Zukunftsorientierten Stadtentwicklung engagiert. Sie studierte Geographie, Geologie und Landschaftsplanung. Nach ihrer Promotion war sie unter anderem als Projektleiterin und als Wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Frommer ist Projektpartnerin der Schader-Stiftung im Verbundvorhaben „Governance der Gebäudemodernisierung in kleineren und mittleren hessischen Kommunen“.



Prof. Dr. Martin Führ, geboren 1958, ist Professor für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Rechtsvergleichung an der Hochschule Darmstadt (h_da). Nach seiner Tätigkeit im Öko-Institut e.V. hatte er die Professur „Rechtsfragen der Technikentwicklung“ an der Fachhochschule Fulda inne. An der h_da leitet er die Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia); seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem im Bereich des Verfassungs-, Umwelt und Technikrecht, im Wirtschaftsverwaltungsrecht sowie in der ökonomischen Analyse des Rechts und der Gesetzesfolgenabschätzung.



Dr. Gösta Gantner, geboren 1979, ist seit 2024 als Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung federführend für die Darmstädter Tage der Transformation verantwortlich. Zuvor lehrte und forschte er an der Max Planck School „Matter to Life“ an der Universität Heidelberg und war Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsgruppen zu ethischen, rechtlichen und sozialen Fragen der modernen Lebenswissenschaften. 2017 promovierte er an der Goethe-Universität Frankfurt im Fach Philosophie. Gantner engagiert sich in Projekten an den Schnittstellen von Kunst, Wissenschaft und Politik.



Dr. Jens Geisse, geboren 1983, ist seit 2019 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Qualifikationen in der Tutoriellen Lehre am Fachbereich Informatik der Technischen Universität Darmstadt zuständig. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Philosophie des Digitalen und der Informatik sowie in der interdisziplinären Zusammenarbeit in Forschung und Lehre. Geisse studierte Soziologie und Informatik in Freiburg, Marburg und Darmstadt und promovierte 2019 in Darmstadt im Bereich Technikphilosophie.



Alexander Gemeinhardt, geboren 1973, ist seit 2013 Geschäftsführender Vorstand und Direktor der Schader-Stiftung. Nach dem Studium in Sozialwesen und Sozialen Verhaltenswissenschaften war er ab 2000 Publizistischer Referent und Geschäftsführer des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim. Gemeinhardt gehört unter anderem der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung sowie dem Deutschen Werkbund an und moderiert den Runden Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt sowie das Stiftungsnetzwerk Südhessen.



Dr. Angelina Göb, geboren 1986, ist Co-Projektleiterin im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) am Standort Hannover und Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Sozial- und Kulturgeographie an der Leibniz Universität Hannover. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich des lokalen gesellschaftlichen Zusammenhalts mit Fokus auf Begegnungsorte und soziale Infrastrukturen. Als zweite Fellow der Schader-Stiftung verbrachte sie einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt auf dem Schader-Campus.



Lilith Grull, geboren 1992, ist Reporterin bei CORRECTIV.Europe. Sie studierte Rechts- sowie Kulturwissenschaften und absolvierte ihre Ausbildung an der Reportageschule in Reutlingen. In ihrer derzeitigen Position setzt sie datengetriebene Recherchen gemeinsam mit einem europaweiten Netzwerk aus lokalen Medienschaffenden um.



Rocío Guenther, geboren 1993, war von Oktober 2023 bis April 2024 die dritte Fellow der Schader-Residence. Sie studierte Political Science und im Master Public Administration an der University of Texas, San Antonio. Dort arbeitete sie als Redakteurin für den San Antonio Report und anschließend in verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung. Guenther war gleichzeitig von Juli 2023 bis August 2024 Bundeskanzler-Stipendiatin der Alexander von Humboldt Stiftung. Ihre Interessen im Fellowship bezogen sich auf Kommunalpolitik, Journalismus, Flucht und Migration sowie Immigration.



Albrecht Haag, geboren 1970, ist freier Fotograf und seit September 2024 Innovationsmanager beim GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung, Darmstadt. Er studierte Kommunikationsdesign, war als Projektleiter für die „RAY Fotografieprojekte Frankfurt/RheinMain“ und später als Mitarbeiter im Kunstforum der TU Darmstadt tätig. Haag ist Mitgründer und Leiter der Darmstädter Tage der Fotografie sowie Mitinitiator der Plattform „Kultur einer Digitalstadt“. Er engagiert sich zudem im Verein Unwort Bilder e.V., der sich der fotografischen Inszenierung des Unworts des Jahres widmet.



Dr. Friederike Habermann, geboren 1967, ist Ökonomin, Historikerin und promovierte in der politischen Wissenschaft. Als Aktivistin und freie Akademikerin erforscht sie seit Jahrzehnten in Theorie und Praxis, wie eine solidarische Gesellschaft Wirklichkeit werden kann. Sie ist Autorin, war Ressortleiterin für Wirtschaft einer Tageszeitung sowie Pressekoordinatorin einer weltweiten Vernetzung von Basisbewegungen. Heute ist sie u.a. im Commons-Institut und als Mithüterin vom Netzwerk Oekonomischer Wandel (NOW NET) aktiv.



Prof. Dr. Anselm Hager, geboren 1988, ist Professor für Internationale Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte an der London School of Economics und promovierte an der Columbia University, New York. Ab 2017 war Hager Juniorprofessor für Political Economy an der Universität Konstanz. Zudem ist er Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und forscht zu den Themen Migration, Integration und interkulturelle Konflikte. Hager ist seit 2019 Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Dr. Martin Hambrecht, geboren 1955, war von 2002 bis 2019 Chefarzt der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie am Agaplesion Elisabethenstift in Darmstadt. Er studierte Psychologie und Medizin an den Universitäten Freiburg, Hamburg, Rhode Island, USA, und Mannheim und habilitierte sich 1995. Hambrecht war Professor für psychiatrische Prävention an der Universität Köln und Lehrbeauftragter für Klinische Psychologie an der Technischen Universität Darmstadt.



Mirela Hauck, geboren 1992, ist Koordinatorin im WIR-Programm des Landkreises Darmstadt-Dieburg. Zuvor war sie Referentin für Diversität und interkulturellen Austausch beim Studierendenwerk Darmstadt. Hauck studierte im Bachelor Nah- und Mitteloststudien sowie Politikwissenschaft an den Universitäten Marburg und Teheran. Ihren Master Friedens- und Konfliktforschung schloss sie mit einer Arbeit zu Migrantischen Selbstorganisationen ab und war anschließend an der Goethe-Universität Frankfurt tätig. Sie war Stipendiatin des Evangelischen Studienwerks Villigst.



Prof. Dr. Roger Häußling, geboren 1969, ist seit 2009 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Technik- und Organisationssoziologie an der RWTH Aachen. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen, Philosophie und Soziologie in Siegen und Karlsruhe. Von 2002 bis 2003 war er Fellow der Akademie Schloss Solitude Stuttgart. Seine Schwerpunkte umfassen die Bereiche Innovationsforschung, Digitale Soziologie sowie Relationale Soziologie. Er ist Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung (DGNNet). Seit 2020 ist Häußling Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.



Judith Heilmann, geboren 1997, ist seit Juli 2024 als Wissenschaftliche Sachbearbeiterin am Institut Wohnen und Umwelt (IWU) tätig, wo sie sich mit den Handlungslogiken von Akteur*innen im Gebäudebereich befasst. Zuvor war sie bereits als Wissenschaftliche Hilfskraft am IWU beschäftigt. Heilmann studierte Geographie und Rechtswissenschaften an der Universität Heidelberg. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte liegen bei den Potentialen nachhaltiger Stadtentwicklung im Mobilitätssektor sowie im Umwelt-, Raumplanungs- und Bauordnungsrecht.



Nadja Hempel, geboren 1995, ist Projektleiterin im social design lab der Hans Sauer Stiftung. Von 2015 bis 2022 studierte Hempel Management Sozialer Innovationen und Nachhaltigkeitswissenschaft an der Hochschule München, Universidad Diego Portales und Leuphana Universität Lüneburg. Seit 2018 ist sie beim social design lab der Hans Sauer Stiftung tätig, wo sie den Schwerpunkt Circular Society mit aufgebaut hat. Nadja Hempel publiziert und referiert, leitet ko-produktive Vernetzungs- und Weiterbildungsformate und entwickelt zu diesen Zwecken Materialien, Toolkits und Methoden.



Anja Herdel, geboren 1967, ist seit 2006 Geschäftsführerin der Wissenschaftsstadt Darmstadt Marketing GmbH. Herdel studierte Germanistik, Anglistik und Baugeschichte an der Technischen Universität Darmstadt und war anschließend beim Verkehrsverein Darmstadt beschäftigt, wo sie von 1996 bis 1999 Abteilungsleiterin im Bereich Fremdenverkehr war. Nach der Umfirmierung zur Stadt- und Touristikmarketing Gesellschaft war sie von 2000 bis 2003 als Abteilungsleiterin im Touristikmarketing und von 2003 bis 2006 als stellvertretende Geschäftsführerin tätig.



Dr. Marina Hofmann, geboren 1982, ist Leiterin des Amtes für Wirtschaft und Stadtentwicklung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Zuvor war sie von 2017 bis 2022 Referentin bei der IHK Darmstadt Rhein Main Neckar im Bereich Unternehmen und Standort. Hofmann studierte Wirtschaftsingenieurwesen mit der Fachrichtung Bauingenieurwesen auf Diplom und promovierte im Jahr 2020 am Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Darmstadt.



Dr. Ulrike Höppner, geboren 1977, ist Politikwissenschaftlerin und seit November 2021 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut für öffentliche und private Sicherheit (FÖPS) der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Nach ihrer Promotion 2011 forschte sie insbesondere zu Fragen von Internet und Gesellschaft, unter anderem am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sie lehrt an verschiedenen Universitäten im Bereich politische Theorie und Ideengeschichte.



Dr. Markus Hoschek, geboren 1967, ist seit 2008 Vorstand der HEAG Holding AG. Er studierte in Darmstadt und in Grenoble Mathematik und Elektrotechnik. Bis zur Promotion 1999 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Technischen Universität Darmstadt und der Siemens AG, anschließend beriet er für IBM Banken in internationalen Fragen, unter anderem bei Unternehmenstransaktionen. Hoschek ist Vorsitzender des Vorstands der Bürgerstiftung Darmstadt, Mitglied in Aufsichtsgremien sowie in Verbänden der Kommunalwirtschaft. Zudem unterstützt er Technologie-Start-Ups bei ihrer Entwicklung.



Susanne Huth, geboren 1971, ist seit 2023 als Bereichsleiterin bei involas, dem Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, für den Bereich gesellschaftlicher Zusammenhalt zuständig. Die Diplom-Soziologin war zunächst Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Goethe-Universität in Frankfurt. Von 2001 an war sie 20 Jahre bei INBAS-Sozialforschung in verschiedenen Positionen aktiv, darunter die letzten zehn Jahre als Geschäftsführerin. Im August 2021 wechselte Huth als Projektleiterin in die Mutterfirma nach Offenbach, die seit 2023 den Kurznamen involas trägt.



Peter Jakobs, geboren 1962, ist Institutsleiter am Odenwald-Institut der Karl Kübel Stiftung in Wald-Michelbach. Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre in Mainz war er in verschiedenen Unternehmen der Lebensmittelbranche tätig, zuletzt zwölf Jahre als Mitglied der Geschäftsleitung der Alnatura GmbH. Im Jahr 2010 wechselte er zum Odenwald-Institut, einem Aus- und Weiterbildungsinstitut der gemeinnützigen Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie. Dort trägt er die wirtschaftliche Verantwortung für den Bildungsbetrieb.



Bijan Kaffenberger, geboren 1989, ist Mitglied des Hessischen Landtages (MdL). Er studierte International Economics and Economic Policy an der Goethe-Universität Frankfurt und arbeitete dort anschließend am Lehrstuhl für Bankbetriebslehre. Im Thüringer Wirtschaftsministerium war er ab 2016 als Referent für Breitbandausbau und Digitalisierung beschäftigt, bis er 2019 in den Hessischen Landtag gewählt wurde. Er ist Sprecher der SPD-Fraktion für Digitales sowie Wissenschaft und Kultur, Vorsitzender der SPD Darmstadt und Schatzmeister der hessischen SPD.



Joe Kaiser, geboren 1965, arbeitet seit 2019 in dem von ihm initiierten Transformationsnetzwerk re:nu SUSTAINABLE CULTURE als Marken- und Transformationsberater und als selbstständiger Creative Director, Fotograf und Filmmacher unter dem Label Kaisermore. Er studierte Kommunikationsdesign an der Fachhochschule Wiesbaden und war über 25 Jahre geschäftsführender Gesellschafter von Markenagenturen. Joe Kaiser ist Mitglied im Deutschen Designer Club und seit Juni 2022 stellvertretender Vorsitzender im Deutschen Werkbund Hessen.



Dr. Andreas Kanstein, geboren 1967, ist Geschäftsführer des Centrums für Satellitennavigation Hessen GmbH (CESAH). Er studierte Elektroingenieurwesen an der Universität Dortmund und schloss zunächst als Diplom-Ingenieur sowie anschließend als Doktor der Ingenieurwissenschaften ab. Seit 1997 arbeitete er als Ingenieur in der freien Wirtschaft, absolvierte an der Toulouse Business School einen MBA in Aerospace und übernahm 2021 die Leitung des CESAH in Darmstadt. Er engagiert sich außerdem ehrenamtlich im Vorstand der Deutsch-Baltischen Gesellschaft e. V.



Prof. Dr. Stefan Kayser, geboren 1962, ist Director Business Development bei der Klett Corporate Education GmbH sowie Professor für Internationales Management an der Wilhelm Büchner Hochschule in Darmstadt sowie Honorarprofessor für International Business an der EBS Universität in Wiesbaden. Kayser hat zunächst eine Berufsausbildung zum Bankkaufmann absolviert und studierte danach Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn und der Washington State University in Pullman (USA). Anschließend promovierte er an der WHU – Otto Beisheim School of Management.



Christoph Kehr-von Plettenberg, geboren 1977, ist Executive Director im Nachhaltigkeitsmanagement bei der DekaBank. Er studierte Rechtswissenschaften in Rostock, Kopenhagen und Köln mit Ausbildungs- und Arbeitsstationen in Los Angeles und New York, absolvierte Ausbildungen als Börsenhändler und an der Harvard Law School/ EBS Oestrich-Winkel als Wirtschaftsmediator. Kehr-von Plettenberg engagiert sich als Vorstandsmitglied der Johanniter-Hilfsgemeinschaft Frankfurt am Main und ist Vorsitzender des DGAP-Forums Frankfurt der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.



Ulf Kilian, geboren 1956, ist Künstler und seit 2020 offizieller Partner des New European Bauhaus. Nach seinem Studium der Philosophie, Kunstgeschichte und Kunstpädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt studierte er Kunst an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste – Städelschule in Frankfurt. Kilian wurde 1994 in den Deutschen Werkbund berufen und war bis 2024 Vorsitzender des Deutschen Werkbundes Hessen.



Dr. Silke Kleihauer, geboren 1965, leitet die Innovations- und Transferplattform für Nachhaltige Entwicklung (itp:ne) der Hochschule Darmstadt (h_da). Sie studierte Biologie mit Schwerpunkt Ökologie und promovierte an der Schnittstelle zwischen Biologie, Wissenschaftstheorie und Recht. Sie entwickelte den Masterstudiengang Risk Assessment and Sustainability Management (RASUM) und rief die Initiative Nachhaltige Entwicklung in der h_da (i:ne) mit ins Leben. Von 2018 bis 2022 leitete sie das Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“.



Lena Koch, geboren 1999, studiert im Master Geographie an der Universität Heidelberg. Dort absolvierte sie auch ihren Bachelor und ist seit Januar 2024 als Studentische Hilfskraft in der Abteilung Humangeographie tätig. Bereits zuvor war sie an der Universität Heidelberg als Studentische Hilfskraft in der Abteilung Regional Governance beschäftigt. Ihre Studienschwerpunkte liegen im Bereich der Stadtgeographie und Politischen Geographie. Ehrenamtlich ist Koch als Schatzmeisterin bei der DRK Bergwacht Hessen Kreisverband Bergstraße engagiert.



Michael Kolmer, geboren 1970, ist seit 2021 Magistratsmitglied der Stadt Darmstadt und als Dezernent zuständig für Umwelt, Stadtplanung, Grünflächen, Klimaschutz und Klimaanpassung. Auf sein Geographie-Studium folgten berufliche Stationen an der TU Darmstadt und beim Land Baden-Württemberg. Seit 2000 war er stellvertretender Leiter der Darmstädter Wirtschaftsförderung, von 2005 bis 2021 leitete er das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung. Kolmer ist stellvertretender Vorsitzender des Bauausschusses des Hessischen Städtetags und Mitglied des Bauausschusses des Deutschen Städtetags.



Dr. Michael Kreuzer, geboren 1969, ist stellvertretender COO des Nationalen Forschungszentrums für angewandte Cybersicherheit ATHENE. Am Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie SIT verantwortet Kreuzer die Abteilung Internationalisierung und strategische Industriebeziehungen, zudem ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt bei Prof. Dr. Haya Schulmann. Kreuzer forscht an Desinformationserkennung, Governance von Cybersicherheit, Kryptoagilität und neuen Trends der Cybersicherheit. Er berät Start-Ups zu technischem Marktwissen Cybersicherheit.



Dr. Bettina-Johanna Krings, geboren 1963, ist Soziologin und arbeitet als Senior Researcher am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS am KIT) und lehrt seit vielen Jahren am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Seit 2019 koordiniert sie die Lehre der Technikfolgenabschätzung (TA) am KIT. Sie ist ausgewiesene Expertin für das Themenfeld „Technik und Arbeit“ und leitet seit vielen Jahren Forschungsprojekte zu diesem Thema. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind Konzepte der Mensch-Maschine-Interaktion sowie Methoden der ‚Transformative Wissenschaft‘.



Dr. Rudolf Kriszeleit, geboren 1955, ist Rechtsanwalt und war bis 2014 Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt, war bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht Frankfurt und im Hessischen Ministerium der Finanzen tätig. Von 1995 bis 2001 war er Leiter der Finanzabteilung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, anschließend bis 2009 Vorstand der Investitionsbank Hessen. Kriszeleit war von 2014 bis 2022 Mitglied des Stiftungsrats der Schader-Stiftung, ab 2016 als Vorsitzender.



Prof. Dr. Thomas Kunz, geboren 1962, ist seit 2008 Professor am Fachbereich Soziale Arbeit der Frankfurt University of Applied Sciences. Er studierte Sozialwissenschaften in Frankfurt und war anschließend Mitarbeiter im Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. in Frankfurt und Referent im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Von 2017 bis 2019 war Kunz Mitglied im Fachbeirat Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis der Schader-Stiftung.



Stephan Kühn, geboren 1963, ist Leiter des Umwelt- und Ordnungsamtes der Gemeinde Fischbachtal. Nach einer Ausbildung zum Forstwirt erlangte er auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur und studierte in Göttingen Forstwirtschaft. Er engagierte sich im Hospizverein und ist Mitinitiator und Vorsitzender von „Fischbachtal kreativ“, einer inhaltlich breit angelegten, lokalen Initiative zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung.



Kamila Bogumila Labuda, geboren 1987, ist seit 2024 Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bildungs- und Migrationsforschung an der TU Dortmund. Sie studierte in Braunschweig und Osnabrück und arbeitete unter anderem am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, der Technischen Hochschule Wildau und der Humboldt-Universität zu Berlin. Vor ihrem Wechsel an die TU Dortmund war Labuda Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Osnabrück im Bereich Erziehung und Bildung in der Migrationsforschung.



Iris Landgraf-Sator, geboren 1951, war 15 Jahre Mitglied des Kreistages Darmstadt-Dieburg in der Fraktion der CDU und engagiert sich in den kulturellen Strukturen Darmstadts. Sie initiierte den Darmstädter Lions Club „Justus von Liebig“ und ist Past-Distrikt-Governorin des Lions-Distrikts Mitte-Süd. 2016 organisierte sie den Kongress der Deutschen Lions in Darmstadt. Landgraf-Sator ist zudem Kuratoriumsmitglied der Stiftung der Deutschen Lions.



Claudia Lange, geboren 1968, ist Bürgermeisterin der Gemeinde Erzhausen und gehört seit November 2023 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an. Sie ist Bankkauffrau und studierte Jura an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Als Syndikusanwältin beriet sie die Deutsche Bank, zuletzt im globalen Führungskreis der Konzernrechtsabteilung. Sie war Aufsichtsratsmitglied der Deutsche Bank Ukraine und des Start-up econnext GmbH & Co. KGaA sowie Mitglied im Vorstand der Deutsche Bank Stiftung.



Robert Langer, geboren 1959, ist seit März 2020 Vorstand Vermögen / Finanzen / Liegenschaften der Schader-Stiftung. Langer war als Diplom-Sparkassenbetriebswirt mit den Schwerpunkten Marketing sowie Wertpapier- und Privatkundengeschäft in verschiedenen Fach- und Leitungspositionen der Sparkassenorganisation tätig, darunter von 1998 bis 2001 als Vorstandsmitglied der Sparkasse Bensheim und ab 2002 als Bankdirektor der DekaBank in Frankfurt am Main. Ehrenamtlich engagiert sich Robert Langer für soziale Projekte in Deutschland und Ecuador.



Dr. Thomas Leppert, geboren 1972, ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführer der Unternehmensberatung Heldenrat GmbH. Nach einer kaufmännischen Ausbildung schloss er das Studium der Politischen Wissenschaften an der Freien Universität Berlin mit Diplom ab. 2012 wurde er an der Universität Hamburg in Sozialwissenschaften promoviert und war anschließend u.a. für die Robert Bosch Stiftung tätig. Leppert arbeitet beruflich zu den Themen Nachhaltigkeit und Organisationsentwicklung. Privat engagiert er sich seit 2012 im Verein Heldenrat e.V. als ehrenamtlicher Berater für soziale Initiativen.



Yuge Lei, geboren 1985, ist seit 2021 Referentin für Nachhaltigkeit und Innovation der Stadt Bad Nauheim und Freie Wissenschaftlerin, Beraterin und Referentin. Ihr Fokus liegt auf der gemeinsamen Betrachtung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Aspekte, damit Wechselwirkungen mitgedacht und Zielkonflikte vermieden werden. Sie studierte Wirtschaftswissenschaften und Entwicklungsplanung in Frankfurt a. M. und London. Lei ist Gründerin mehrerer Initiativen, darunter der Frankfurt Doughnut Coalition, die sich für eine nachhaltige lokale Wirtschaft einsetzen.



Dr. Stella Lorenz, geboren 1990, ist seit 2023 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie absolvierte ihren Bachelor in „Kunst, Musik und Medien: Organisation und Vermittlung“ an der Philipps-Universität Marburg und einen Master in Medienentwicklung der Hochschule Darmstadt. Lorenz promovierte in Medienkulturwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, war von bis 2018 bis 2023 Redakteurin des Rüsselsheimer Echos und der Main-Spitze, hat einen Lehrauftrag an der Universität Erfurt inne und schreibt als freie Kulturjournalistin.



Dr. Débora Maehler, geboren 1977, ist Senior Researcher bei GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften und Leiterin des Forschungsdatenzentrums PIAAC. Maehler studierte Psychologie an der Universität Potsdam, promovierte an der Universität zu Köln und habilitierte sich an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie war mehrere Jahre am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (MPI) in Berlin tätig.



Tim Maurer, geboren 1987, ist Titelchefredakteur der Echo-Medien. Er verantwortet die südhessischen Print- und E-Paper-Titel der VRM, unter anderem das Darmstädter Echo sowie die dazugehörigen Nachrichtenportale, News-Apps und Social-Media-Kanäle. In diesem Kontext beschäftigt er sich intensiv mit dem Wandel im Lokaljournalismus. Er hat Sportwissenschaften und Betriebswirtschaftslehre an der Universität in Frankfurt studiert und anschließend beim Darmstädter Echo volontiert. Vor seinem Wechsel in die Chefredaktion war er Wirtschaftsredakteur und Redaktionsleiter an der Bergstraße.



Matthias Mayer, geboren 1962, ist seit 2008 Leiter des Bereichs Wissenschaft der Körber-Stiftung Hamburg, für die er bereits seit 1996 tätig ist. Er studierte Philosophie, Germanistik, Politik und Pädagogik an der Universität Konstanz und der Freien Universität Berlin. Er war Gründungsmitglied des Nationalen MINT-Forums, Gutachter für das BMBF und bei der Studiengangsakkreditierung tätig und sitzt in diversen Gremien und Jurys zur Wissenschaftskommunikation. Außerdem war er Vorsitzender des Kulturausschusses Altona. Seine Schwerpunkte sind Wissenschaftspolitik und Nachwuchsförderung.



Dr. Kirsten Mensch, geboren 1967, ist seit 2000 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte Politikwissenschaft, Philosophie sowie Rechtswissenschaften. 1993 folgte ein Studienaufenthalt an der Universität Groningen in den Niederlanden. Von 1994 bis 1998 war Kirsten Mensch Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt, wo sie 1999 promovierte. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem Sicherheitspolitik, Menschenrechte und Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zudem betreut sie Projekte mit agilen Formaten.



Jan Meyer, geboren 1990, ist Wissenschaftlicher Referent für Veranstaltungen und Redakteur des pw-portals bei der Stiftung Wissenschaft und Demokratie in Kiel sowie Doktorand am Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft an der Universität Hamburg und Politische Theorie an der Goethe-Universität in Frankfurt. Vor seinem Wechsel zur Stiftung Wissenschaft und Demokratie, wo er zunächst als Redakteur tätig war, lehrte Meyer als Lehrbeauftragter an der TU Darmstadt.



Dr.-Ing. Monika Meyer, geboren 1960, ist seit 2012 Geschäftsführerin der Institut Wohnen und Umwelt GmbH in Darmstadt. Sie studierte Architektur an der TU Braunschweig und promovierte 1999. Am Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gestaltete sie die Initiative Architektur und Baukultur mit. Ab 2003 war sie Abteilungsleiterin am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden. Sie ist Mitglied und ehemalige Landesvorsitzende der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und gehört der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL an.



Johanna Mittermeier, war von 2020 bis 2022 Assistentin am Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie SIT. Von 2011 bis 2013 absolvierte sie eine Ausbildung als Kauffrau für Bürokommunikation und studierte anschließend Philosophie und Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt.



Dr. Falk Müller, geboren 1969, ist Studienleiter in der Forschungsförderung des Evangelischen Studienwerks, Villigst. Er studierte Physik und promovierte an der Universität Oldenburg, habilitiert wurde er im Historischen Seminar der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Seine Forschungsinteressen liegen in der Geschichte der experimentellen Physik und der Industrieforschung sowie allgemein der Organisation von Wissenschaft und Forschung und deren sozialer und kultureller Kontextualisierung.



Luca Müller, geboren 1995, ist Mitarbeiter in der Projektadministration am Passivhaus Institut Darmstadt, einer Einrichtung, die sich mit energieeffizienten und nachhaltigen Baukonzepten beschäftigt. Er absolvierte 2017 den Bachelorstudiengang Social Sciences an der Justus-Liebig-Universität Gießen und schloss 2021 den Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt ab. Von Dezember 2019 bis Februar 2020 war Müller Praktikant der Schader-Stiftung.



Anette Neff, geboren 1963, arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Historische Aufarbeitung und Erinnerungspolitik bei der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Seit 2007 ist sie Lehrbeauftragte am Institut für Geschichte der TU Darmstadt. Ihre Themen reichen von Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg über deutsche West-Ost-Partnerschaften im Kalten Krieg bis hin zu Heimerziehung und Sexualisierter Gewalt nach 1945 mit einem Schwerpunkt in Oral History. Sie studierte Neuere Geschichte, Alte Geschichte sowie Kunstgeschichte in Darmstadt, Trier und Washington, D.C.



Hanna-Lena Neuser, geboren 1980, ist seit 2021 Direktorin der Evangelischen Akademie Frankfurt und dort bereits seit 2015 Studienleiterin. Thematisch setzt sie sich intensiv mit Fragen der Zukunft von Demokratie auseinander. Neuser studierte Politikwissenschaft und Öffentliches Recht in Frankfurt und Trier und absolvierte berufsbegleitend ein Masterstudium Erwachsenenbildung. Sie war Studienmanagerin an der Bayerischen Akademie für Werbung und Marketing und ab 2012 Studienleiterin an der Evangelischen Akademie Tutzing.



Dr. Marcus Nicolini, geboren 1966, ist seit 2019 Studienleiter Vernetzung des Evangelischen Studienwerks Villigst. Nach seiner Ausbildung zum Bankkaufmann studierte und promovierte er in Germanistik an der Universität Vechta. Sechs Jahre betreute er als Studienleiter die Studienbegleitende Journalistenausbildung der katholischen Journalistenschule ifp in München. Von 2006 bis 2019 war Nicolini bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin als Ausbilder für Journalist*innen tätig, zuletzt als Leiter der Journalisten-Akademie, und als stellvertretender Betriebsratsvorsitzender.



Andrea Nispel, geboren 1960, ist seit 1998 als freiberufliche Beraterin, Coach, Moderatorin und Sozialwissenschaftlerin tätig. Sie studierte Erziehungswissenschaften und Soziologie. Es folgten Ausbildungen zur Systemischen Beraterin und zum Systemischen Coach. Ihre Schwerpunkte sind die gesellschaftspolitischen Themenfelder Diversität und Inklusion sowie macht- und rassismuskritische Perspektiven auf Bildung, Arbeit und Lernen in der Einwanderungsgesellschaft. Nispel ist Mitgründerin von beramí – berufliche Integration e.V. in Frankfurt a. M. und gehört seit 1994 dessen Vorstand an.



Prof. Dr. Alfred Nordmann, geboren 1956, war von 2002 bis 2022 Professor für Philosophie der Wissenschaften und der Technowissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Philosophie, Neuere Deutsche Literatur und Wissenschaftsgeschichte und promovierte in Hamburg. Nordmann ist unter anderem mit der University of South Carolina und der St. Petersburg Polytechnic University assoziiert. Er beschäftigt sich mit zivilgesellschaftlichen Ansätzen zur Friedensforschung, u. a. im IANUS Peacelab / Verein für friedensorientierte Technikgestaltung e.V. in Darmstadt.



Denis Olf, geboren 1989, ist Senior Consultant im Bereich Capital Markets bei der Immobilienberatung Knight Frank am Standort Frankfurt. An der ADI Akademie der Immobilienwirtschaft GmbH schloss er als Diplom-Immobilienökonom ab. Olf war als Berater bei NAI apollo group im Bereich Investment tätig. Weitere berufliche Stationen waren die Deutsche Bank AG sowie die SEB AG, beide in Frankfurt. Nach seinem Studium absolvierte Denis Olf ein Praktikum bei dem Immobilienunternehmen RFR in New York.



Marcin Orawiec, geboren 1958, schloss sein Diplom 1982 in Gliwice (PL) ab. Seit 1989 ist er international als Freier Architekt tätig. 1996 gründete er mit seiner Partnerin OX2architekten. Seit 1994 ist er Professor für Konstruktiven Entwurf an der Hochschule Darmstadt. In der Lehre und Forschung widmet er sich dem zirkulären und ressourcenschonenden Planen und Bauen. Er ist Initiator des CreativeLab rethink*rotor, einer Initiative des FB Architektur seiner Hochschule und der OX2architekten GmbH. Als Preisrichter wirkt er bei internationalen Architekturwettbewerben und -Werkstätten mit.



Jochen Partsch, geboren 1962, war von 2011 bis Juni 2023 Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Er studierte Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität in Göttingen und war als Referent bei der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen und als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Darmstadt tätig. Von November 2006 bis Juni 2011 war Partsch Sozialdezernent in Darmstadt. Er war Mitinitiator und bis 2023 Co-Gastgeber für den „Runden Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt“. Partsch gehört seit 2013 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Laura Pauli, geboren 1991, ist Referentin der Akademieleitung an der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. Zuvor war sie seit 2018 bei der Schader-Stiftung tätig, zuletzt als Wissenschaftliche Referentin und Persönliche Referentin des Vorstands. 2020 absolvierte sie die Ausbildung zur Stiftungsmanagerin (DSA). Nach ihrem Bachelor in Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt schloss sie den Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt ab.



Claudia Prediger, geboren 1966, ist als Koordinatorin der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe im Freiwilligenzentrum Darmstadt tätig. Sie studierte an der Universität Graz und der Technischen Universität Darmstadt Architektur sowie im Master Nonprofit-Management and Governance an der Universität Münster. Von 2003 bis 2023 war Claudia Prediger Geschäftsführerin des Competence Center for Applied Security Technology e.V., bis sie im Mai 2023 ins Freiwilligenzentrum Darmstadt der Paritätische Projekte gGmbH wechselte.



Prof. Dr. Marlis Prinzing, geboren 1962, ist Kommunikationswissenschaftlerin an der Macromedia Hochschule Köln und leitet den Studiengang Journalismus. Sie lehrt auch an den Universitäten Zürich, Fribourg (CH) und Mainz. Ihre Schwerpunkte sind Medien- und Digitalethik, Innovation, Medienstrukturen, Politischer Journalismus und Krisenkommunikation. Sie initiierte die Charta für Öffentliche Kommunikationswissenschaft und die DGpuK-AG Third Mission und Wissenstransfer. Nach dem Studium der Geschichte, Politik sowie Mathematik promovierte sie mit einer Unternehmens- und Branchenanalyse.



Prof. Dr. Oliver Quiring, geboren 1969, ist Professor für Kommunikationswissenschaft am Institut für Publizistik der Universität Mainz. Er studierte Sozialwissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg und promovierte dort 2003. Quiring war zehn Jahre Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGpuK), die letzten vier Jahre als Vorsitzender. Seine Forschungsschwerpunkte sind soziale, ökonomische und politische Kommunikation. Seit 2024 ist er Mitglied im Fachkollegium Sozialwissenschaften der Deutschen Forschungsgemeinschaft.



Charly Richter, geboren 1998, studiert Komparatistik und Zivilrecht an der Johannes-Gutenberg-Universität (JGU) Mainz. 2016 wurde unter ihrer Regie das von ihr und ihrem Bruder geschriebene Musical „Classmates“ in Darmstadt uraufgeführt. 2020 schloss sie als deutschlandweit Beste ihres Jahrgangs eine Ausbildung zur Handwerksbuchbinderin ab. Seither hat sie Erfahrungen im Lokaljournalismus, in der Studienstrukturentwicklung der JGU und in der Hochschulpolitik gesammelt. Sie arbeitet studienbegleitend für das Hörfunkprogramm hr2-kultur und das Darmstädter Kommunikationsbüro team ewen.



Prof. Dr. Lars Rinsdorf, geboren 1971, ist seit 2023 Professor für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der TH Köln. Er leitet dort den Master-Studiengang Markt- und Medienforschung. Zuvor lehrte er seit 2008 an der Hochschule der Medien Stuttgart. Er studierte Journalistik und Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund. Rinsdorf war von 2018 bis 2022 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK). Seine Forschungsschwerpunkte sind Desinformation, lokale Öffentlichkeiten sowie Rezeptionsforschung.



Ute Ritschel, geboren 1956, ist Kuratorin und Kulturanthropologin. Sie leitet seit 2009 das Internationale Waldkunst Zentrum in Darmstadt. 2002 war sie Gründungsmitglied des Vereins für Internationale Waldkunst e.V. und ist seitdem Vorsitzende des Zentrums für Kunst und Natur e.V. Von 1995 bis 2015 war Ritschel Veranstalterin und Kuratorin der Kunstbiennale „Vogelfrei“. Seit 2002 kuratierte sie internationale Waldkunstpfade und Waldkunstkonferenzen. Bis 2022 lehrte sie an der Ev. Hochschule Darmstadt. Seit 1995 veranstaltet Ritschel internationale Aktionen und Eat Art Projekte.



Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha ist Distinguished Senior Fellow am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Sie war Gründungsdirektorin des Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am KIT. Robertson-von Trotha ist Mitglied im Advisory Council der Anna Lindh Stiftung, des External Boards der European University Alliance COLOURS, war Mitglied des Kulturbeirats der deutschen UNESCO-Kommission und des Forschungsbeirats des Ifa. Ab 2017 war sie Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, von 2020 bis 2023 als Sprecherin.



Dorothee Rodenhäuser, geboren 1983, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Forschung, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) e.V. mit Sitz in Heidelberg. Sie studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Heidelberg und Lausanne. Ihre Forschungsschwerpunkte sind insbesondere Indikatoren gesellschaftlicher Wohlfahrt, Klimaschutz sowie Postwachstumsfragen im Kontext einer sozial-ökologischen Transformation. Rodenhäuser ist Mitglied der Jury für das staatliche Umweltzeichen Blauer Engel.



Kai Rosenstein, geboren 1973, ist seit Februar 2024 als Chief Experience Officer und im Bereich Government Relations des World Design Capital Frankfurt RheinMain 2026 tätig. Er studierte Design in Darmstadt, Manchester und Zürich. 2010 gründete er die Agentur KRDK | Kai Rosenstein Designkultur, die Institutionen in der Kommunikation berät. Von 2019 bis 2023 leitete er den Bereich Kommunikation am Staatstheater Darmstadt und war zudem Dozent, Referent und Experte im Designbereich. Rosenstein ist Initiator der Plattform social design archive und gehört dem Deutschen Werkbund Hessen an.



Holger Rößer, geboren 1977, ist gelernter Klärwerker und Diplom-Soziologe. Nach seiner Ausbildung bei Mercedes-Benz studierte er an der Akademie der Arbeit in Frankfurt und anschließend an Universitäten in Darmstadt und in Buenos Aires. Beim Vorstand der IG Metall beschäftigt er sich hauptsächlich mit nationaler und transnationaler Unternehmenspolitik. Rößer ist auch in der Kulturszene Darmstadts engagiert. So ist er unter anderem Mitveranstalter und Moderator der Early Late Night Show in Darmstadt.



Prof. Dr. Ulrike Röttger, geboren 1966, ist seit 2003 Professorin für Public-Relations-Forschung an der Universität Münster. Sie studierte Journalistik und Raumplanung und war Wissenschaftliche Mitarbeiterin an unterschiedlichen Hochschulen in Hannover, Hamburg und Zürich. Von 2008 bis 2010 war Röttger Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Lokale Kommunikation, Vertrauen und strategische Kommunikation, Nachhaltigkeitskommunikation. Seit 2019 gehört sie dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Katalin Saary, geboren 1964, leitet seit 2017 das Planungsbüro Mobilitätslösung in Darmstadt. Sie studierte an der Technischen Hochschule Darmstadt Bauingenieurwesen mit Vertiefung Verkehrswesen, Soziologie und Städtebau und war seit 1990 für verschiedene Planungsbüros tätig. Saary engagiert sich in Fragen des öffentlichen Raums und des Verkehrs besonders für Kinder, so auch als Sachverständige im Verein Kinderfreundliche Kommunen. Sie ist aktiv bei der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) e.V. sowie beim Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V.



Prof. Dr.-Ing. Nicole Saenger, geboren 1968, ist seit 2021 Vizepräsidentin für Forschung, Transfer und Nachhaltige Entwicklung an der Hochschule Darmstadt (h_da). Sie studierte Bauingenieurwesen und promovierte im Bereich Fließgewässerökologie und Wasserbau an der TU Darmstadt. Anschließend forschte sie als Postdoktorandin an der Stanford University, USA, und an der TU Darmstadt, wo sie die Arbeitsgruppe „Fließgewässer“ am Fachbereich Bauingenieurwesen leitete. Seit 2010 hat sie die Professur für Wasserbau am Fachbereich Bau- und Umweltingenieurwesen der h_da inne.



Ulrike Sasse-Zeltner, geboren 1988, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Human Technology Center der RWTH Aachen im Forschungsprojekt zum Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier (MineReWIR). Sie studierte Soziologie im Bachelor an der Universität Bremen und im Master an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Derzeit promoviert sie an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg zum Thema „Solidarität in der Corona-Pandemie“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der qualitativen Sozialforschung, gesellschaftlichen Transformation sowie soziologischen Theorien und Zeitdiagnosen.



Dr. Anne Schäfer, geboren 1989, ist seit November 2020 Persönliche Referentin der Präsidentin der Technischen Universität (TU) Darmstadt. Sie studierte Politikwissenschaft an der Universität Mannheim und der Central European University (CEU) Budapest. 2019 promovierte sie an der Universität Mannheim. Sie war von 2013 bis 2015 Projektmitarbeiterin am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung und seit 2015 bis zu ihrem Wechsel ins Präsidium der TU Darmstadt Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich der Politischen Soziologie an der Universität Mannheim.



Dirk Scheelje, geboren 1964, ist Geschäftsführender Vorstand der Böll-Stiftung SH. Er war 23 Jahre für die Landesregierung Schleswig-Holstein als Ministerbüro- und Referatsleiter tätig, zuständig für Demokratiebildung, Klimaschutz, Entwicklungszusammenarbeit und Lehrpläne. Bei der Böll-Stiftung verfolgt er den Ansatz der handlungs- und wirklichkeitsorientierten politischen Bildung und entwickelt zahlreiche, teilweise internationale Projekte. Er ist Herausgeber des Meeresatlases der Böll-Stiftung und Mitglied des Advisory Board des internationalen Studiengangs „Urban Cultures“.



Prof. Dr. Liane Schirra-Weirich, geboren 1960, ist seit 1999 Professorin für das Lehrgebiet Soziologie an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen (KatHO NRW). Von 2010 bis 2020 war sie Prorektorin für Forschung und Weiterbildung der KatHO NRW und von 2020 bis 2023 stellvertretende Vorsitzende des Promotionskollegs NRW. Ihre Schwerpunkte liegen in der Versorgungsforschung insbesondere für Menschen mit Demenz und deren versorgenden Angehörige sowie Alter(n) in einer sich demographisch wandelnden Gesellschaft. Sie ist Mitbegründerin des Instituts für Teilhabeforschung an der KatHO NRW.



Claudia Schmitz ist Mitglied und Projektorganisatorin bei dem European Women's Management Development Network (EWMD) Germany. Seit 1999 ist sie zudem Moderatorin bei Cenandu, einer Agentur für erfahrungsbasiertes Lernen, und setzt sich für die Förderung von Frauen in Führungspositionen ein. Schmitz ist Inhaberin der Cenandu Learning Agency und arbeitet mit Simulationen und praxisnahem Lernen, um Organisationen zu unterstützen. Als Partnerin bei Celemi unterstützt sie weltweit Unternehmen bei Veränderungsprozessen durch innovative Lernmethoden.



Dorinne Schnabel, geboren 1991, ist seit 2023 Chefredakteurin des studentisch geführten Blogs „Media Bubble“ der Universität Tübingen. An dieser Universität absolviert sie gegenwärtig auch das Studium der Medienwissenschaften. Zuvor studierte sie Rechtswissenschaften und internationale Betriebswirtschaftslehre. Dorinne Schnabel ist außerdem als Buchbloggerin in den Sozialen Medien aktiv.



Dr. Dieter Schneberger, geboren 1958, war bis 2023 Redaktionsleiter des Landesdienstes Mitte-West des Evangelischen Pressedienstes (epd) in Frankfurt und ist Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik der Universität Mainz. Er studierte Publizistik, Politikwissenschaft und Englische Philologie an der Universität Mainz. Nach einer Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach wurde Schneberger 1990 promoviert. Von 1989 bis 1990 absolvierte er ein Volontariat beim Wiesbadener Kurier und war Politikredakteur bei der Oberhessischen Presse in Marburg.



Prof. Dr. Uwe Schneidewind, geboren 1966, ist seit 2020 Oberbürgermeister von Wuppertal. Er studierte BWL an der Universität Köln und promovierte 1995 an der Universität St. Gallen. Von 1997 bis 2010 war er Professor für Betriebswirtschaftslehre und von 2004 bis 2008 Präsident der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Schneidewind hatte 2010 bis 2020 eine Professur für „Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit“ an der Bergischen Universität Wuppertal inne und war 2010 bis 2020 zudem Präsident und Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.



Lucie Schock ist Co-Lead von 10.000 Tage bei ProjectTogether, einer NGO, die Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ins gemeinsame Handeln bringt. Sie hat über zehn Jahre als Beraterin für Roland Berger und Deloitte digitale Innovationen aufgebaut und internationale Führungskräfte bei der digitalen Transformation begleitet. Bei Deloitte hat sie das Innovation and Incubation-Team geführt. Nach der Gründung ihres eigenen Klima-Start-ups bringt sie nun mit 10.000 Tage die Mobilisierung und Ausbildung von 750.000 fehlenden Fachkräften für die Energie- und Mobilitätswende voran.



Dr. Christopher Scholtz, geboren 1972, ist Pfarrer und seit 2016 Leiter des Instituts für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision (IPOS) der Ev. Kirche in Hessen und Nassau (EKHN). Er promovierte an der Goethe-Universität Frankfurt und absolvierte Ausbildungen zum Organisationsberater, systemischen Coach und Wirtschaftsmediator. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität und Studienleiter an der Ev. Akademie Frankfurt. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in agilen und selbstorganisierten Systemen, Konfliktmanagement und Organisationskultur.



Dr. Jonas Schönefeld, geboren 1987, ist seit 2020 am Institut Wohnen und Umwelt tätig. Er studierte Psychologie, Umweltstudien und Spanisch in den USA sowie anschließend Geographie und Umwelt in Oxford und promovierte am Tyndallzentrum für Klimaforschung der University of East Anglia. Von 2016 bis 2020 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der TU Darmstadt. Aktuell forscht er als Wissenschaftler und Projektleiter u.a. zur Gebäudemodernisierung in den hessischen Kommunen sowie zum Thema Lebenszyklusbilanzierung und dazugehörigen Policy-Ansätzen auf nationaler Ebene.



Dr. Matthias Schulze-Böing, geboren 1954, ist seit 2021 unabhängiger Berater und Projektleiter. Er studierte Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt und promovierte an der Freien Universität Berlin. Bis 2020 war er Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration und Geschäftsführer von MainArbeit – Kommunales Jobcenter in Offenbach. Schulze-Böing ist Vorsitzender der Gesellschaft für Wirtschaft, Arbeit und Kultur e. V., Frankfurt (GEWAK), zudem Lehrbeauftragter an der Hochschule Fulda.



Christian Schwindt, geboren 1963, ist theologischer Oberkirchenrat, seit 2010 Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung in Mainz und fachlich zuständig für das Handlungsfeld Gesellschaftliche Verantwortung und diakonische Dienste der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Er studierte evangelische Theologie, Philosophie und Kulturmanagement in Bonn, Marburg und Ludwigsburg, war Gemeinde- und Stadtkirchenpfarrer in Buchen und Frankfurt, Leiter der Evangelischen Stadtakademie Frankfurt sowie Leiter des Arbeitsbereichs Bildung im Evangelischen Regionalverband Frankfurt am Main.



Claus Seibt, geboren 1963, ist Transformations- und Zukunftsforscher sowie Politikberater für Klimapolitik und Governance von Transformationsprozessen. Er publiziert und berät staatliche und privat-wirtschaftliche Akteure. Seine Kompetenzen liegen in der Abschätzung von Wirkungen und möglichen Folgen staatlicher Maßnahmen zur Impulssetzung gesellschaftlicher Transformationsprozesse. Er verfolgt den Klimawandel sowie andere akute Veränderungsprozesse, wie zum Beispiel den gegenwärtigen Umbruch im Jobsystem durch die digitale Transformation.



Christel Shelton, geboren 1968, ist Polizeihauptkommissarin beim Polizeipräsidium Südhessen in Darmstadt und dort im Bereich Städtebauliche Kriminalprävention tätig. Shelton gehört dem Personal-Pool für polizeiliche Auslandsmissionen an. So war sie unter anderem 15 Monate im UN-Einsatz im Kosovo und für die Grenzschutzorganisation Frontex in einem Flüchtlingslager auf den Inseln Samos und Lesbos eingesetzt. Zuletzt arbeitete sie im Grenzschutz in den Drittstaaten Albanien und Serbien.



Julia-Kim Sieber, geboren 1979, ist Musikerin, Architektin und Vorstandsvorsitzende der Werkbundakademie Darmstadt. Sie studierte Architektur in Dresden und Madrid und arbeitete in Europa, Südamerika und Afrika. Von 2008 bis 2012 war sie Lehrbeauftragte an der TU Darmstadt und gründete 2010 das Architekturbüro ar2com – kommunikative architektur aus Darmstadt. 2011 initiierte sie die Sommerakademie PoolPlay, die künstlerisches Forschen zu Raum und Zeit fördert. Seit 2013 spielt sie als julakim zeitgenössische Weltmusik und ist seit 2017 Vorsitzende der Werkbundakademie Darmstadt.



Leena Simon, geboren 1984, ist Mitarbeiterin bei Digitalcourage e.V. und freie Referentin. 2011 schloss sie ihren Magister in Philosophie an der Universität Potsdam ab. Seit 2013 leitet sie die AG Digitale Selbstverteidigung und verantwortet das Projektmanagement der Vereins-Website. Zudem ist sie seit 2018 in der IT-Beratung bei digitaler Gewalt tätig. Als freie Referentin schreibt Simon Texte, gibt Vorträge, hält Workshops und Fortbildungen rund um die Themen Datenschutz, Digitale Bildung, Grundrechte und Demokratie.



Tatiana Soto Bermudez, geboren 1992, war von 2021 bis 2024 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte im Bachelor Wirtschaftsinformatik an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Mannheim und absolvierte ein Masterstudium der Umweltsystemwissenschaften mit Schwerpunkt Nachhaltigkeitsmanagement an der Universität Graz. Bei der Schader-Stiftung verantwortete sie die Darmstädter Tage der Transformation und war im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ tätig. Sie ist Sprecherin der Regionalgruppe Darmstadt der NGO Cradle to Cradle.



Luise Spieker, geboren 1992, ist seit 2021 Mitarbeiterin der Schader-Stiftung, seit 2022 als Wissenschaftliche Referentin im Projekt „Governance der Gebäudemodernisierung in kleinen und mittleren hessischen Kommunen“. Sie studierte im Bachelor Politikwissenschaft und Amerikanistik sowie im Master Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt und der Technischen Universität Darmstadt. Überdies absolvierte Spieker das Zertifikat Gender Studies des Cornelia Goethe Centrums und die Ausbildung zur Stiftungsmanagerin (DSA).



Prof. Dr. Thomas Stäcker, geboren 1963, ist seit 2017 Direktor der Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt und Professor für Digital Humanities an der Hochschule Potsdam. Er studierte Philosophiegeschichte und Latein in Braunschweig, Essex, England und Osnabrück, wo er 1994 promovierte. Stäcker arbeitete zunächst seit 1997 als Bibliothekar an der Johannes a Lasco Bibliothek in Emden und danach seit 1998 an der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, wo er in wechselnden Funktionen als Abteilungsleiter, stellvertretender und kommissarischer Direktor tätig war.



Prof. Dr. Christian Stegbauer, geboren 1960, ist außerplanmäßiger Professor für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Soziologie, Sozialpsychologie, Statistik und Wirtschaftsgeographie in Frankfurt. Es folgten Tätigkeiten an der Technischen Universität Darmstadt, bei Nielsen-Marketing Research und an der Universität Frankfurt. Er ist Mitbegründer der Sektion Soziologische Netzwerkforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mitinitiator der Initiative interdisziplinäre Netzwerkforschung und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung.



Benjamin Stehl, geboren 1999, studiert seit Oktober 2024 im Master Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt und der Technischen Universität Darmstadt. Bereits im Bachelor studierte er Politikwissenschaft und Geographie in Frankfurt. Zwischen Januar und März 2023 war Stehl Praktikant in der Schader-Stiftung, seit April 2023 ist er Studentischer Mitarbeiter. Zu seinen Interessenschwerpunkten in Studium und Stiftungsarbeit zählt unter anderem die gesellschaftswissenschaftliche Dimension der Raumfahrt.



Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, geboren 1957, ist Inhaberin des Büros Stein Stadt- und Regionalplanung in Frankfurt am Main. Sie studierte Raumplanung an der Universität Dortmund, wo sie 2006 zum Thema Lernende Stadtregion promovierte. Von 2005 bis 2023 war sie Honorarprofessorin für Kommunikation in der Planung an der Universität Kassel. Seit 2022 ist sie Vorsitzende der Landesgruppe Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL). Stein gehört seit 2020 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an, seit 2024 als dessen Sprecherin.



Dr. Franziska Stelzer, geboren 1976, ist Senior Researcherin in der Abteilung Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH. Nach ihrem Psychologie-Studium wurde sie 2009 an der Bergischen Universität Wuppertal im Fach Wirtschaftswissenschaften promoviert. Seit 2011 ist sie am Wuppertal Institut in unterschiedlichen Funktionen tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Nachhaltigkeitsforschung in Reallaboren, gesellschaftliche Wirkung von transformativer Forschung und soziale Innovationen.



Dr. Marie-Luise Stoll-Steffan, geboren 1956, ist Auditorin und Expertin für Qualitätsmanagement in Bildungsorganisationen nach ISO. Sie verfügt über langjährige Erfahrung in der Hochschulplanung und der Geschäftsführung internationaler Bildungsorganisationen. Beim Bundesverband Deutscher Stiftungen ist sie Beiratsmitglied und leitet den Arbeitskreis Bürgerstiftungen. In Hessen und Rheinland-Pfalz berät sie Bürgerstiftungen bei der strategischen Entwicklungsplanung. Zuvor war die promovierte Geologin und Ingenieurin für Erdöl-Erdgas-Technik mehrere Jahre in der Erdölindustrie tätig.



Laurin Strößenreuther, geboren 1969, ist seit 2018 Gründerin und Geschäftsführerin von LEADERSHIP RHEIN-MAIN gUG. Sie studierte Psychologie und International Business in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nach einem Management-Traineeprogramm bei der Hoechst AG war sie als Führungskraft bei diversen pharmazeutischen Unternehmen (Aventis, Sanofi, Novartis, Merck) in Deutschland und in der Schweiz tätig. Seit 2021 arbeitet sie zusätzlich als Englischlehrerin in Kronberg. Strößenreuther engagiert sich ehrenamtlich bei der Tafel Deutschland e.V. und bei Soroptimist International.



Dr. Klara Stumpf, geboren 1984, ist Leiterin der Programmbereiche Zukunftsgerechte Landnutzung und Wissenschaft der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. Sie studierte Umweltwissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg und wurde dort 2014 am Lehrstuhl für Nachhaltigkeitsökonomie promoviert. Vor ihrer Tätigkeit bei der Alfred Toepfer Stiftung war Stumpf Koordinatorin eines Projekts zur Gemeinwohlökonomie und Leiterin des Forschungsbereichs „Klima, Kultur und Nachhaltigkeit“ am Norbert Elias Center for Transformation Design & Research der Europa-Universität Flensburg.



Prof. Dr. Georgios Terizakis, geboren 1975, ist seit 2019 Professor für Politikwissenschaft an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit. Nach seinem Studium und der Promotion an der Technischen Universität Darmstadt arbeitete er bei der Landeshauptstadt Hannover und anschließend als Hochschul-Praxis-Koordinator im LOEWE-Forschungsschwerpunkt „Eigenlogik der Städte“ sowie als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der TU Darmstadt. Von 2017 bis 2019 war er Dozent für Sozialwissenschaften an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz.



Sven Tetzlaff, geboren 1965, ist seit 2018 Leiter des Bereichs Demokratie und Zusammenhalt bei der Körber-Stiftung. Dort verantwortet er Programme zur Stärkung der kommunalen Demokratie, der deliberativen Bürgerbeteiligung und der Pressefreiheit. Zuvor war er unter anderem Leiter des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten. Seit 2011 ist er geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Herbert und Elsbeth Weichmann-Stiftung. Er hat Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Neuere Geschichte und Volkskunde an der Universität Hamburg studiert.



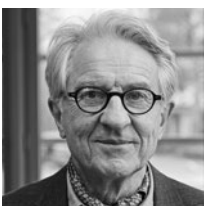
Philipp Thoma, geboren 1979, ist seit 2017 Bürgermeister der Gemeinde Fischbachtal. Der gelernte Bankkaufmann studierte Wirtschaftspädagogik an der Universität Konstanz mit Abschluss Diplom-Handelslehrer. Von 2006 bis 2017 unterrichtete er an einer Beruflichen Schule. Von 2014 bis 2017 war er zudem an das Staatliche Schulamt für den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis abgeordnet. Thoma gehört seit 2019 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an, seit 2022 als dessen stellvertretender Vorsitzender. Er ist u.a. Mitglied im Finanzausschuss des Hessischen Städte- und Gemeindebundes.



Daniel Timme, geboren 1976, ist Redakteur für Forschung, Transfer und Gründungsförderung an der Hochschule Darmstadt (h_da). Er studierte Sportwissenschaft, Germanistik und Pädagogik an der Technischen Universität Darmstadt. Ab 2004 volontierte er beim Darmstädter Echo, wo er anschließend bis 2010 als Redakteur arbeitete, ehe er zur Agentur KircherBurkhardt mit Sitz in Berlin und Frankfurt wechselte. Von 2012 bis 2020 arbeitete Timme als Freier Redakteur und Lektor vor allem für Unternehmen. Seit 2018 betreut er wechselnde Projekte und Themen an der h_da.



Prof. Dr. Peter F. Titzmann, geboren 1973, ist seit 2016 Professor für Entwicklungspsychologie an der Leibniz Universität Hannover. Er studierte in Greifswald Psychologie und promovierte an der Universität Jena. Bis 2015 war er Assistenzprofessor für Lebenslauf und Kompetenzentwicklung im Kindes- und Jugendalter an der Universität Zürich, dann Professor für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Seine Forschung bezieht sich vor allem auf den Kontext von Migration, Akkulturation und normativer Entwicklung. Er gehört seit 2021 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



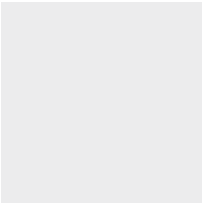
Rolf Toyka, geboren 1950, ist Berater mit Schwerpunkt Kommunikation im Themenfeld Architektur und Städtebau. Der diplomierte Architekt war bis 2015 Geschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) und Leiter der Akademie der AKH. Er studierte an der Technischen Universität Braunschweig und der ETH Zürich. Toyka war als Architekt in Architekturbüros und als Stadtbaumeister tätig. Er hatte Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen inne, zuletzt für Marketing und PR der Architektur an der Fachhochschule Frankfurt, und ist Autor von Fach-, Schul- und Kindersachbüchern.



Anna-Lena Treitz, geboren 1996, ist Mitarbeiterin des Abgeordneten Bijan Kaffenberger MdL. Sie war von 2018 bis Herbst 2023 zunächst Studentische und dann Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Schader-Stiftung. Dort verantwortete sie schwerpunktmäßig die Organisation des Großen Konvents und des Kleinen Konvents (Wissenschaftlicher Beirat) der Stiftung und war Gastgeberin des Podcast „In guter Gesellschaft“. Treitz studierte im Bachelor Soziologie und Politikwissenschaft sowie im Master Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Salman Tyyab, geboren 1984, ist Gründer und Geschäftsführer von dieMedienexperten.de. Zuvor arbeitete er als sternTV-Reporter in Günther Jauchs TV-Produktion, wechselte dann als Chefredakteur zur islamischen Sendergruppe MTA International. Tyyab studierte Medienkommunikation und Journalismus (BA) an der FHM Bielefeld und anschließend Religionswissenschaften (MA) an der Goethe-Universität Frankfurt. Schwerpunkte: Medien- & Marketingstrategien für Unternehmen, Verbände & öffentliche Verwaltung.



Julian Urban, geboren 1982, ist Referatsleiter für Kulturelle Bildung und Kultur in ländlichen Räumen im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (HMWK) in Wiesbaden. Zuvor war er Leiter des Grundsatzreferats im Ministerbüro des HMWK. Dort hat er mitunter den Masterplan Kultur federführend betreut. Er hat Politikwissenschaft und Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn studiert und anschließend seinen Master in „Leadership for Sustainability“ an der Universität Malmö abgeschlossen.



Prof. Dr. Joachim Valentin, geboren 1965, ist Direktor des Hauses am Dom, Katholische Akademie in Frankfurt, und außerplanmäßiger Professor der Goethe-Universität Frankfurt. Nach seiner Promotion an der Universität Freiburg war er (Ober-)Assistent am Arbeitsbereich Religionsgeschichte in Freiburg und wurde am Bistum Limburg zum Pastoralreferenten ausgebildet. Themen seiner Forschung sind Religionen und neue Medien sowie Interreligiöser Dialog. Er war von 2009 bis 2021 Mitglied des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks und ist aktuell Co-Vorsitzender des Frankfurter Rates der Religionen.



Anke Vehmeier, geboren 1966, leitet das Lokaljournalistenprogramm der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie hat nach ihrem Studium in Göttingen bei der Oberhessischen Presse (OP) in Marburg volontiert. Danach war sie Redakteurin bei der OP und beim General-Anzeiger in Bonn. Vehmeier war Leiterin des Bonner Büros der Medienfabrik/Bertelsmann sowie Projektleiterin der „Initiative Lokaljournalismus in NRW (INLOK)“. Außerdem ist sie Autorin in verschiedenen journalistischen Fachmedien.



Dr. Patrick Voos, geboren 1986, ist seit September 2021 Leiter des Amtes für Klimaschutz und Klimaanpassung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Er studierte Biologie an der Technischen Universität Darmstadt und war dort von 2013 bis 2017 Wissenschaftlicher Mitarbeiter. Zuletzt war er Referent für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz und dabei u.a. an der Entwicklung des Leitbildes für den Stadtwald und der Beschlussfassung zum KlimaEntscheid beteiligt. Sein Fachamt ist für die Umsetzung des Klimaschutzplans 2035, die kommunale Wärmeplanung sowie die Erstellung des Klimaanpassungsplans zuständig.



Caroline Walter, geboren 1997, ist Koordinatorin des DFG-Graduiertenkollegs „Authority and Trust in American Culture, Society, History and Politics“ an der Universität Heidelberg. Sie studierte im Bachelor American Studies und im Master Stadtgeographie an der Universität Heidelberg. Von Januar 2021 bis März 2024 arbeitete sie dort als Studentische Hilfskraft in der AG Stadtgeographie des Geographischen Instituts. Seit Oktober 2022 unterstützt Walter freiberuflich ein Mannheimer Moderationsunternehmen bei der Begleitung von Beteiligungsprozessen.



Anna Wasmer, geboren 1991, ist seit 2020 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Darmstadt, seit 2023 im Projekt „Governance der Gebäudemodernisierung in kleinen und mittleren hessischen Kommunen“. Sie studierte Angewandte Geographie in Trier und Stadt- und Regionalentwicklung in Bremen. Von 2020 bis 2022 war sie im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ der Hochschule Darmstadt tätig. Anna Wasmer promoviert am Promotionszentrum Nachhaltigkeitswissenschaften an der Hochschule Darmstadt zu Klimaschutz in Kleinstädten.



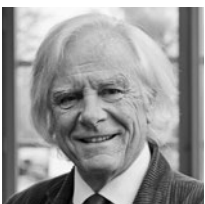
Dr. Meike Weber, geboren 1979, ist bei der Wissenschaftsstadt Darmstadt im Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung tätig. Sie studierte an der Technischen Universität (TU) Darmstadt am Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften. Nach dem Studium arbeitete sie, ebenfalls an der TU Darmstadt, als Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Dozentin am Institut für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt „Politische Kommunikation“ und promovierte in Politikwissenschaft.



Sybille Wegerich, geboren 1965, ist seit 2014 Kaufmännisches Vorstandsmitglied der bauverein AG in Darmstadt. Sie studierte Betriebswirtschaftslehre an der European Business School (EBS). Sie ist seit 1993 in der Wohnungswirtschaft tätig, seit 2010 in Vorstandspositionen. Wegerich gehört seit 2022 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Dennis Weis, geboren 1987, ist seit 2018 Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung und schwerpunktmäßig verantwortlich für das Projekt „Kultur leben. Vielfalt und Integrationspotenziale in Rhein-Main und Hessen“. Er betreut weitere Projekte zu Politik und internationalen Beziehungen sowie den Podcast „In guter Gesellschaft“. Weis studierte Internationale Entwicklung an der Universität Wien und schloss seinen Master im Fach International Public Management and Policy an der Erasmus-Universität zu Rotterdam ab.



Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, geboren 1951, leitet das Institut für Städtebau und Wohnungswesen in München der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL). Bis 2024 war er Wissenschaftlicher Sekretär der DASL. Er studierte Architektur und Städtebau, war leitender Stadtplaner in Hamburg, Frankfurt und Berlin und lehrte unter anderem in Paris, Saigon und Berkeley. Bis 2016 war er Professor für Entwerfen und Stadtplanung an der TU Darmstadt. Wékel ist Mitglied verschiedener Fachorganisationen und gehörte von 2014 bis 2020 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.



Berthold Winkler, geboren 1952, ist seit 2015 Lehrbeauftragter am Karlsruher Institut für Technologie und freiberuflich Coach, Supervisor und Logotherapeut. Er studierte Katholische Theologie an der Universität Tübingen und Sozialpädagogik an der Hochschule Reutlingen. Von 1979 bis 1984 war er Referent für Mitarbeiterfortbildung der Diözese Rottenburg-Stuttgart und leitete von 1984 bis 2010 die Katholischen Bildungswerke Stuttgart und Böblingen. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der ZauberBergSchule eG in Karlsruhe und „Transformations-Mentor“ für Organisationsentwicklungen in Klöstern.



Gernot Wojnarowicz, geboren 1962, ist seit 2014 Konzertdramaturg und Orchesterdirektor des Staatstheaters Darmstadt. Zuvor war er unter anderem Intendant der Philharmonie Südwestfalen und Orchestermanager beim Sinfonieorchester Münster. Er studierte Musikwissenschaft und Geschichte in Bochum und Wien und hatte Lehraufträge für Musikgeschichte, Werkanalyse und Kulturmanagement inne. Wojnarowicz ist auch Mitbegründer des „Deutschen Orchestertags“, dem Forum zur Weiterbildung für Orchestermanager*innen.



Mario Zeißig, geboren 1978, ist seit Oktober 2019 Vorstand des Bereichs Kommunikation und Service beim Deutschen Ev. Kirchentag und war parallel Pressesprecher des 3. Ökumenischen Kirchentages in Frankfurt 2021. Zuvor war er seit 2014 Referent für Thematisches Programm, ebenfalls beim Kirchentag. Zeißig schloss 2005 sein Diplom in Religionspädagogik ab und war danach als Sozialdiakon bei der Deutschen Gemeinde Stockholm, als Leiter des Bereichs Offene Arbeit des CVJM Leipzig e.V. sowie bei Beratung und Vertrieb für Freiwilligendienste beim Deutschen Roten Kreuz in Hessen tätig.



Prof. Dr. Heike Zimmermann-Timm, geboren 1964, ist Professorin für Klimaschutz und Nachhaltigkeit an der SRH Hochschule Heidelberg und Dozentin für Gewässerökologie an der Goethe-Universität in Frankfurt. Sie studierte Biologie in Innsbruck, promovierte und habilitierte an der Universität Hamburg. An der Goethe-Universität baute sie die universitätsweite Graduiertenakademie GRADE auf. Sie ist Sprecherin des Earth System Sciences Advisory Board der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Beirätin im Verein CEOs For Future.



Peter Zoche, geboren 1951, war bis Februar 2024 Vorstand des Freiburger Instituts für angewandte Sozialwissenschaft FIFAS. Am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI in Karlsruhe leitete er die interdisziplinäre Forschungsabteilung auf dem Gebiet moderner Informations- und Kommunikationssysteme sowie die Geschäftsstelle des ISI im Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag und gehörte dem internen Führungskreis der Institutsleitung an. Er ist Mitglied im Beirat der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit.



Rainer Zollner, geboren 1961, ist seit 2013 Klimaschutzmanager der interkommunalen Arbeitsgemeinschaft Ederbergland. Er studierte Bauingenieurwesen in Kassel, war bis 1994 im Bauamt der Stadt Battenberg und anschließend selbständig tätig. 2012 schloss er an der Universität Kassel das berufsbegleitende Studium „Rationelle Energienutzung“ ab. 2013/14 absolvierte er eine Fortbildung zum „Change Agent Kommunalen Klimaschutz“. Ehrenamtlich ist er Gründungs- und aktuell Aufsichtsratsmitglied der Bürgerenergiegenossenschaft Ederbergland eG.



Prof. Dr. Nils Zurawski, geboren 1968, ist seit 2020 Leiter der Forschungsstelle der Polizei in Hamburg (FosPol) und assoziierter Wissenschaftler am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg. Er studierte Soziologie, Ethnologie und Geographie in Münster, wo er 1999 promovierte. 2013 wurde er an der Technischen Universität Darmstadt habilitiert. Zurawski arbeitet zudem als Konfliktberater und Mediator. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Überwachung, Polizei, Stadt und Raum, Frieden und Konflikt, Nordirland, qualitative Methoden sowie Ethnographie.

6

Kooperationen

*Die Schader-Stiftung dankt den kooperierenden Hochschulen, Verbänden,
Institutionen und Unternehmen im Jahr 2024.*



Arbeitsgemeinschaft
Dokumentarfilms
German Documentary
Association

akademie
architekten- und
städtpflanerkammer
hessen



Arbeitskreis
Europäische
Integration
e.V.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



BÜRGERSTIFTUNG
DARMSTADT



COMMONS-INSTITUT .ev



Deutsche Akademie für
Städtebau und
Landesplanung e. V.
Landesgruppe Hessen,
Rheinland-Pfalz, Saarland

Denzinger Gestaltung



Deutsche
Gesellschaft für
Zeitpolitik
DGfZP
Gemeinnütziger e.V.

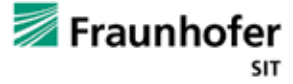


DGS DEUTSCHE
GESELLSCHAFT
FÜR SOZIOLOGIE



eco • loc
DIE KRAFT DER
LOKALEN ÖKONOMIE









7

Veranstaltungen

In über 80 Veranstaltungen hat die Schader-Stiftung im Jahr 2024 Gesellschaftswissenschaften in den Dialog mit der Praxis gebracht.



Vorstand und Kleiner Konvent der Schader-Stiftung danken dem Team der Geschäftsstelle für die Durchführung des Großen Konvents und der Veranstaltungen 2024. Im Bild (v.l.n.r.): Caroline Walter, Kirsten Mensch, Nora Simon, Luise Spieker, Stella Lorenz, Leonie Herdel, Rolf Schnauffer, Simone Munding, Kirill Uschatov, Gösta Gantner, Özlem Zahra Eren, Alexander Gemeinhardt, Alexandra Engel, Robert Langer, Benjamin Stehl, Dennis Weis, Valeria Elsesser, Kirsten Sieverdingbeck, Luca Müller. Nicht im Bild: Alexander Hinz

-
- 13.01.2024 *Galerie*
7. Führung durch die Ausstellung Mischmasch. Unsere Kunst – Unsere Wirklichkeit
 Kooperation BehindART, der inklusiven Kunstinitiative des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Hessen e.V., und der Behindertenhilfe Bergstrasse gGmbH
 Förderung Bürgerstiftung Darmstadt
- 20.01.2024 *Galerie*
8. Führung durch die Ausstellung Mischmasch. Unsere Kunst – Unsere Wirklichkeit
 Kooperation BehindART, der inklusiven Kunstinitiative des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Hessen e.V., und der Behindertenhilfe Bergstrasse gGmbH
 Förderung Bürgerstiftung Darmstadt
- 24.01.2024 *Tischgespräch in der Schader-Residence*
Migration
 Kooperation Bürgerstiftung Darmstadt
- 27.01.2024 *Galerie*
9. Führung durch die Ausstellung Mischmasch. Unsere Kunst – Unsere Wirklichkeit
 Kooperation BehindART, der inklusiven Kunstinitiative des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Hessen e.V., und der Behindertenhilfe Bergstrasse gGmbH
 Förderung Bürgerstiftung Darmstadt
- 28.01.2024 *Matinee*
Matinee der Bürgerstiftung Darmstadt: Blick in die BehindART
 Kooperation Bürgerstiftung Darmstadt
- 29.01.2024 *Tagung*
Der Weg zu nachhaltigen Entscheidungen. Systematisch zur ganzheitlichen Strategie
 Kooperation Hochschule RheinMain
- 30.01.2024 *Tischgespräch in der Schader-Residence*
Welcome to Darmstadt
 Kooperation Bürgerstiftung Darmstadt
- 01.02.2024 *Tagung*
Grenzen der Solidarität: Hat das soziale Europa noch eine Chance?
 Kooperation Technische Universität Darmstadt
 Förderung Bundesministerium für Bildung und Forschung
- 01.02.2024 *Podiumsgespräch*
„Soziales Europa“ – Wo liegen die Grenzen der Solidarität?
 Kooperation Technische Universität Darmstadt
 Förderung Bundesministerium für Bildung und Forschung
-

-
- 03.02.2024** *Galerie*
10. Führung durch die Ausstellung Mischmasch. Unsere Kunst – Unsere Wirklichkeit
Kooperation BehindART, der inklusiven Kunstinitiative des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Hessen e.V., und der Behindertenhilfe Bergstrasse gGmbH
Förderung Bürgerstiftung Darmstadt
- 06.02.2024** *Jubiläumskonferenz*
Zukunftsforum Hessen: Nachhaltigkeit jetzt – für die Zukunft
Kooperation Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- 14.02.2024** *Abschlussveranstaltung*
Ein Blick hinter die Kunst: BehindART
Kooperation BehindART, der inklusiven Kunstinitiative des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Hessen e.V., und der Behindertenhilfe Bergstrasse gGmbH, Bürgerstiftung Darmstadt
- 15.02.2024** *Veranstaltungsreihe*
#6 Next Quality Circle: Utopien – Vom Machbaren, Möglichen, Notwendigen und Wünschenswerten
Kooperation Deutscher Werkbund Hessen e.V., Transformationsnetzwerk re:nu, Denzinger Gestaltung
- 19.02.2024** *Veranstaltungsreihe*
Erprobung von Lösungsansätzen in der kommunalen Gebäudemodernisierung
Kooperation Institut Wohnen und Umwelt GmbH, Hochschule Darmstadt
Förderung Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum
- 01.03.2024** *Dialogforum*
Nachhaltige Rechenzentren – Wo und wie planen?
Kooperation Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland – Landesverband Hessen, Lokale Agenda 21 Offenbach am Main, Arbeitskreis Nachhaltige Rechenzentren, Landesgruppe Hessen/ Rheinland-Pfalz/ Saarland der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung
- 04.03.2024** *Vernetzungstreffen*
20. Runder Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt
Kooperation Wissenschaftsstadt Darmstadt, Technische Universität Darmstadt, Merck KGaA
-

-
- 05.03.2024 *Veranstaltungsreihe*
Erprobung von Lösungsansätzen in der kommunalen Gebäudemodernisierung
 Kooperation Institut Wohnen und Umwelt GmbH, Hochschule Darmstadt
 Förderung Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum
- 15.03.2024 *Tischgespräch in der Schader-Residence*
Americans in Rhein-Main
 Kooperation Bürgerstiftung Darmstadt
- 18.03.2024 *Konferenz*
Towards a Moon Village? Constructing Sustainable Buildings and Society on Earth and in Space
 Kooperation Institut Wohnen und Umwelt, ESSCA Research EU*Asia Institute
- 21.03.2024 *Veranstaltungsreihe*
Kulturgleichheit – 17. Denkwerkstatt „Herkunft-Ankunft-Zukunft“
 Kooperation Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik der Hochschule Darmstadt
 Förderung Landesprogramm „WIR“ des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales
- 22.03.2024 *Galerie*
Vernissage: „Versäumte Bilder – Frauen in der Wissenschaft sichtbar machen“
 Kooperation Bilderinstitut
 Förderung Sparkasse Darmstadt, Kiel Science Communication Network (Kiel SCN)
- 23.03.2024 *Galerie*
1. Führung durch die Ausstellung „Versäumte Bilder – Frauen in der Wissenschaft sichtbar machen“
 Kooperation Bilderinstitut
 Förderung Sparkasse Darmstadt, Kiel Science Communication Network (Kiel SCN)
- 25.03.2024 *Tischgespräch in der Schader-Residence*
Journalism
 Kooperation Bürgerstiftung Darmstadt
- 23.03.2024 *Galerie*
2. Führung durch die Ausstellung „Versäumte Bilder – Frauen in der Wissenschaft sichtbar machen“
 Kooperation Bilderinstitut
 Förderung Sparkasse Darmstadt, Kiel Science Communication Network (Kiel SCN)
-

-
- 15.04.2024 *Kamingespräch DTdT24*
Förderung für Nachhaltige Entwicklung. Vom Förderprogramm in die technologische Anwendung
Kooperation Hessen Trade and Invest / Technologieland Hessen, Hochschule Darmstadt
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit: Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 15.04.2024 *Dialogforum DTdT24*
Photovoltaik im Freiland – Konflikte und Lösungen. Nahrungsmittel, Stromerzeugung und Naturschutz – wie passt das zusammen?
Kooperation Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. – Landesverband Hessen
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit: Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 15.04.2024 *Workshop DTdT24*
Bauen mit lokalen und nachwachsenden Rohstoffen. Wie sieht der Bausektor der Zukunft aus?
Kooperation Shakti Haus, Passivhaus Institut, Hochschule Darmstadt
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit: Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 16.04.2024 *Workshop DTdT24*
Mit Azubis auf Kurs Nachhaltigkeit. Ein Beispiel aus der Praxis
Kooperation Huhle Stahl- und Metallbau GmbH
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit: Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 16.04.2024 *Fishbowl DTdT24*
Nachhaltig arbeiten – Arbeit und sozial-ökologische Transformation
Kooperation Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit: Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 16.04.2024 *Dialogforum DTdT24*
Ausbildungsbetriebe für nachhaltige Regionen
Kooperation Universität Kassel
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit: Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
-

-
- 16.04.2024 *Dialogforum DTdT24*
Arbeitskräfte – Schlüssel zur erfolgreichen Transformation?
Kooperation Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung der
Wissenschaftsstadt Darmstadt
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit:
Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer
Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 17.04.2024 *Fishbowl DTdT24*
Nachhaltig arbeiten – Arbeit und sozial-ökologische Transformation
Kooperation Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit:
Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer
Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 17.04.2024 *Workshop DTdT24*
**Vom drehenden Windrad in den Kreislauf der Wiederverwertung.
Zum Aufbau einer Repurpose-Branche am Beispiel der
Besserverwendung von EoL-Rotorblättern**
Kooperation rethink*rotor, Fachbereich Architektur der Hochschule
Darmstadt, OX2architekten GmbH
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit:
Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer
Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 18.04.2024 *Dialogforum DTdT24*
Postwachstumsökonomie für kleine und mittlere Unternehmen
Kooperation Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer
Darmstadt Rhein Main Neckar
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit:
Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer
Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 18.04.2024 *Workshop DTdT24*
**KI als transformative Führungskraft. Künstliche Intelligenz als neuer
Player in Unternehmen**
Kooperation eurosysteam GmbH
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit:
Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer
Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 18.04.2024 *Workshop DTdT24*
**Zukunftsfähigkeit durch Innere Entwicklung. Aktivierung von
Mitarbeitenden in KMU**
Kooperation AVE Institut für Achtsamkeit, Verbundenheit und
Engagement gGmbH, Okeanos-Stiftung für das Meer,
Hochschule Darmstadt
Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit:
Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer
Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
-

-
- 18.04.2024 *Workshop DTdT24*
New Work. Warum (und wie) wir Arbeit neu gestalten und bewerten müssen
 Kooperation Initiative Next Quality Circle, Deutscher Werkbund Hessen, Denzinger Gestaltung, Transformationsnetzwerk re:nu
 Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit: Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 19.04.2024 *Workshop DTdT24*
Kreislaufwirtschaft in Industrie- und Handwerk. Innovative Produkte nach Cradle to Cradle gestalten
 Kooperation IG Metall Darmstadt, Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar, Deutscher Gewerkschaftsbund
 Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit: Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 19.04.2024 *Workshop DTdT24*
Betriebliches Mobilitätsmanagement in KMU. Wie kommen wir von einzelnen Best Practices zu flächendeckender Umsetzung?
 Kooperation Hochschule RheinMain, IHK Darmstadt Rhein Main Neckar, ivm GmbH
 Förderung Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit: Hochschule Darmstadt, Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar, Schmid Stiftung
- 20.04.2024 *Galerie*
3. Führung durch die Ausstellung „Versäumte Bilder – Frauen in der Wissenschaft sichtbar machen“
 Kooperation Bilderinstitut
 Förderung Sparkasse Darmstadt, Kiel Science Communication Network (Kiel SCN)
- 23.04.2024 *Veranstaltungsreihe*
Governance der Gebäudemodernisierung: Zwischenstand der Erprobung von Lösungsansätzen
 Kooperation Institut Wohnen und Umwelt GmbH, Hochschule Darmstadt
 Förderung Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum
- 03.-04.05.2024 *75. Monetärer Workshop*
Level Playing Field – Regulierung als Marktdesing oder Markthindernis
 Kooperation Monetärer Workshop e.V.
 Förderung Sparkasse Darmstadt, ZNWS / h_da
-

-
- 13.05.2024 *Austausch*
Die ewige Suche nach der Praxis. Gesellschaftswissenschaften und ihre Rolle in Politik und Gesellschaft
 Kooperation Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), Institut Arbeit und Wirtschaft
- 16.05.2024 *Literarischer Salon*
Necati Öziri – Vatermal
 Kooperation Hochschule Darmstadt
 Förderung Landesprogramm „WIR“ des Hessisches Ministeriums für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales
- 21.05.2024 *Podiumsdiskussion*
Achieving Green Transition in EU+: Challenges and Strategies for Integration
 Kooperation Hochschule Darmstadt, EU+ Ideas Institute
- 22.05.2024 *Veranstaltungsreihe*
Kulturelle Repräsentation – 18. Denkwerkstatt „Herkunft-Ankunft-Zukunft“
 Kooperation Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik der Hochschule Darmstadt
 Förderung Landesprogramm „WIR“ des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales
- 24.05.2024 *Bürgerdialog*
Öffentliche Sitzung des Gestaltungsbeirats der Wissenschaftsstadt Darmstadt
 Kooperation Wissenschaftsstadt Darmstadt
- 03.06.2024 *4. Public Management-Forum*
Demokratie als Zukunftskompetenz in Zeiten von Klimakrise und KI
 Kooperation Hochschule Darmstadt – Fachbereich Wirtschaft
- 09.06.2024 *Europawahl live*
#transitachtzehnuhr. Ein Wahlabend mit Wein, Brezeln & Gesellschaftswissenschaften
- 14.06.2024 *Podiumsdiskussion*
KI und Fotografie: Podiumsdiskussion
 Kooperation Bilderinstitut
 Förderung Sparkasse Darmstadt, Kiel Science Communication Network (Kiel SCN)
- 15.06.2024 *Galerie*
4. Führung durch die Ausstellung „Versäumte Bilder – Frauen in der Wissenschaft sichtbar machen“
 Kooperation Bilderinstitut
 Förderung Sparkasse Darmstadt, Kiel Science Communication Network (Kiel SCN)
-

-
- 19.06.2024 *Publikationsreihe*
ExLibris: Superschwache Beziehungen
Kooperation Deutsche Gesellschaft für Netzwerkforschung
- 20.06.2024 *Workshop*
Steuerung bei Gebäudemodernisierung: Zwischenstand der Erprobung von Lösungsansätzen
Kooperation Institut Wohnen und Umwelt GmbH, Hochschule Darmstadt
Förderung Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen und Ländlicher Raum
- 21.06.2024 *Podiumsdiskussion*
Künstliche Intelligenz: Übermächtig und fehlerhaft zugleich? / Artificial Intelligence: Superior and flawed at the same time?
Kooperation Technische Universität Darmstadt, UNITE!-Netzwerk
- 26.06.2024 *Vernetzungstreffen*
Alumni German Scholars Organization Leader Ship Academy
Kooperation Klaus Tschira Stiftung, German Scholars Organization e.V.
Förderung TU9 – German Universities of Technology e.V.
- 26.06.2024 *Festakt*
Verleihung des Schader-Preises 2024 an Prof. Dr. Silja Häusermann
- 29.06.2024 *Galerie*
5. Führung durch die Ausstellung „Versäumte Bilder – Frauen in der Wissenschaft sichtbar machen“
Kooperation Bilderinstitut
Förderung Sparkasse Darmstadt, Kiel Science Communication Network (Kiel SCN)
- 02.-03.07.2024 *Tagung*
Gemeinschaftliche kommunale Daseinsvorsorge. Lokale Ökonomie und Commoning vor Ort
Kooperation Commons-Institut, Ecoloc, Verbundprojekt „Wirtschaften mit Zukunft“ der Heinrich Böll Stiftungen
- 04.07.2024 *Workshop*
Steuerung bei Gebäudemodernisierung: Erfahrungen mit der Erprobung von Lösungsansätzen und Ausblick
Kooperation Institut Wohnen und Umwelt GmbH, Hochschule Darmstadt
Förderung Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen und Ländlicher Raum
-

-
- 10.07.2024 *Workshop*
(Bio-)Divers? Zum Verhältnis gesellschaftlicher und biologischer Dimensionen von Vielfalt
 Kooperation Projekt „BioDivKultur“ der BMBF-Forschungsinitiative zum Erhalt der Artenvielfalt (FEaA), TU Darmstadt
- 12.07.2024 *Dialogforum*
20 Jahre deutscher Auslandseinsatz in Afghanistan: Welche Zukunft hat das internationale Krisenmanagement
- 22.-23.08.2024 *Workshop*
Szenarioprozess Kultur auf der Bühne – 2040
 Förderung Landesprogramm „WIR“ des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales
- 23.08.2024 *10. Internationale Waldkunstkonferenz*
Kunst – Natur – Wasser
 Kooperation Verein für Internationale Waldkunst e.V.
- 29.08.2024 *Abschluss-Workshop*
Governance der Gebäudemodernisierung: Erfahrungen mit der Erprobung von Lösungsansätzen und Ausblick
 Kooperation Institut Wohnen und Umwelt GmbH, Hochschule Darmstadt
 Förderung Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen und Ländlicher Raum
- 02.09.2024 *Empfang in der Schader-Residence*
Farewell Rocío Guenther
- 03.09.2024 *Vernetzungstreffen*
Stiftungsnetzwerk Südhessen bei der Merck Family Foundation
 Kooperation Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie, Merck Family Foundation
- 05.09.2024 *Veranstaltungsreihe*
#10 Next Quality Circle – Zurück zur Natur: Natur im Anthropozän
 Kooperation Deutscher Werkbund Hessen e.V., Transformationsnetzwerk re:nu, Denzinger Gestaltung
- 16.09.2024 *Vernetzungstreffen*
21. Runder Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt
 Kooperation Wissenschaftsstadt Darmstadt, Technische Universität Darmstadt
- 19.-21.09.2024 *Tagung*
Demokratie und Kompromiss
Das Politische in Gruppen, Gremien und Teams
 Kooperation Deutsche Gesellschaft für Gruppendynamik und Organisationsdynamik, Interdisziplinärer Forschungsverbund „Kulturen des Kompromisses“, Universität Münster
-

-
- 24.09.2024 *Filmvorführung und Gespräch*
„Exile Never Ends“ – Die dauerhafte Heimatlosigkeit
Kooperation LETsDOK 5. Hessischer Dokumentarfilmtag
Förderung Landesprogramm „WIR“ des Hessischen Ministeriums
für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales
- 11.10.2024 *10. RASUM-Symposium*
**Der Wandel findet statt: Risiko- und Nachhaltigkeitsmanagement
in Unternehmen, Beratung und Behörden**
Kooperation Hochschule Darmstadt
- 17.10.2024 *Diskussion*
Dem Grün auf der Spur: Impulse und öffentliche Diskussion
Kooperation Werkbundakademie Darmstadt e.V.
- 18.10.2024 *Workshop*
**MISRIK. Meme, Ideen, Strategien rechtsextremistischer
Internetkommunikation**
Kooperation Forschungsverbund MISRIK, Hessische Hochschule
für öffentliches Management und Sicherheit, Johannes
Gutenberg-Universität Mainz, Technische Universität
Darmstadt
Förderung Bundesministerium für Bildung und Forschung
- 28.-29.10.2024 *Kongress*
Netzwerkstrukturen zwischen Theorie und Praxis
Kooperation Deutsche Gesellschaft für Netzwerkforschung
- 30.10.2024 *Workshop*
Fokus Zivilgesellschaft: Gemeinsam forschen
Kooperation Gesellschaft für transdisziplinäre und partizipative
Forschung (GTPF)
- 31.10.2024 *Fachtagung*
Aus Geflüchteten werden Helfende
Kooperation Paritätischer Wohlfahrtsverband – Landesverband
Hessen e.V., Landesprogramm „WIR“ des Hessischen
Ministeriums für Arbeit, Integration, Jugend und
Soziales
- 08.11.2024 *12. Großer Konvent*
Bleibt alles anders
- 14.11.2024 *Workshopreihe*
Kollapsologie-Workshop 1: Wegsehen oder Hinschauen
Kooperation Klima-Kollaps-Café, Hochschule Darmstadt
- 21.-22.11.2024 *Jahrestagung*
Sozialfiguren des Digitalen.
Kooperation Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie der
Deutschen Gesellschaft für Soziologie
-

-
- 26.11.2024 *Stiftungskonferenz*
Demokratie in herausfordernder Zeit – Konzepte, Projekte, Strategien, Perspektiven
Kooperation Landesstiftung „Miteinander in Hessen“
- 28.11.2024 *Workshopreihe*
Kollapsologie-Workshop 2: Kolonialismus und Kollaps
Kooperation Klima-Kollaps-Café, Hochschule Darmstadt
- 02.12.2024 *Sounding Board*
ESOC Space Experience in Darmstadt
Kooperation European Space Operations Centre
- 05.-06.12.2024 *Tagung*
Die Europäische Union im Wettbewerb der Systeme
Kooperation Arbeitskreis Europäische Integration e.V.
- 06.12.2024 *Tagung*
Das Recht auf Nahrung als Menschenrecht
Kooperation Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.,
FIAN Deutschland, Arbeitskreis „Menschenrechte“ der
Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft
- 06.12.2024 *76. Monetärer Workshop*
Geldpolitik und Resilienz
Kooperation Monetärer Workshop e.V.
Förderung Sparkasse Darmstadt, ZNWS / h_da
- 12.12.2024 *Workshopreihe*
Kollapsologie-Workshop 3: Dystopie oder Utopie
Kooperation Klima-Kollaps-Café, Hochschule Darmstadt

Bleibt alles anders – unter diesem Leitwort hat die Schader-Stiftung im Jahr 2024 ihr Konventsjahr gestaltet. Mit zahlreichen Veranstaltungen und nicht zuletzt mit dem Großen Konvent, der im Geiste der Kooperation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis einmal jährlich Partner*innen der Schader-Stiftung zusammenbringt.

Diskutiert wird, was die Gesellschaft konkret bewegt. Wir nehmen in den Blick, mit welchen Herausforderungen wir uns konfrontiert sehen und welche Aufgaben sich für die Gesellschaftswissenschaften stellen. Es geht um eine gemeinsame Standortbestimmung, um die Vernetzung untereinander und um den thematischen Rahmen der Schader-Stiftung, den uns die Mitglieder des Großen Konvents für das kommende Jahr aufzeigen.

Für den Zwölften Großen Konvent haben wir dazu eingeladen, sich mit den Dynamiken von Transformation auseinanderzusetzen: Wie geschieht Veränderung? Wann bedeutet sie Verbesserung und wo muss angesetzt werden, um Entwicklung zu ermöglichen? Das vorliegende Jahrbuch geht auf diese Fragen ein und wirft Schlaglichter auf die Erkenntnisse aus dem gesamten Stiftungsjahr.

Weitere Informationen unter www.schader-stiftung.de/GrKo24

ISBN 978-3-932736-62-9